22. Jahrgang 1974 / 1. Heft / Januar

E 22019 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
THEODOR ESCHENBURG UND HELMUT KRAUSNICK

AUS DEM INHALT

WOLFGANG J. MOMMSEN
Die Geschichtswissenschaft in der modernen Industriegesellschaft

LAJOS KEREKES
Österreich zwischen Anschlußpolitik und Donaukonföderation 1918/19

KARLHEINZ NICLAUSS
Die Entstehung der Bundesrepublik als Demokratiegründung

HERMANN GRAML
Zur neuen Hitler-Biographie von Joachim C. Fest

DOKUMENTATION
Heinrich Brüning im Exil

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS, THEODOR ESCHENBURG und HELMUT KRAUSNICK

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher, Dietrich Geyer, Hans Mommsen und Arnulf Baring

Schriftleitung: Martin Broszat, Thilo Vogelsang, Hermann Graml
Geschäftsführung: Hellmuth Auerbach
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46b
Tel. 089/180026

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Wolfgang J. Mommsen — Die Geschichtswissenschaft in der modernen Industriegesellschaft 1

Lajos Kerekes . . . . . — Zur Außenpolitik Otto Bauers 1918/19, Die „Alternative" zwischen Anschlußpolitik und Donaukonföderation 18

Karlheinz Niclauß . . . — Die Entstehung der Bundesrepublik als Demokratiegründung 46

Hermann Graml . . . — Probleme einer Hitler-Biographie, Kritische Bemerkungen zu Joachim C. Fest 76

DOKUMENTATION

Heinrich Brüning im Exil
Briefe an Wilhelm Sollmann 1940-1946
(Thomas A. Knapp) 93

BIBLIOGRAPHIE *89*

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Günter Olzog Verlages München/Wien bei. Wir bitten um Ihre Beachtung.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 2151-1
Preis des Einzelheftes DM 12.– = sfr. 14.60; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 36.– = sfr. 43.75, zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 28.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 55.60; für Studenten DM 47.60 (zuzüglich Versandspesen) Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14.6.1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
22. Jahrgang 1974 1. Heft/Januar

WOLFGANG J. MOMMSEN

DIE GESCHICHTSWISSENSCHAFT IN DER MODERNEN INDUSTRIEGESELLSCHAFT

Die Frage, welcher Platz dem geschichtlichen Denken, als einer spezifischen Form geistiger Weltorientierung, innerhalb des Bildungssystems industrieller Gesellschaften einzuräumen sei, ist gegenwärtig umstrittener denn je. Sie kann nicht einfach durch den Rückgriff auf die traditionelle Auffassung beantwortet werden, Geschichte habe immer schon zu den gesellschaftlichen Grundwissenschaften gehört; die Auffassung der Historisten, daß bei genauem Betracht unser Wissen über die Gesellschaft nur durch die Analyse ihres historischen Werdegangs gewonnen werden könne, kann heute in dieser Ausschließlichkeit nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Beschwörung der großen Vergangenheit der Geschichtswissenschaft, die bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts hinein eine zentrale Stellung innerhalb des modernen Wissenschaftssystems eingenommen hat – und dies gewiß nicht ohne eigenes Verdienst – hilft uns nicht weiter. Eher scheint es, als ob die stattliche Erbschaft, die die heutige Geschichtswissenschaft – im Unterschied zu den historisch weit jüngeren Nachbardisziplinen der Politikwissenschaft und der Soziologie – ihr Eigen nennen kann, es ihr erschwert, sich den Problemen der Gegenwart, einschließlich der Fragen einer Didaktik der Geschichte, unbefangen zu stellen. In dieser Hinsicht verdient Reinhard Koselleck uneingeschränkte Zustimmung, wenn er fordert: „Wir müssen uns ständig fragen, was für uns heute Geschichte jeweils ist, sein kann, und sein soll: In der Universität, in der Schule und in der Öffentlichkeit."[1]

Mit noch so radikaler Selbstkritik der Geschichtswissenschaft, und in zweiter Linie des Lehrfachs Geschichte an den Öffentlichen Schulen – so notwendig diese auch sein mag –, allein ist den grundlegenden Problemen freilich nicht beizukommen. Es bedarf einer umfassenderen Diagnose der Situation des gegenwärtigen historischen Denkens, als es eine nur auf den Forschungsprozeß selbst reflektierende Theorie zu leisten vermag. Mit einer neuen, nachhegelianischen, gleichwohl aber auf den Pfaden Hegels wandelnden Theorie der historischen Zeit – wie sie Koselleck

[1] Über die Theoriebedürftigkeit der Geschichtswissenschaft, in: Theorie der Geschichtswissenschaft und Praxis des Geschichtsunterrichts, hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 1972, S. 25.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jüngst skizziert hat – wird sich die Geschichtswissenschaft schwerlich aus dem Sumpfe der eigenen Schwierigkeiten herausziehen können. Es ist jedoch zuzugeben, daß die Krise, in der sich die Geschichte als Wissenschaft und weit mehr noch als Lehrfach befindet, zum Teil auf ihr eigenes wissenschaftstheoretisches Defizit zurückzuführen ist.

Die wissenschaftsimmanente Dimension des hier zu behandelnden Problems kann auf einen Begriff gebracht werden, nämlich das Dilemma des Historismus. Der Siegeszug der Geschichte als einer eigenständigen Denkform im 19. Jahrhundert beruhte wesentlich auf der idealistischen Überzeugung, daß die geschichtliche Welt das eigentliche Feld der Selbstverwirklichung des autonomen Individuums sei, und daß es deshalb vornehmlich darauf ankomme, sich diesem „Reiche der Freiheit" zuzuwenden. Zugleich aber hegte man den Glauben, daß die schöpferische Aktion der vornehmlich großen Individuen eingebettet sei in einen übergreifenden Sinnzusammenhang, mochte man diesen mit Hegel als „Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit", mit Droysen als beständiges Wirken der „sittlichen Mächte" oder mit Heinrich v. Treitschke als fortschreitende Verwirklichung des nationalen Machtstaates als eines sittlichen Prinzips verstehen. Beides ist uns heute abhanden gekommen; die „Entzauberung" der modernen Welt, wie sie Max Weber so stringent beschrieben hat, hat auch vor dem geschichtlichen Denken nicht Halt gemacht. Wir vermögen heute nicht mehr daran zu glauben, daß die Geschichte gleichsam in sich selbst einen Sinn enthält, der von dem sorgsam analysierenden Historiker aus den Quellen selbst extrapoliert werden könne. Schon in den 20er Jahren hat Theodor Lessing aus der Not eine Tugend machen wollen und der Geschichte die Aufgabe der „Sinngebung des Sinnlosen" zugewiesen, ohne doch mit einem solchen radikalen Voluntarismus derselben ein neues, gesicherteres Fundament zurückgewinnen zu können. Überzeugender war demgegenüber die radikal relativistische Position, wie sie etwa Carl F. Becker mit seiner These „everybody his own history" vertrat.

Vielleicht noch größere Bedeutung für die gegenwärtige Krise des historischen Denkens kommt den methodologischen und erkenntnistheoretischen Nachwirkungen des Historismus zu. Nicht zuletzt aus weltanschaulichen Gründen hatte der Historismus den Begriff des „Verstehens" kanonisiert, und die einfühlende Nachzeichnung vergangenen Geschehens an und für sich selbst zum einzig legitimen Verfahren des Historikers erklärt. Es steht außer Frage, daß dies, insbesondere im Vergleich mit der hemmungslos moralisierenden Historie des 18. und frühen 19. Jahrhunderts einen großen Fortschritt dargestellt hat. Auf methodologischer Ebene – insbesondere bei der Interpretation literarischer Quellen – bildet das Prinzip des, wie es Droysen nannte, „forschenden Verstehens" auch heute noch ein unverzichtbares Element historischer Forschung. Aber im späteren 19. Jahrhundert zu einem ontologischen Prinzip erhoben, zog es eine verhängnisvolle Einengung der historischen Forschungsmethoden auf ein individualisierendes Verfahren nach sich. Dieses hinwiederum begünstigte eine unangemessene Bevorzugung der die persönlichen Motivationen des Handelns der großen Persönlichkeiten her-

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorhebenden Geschichtsschreibung, auf Kosten struktureller Analysen. Es ist bemerkenswert, daß selbst so komplexe Gebilde wie moderne Staaten in organologischer Redeweise als Kollektivpersönlichkeiten angesehen und entsprechend behandelt werden konnten.

Als drittes kommt hinzu, daß der Historismus bei strenger Anwendung seiner Methoden die Beschäftigung mit der Vergangenheit von jeglichen Gegenwartsbezügen abschnitt. Er forderte, daß jedes historische Phänomen ausschließlich aus sich selbst heraus interpretiert werden müsse. Die letzte Konsequenz einer solchen einseitigen Methodologie war die Auflösung der Geschichte in ein Bündel von jeweils für sich höchst interessanten, aber unverbindlichen Weltanschauungen, wie Dilthey gezeigt hat.

Die gegenwärtige Geschichtswissenschaft ist im Begriff, sich von diesen methodischen Prämissen endgültig freizumachen[2]. Der Graben, der eine einseitig individualisierende Geschichtswissenschaft von den Sozialwissenschaften trennte, ist weitgehend aufgefüllt. Die moderne Geschichtswissenschaft wendet sich in steigendem Maße strukturellen gesellschaftlichen Phänomenen zu – mit Methoden, die jenen der Sozialwissenschaften im Prinzip ähnlich sind. Der nicht unbeträchtliche Zeitverzug in dieser Hinsicht hat es freilich den seit den Anfängen des 20. Jahrhunderts sich rapide entwickelnden Nachbarwissenschaften, insbesondere der Soziologie und in vermindertem Maße auch der Politologie, ermöglicht, das lange vernachlässigte Terrain historischer Strukturanalyse komplexer Industriegesellschaften weitgehend zu okkupieren. Die moderne Sozialgeschichte, die Wirtschaftsgeschichte, die Demographie, und nicht zuletzt eine mit strukturanalytischen Methoden betriebene politische Geschichte, die nicht nur auf die handelnden Gruppen und Eliten selbst, sondern insbesondere auch auf die Bedingtheit ihres Handelns durch sozio-ökonomische Strukturen abhebt, sind dabei, diesen Rückstand aufzuarbeiten. Es bestehen gegenwärtig gute Aussichten dafür, daß dies gelingen wird. Dies ist darüber hinaus insofern von besonderer Bedeutung, als sich hier Formen des Umgangs mit geschichtlichen Phänomenen herausbilden, welche dem Denken des Einzelnen in der modernen Industriegesellschaft angemessen sind.

Die heutige Geschichtswissenschaft ist in der Lage, moderne Industriegesellschaften und deren geschichtlichen Werdegang mit Begriffen und Methoden zu beschreiben, welche geeignet sind, diesen ihre scheinbare Ungeschichtlichkeit zu nehmen. Wie entscheidend wichtig das ist, wird sichtbar, wenn man sich das Phänomen der relativen Geschichtsfremdheit der modernen, technologisch hochentwickelten und politisch-gesellschaftlich äußerst komplexen industriellen Gesellschaften vor Augen stellt. Hans Freyer beschreibt die Industriegesellschaft im Gegensatz zu älteren Gesellschaften, die noch weitgehend auf natürlichen Grundlagen beruhten, als sogenannte „sekundäre Systeme". Diese sind für den Einzelnen

[2] Vgl. W. J. Mommsen, Die Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus, 2. Aufl., Düsseldorf 1972.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weitgehend unüberschaubar geworden und stellen sich ihm als ein riesiges, kompliziertes Räderwerk dar, das nach anonymen, aber ehernen Gesetzen abläuft, auf die er keinerlei Einfluß hat. In der Tat wird man sagen können, daß Herrschaft – insbesondere ökonomische Herrschaft – heute weitgehend anonym geworden ist. Die Entscheidungsprozesse in Staat und Gesellschaft, die Gegenstand öffentlicher Diskussion sind und in gewissem Umfang den Konsens der Mehrheit der Bevölkerung erfordern, bilden nur die Spitze eines Eisbergs von Abläufen, die das Leben des Einzelnen nahezu unabänderlich zu bestimmen scheinen und durch Sachzwänge und ökonomische Notwendigkeit determiniert werden. Insgesamt gesehen stellen sich moderne Gesellschaften dem Einzelnen als funktionelle Mechanismen von weitgehend statischem Zuschnitt dar. Eingriffe des Menschen haben nahezu ausschließlich regulierende, nicht aber verändernde Wirkung. Eine die schöpferische Tat einzelner großer Individuen hervorhebende Geschichtsschreibung muß von hier aus als Erzählung von Geschehnissen auf einem fremden Stern erscheinen; es kommt gar nicht mehr darauf an, ob sie richtig ist oder nicht. Hinzu kommt, daß dem Einzelnen Anhaltspunkte fehlen, um Kontinuität oder Wechsel zu empfinden, geschweige denn zu messen. Der gesellschaftliche Prozeß erscheint als technologischer Fortschritt und nicht als historische Entwicklung im Sinne der Historisten, d. h. als Prozeß der Verwirklichung einer Abfolge jeweils individuell verantworteter Entscheidungen. Die moderne Industriegesellschaft läßt eine historische Dimension im Sinne des traditionellen historischen Denkens nicht mehr oder doch zumindest nicht mehr ohne weiteres erkennen.

Dieser Beobachtung korrespondiert ein weiteres Phänomen, nämlich der Rückgang schlicht antiquarischen Geschichtsinteresses. Dies hat zunächst äußere Ursachen. Denkmäler und sonstige Überreste, die anschaulich von vergangener Geschichte – und zwar zumal von der Geschichte der eigenen Sozialgruppe – berichten, verschwinden mehr und mehr aus dem Gesichtskreis des modernen Menschen. Sofern sie dennoch vorhanden sind und wahrgenommen werden, haben sie zumeist nur noch eine museale Funktion. Nur im Ausnahmefall werden sie noch bewußt als Zeugnisse der Geschichte der eigenen Sozialgruppe empfunden. Diese Entwicklung wird bestärkt durch die hohe Mobilität in modernen Industriegesellschaften. Durch sie werden die überkommenen, relativ stabilen und an festen Wertvorstellungen orientierten Sozialgruppen auf den unteren Ebenen der Gesellschaft zunehmend zersetzt und verlieren ihre ein konkretes Geschichtsbewußtsein verankernde Funktion. Zu verweisen wäre hier etwa auf die Funktion der traditionellen kleinstädtischen Honoratiorengesellschaft, aber auch auf die proletarischen Substädte mit ihrem politischen Eigenbewußtsein. Nach allem wird man an die bekannte Analyse von Alfred Heuss erinnert, der den Rückgang unreflektierter, gleichsam naiver geschichtlicher Erinnerung folgendermaßen charakterisiert: „Die gegenwärtige Welt, welche auf der einen Seite mit historischem Wissen im Zustand einer spezifischen und abseitigen, nur von ‚Spezialisten' zu handhabenden Verfügbarkeit angefüllt ist, andererseits täglich mit Denkformen umgeht, die sich, direkt oder indirekt, aus dem Historismus ableiten, wird im Durch-

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schnitt von einem nahezu enthistorisierten oder ahistorischen Bewußtsein repräsentiert, d.h. einem Bewußtsein, welches über keinerlei aktuelle oder aktualisierbare Rapporte zur Vergangenheit verfügt. Sie gleicht einem Mann ohne Gedächtnis, der an totalem Gedächtnisschwund leidet und seine eigene Vergangenheit vergessen hat."[3]

Es muß freilich angemerkt werden, daß diese, auf den ersten Blick bestechende Analyse von Heuss am Maßstabe eines herkömmlichen, genauer späthistoristischen Verständnisses von Geschichte gewonnen worden ist, das geschichtliche Prozesse primär als Serien spontaner Interaktionen von an Werthaltungen und gesellschaftlichen Traditionen orientierten Individuen versteht, nicht aber als Wandlungsprozeß gesellschaftlicher Strukturen. Es ist demgemäß auch von resignativen Untertönen nicht frei. Ähnlich wie bei Freyer wird die primäre geschichtliche Welt der mechanistischen Gegenwart idealisierend entgegengehalten, wenn auch vielleicht nicht mit der gleichen Schärfe.

Immerhin wird man einräumen können, daß auch Beobachter, die eher dem marxistischen Lager zuzurechnen sind, Ende der 50er Jahre zu ähnlichen Schlüssen gelangten. So urteilte etwa Theodor W. Adorno: „Die bürgerliche Gesellschaft steht universal unter dem Gesetz des Tauschs, des ‚Gleich um Gleich' von Rechnungen, die aufgehen, und bei denen eigentlich nichts zurückbleibt. Tausch ist dem eigenen Wesen nach etwas Zeitloses, so wie die ratio selber, wie die Operationen der Mathematik ihrer reinen Form nach das Moment von Zeit aus sich ausscheiden. So verschwindet ... die konkrete Zeit aus der industriellen Produktion. Diese ... bedarf kaum mehr der aufgespeicherten Erfahrung. Ökonomen und Soziologen wie Werner Sombart und Max Weber haben das Prinzip des Traditionalismus den feudalen Gesellschaftsformen zugeordnet und das der Rationalität den bürgerlichen. Das sagt aber nicht wenigen, als daß Erinnerung, Zeit, Gedächtnis ... als eine Art irrationaler Rest liquidiert werden ... Wenn die Menschheit der Erinnerung sich entäußert und sich kurzatmig erschöpft in der Anpassung ans je Gegenwärtige, so spiegelt sich darin ein objektives Entwicklungsgesetz."[4]

Es ist jedoch fraglich, ob sich der Prozeß der „Liquidierung der Erinnerung" wirklich als objektives Gesetz wird beschreiben lassen, und ob es sich nicht vielmehr nur um eine Tendenz handelt, die selbst historisch bedingt ist, d.h., mit anderen Worten, einer bestimmten historischen Konstellation zugerechnet werden muß. Wie dem auch sei, in der Tat haben bestimmte Formen historischen Denkens jedenfalls in der Sphäre der industriellen Produktion keinen rechten Ansatzpunkt mehr, und werden dort mehr und mehr durch zweckrationales Denken verdrängt, das nur für den Augenblick denkt. Jedoch ist die moderne Industriegesellschaft nicht identisch mit einer bloßen Produktionsmaschine, wie man in den 50er Jahren wohl

[3] Alfred Heuss, Verlust der Geschichte, Göttingen 1959, S. 57.

[4] Zitiert bei Alfred Schmidt, Geschichte und Struktur, Fragen einer marxistischen Historik, München 1971, S. 10f.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

manchmal gemeint hat. Das Problem der materiellen Bedürfnisbefriedigung, so sehr es auch in vielen Teilen der Welt noch vorrangig sein mag, ist für die moderne, hochentwickelte Industriegesellschaft keineswegs mehr von zentraler Bedeutung. Vielmehr drängen sich immer mehr die Fragen in den Vordergrund, welche gesellschaftlichen Bedürfnisse gegenüber anderen Vorrang verdienen, und was der Mensch mit sich in einer „affluent society" als geistiges Wesen anfangen soll. Demgemäß wäre es falsch, die Sphäre der industriellen Produktion für die wahre Wirklichkeit zu halten, und die Sphären von Politik und Kultur als davon ableitbare zu betrachten. Gerade die jüngste Entwicklung zeigt, daß dies in keiner Weise der Fall ist.

Demnach stellt sich die Frage, ob der phänotypische Befund der relativen Geschichtsfremdheit der industriellen Gesellschaft der Wirklichkeit entspricht. Dies ist offenbar nur dann so, wenn man die Sphäre der materiellen Bedürfnisbefriedigung und demnach der Maximierung der Produktion für das allein Wichtige hält, eine Denkweise, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten allerdings in der westlichen Welt absolut herrschend war. Doch ist dies offenbar unzutreffend. Tatsächlich ist die moderne Industriegesellschaft die geschichtlichste aller uns historisch bekannten Gesellschaften überhaupt. Sie ist in weit höherem Maße als alle früheren Gesellschaften das Werk des Menschen selbst, und hat sich von den relativ natürlichen Grundlagen, wie sie für „primäre Systeme" im Sinne Freyers typisch sind, unvorstellbar weit entfernt. Rein technologisch gesehen, ist die Menschheit mehr denn je zuvor in ihrer Geschichte Herr ihres Schicksals – allerdings im Positiven wie im Negativen, wie dies etwa an den Problemen des Umweltschutzes sichtbar wird.

Gegenwärtig verliert der Mythos, daß rasches, kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum alle politischen und gesellschaftlichen Probleme lösen könne, seine Zauberkraft. Demgemäß gewinnen die großen Prioritätenentscheidungen der Gesellschaft, mit anderen Worten die Frage, in welcher Richtung das große technologische Potential moderner industrieller Produktion primär eingesetzt werden soll, wieder zunehmend an Gewicht. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die Politik im weitesten Sinne – als Gesellschaftspolitik – wieder in ihr angestammtes Recht eintritt. Hier aber eröffnet sich ein neuer Ansatzpunkt für historisches Denken. Das Wissen um die Geschichtlichkeit gesellschaftlicher Strukturen, und also auch über ihre relative menschliche Substanz, ist in solchen Zusammenhängen unentbehrlich. Denn es handelt sich nicht mehr um Entscheidungen von Fall zu Fall, sondern um Entscheidungen, bei denen die Gestaltung von Kultur und Gesellschaft der Zukunft auf dem Spiel steht. Demgemäß besteht wenig Grund, über den Rückgang schlicht antiquarischen Geschichtsdenkens im herkömmlichen Sinne Klagelieder anzustimmen. Ein Geschichtsdenken auf höherer Ebene, welches allein die menschliche Dimension der großen gesellschaftlichen Probleme zur Anschauung zu bringen vermag, hat hier seinen eigentlichen Ort. Die großen Prioritätenentscheidungen, vor die sich moderne Industriegesellschaften gestellt sehen, werden nur vor dem Hintergrund eines historisch gewonnenen Selbstverständnisses rational

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gefällt werden können. Zu verweisen wäre hier nicht nur auf gesellschaftspolitische Entscheidungen im engeren Sinne, durch welche die Lebensqualität für künftige Generationen sichergestellt werden muß, sondern etwa auch Fragen des Verhältnisses der modernen Industriestaaten zur Dritten Welt. Solche Probleme haben eine säkulare Dimension, die nur durch historische Reflexion bewußt gemacht werden kann. Die betroffenen Sozialgruppen können sich über ihre eigenen humanen Grundwerte und Grundsätze, die auf dem Spiele stehen, nur vermittels historischer Reflexion verständigen und sich über sie Klarheit verschaffen.

Demgemäß wird man die These von der relativen Geschichtsfremdheit moderner Industriegesellschaften neu überdenken und revidieren müssen. Faßt man nur die Sphäre des industriellen Produktionsprozesses als solchen ins Auge und erblickt in ihm die einzige soziale Determinante industrieller Gesellschaften, so wäre in der Tat der Schluß unabweisbar, daß die geschichtliche Reflexion zu einer Luxusveranstaltung zu werden verurteilt sei. Doch hat im Gegenteil die Politik nicht aufgehört zu existieren. Es hat sich als falsch erwiesen, Politik im wesentlichen auf die Aufgabe der befriedigenden Regulierung der materiellen Bedürfnisse der Massen zu beschränken, wie dies etwa Arnold Gehlen in den 50er Jahren unabweisbar schien. Angesichts des außerordentlich hohen technologischen Potentials, das modernen Staaten heute zur Verfügung steht, ist die Politik gewichtiger denn je und verlangt in einer Welt, die allein von Sachzwängen beherrscht schien, erneut nach Orientierung und Wegweisung.

Dies soll durch einen kurzen Blick auf die vergangenen zwei Jahrzehnte verdeutlicht werden. Von heute her gesehen, erweisen sich die politischen und geistigen Verhältnisse der 50er und 60er Jahre als bedingt durch eine besondere historische Konstellation, deren hervorstechendstes Merkmal ein Prozeß zunehmender Entpolitisierung und Entideologisierung war, bei absoluter Vorherrschaft rein technologischer und materieller Ideale. Dieses Phänomen hat sich im Bereich der westlichen Welt nirgends so ausgeprägt gezeigt wie gerade in der Bundesrepublik, aufgrund der besonderen Bedingungen, in der diese sich nach der Katastrophe von 1945 befand. Nirgendwo blies der Wind dem geschichtlichen Denken demgemäß stärker ins Gesicht als eben hier, wie ein Vergleich mit der Lage des geschichtlichen Denkens in anderen westlichen Ländern zu zeigen vermag. Der enorme wirtschaftliche Aufstieg seit 1948 beherrschte das öffentliche Bewußtsein in starkem Maße. Noch heute dominiert im Selbstverständnis der älteren Generation der Stolz auf die materielle Wiederaufbauleistung nach dem Zweiten Weltkrieg. Einer der Gründe für die gegenwärtig so scharfen Gegensätze zwischen den Generationen besteht eben darin, daß die ältere Generation demgegenüber andere Werte und andere Vorstellungen nicht recht zur Geltung kommen lassen möchte, während die Jüngeren hinwiederum keinerlei Verständnis für die historische Leistung ihrer Väter aufzubringen vermögen. In den 50er Jahren beherrschte ein pragmatisches Denken, das in erster Linie den wirtschaftlichen und technologischen Problemen zugewandt war, völlig das Feld, und drängte gesamtgesellschaftlich orientierte Denkweisen allgemein in den Hintergrund. Darauf vor allem beruht, neben einer Reihe vordergründiger

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politischer Motive, der relative Rückgang des historischen Denkens in jener Periode.

Der Antiideologismus der 50er Jahre war zunächst bedingt durch Erfahrungen, die man mit den totalitären Massenideologien des Faschismus und des Kommunismus gemacht hatte, welche man überdies etwas vorschnell in einen Topf warf. Zugleich wurde er abgestützt durch eine schroffe Frontstellung gegenüber den marxistisch-leninistischen Systemen Osteuropas, die sich wiederum in erster Linie auf materielle Kriterien – vor allem den unvergleichlich größeren wirtschaftlichen Erfolg der westlichen kapitalistischen Systeme – stützte. Die großen gesellschaftlichen Probleme schienen, nach den Krisen der Vergangenheit, nunmehr wenigstens im Prinzip befriedigend gelöst. Das System der kapitalistischen Verkehrswirtschaft schien seine große Überlegenheit über alle sonstigen denkbaren Wirtschaftsordnungen eindeutig unter Beweis gestellt zu haben. Das gleiche galt von dem parlamentarischen System westeuropäischen Musters, das sich als ideale Form des gesellschaftlichen Interessenausgleichs in einer primär der Produktion von Wirtschaftsgütern zugewandten Gesellschaft erwiesen zu haben schien, dieweil es der Initiative des Einzelnen (man ist versucht zu sagen: der oberen Schichten) keine Schranken setzte, und den Unterschichten einen angemessenen Anteil am allgemeinen Wohlstand versprach.

In einem erweiterten Sinne gelten diese Beobachtungen für die ganze westliche Welt. Selbst ein so fortschrittlich denkender Soziologe wie Seymour Martin Lipset meinte 1959, das „Ende der Ideologien" damit erklären zu können, daß zumindest in der westlichen Welt die wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Probleme gelöst seien: „Diese Wandlung im politischen Leben des Westens ist ein Reflex der Tatsache, daß die fundamentalen politischen Probleme der industriellen Revolution eine Lösung gefunden haben. Die Arbeiter haben das industrielle und das politische Bürgerrecht erworben, die Konservativen haben den Wohlfahrtsstaat akzeptiert, und die demokratische Linke hat erkannt, daß eine allgemeine Steigerung der Staatsmacht mehr Gefahren für die Freiheit als Lösungen für wirtschaftliche Probleme in sich birgt. Eben dieser Triumph der demokratischen Gesellschaftsrevolutionen in der westlichen Welt setzt der Innenpolitik für diejenigen Intellektuellen, die der Ideologien oder der Utopien bedürfen, um sie zu politischem Handeln zu motivieren, ein Ende".[5] Diese Beschreibung der Bewußtseinslage des Westens, so optimistisch sie uns auch heute erscheinen mag, war subjektiv weitgehend zutreffend. Es paßt dazu, daß im politischen und gesellschaftlichen Raum in den 50er Jahren allgemein eine Strategie der pragmatischen Kompromisse betrieben wurde, welche prinzipiell systemkonform blieben. Dies bedeutet freilich, daß die dabei beteiligten Sozialgruppen sich in der Regel nicht vor echte Grund-

[5] Seymour Martin Lipset, Political Man, The Social Basis of Politics, New York, Anchor Books, 1960, S. 442 f. (eigene Übersetzung). Vergleiche Lipsets Verteidigung seiner ursprünglichen These: „Ideology and no End", in: The Encounter, Bd. 39, Nr. 12, Dezember 1972, u. Christopher A. Rootes' Stellungnahme in: The Encounter, Bd. 40, Nr. 4, April 1973, S. 92 f.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

satzentscheidungen gestellt sahen und daher wenig Bedürfnis entwickelten, sich im Hinblick auf diese eine umfassende gesellschaftliche Orientierung zu verschaffen. Die Politik der liberalen Mitte, die sich im wesentlichen mit systemkonformem Pragmatismus begnügte, und daher an gesamtgesellschaftlichen Alternativentwürfen nicht nur uninteressiert war, sondern diese schlechterdings als totalitär betrachtete, wurde freilich ideologisch abgesichert durch die Entgegensetzung zum Faschismus einerseits, zu dem stalinistischen Kommunismus jener Jahre andererseits. Insofern war sie, obwohl sie sich als ideologiefrei empfand, und dies in einem technischen Sinne tatsächlich war, dennoch selbst ideologisch fixiert, ohne dies jedoch zu wissen.

In der Gegenwart ist diese prekäre Balance weitgehend gestört. Die Fronten sind auf weiten Strecken wieder aufgebrochen, und von der Alleinherrschaft eines pragmatischen Konsensus kann nicht mehr die Rede sein. Dies birgt nicht geringe Gefahren in sich. Die Möglichkeit einer Radikalisierung in gleich welchem Sinne ist fraglos gegeben. Dennoch kann man eine solche Entwicklung vom Standpunkt des geistigen Lebens aus nur begrüßen. Während das intellektuelle Klima der 50er Jahre der intensiven geistigen Auseinandersetzung mit den Problemen moderner Gesellschaften nicht eben günstig war, scheint diese Lage heute nicht mehr gegeben. Dies erlaubt es, die Prognose zu wagen, daß die gesamtgesellschaftlich orientierten Richtungen innerhalb der modernen Sozial- und Geisteswissenschaften wieder allgemein an Bedeutung gewinnen werden. Das bedeutet jedoch zugleich, daß der Tiefpunkt der so viel beschworenen „Geschichtsmüdigkeit" überschritten sein dürfte. Denn ohne Einbeziehung der historischen Dimension ist gesamtgesellschaftliche Reflexion angesichts der Tatsache, daß uns die Zukunft nicht bekannt ist, unmöglich. Dies zeigt sich nicht zuletzt in den Entwicklungen im Bereich der Sozialwissenschaften, insbesondere der Soziologie und der Politikwissenschaft selbst.

In den 40er und 50er Jahren vollzog sich im Bereich der Sozialwissenschaften der große Siegeszug empirischer und strukturanalytischer Forschung, gestützt auf die von Karl Popper und Hempel entwickelte neopositivistische Wissenschaftstheorie, welche zwar nicht ihrer Intention nach antihistorisch ausgerichtet war, aber doch einerseits die Wertdiskussion in den metawissenschaftlichen Bereich verdrängen und andererseits streng formale Wissenschaftssprachen zu entwickeln hoffte, die auf längere Sicht den Zeitfaktor entbehrlich machen würden. Insbesondere die empirische Kleingruppenforschung wurde mit dem Bestreben betrieben, die Bausteine für eine universell verwendbare soziale Physik zu gewinnen, die dann als ideales Instrument für die konfliktlose Lösung beliebiger gesellschaftlicher Probleme würde dienen können. Innerhalb eines solchen Wissenschaftskonzepts wurde dem Faktor der historischen Tradition notwendig nur die Rolle einer Randbedingung zugewiesen. Dies zeigt sich in dem zuweilen bewußt unhistorischen Charakter empirischer Sozialforschung. In den Vereinigten Staaten wurde 1941 von Warner und Lunt eine soziologische Feldstudie über die Stadt Newburyport (Massachusetts, USA) durchgeführt, bei der bewußt auf die Benutzung jeglichen histo-

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rischen Materials verzichtet wurde, freilich in diesem Falle mit keineswegs befriedigenden Resultaten[6]. Das Ziel dieser Richtung der modernen Soziologie war es, um uns der Formulierung von Rainer Lepsius zu bedienen, eine Theorie zu entwickeln, „die im Idealfall allgemeine räumliche und zeitliche Gültigkeit beansprucht und insofern unhistorisch ist"[7]. Parallel dazu standen globale ideologiekritische Bemühungen, die das Feld für die Anwendung solcher pragmatischer Theorien und Erklärungsmodelle freimachen sollten. Ähnliche Tendenzen lassen sich auch in der Politikwissenschaft der letzten 20 Jahre beobachten. Sie wandte sich, obwohl insbesondere in Deutschland als Ableger der Geschichte entstanden, in zunehmendem Maße systemtheoretischen und quantitativen Methoden zu, bei denen der Rückgriff auf traditionelle historische Verfahrensweisen entbehrlich schien.

Es ist unverkennbar, daß in der Gegenwart dieser Trend, wenn auch vielleicht noch nicht zum Stillstand gekommen, so doch viel von seinem Schwung verloren hat. Im Lager der Sozialwissenschaften selbst zeichnet sich heute eine Gegenbewegung ab, die wieder zu makrosoziologischen Analysen unter Einbeziehung der historischen Dimensionen drängt[8]. Dies ist zunächst die Folge der Tatsache, daß der liberalpragmatische Kompromiß der 50er Jahre, der eine so ideale Basis für empirische soziologische Arbeit abgab, heute viel von seiner Tragkraft verloren hat. Die großen alten Probleme tauchen heute in neuen Formen wieder auf und sind mit einer auf mittlere und kleinere Dimensionen zugeschnittenen Soziologie nicht zu bewältigen. Ein Symptom unter vielen, nicht die Ursache, ist die Studentenrevolte, die sich gegen den zuweilen zu bequemen Pragmatismus der älteren Generationen auflehnt und nach Deklaration der jeweils eigenen Werte verlangt. Die junge Generation will sich moralisch engagieren, und nicht mehr bloß in einem nicht eigentlich kritisch hinterfragten, wenngleich materiell akzeptablen System einen vorprogrammierten Platz einnehmen. Die Leistungsgesellschaft hat viel von ihrem Prestige eingebüßt. Man fragt kritisch, für welche Zwecke Leistung denn eigentlich sein müsse; die Aussicht auf den Erwerb materieller Güter ist für den Einzelnen weniger wichtig geworden; jedenfalls aber als Rechtfertigungsargument taugt sie nicht mehr so recht.

Es handelt sich hier in mancher Hinsicht um eine romantische Gegenreaktion gegen die mechanisierte Gewalt der industriellen Gesellschaft. Insofern besteht eine gewisse Konvergenz der konservativen und der neo-marxistischen Kritik an der industriellen Gesellschaft, ein Umstand, auf den Albert mit Recht hingewiesen

---

[6] Vgl. auch Seymour Martin Lipset, Bemerkungen zum Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft, in: Logik der Sozialwissenschaften, hrsg. v. Ernst Topitsch, Köln 1965, S. 477.

[7] Rainer Lepsius, Bemerkungen zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Soziologie, in: Conze, a.a.O. (Anm. 1), S. 61.

[8] Vgl. jetzt auch Peter Christian Ludz, Soziologie und Sozialgeschichte, Aspekte und Probleme, in: Soziologie u. Sozialgeschichte, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 16, 1972, S. 8ff.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hat[9]. Doch wie immer es damit bestellt sein mag, die Tatsache, daß die westlichen Gesellschaftssysteme einen großen Teil ihrer Selbstgewißheit eingebüßt haben, läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Viele Fragen, die die ältere Generation für endgültig erledigt hielt, stellen sich in neuer Form. Auch die Re-Ideologisierung, die wir streckenweise in der gegenwärtigen Gesellschaft beobachten, dürfte sich eher als Wiederherstellung eines Normalzustands denn als exzeptionelles Symptom deuten lassen. Das Prinzip der Maximierung der Produktion von materiellen Gütern als solches, so wichtig es auch immer noch ist und so weitgehend es das Leben des Einzelnen konditioniert, erweist sich, für sich genommen, nicht als tragfähig genug, um das Normensystem einer Gesellschaft auf Dauer zu bestimmen.

Insofern hat die Rückwendung der Sozialwissenschaftler zu makrosoziologischen Fragestellungen, die über den Produktionsprozeß im weitesten Sinne weit hinausgehen, selbst gesellschaftliche Ursachen. Doch erfolgt dies zugleich aus wissenschaftsimmanenten Gründen, nämlich dem Unbehagen darüber, daß die empirische Soziologie in gesellschaftlich häufig wenig relevanten Detailanalysen steckengeblieben ist, statt den Durchbruch zu einer sozialen Physik der Zukunft zu erzwingen. Nicht wenige Kritiker der empirischen Soziologie weisen darauf hin, daß diese Forschungsresultate produziert, die sich zwar von den Herrschenden zur Stabilisierung ihrer jeweiligen Machtstellung vortrefflich anwenden lassen, aber nicht geeignet sind, die Gesellschaft als Ganzes in den Blick zu bekommen. Eben aus diesen Gründen beginnt die Sozialwissenschaft die Geschichte wieder neu zu entdecken. Denn nur der Rückgriff auf die Vergangenheit bietet die Chance, der Gefahr zu entgehen, sich in systemimmanenten Analysen von begrenzter Reichweite zu erschöpfen. In ähnlicher Weise sagt Rainer Lepsius: „Die Soziologie kann aber auf einen Vergleich eines gegenwärtigen Befundes mit einem aus einer anderen Zeit oder Kultur nicht verzichten, will sie überhaupt über die Deskription des je Bestehenden hinauskommen und Entwicklungen von sozialen Prozessen analysieren."[10] In Übereinstimmung damit beobachten wir heute auf breiter Front im Bereich der Sozialwissenschaften eine Rückkehr zu globaleren Fragestellungen, auch wenn einstweilen Wright C. Mills Diktum, wonach jede Soziologie, die ihren Namen verdiene, „historische Soziologie" sei[11], noch keineswegs allgemein akzeptiert wird.

Man wird demnach sagen können, daß die allgemeine Wissenschaftsentwicklung im Begriff ist, sich wieder von der einseitigen Enthistorisierung vergangener Dekaden zu befreien, wesentlich in der Absicht, um zu gesicherten Aussagen mittlerer Reichweite von gesellschaftlicher Relevanz vorstoßen zu können. Freilich ist damit das Dilemma, in dem sich die Geschichte heute als Wissenschaft ebenso wie als Lehrfach befindet, noch keineswegs behoben. Es könnte immerhin so sein, daß die für das Selbstverständnis einer modernen industriellen Gesellschaft eigentlich bedeutsamen Probleme eher von historisch versierten Soziologen und Politologen

[9] Vgl. Hans Albert, Plädoyer für kritischen Rationalismus, München 1971, S. 82, Anm. 14.
[10] A.a.O., S. 65.
[11] Wright C. Mills, Kritik der soziologischen Denkweise, Neuwied 1963, S. 196ff.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

behandelt werden können als von den Historikern selbst, die, einer erstarrten Wissenschaftstradition verhaftet, daran vorbeischreiben und -lehren. Kritik solcher Art wird auch im soziologischen Lager vielfach erhoben. Lepsius beispielsweise verweist auf die „parochiale Objektauswahl der historischen Forschung, die in Forschung und insbesondere auch in der Lehre geringe Beachtung der nicht mitteleuropäischen Entwicklungen und [den] Mangel an komparativer Analyse"[12]. Dem ist freilich entgegenzuhalten, daß die Geschichtswissenschaft gegenüber den von den Nachbardisziplinen, insbesondere der Soziologie, aufgeworfenen Problemen offener ist denn je. E. A. Carr gibt die allgemeine Tendenz im Lager der Historiker wieder, wenn er schreibt: „Je soziologischer die Geschichte, und je historischer die Soziologie wird, desto besser für beide Teile."[13]

In der Tat kann die Geschichtswissenschaft ohne die Hilfe der benachbarten Sozialwissenschaften nicht mehr auskommen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Aufhellung der komplexen Interaktionszusammenhänge in industriellen Gesellschaften, auf den verschiedenen politischen sowohl wie auf der wirtschaftlichen Ebene. Andererseits ist dies innerhalb des Tätigkeitsfeldes der Geschichtswissenschaften nur eine nachrangige Aufgabe. Nicht um Orientierung im Sinne des pragmatischen Hier und Jetzt, in Form von Vermittlung von Herrschaftswissen kann es ihr gehen. Auch historische Prognosen sind – sofern sie exakte Voraussagen und nicht nur Projektionen möglicher Entwicklungen sein wollen – im allgemeinen wenig wert. Es handelt sich meist um Leerformeln, in die der Einzelne dann seine mehr oder minder entwickelten Erwartungen oder Befürchtungen hineinzuinterpretieren vermag. Die eigentliche Funktion der Geschichte liegt vielmehr darin, durch den Aufweis der spezifischen Eigenart verschiedenster geschichtlicher Formationen im Lichte jeweils gegenwärtiger Erfahrungen diese gegenwärtige Wirklichkeit selbst transparent zu machen. Denn nur vor historischem Hintergrund, und nur in der Kontrastierung mit historischen Erfahrungen, gewinnen die Begriffe, mit denen wir gegenwärtige Wirklichkeit beschreiben, Relief und Signifikanz in bezug auf ein jeweils spezifisches Verständnis von Menschheit und Kulturleben überhaupt. Insofern legt die Geschichtswissenschaft die Grundlagen für die Möglichkeit einer rationalen Weltorientierung, die über den engen Kreis des jeweils dem Einzelnen und der Gesellschaft Gegenwärtigen hinauszublicken bereit und entschlossen ist.

Die Geschichtswissenschaft tut dies zunächst in einer vornehmlich dienenden Funktion, nämlich der Bewahrung und der Tradierung von gesellschaftlichem Wissen überhaupt; es hängt von der jeweiligen Situation und dem jeweiligen Erkenntnisinteresse ab, was davon im konkreten Fall gleichsam „abgerufen" und auf diese Weise zum Bestandteil des aktivierten Geschichtsbewußtseins einer Sozialgruppe wird. Es ist vorstellbar, daß die Kette der Tradierung erworbenen gesellschaftlichen Wissens, wie sie durch die Geschichtswissenschaft, und in einem erweiterten Sinne durch alle historischen Wissenschaften überhaupt, geleistet wird,

[12] A. a. O., S. 57.

[13] E. A. Carr, What is History, London 1961, S. 54.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

abreißt. Doch würde dies auf die Dauer einen Abfall des gesamtgesellschaftlichen Niveaus gleichkommen, das unvermeidlich auch auf die Gesellschaftswissenschaften im engeren Sinne durchschlagen würde und letztlich den „terribles simplificateurs", wie Jacob Burckhardt sie genannt hat, das Feld völlig überlassen würde. Ein Mindestmaß historischen Wissens, das ausreicht, den historischen Ort unserer modernen industriellen Zivilisation innerhalb der Abfolge der Weltzivilisationen zu erfassen, erscheint als eine unentbehrliche Basis für eine jede rationale Orientierung in der gegenwärtigen Welt. Zudem wird ohne diese eine jede Begrifflichkeit, derer wir uns bedienen, um gegenwärtige Gesellschaften zu beschreiben, namenlos, weil ohne zureichenden Bezug zu den gesamtgesellschaftlichen Problemen.

Diesem inhaltlichen Gesichtspunkt tritt ein formaler zur Seite. Es ist unmöglich, eine gegenwärtige Gesellschaft mehr als nur in zufälligen Bruchstücken zu erfassen, d. h. auf Begriffe zu bringen, ohne sie mit anderen, zumeist älteren historischen Formationen, sei es explizit, sei es implizit, zu kontrastieren. Alle Begriffe, die wir verwenden, wenn wir über gesellschaftliche Probleme der Gegenwart sprechen, sind angesichts unseres Nichtwissens über die Zukunft hochgradig historisch befrachtet. Man nehme einmal den Begriff des Kapitalismus. Dieser läßt sich nur in der Kontrastierung zu vorkapitalistischen Sozialordnungen, in denen der Eigentumsbegriff nicht durch die potentiell freie Verfügbarkeit des Eigentums auf dem Markte charakterisiert war, und in denen gesellschaftliche Normen jene expansive Dynamik nicht zum Zuge kommen ließen, die der modernen Industriegesellschaft eigentümlich ist, inhaltlich, d. h. in seiner Signifikanz für den Menschen der modernen Welt, zureichend bestimmen.

Jede Beschäftigung mit einem historischen Gegenstand, sei es aus der Vorgeschichte der eigenen Gesellschaft, sei es aus einem völlig fremden Kulturraum, dient zugleich der Aufhellung des Wesens gegenwärtiger Gesellschaft. Dinge, die man für selbstverständlich und auch für unabänderlich gehalten hat, werden plötzlich problematisiert, weil uns historisch alternative Lösungen begegnen, oder weil uns Lösungen, die wir bisher durch Sachzwänge determiniert ansahen, als weitgehend historisch bedingt begegnen. Zwar bemüht sich der Historiker, mit Hilfe heuristischer Methoden zunächst einmal den jeweiligen historischen Gegenstand gemäß dem Selbstverständnis der Zeitgenossen in den Griff zu bekommen, aber im zweiten Schritt beschreibt er diesen in Kategorien, die seine eigenen sind und die von seinen spezifischen erkenntnisleitenden Interessen mitbestimmt sind. Das zähe Ringen des Historikers mit seinem zunächst so amorphen, unüberschaubaren Gegenstand erfordert in der Regel immer neue Adaptionen seines Begriffsapparates an das historische Material, und es ist die dadurch bedingte Rückkopplung historischer Erkenntnis auf die eigenen erkenntnisleitenden Interessen und die diesen zugrunde liegenden persönlichen Grundwerte, die einen wesentlichen Bildungswert der Geschichte ausmachen. Dieser Rückkopplungsprozeß entzieht sich einer quantifizierenden Bestimmung. Jeder Lehrer im Fach Geschichte weiß, daß der gute und der schlechte Historiker sich nicht so sehr durch das Maß des aktualisierbaren fak-

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tischen Wissens unterscheiden, sondern in dem Maß an Bereitschaft, sein eigenes Urteilsvermögen und die ihm zur Verfügung stehende Begrifflichkeit in der Begegnung mit dem historischen Material zu schärfen und zu differenzieren.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß der Historiker dabei nicht nur als für sich allein stehendes Individuum tätig ist, sondern zugleich stellvertretend für jene Sozialgruppen steht, denen er sich entweder subjektiv zurechnet, oder objektiv angehört. Was sich zunächst als höchst individuelles Geschehen darbietet, gewinnt auf der Ebene des Forschungsprozesses, der durch die stete kritische Auseinandersetzung von individuellen Forschern, die den verschiedensten Sozialgruppen angehören, untereinander in Gang gehalten wird, die Qualität eines gesellschaftlichen Prozesses.

Dergleichen aber kann eine moderne Gesellschaft nicht ohne Schaden entbehren. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit – es ist in diesem Zusammenhang logisch unerheblich, um welches Segment derselben es sich handelt, obgleich ein hohes Maß an Verfremdung des Materials gegenüber dem alltäglich gegenwärtig Erlebten offenbar Vorteile zu haben scheint – kann dazu helfen, die systemimmanente Sichtweise, die dem Einzelnen innerhalb moderner Industriegesellschaften zunächst unvermeidlicherweise eigentümlich ist, schrittweise abzubauen, indem dieser mit alternativen Gesellschaftsmodellen, politischen Ordnungen und Wertsystemen konfrontiert wird. Rainer Lepsius beispielsweise weist darauf hin, daß „der Wert der Geschichte . . . gerade auch darin" liege, „alternative gesellschaftliche, politische, ökonomische und kulturelle Organisationsformen des menschlichen Daseins exemplarisch vorzuführen und damit eine Erweiterung der Bezugssysteme für die Wahrnehmung und Beurteilung der Gegenwart zu bewirken"[14].

Zum anderen vermag geschichtliches Denken dazu beizutragen, angebliche Sachzwänge, die komplexen gesellschaftlichen Ordnungen den Anschein von prinzipieller Unveränderlichkeit verleihen, zu entzaubern, und die Denkbarkeit von gesellschaftlichen Alternativen prinzipiell möglich zu machen. Dies kommt dem nahe, was Jacob Burckhardt meinte, wenn er davon sprach, daß geschichtliche Kontemplation der Ort der „Freiheit mitten im Bewußtsein der enormen allgemeinen Gebundenheit" sei[15]. In dieser Beziehung wächst dem historischen Denken eine emanzipatorische Funktion zu, die nicht im Konstruieren unwirklicher Gegenwelten und des Stromes der Notwendigkeiten besteht, sondern in der konkreten Nachweisung der relativen, nicht absoluten Bedingtheit menschlichen Handelns durch Faktoren wie beispielsweise Klassenschichtung, Eigentumsverhältnisse oder Herrschaftsstrukturen, wie sie etwa für moderne industrielle Gesellschaften typisch sind. Mit Recht hat Theodor Schieder vor einer voreiligen Ideologisierung der Geschichtswissenschaft gewarnt und ihr die nüchterne und kühle Analyse der gesellschaftlichen Strukturen, denen der Mensch als einzelner unvermeidlich ver-

---

[14] Rainer Lepsius, a. a. O., S. 68.

[15] Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Gesammelte Werke, Bd. IV, Darmstadt 1956, S. 7.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haftet ist, als Aufgabe entgegengestellt: „Wir sehen die gesellschaftliche Entwicklung im Zeichen der industriellen Revolution nicht mehr nur als Bedrückung oder menschliche Selbstentfremdung, aber auch nicht mehr als unausweichliche und notwendige Vergesellschaftung allen individuellen Lebens einschließlich des Eigentums, sondern als die uns aufgegebene Begegnungsform des einzelnen mit den überindividuellen Mächten".[16] Diese Grundhaltung vermag dem Einzelnen zu einer nüchterneren Einsicht in die komplexen Verhältnisse gesellschaftlicher Wirklichkeit zu verhelfen und ihn davor zurückzuhalten, die totale Emanzipation von den Abhängigkeiten, in die der Mensch der industriellen Lebenswelt unvermeidlich hineingestellt ist, durch die Hinwendung zu einer romantischen Protesthaltung bloß symbolisch zu vollziehen, statt sich den Realitäten zu stellen, und diese in konkreten Formen zu betreiben.

Dies freilich soll nicht heißen, daß der Geschichte als einer spezifischen Denkform in der modernen Gesellschaft eine affirmative Funktion zugeschrieben werden soll, eine affirmative Funktion namentlich zugunsten der jeweils Herrschenden oder auch einer bestimmten bestehenden oder erstrebten Sozialordnung. Geschichtliches Denken kann durchaus eine solche Funktion haben, und die deutsche nationalliberale Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts hat wesentlich in diesem Sinne gewirkt. Doch hat dies mit dem Wesen der Geschichtswissenschaft als solcher nichts zu tun. Diese ist vielmehr prinzipiell gegenüber allen denkbaren weltanschaulichen Positionen offen, und hat gegenüber allen diesen denkbaren oder gegebenen Positionen eine kritische Funktion. Sie gilt gemeinhin, wie dies Waldemar Besson unübertroffen formuliert hat, als „antiideologische Waffe", und ist es in der Tat, insofern als sie sich der unreflektierten, rein dogmatischen Hingabe an bestimmte ideologische Haltungen gleich welcher Provenienz widersetzt. Geschichte erzwingt vielmehr intellektuelle Disziplin, sowohl gegenüber den eigenen Werthaltungen und politischen Überzeugungen wie auch gegenüber den Werthaltungen und Überzeugungen anderer. In diesem Sinne ist geschichtliches Denken stets mit Toleranz, zumindest auf intellektueller Ebene, gepaart. Darüber hinaus erzieht Geschichte in gewissem Betracht, wie dies Jürgen Kocka jüngst ausgedrückt hat, zu „konkretem Denken"[17]. Bloß auf vagen Prinzipien beruhende ideologische Positionen vermögen der nüchternen historischen Analyse in der Tat nicht standzuhalten. Gerade darauf beruht ein wesentlicher Teil des Bildungswertes der Geschichte unter modernen Bedingungen. Das bedeutet jedoch nicht, daß das geschichtliche Denken auf die Prämierung einer pragmatischen Einstellung hinwirke. Es geht keineswegs darum, durch historische Reflexion konkrete weltanschauliche oder ideologische Positionen zu zersetzen, und womöglich durch demokratisch sanktionierte Durchschnittsmeinungen zu ersetzen. Solches wäre der Tod echten historischen Bewußtseins. Geschichtliches Denken setzt vielmehr eine Pluralität von Positionen voraus,

[16] Geschichte als Wissenschaft, Eine Einführung, 2. Aufl., München, Wien 1968, S. 20.

[17] Vgl. seinen Beitrag in: Theorie der Geschichtswissenschaft ..., hrsg. von Werner Conze, a.a.O., S. 71.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Positionen, die mit letztem Engagement vertreten werden, und ist daher keinesfalls auf deren Einebnung aus, sondern nur auf deren kritische Läuterung und Rationalisierung im Lichte der jeweils eigenen letzten Werte.

Geschichte läßt sich bekanntlich von den verschiedensten Positionen aus deuten, vom marxistisch-leninistischen Standpunkt ebenso wie von einem liberalen oder einem radikal-demokratischen. Es gibt für jede dieser Positionen unbequeme Tatsachen. Ihre Integration in den eigenen Erklärungszusammenhang zwingt zu steter Überprüfung, und im gleichen Atemzug zur Rationalisierung der eigenen politischen Position. Gelingt es, dies zu erreichen, ohne den Versuch zu unternehmen, Proselyten für die eigene weltanschauliche Haltung machen zu wollen, so ist viel erreicht. Es kann dazu beitragen, Kompromissen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Positionen den Weg zu bahnen, die nicht auf einem Gleichgewicht von Gewalt und Abschreckung beruhen, sondern auf der Anerkennung ihrer relativen Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Lösung konkreter gesellschaftlicher Probleme.

Ein Beispiel aus dem Bereich der politischen Ordnungen vermag dies näher zu verdeutlichen. Es ist heute unmöglich geworden, das westliche System der „konstitutionellen Demokratie" (Finer), wie es auch im Grundgesetz der Bundesrepublik verankert ist, einfach dogmatisch zu begründen, etwa unter Rückgriff auf die neonaturrechtliche Lehre. Die neonaturrechtliche Theorie hat ihre Zauberkraft ebenso verloren wie die Vorbildrolle, die die großen westlichen Nationen in der Vergangenheit gehabt haben. Seitdem die Vereinigten Staaten sich in einer strukturellen Krisensituation befinden, die durch die Rassenkonflikte ebenso wie durch den Vietnam-Krieg aktualisiert und ins allgemeine Bewußtsein erhoben worden ist, und das englische Regierungssystem mit den Problemen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Stagnation kämpft, haben diese politischen Systeme stark an Ansehen verloren. Auch die negative Legitimierung der konstitutionellen Demokratie durch die Kontrastierung mit den kommunistischen Diktaturen des Ostens reicht heute nicht mehr aus, um die Vorteile einer parlamentarischen Demokratie gleichsam aus sich selbst heraus begreiflich zu machen. Nur im Rückgriff auf historische Erfahrungen, und in der Vergleichung verschiedener Regierungssysteme über längere Zeiträume hinaus kann man die Eigenart, und damit die auf bestimmte Grundwerte hin bezogenen Vorzüge der „konstitutionellen Demokratie" tatsächlich nachweisen. Dies kann freilich nur eine pluralistische Form der Geschichtsbetrachtung leisten, die die möglichen politischen Alternativen ernst nimmt und nüchtern analysiert, gleichviel ob dies im Rahmen von Sozialkunde oder der Geschichte als Lehrfach unternommen wird.

Was im Bereich der politischen Ordnungen unmittelbar einsichtig ist, daß es nämlich des Rückgriffs auf die historische Dimension bedürfe, um die zentralen Probleme moderner Gesellschaften, vor allem auch im Hinblick auf die Grundwerte menschlichen Zusammenlebens rational greifbar zu machen, gilt grundsätzlich von den gesellschaftlichen Systemen als solchen in gleicher Weise. Die letzteren dürfen nicht verkürzt gesehen werden als Veranstaltungen zur Reproduktion

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Vermehrung gesellschaftlichen Reichtums, sondern als höchst vielschichtige Gebilde, die die gesellschaftliche Organisationsform einer bestimmten Stufe geschichtlicher Kulturentwicklung sind.

Um dies zu erreichen, bedarf es freilich neuer Formen historischen Denkens, die sich in höherem Maße als bisher den Methoden und Theoremen der Sozialwissenschaften bedienen, ohne doch ihren eigenständigen Aufgaben zu entsagen, nämlich die gesellschaftliche Wirklichkeit transparent zu machen, in dem sie diese mit ihrer eigenen Vergangenheit konfrontieren und von hier aus ihre Eigenart unter dem Gesichtspunkt jeweils spezifischer Werthaltungen und Überzeugungen ins Bewußtsein erheben. Umgekehrt ergibt sich, daß eine Zurückdrängung der Geschichte aus der Oberschule auch den Disziplinen, die sie weitgehend zu ersetzen bestimmt sind, nämlich der Politikwissenschaft und der Sozialwissenschaft, wenig helfen würde. Nur die Zusammenarbeit dieser Disziplinen kann, sowohl auf der Ebene der Forschung wie insbesondere im Bereich der Lehre, sowohl in der Universität wie auch in den öffentlichen Schulen, zu befriedigenden Ergebnissen führen.

Die Geschichtswissenschaft hat ihrerseits den Weg über die Sozialgeschichte zur Gesellschaftsgeschichte (Hobsbawm) konsequent eingeschlagen. Jedoch kann sie ihre Aufgabe nur dann sachgerecht erfüllen, wenn ihre Eigenständigkeit als selbständige Denkform, und demgemäß als selbständiges Lehrfach, gewahrt bleibt. Es steht zu hoffen, daß dem geschichtlichen Denken die institutionelle Basis, die ihm bislang durch einen festen Platz in den schulischen Curricula auch der Kollegstufe der öffentlichen Schulen gewährt ist, nicht durch eine kurzsichtige Schulpolitik unter Mißachtung der neueren Entwicklungen in der internationalen Forschung gleichsam unter den Füßen weggezogen werden wird.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

LAJOS KEREKES

ZUR AUSSENPOLITIK OTTO BAUERS 1918/19

Die „Alternative" zwischen Anschlußpolitik und Donaukonföderation

Die am 12. November 1918 proklamierte Erste Österreichische Republik wurde unter einzigartigen geschichtlichen Umständen ins Leben gerufen. Im Augenblick ihrer Entstehung gab sie der Welt bekannt, daß sie die Gelegenheit zu einer selbständigen Staatlichkeit nicht nützen, sondern sich an das Deutsche Reich anschließen wolle. In Wien begann also eine dem allgemeinen Auflösungsprozeß der Monarchie entgegengesetzte Entwicklung. Während die anderen Völker des dualistischen Reichs im Taumel der Begeisterung über die wiedergewonnene oder zum ersten Mal erworbene staatliche Selbständigkeit mit dem Gefühl selbstsicheren Nationalbewußtseins in die Zukunft blickten, betrachtete Österreich, das Symbol, der „Stützpfeiler" der 56 Millionen Einwohner zählenden Monarchie, die durch die historische Wendung erlangte selbständige nationale Existenz als überflüssig und überholt.

Am 12. November 1918 erklärte Staatskanzler Karl Renner auf der konstituierenden Sitzung der provisorischen Nationalversammlung Österreichs unter einstimmiger und begeisterter Zustimmung der Abgeordneten, daß Österreich sich mit dem Deutschen Reich als ein Körper fühle. Er schlug deshalb vor, die provisorische Verfassung der soeben proklamierten österreichischen Republik sollte die Anschlußabsicht Österreichs an Deutschland zum Ausdruck bringen. Das geschah auch. Abschnitt 1 des 5. Staatsgesetzes, das die Regierungs- und Staatsform Österreichs regelt, erklärte: „Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt." Der zweite Abschnitt des Gesetzes legte fest: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der Deutschen Republik sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches von Gesetzen und Einrichtungen der Deutschen Republik auf Deutschösterreich."[1]

Am 15. November richtete die österreichische Regierung ein Telegramm an den amerikanischen Präsidenten Wilson und bat ihn, entsprechend seinen Prinzipien über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Deutschösterreichs Anschlußabsichten bei den Siegermächten zu unterstützen. „Wir hoffen, Herr Präsident, daß Sie, den von Ihnen so oft ausgesprochenen Grundsätzen entsprechend, diese Bestrebungen des deutschen Volkes in Österreich unterstützen werden. Das Recht der Polen, der Italiener, der Südslawen, die bisher dem österreichischen Staat angehört haben, sich mit ihren Nationalstaaten außerhalb Österreichs zu vereini-

[1] Karl R. Stadler, Hypothek auf die Zukunft, Entstehung der österreichischen Republik 1918–1921, Wien 1968, S. 86.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen, haben Sie, Herr Präsident, verfochten; wir sind überzeugt, daß Sie dasselbe Recht auch dem deutschen Volk in Österreich zuerkennen werden."[2]

Die deutsch-österreichische Anschlußidee, das sogenannte Anschlußprogramm, wurde seit seiner feierlichen Verkündigung am 12. November zu einem immer wiederkehrenden Problem in der europäischen, insbesondere der mitteleuropäischen Politik der nächsten zwanzig Jahre. In der Geschichte des politischen Denkens des modernen Europa trifft man selten eine Idee, in der sich hinter dem gleichen Begriff so weit voneinander abweichende Klasseninteressen und nationale Überlegungen verbargen, wie in der Anschlußforderung. Außerdem drückte die Anschlußparole in den verschiedenen Phasen der europäischen Entwicklung auch im Zusammenleben der Völker sehr unterschiedliche Bestrebungen und Machtziele aus. Im folgenden soll versucht werden, gestützt auf den Nachlaß von Otto Bauer, die Entstehung der Parole „Anschluß an Deutschland", die daran geknüpften politischen Hoffnungen und Otto Bauers Schritte für die Durchführung der deutsch-österreichischen Vereinigung aufzuzeigen.

Der die historische Existenzberechtigung eines unabhängigen österreichischen Staates verneinende Anschlußgedanke war die eigenartige Antwort des Austromarxismus und vor allem Otto Bauers auf die Frage nach der Lösung des nationalen Problems zu einem Zeitpunkt, als das von den Sozialdemokraten im Jahre 1899 verkündete Programm der „kulturellen nationalen Autonomie" durch den Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und die schnelle Konstituierung der Nachfolgestaaten endgültig illusorisch geworden war. Otto Bauer, der als Kriegsgefangener in Rußland die sozialistische Revolution erlebt hatte, erkannte schon Ende 1917 (als er nach Wien zurückkehrte), daß das sozialdemokratische Nationalitätenprogramm mit seiner Doktrin von den „Vorteilen der großen Wirtschaftseinheit" und der „demokratischen, auf der kulturellen Nationalautonomie basierenden Föderation" längst von der geschichtlichen Entwicklung überholt worden war[3]. Ende 1917 schrieb er in einem Artikel: „Die deutsche Sozialdemokratie

---

[2] Ebenda, S. 87.

[3] Wie aus einem Brief Otto Bauers an Kautsky vom 25. 9. 1913 hervorgeht, war Bauer bereits 1913 im Hinblick auf die Zukunft und den Fortbestand der Österreichisch-Ungarischen Monarchie außergewöhnlich pessimistisch. Wir zitieren zwei Ausschnitte aus dem Brief: „Der vollständige Zusammenbruch der innern und äußern Politik macht die Leute nur mutlos, die Arbeiter denken, daß in Österreich ohnedies nichts zu machen ist, alle Anstrengungen vergebens sind, und fallen so in eine politische Indifferenz zurück, die die Entwicklung der Partei hemmt . . ."

Nach Bemerkungen über die wirtschaftliche Krise und die reformistische Erziehung der österreichischen Arbeiterschaft folgt der Satz: „Am verständlichsten wäre heute vielleicht eine Propaganda, die die Hoffnung der Arbeiter auf den Zerfall Österreichs lenken würde. Aber das ist noch nicht möglich, als ein zu plötzlicher Bruch mit der Vergangenheit der Partei und als eine Vertröstung auf eine nicht nur ferne, sondern doch immer noch, wenigstens nach der Meinung der Menge, ungewisse Zukunft." Nachlaß Kautsky. D.II.498.II.SG. (Prof. Hans Mommsen hat dem Verfasser der vorliegenden Studie die obigen Zitate freundlicherweise aus seinen eigenen Forschungen überlassen.)

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Österreich sucht die Lösung des österreichischen Problems nur noch in Reformen an diesem Staat und innerhalb dieses Staates . . . Sie glaubt die Nationen mit der Autonomie in Kreisen abfinden zu können, es soll also nicht jede Nation selbst entscheiden, welche Angelegenheiten sie selbständig, welche sie mit anderen Nationen gemeinsam verwalten will . . . Aber Tschechen und Polen, Südslawen und Ukrainern genügt eine solche Autonomie nicht."[4] Der Gedanke des totalen Selbstbestimmungsrechts der Völker tauchte in Otto Bauers Schriften hier zum erstenmal auf. Ausführlicher legte er diesen Gedanken auf einer Konferenz der sozialdemokratischen Linken der Monarchie im Januar 1918 in Wiener-Neustadt dar, an der außer den österreichischen linken Sozialdemokraten um Otto Bauer auch die Vertreter der polnischen, slowenischen und tschechischen Sozialisten teilnahmen. Die Konferenz betrachtete – unter dem Einfluß Otto Bauers – die Auflösung der Monarchie als bereits beschlossene Tatsache und versuchte den Standpunkt der Sozialdemokratie zu diesem bevorstehende Ereignis festzulegen. Die Konferenz beschloß: 1. Jede Nation regelt ihr Verhältnis zu den anderen Nationen Österreichs durch ihre konstituierende Nationalversammlung, 2. die Sozialdemokratie wird dafür eintreten, daß die wirtschaftlichen Angelegenheiten unter der gemeinsamen Leitung der Nationen verbleiben, 3. das Selbstbestimmungsrecht der Völker, auch das der Sudetendeutschen, muß allgemein anerkannt werden. Professor Turok hat die Konferenz vom Januar 1918 als unmittelbare Auswirkung der großen sozialistischen Oktoberrevolution gewertet: „Diese Konferenz beschloß eine Plattform, die zweifelsohne in Zusammenhang mit den Parolen und Forderungen der Oktoberrevolution zu bringen ist, nämlich die Plattform der Linken, die das Selbstbestimmungsrecht der Nation verlangte. Die Linken, also Otto Bauer, erklärten, daß die staatliche Gemeinsamkeit nur dann aufrechterhalten werden kann, wenn die Nationen es selbst verlangen."[5] Bauer gelangte – im Gegensatz zu Renner – schon damals zur Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts, hielt aber wegen der Gefahr des deutschen Imperialismus einen demokratischen Staatenbund an Stelle der Monarchie noch immer für wünschenswert. „Solange wir dem deutschen Imperialismus gegenüberstehen, ist die Verwandlung Österreichs in einen Nationalitätenbundesstaat die einzige unter denkbaren Lösungen des österreichischen Problems, die nicht nur den Interessen der Völker Österreichs, sondern auch den Interessen der ganzen europäischen Demokratie entspricht. Wenn aber in Deutschland die Demokratie siegt, könnte das Selbstbestimmungsrecht aller Völker Österreichs in anderen, vollkommeneren Formen verwirklicht werden."[6] Obwohl er hier den Anschlußgedanken noch nicht aussprach, ist an seinem

---

[4] Otto Bauer/Karl Mann, Voraussetzungen der Internationale, in: Der Kampf 11 (1918) angeführt bei Otto Leichter, Otto Bauer, Tragödie oder Triumph, Wien 1970, S. 96.

[5] Wladimir M. Turok, Die russische Oktoberrevolution und ihre Rückwirkungen auf den Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, in: Die Auflösung des Habsburgreiches, Wien 1970, S. 227.

[6] Otto Bauer/Karl Mann, Das Selbstbestimmungsrecht der österreichischen Nationen, in: Der Kampf 11 (1918), Heft 4, April.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Artikel doch die Überzeugung abzulesen, daß er die Umgestaltung der Monarchie in einen Bund gleichberechtigter Staaten für eine wünschenswerte, doch nicht in jeder Beziehung vollkommene Lösung ansah. Ohne Zweifel hielt er den durch einen Sieg der deutschen Demokratie erhofften Anschluß für die bessere Lösung. Seine Auffassung unterschied sich also schon im Frühjahr 1918 wesentlich von der Karl Renners, der noch immer den einzigen gangbaren Weg zur Lösung im Rahmen der Monarchie sah und in der Arbeiter-Zeitung vom 2. März 1918 schrieb: „Wenn Österreich bestehen will, muß es sich von dem nationalen Hader befreien. Und das kann es nur, wenn es den Nationen *in seinem Rahmen* das gibt, worauf keine entwickelte, keine selbstbewußte Nation verzichten will: ihren Staat! Jeder Nation ihren Staat mit eigener Regierung und eigenem Parlament: alle Nationen vereint im Reiche zu gemeinsamer Verwaltung des gemeinsamen Wirtschaftskörpers – nur auf dieser Grundlage ist eine Verfassung möglich, der die Nationen freiwillig zustimmen und die das Reich von dem Nationalitätenhader befreit."[7]

Der stürmische Verlauf des Auflösungsprozesses der Monarchie machte Otto Bauer schon Anfang Oktober 1918 – vor dem Erscheinen des kaiserlichen Aufrufs über die nationale Selbstverwaltung – klar, daß die an die Reform der Monarchie geknüpften Hoffnungen gegenstandslos geworden waren. In seiner am 13. Oktober begonnenen Artikelserie trat er bereits eindeutig für den Anschluß als einzig mögliche Form der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker ein. Anfang Oktober aber stand er mit dieser Ansicht noch ziemlich allein. Er gab selbst zu: „. . . die Masse der Arbeiterschaft . . . stand dem Anschlußgedanken damals noch kühl gegenüber. . ."[8], und auch in den führenden Kreisen der Partei fand er keinen allgemeinen Beifall. Sein Anschlußvorschlag wurde von der Parteileitung als verfrüht, den Ereignissen vorgreifend abgewiesen[9]. Angenommen dagegen wurde der Vorschlag von Karl Seitz, der sich noch immer auf der Linie des Nationalitäten-Parteiprogramms von Brünn bewegte.

Ende Oktober aber hatte sich eine völlig neue Situation ergeben. Die Kettenreaktion der Loslösung der Nationalitäten hatte selbst die Mehrheit in der Parteileitung von der Unhaltbarkeit des Staatsrahmens der Monarchie überzeugt. Die Ereignisse schienen Otto Bauer zu rechtfertigen. Von entscheidender Bedeutung waren weiterhin der Sturz der Hohenzollern-Dynastie am 9. November und die Anziehungskraft der unter der Hegemonie der deutschen Sozialdemokratie entstandenen Republik, was dem Anschlußgedanken in der Parteiführung von einer Stunde zur anderen eine breite Basis schuf. Daraus erklärte sich, daß der Anschlußgedanke, als der österreichischen Sozialdemokratie die Macht in den Schoß fiel, vorübergehend der einzige Weg zur Lösung des österreichischen nationalen Problems zu sein schien.

---

[7] Stadler, a. a. O., S. 23.

[8] Otto Bauer/Karl Mann, Deutschland und wir, in: Der Kampf 11 (1918).

[9] Herbert Steiner, Otto Bauer und die „Anschlußfrage" 1918–19, in: Die Auflösung des Habsburgreiches, a. a. O., S. 471.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Idee der deutsch-österreichischen Vereinigung hatte in Österreich indessen nie eine breite gesellschaftliche Basis gehabt. Georg Schönerers Alldeutscher Verband war – abgesehen von einzelnen Randgebieten der Monarchie – keine Massenbewegung geworden. Seine Gruppe war in dem aus 524 Abgeordneten bestehenden Wiener Parlament des Jahres 1897 nur durch fünf Personen vertreten[10], und auch im Parlament des Jahres 1907, das auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhte, blieb die Vertretung der radikalen großdeutschen Bestrebungen unbedeutend. Die österreichische Gesellschaft empfand am Ende des Weltkriegs – aus nicht näher darzulegenden Gründen – keine sonderliche Sympathie für Deutschland, ja das Weltkriegs-„Bündnis" erweckte selbst in jener Generation Antipathie gegen die Aggressivität des deutschen Imperialismus, die längst die Erinnerungen an Königgrätz verwunden hatte. Womit läßt sich gleichwohl erklären, daß die Führer der österreichischen politischen Parteien (und auch die Massen) nach dem Sturz der Doppelmonarchie den Weg zur Lösung ihrer nationalen Probleme in der deutsch-österreichischen Vereinigung erblickten?

Der Anschlußgedanke läßt sich auf äußerst komplexe Gründe zurückführen, in denen progressive und retrograde Elemente auf eigenartige Weise vermischt sind. Auch ihre Bedeutung und ihr Gewicht änderten sich je nachdem, unter welchen internationalen Bedingungen bestimmte politische Kräfte den Gedanken des Anschlusses auf ihre Fahne schrieben[11]. Es sollen im folgenden in erster Linie die Ansichten Otto Bauers und der österreichischen Sozialdemokratie erörtert werden. Die scheinbare Einheit in der Anschlußfrage im Herbst 1918 erklärt sich daraus, daß die Sozialdemokratie in Österreich, als dieses Problem zum erstenmal auftauchte – infolge des zunehmenden revolutionären Geistes in- und außerhalb des Landes – das Gebiet der politischen Entscheidungen derart beherrschte, daß die bürgerlichen Parteien – zumindest vorläufig – im Hintergrund bleiben mußten. Otto Bauer betrachtete die deutsch-österreichische Vereinigung als revolutionäres Programm der gesamtdeutschen Demokratie. Sich auf Marx und Engels berufend, betonte er in seinen Artikeln und Reden, nach dem Sturz des Zarismus und der Hohenzollern-Dynastie habe die Auflösung der Doppelmonarchie zwangsläufig erfolgen müssen, denn es sei nicht mehr notwendig gewesen, daß sie die Völker Osteuropas vor der Bedrohung durch die beiden reaktionären Mächte schützte, oder gegen deren Großmachtbestrebungen zumindest ein Gegengewicht bildete. Nach dem Erlöschen der beiden reaktionären Mächte würden sich die Völker der Monar-

---

[10] Kurt Schuschnigg, Im Kampf gegen Hitler, Die Überwindung der Anschlußidee, Wien 1969, S. 42–43.

[11] Bei der Beurteilung der Anschlußbewegung muß man einen Unterschied zwischen 1918/1919 und 1921 und den späteren Bestrebungen machen. In den Jahren 1918/1919 stand die österreichische und die deutsche Sozialdemokratie an der Spitze; im Jahre 1921 hätte sich das österreichische Bürgertum und Kleinbürgertum gerne auf diesem Weg vor dem Einfluß des „roten Wiens" gerettet; in den dreißiger Jahren ging es mehr darum, daß das österreichische Großkapital sich dem deutschen Imperialismus anschließen wollte, der seine wirtschaftliche und politische Expansionskraft zurückgewonnen hatte.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chie in selbständigen Nationalstaaten vereinigen, und die herrschenden Nationen des Doppelreiches, die Ungarn und Deutschen, würden auf die nationalen Bestrebungen der bürgerlichen Revolution von 1848 zurückgreifen: die Ungarn schaffen ein unabhängiges Ungarn und die deutsche Nationalität der Monarchie vereint sich mit den Deutschen der übrigen Länder zu einer demokratischen Republik. Sie kehrten also zu dem Programm zurück, das Marx und Engels als das nationale Ziel der deutschen 1848er Revolution aufgestellt haben. Damit sei der historische Prozeß der deutschen nationalen Vereinigung abgeschlossen, dessen Verwirklichung durch das Mißlingen der 1848er Revolution und durch die im Interesse der Herrschaft über die Millionen der osteuropäischen Nationalitäten gewählte „kleindeutsche" Lösung so lange hinausgezögert worden sei. Da dieser Prozeß – setzte Otto Bauer seinen Gedankengang fort – nur nach dem Sturz der Habsburger und der Hohenzollern und durch den Ausruf der demokratischen Republiken überhaupt möglich geworden sei, würden jetzt die Interessen der europäischen Progression und die Forderung nach der demokratischen deutschen Einheit zusammenfallen[12].

Nach der Loslösung der Nationalitäten – lautete das weitere Argument – wäre das auf das deutschsprachige Gebiet zusammengeschrumpfte Österreich wirtschaftlich nicht lebensfähig, es würde als vorwiegendes Agrarland, auf sich selbst angewiesen, unfähig sein, den Sozialismus zu verwirklichen. Die soziale Struktur eines solchen Österrreichs würde der österreichischen Arbeiterschaft also von vornherein ungünstige Voraussetzungen für ihren Kampf um den Sozialismus bieten. „Als ein Teil der deutschen sozialistischen Republik", erklärte Max Adler, „ist der Fortbestand einer bloß bürgerlichen Republik bei uns unmöglich. Indem wir unseren Anschluß an das deutsche Volk vollziehen, werden wir durch seine soziale Kraft mit einem Male auf eine Entwicklungsstufe hinaufgerissen, die wir allein erst beträchtlich später zu erreichen vermöchten."[13]

Die Konzeption der Erhaltung eines „Restösterreichs" stellte Otto Bauer als Manöver des französischen Imperialismus hin, um dadurch einerseits die Verwirklichung der demokratischen Einheit Deutschlands zu verhindern, andererseits um die Deutschen Österreichs unter dem Vorwand einer Donaukonföderation den osteuropäischen Verbündeten Frankreichs, der Tschechoslowakei und Jugoslawien, unterzuordnen. Friedrich Austerlitz, Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung, schrieb, daß der Anschluß nicht den Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen im Donauraum bedeuten würde, deshalb sei die Alternative Donaukonföderation oder Anschluß unzutreffend, denn in Wirklichkeit könnte Österreich nur der Anschluß vor einer Unterordnung unter fremde Staaten schützen[14].

Was waren nun die wichtigsten Argumente, deren verschiedenste Varianten sich in

---

[12] Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1923, S. 111–112.

[13] Max Adler, Der Krieg ist aus, der Kampf beginnt, in: Der Kampf 11 (1918), Nr. 12, S. 781.

[14] Friedrich Austerlitz, Wohin gehen wir, in: Der Kampf 12 (1919), Nr. 1, S. 8–11.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Otto Bauers diplomatischer und sonstiger Korrespondenz über den Anschluß und die Donaukonföderation finden? Einige bezeichnende seien hier hervorgehoben.

Am 20. November 1918 richtete er einen Brief an Arthur Henderson, in dem er die sozialistischen Führer der Ententemächte bat, sich für die Linderung der schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutschösterreichs zu verwenden. Eine wirtschaftliche Unterstützung Österreichs würde die Machtstellung der Wiener Sozialdemokratie konsolidieren und den Einfluß der konservativ-reaktionären Kreise verringern. Er machte Henderson darauf aufmerksam, daß innerhalb der Entente, vor allem in Frankreich, gewisse Vorstellungen über eine Wiederbelebung der Habsburger-Dynastie vorhanden seien, und daß diese die augenblicklich in den Hintergrund gedrängten österreichischen katholisch-konservativen Kräfte ermutigten. Als eines der schwerwiegendsten außenpolitischen Probleme Deutschösterreichs bezeichnete er die Gefahr der Abtrennung der 3,5 Millionen Sudetendeutschen und betonte, daß die Siegermächte dadurch selbst einen Brandherd des Irredentismus schaffen würden, der eine ständige Bedrohung des europäischen Friedens darstellen würde. Er ersuchte Henderson, die sozialistischen Parteien in den Ententeländern für den Anschluß zu gewinnen. „Deutschösterreich war", schrieb er, „immer ein Bestandteil des Deutschen Reiches, und die Verbindung wurde nur durch den Zwist der Dynastien Habsburg und Hohenzollern zerrissen. Da heute die beiden Herrscherhäuser ihrer Macht beraubt sind, so ist der eigentliche Grund der Trennung weggefallen. Auch ist die Furcht der Entente, daß durch den Anschluß die Macht Deutschlands zu sehr gestärkt würde, unbegründet. Abgesehen davon, daß das imperialistische Deutschland heute tot ist und nie wieder auferstehen wird, würde auch die Vereinigung der beiden Länder nicht das Preußentum, sondern den demokratischen Einfluß Süddeutschlands stärken."[15]

In seinem Brief (9. Januar 1919) an Marx' Enkel Jean Longuet, den Führer des kriegsgegnerischen Flügels der französischen Sozialisten, bemühte Bauer sich ebenfalls, die Beweggründe der Anschlußpolitik mit triftigen Argumenten zu erklären. Der sozialdemokratische Standpunkt in dieser Frage, führte er aus, sei schon durch die historischen Traditionen der Bewegung gegeben: nach dem Zerfall Österreichs und nach der Loslösung seiner Nationalitäten müsse man zum früheren Programm zurückgreifen – zu dem sich die Sozialdemokratie seit Marx und Engels stets bekannt hätte – nämlich für eine das gesamte Deutschtum vereinigende deutsche demokratische Republik zu kämpfen. Die der deutschen Einheit gegenübergestellten Donaukonföderationspläne dienten in der heutigen Lage ausgesprochen imperialistischen Zielen. Wie nämlich früher der deutsche Imperialismus die Selbständigkeit Österreichs für notwendig erachtet habe, damit 10 Millionen Deutsch-Österreicher über mehr als 40 Millionen Slawen und Ungarn herrschen konnten, so wolle gegenwärtig der französische Imperialismus durch die Donaukonföderation eine slawische Koalition gegen die deutsche Republik

[15] Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Neues Politisches Archiv, Karton 261, Otto Bauers Nachlaß 89–90 (im weiteren abgekürzt: HHStA. NPA. K. 261).

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaffen und den Beitritt der Deutschen Österreichs und des Sudetengebiets zu dieser Koalition erzwingen. Die österreichische Arbeiterklasse trete aber im Gleichklang mit dem Linkstrend der deutschen Entwicklung für den Anschluß ein und hoffe dabei auf die Hilfe der sozialistischen Bruderparteien der Ententeländer[16].

Welches Echo fanden diese Briefe und wie dachten überhaupt die Sozialisten der Entente über den Anschlußgedanken?

Ihre Parteiführer trafen sich nach der Beendigung des Weltkriegs zum erstenmal im Februar 1919 in Bern, um ihren gemeinsamen Standpunkt zu den bevorstehenden Friedensverträgen festzulegen. Baron Haupt, der österreichische Gesandte in Bern, führte mit den zur Konferenz eintreffenden Persönlichkeiten eingehende Unterhaltungen über die Meinungen der Sozialisten der Entente zur deutsch-österreichischen Vereinigung. Über seine Eindrücke, die er dahingehend zusammenfaßte, daß die englischen und französischen Sozialisten der Anschlußidee eher wohlwollend als abweisend gegenüberstünden, informierte er Otto Bauer in einem ausführlichen Bericht. Ramsay MacDonald, der spätere englische Ministerpräsident, bezeichnete die deutsch-österreichische Vereinigung als eine natürliche Folge des Selbstbestimmungsrechts der Völker und erklärte, im Interesse des europäischen Friedens und der Stabilität müsse sie unbedingt akzeptiert werden. Der Widerstand der offiziellen französischen Politik sei nach seiner Meinung nicht unüberwindlich und von Amerikas und Englands Seite müsse alles getan werden, damit der legitime und demokratische Anschlußwille Deutschösterreichs akzeptiert werde. Ethel Snowden, die Frau des späteren britischen Finanzministers, äußerte sich in ähnlichem Sinne; sie sprach sogar von der Notwendigkeit einer Einschaltung der II. Internationale, sollte man Österreich mit Gewalt zu einer anderen Lösung zwingen. Der bekannte englische Publizist Norman Angell erklärte, die entscheidende Mehrheit der englischen öffentlichen Meinung stehe auf der Seite des Anschlusses. Albert Thomas, der Führer des rechten Flügels der französischen Sozialisten und spätere Leiter des Internationalen Arbeitsamtes, drückte dagegen sein Bedauern über die Anschlußabsichten Deutschösterreichs aus, meinte aber, selbst in diesem Fall dürfe nichts getan werden, was einer Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker gleichkäme. „Österreich sollte sich jedenfalls nicht wundern, wenn man es bei den Friedensverträgen mit Deutschland in denselben Topf wirft." Pierre Renaudel, eine weitere Führerpersönlichkeit der französischen Sozialisten, machte zwar aus seiner Antipathie gegen Deutschland kein Hehl, äußerte sich aber ebenfalls mit Verständnis über den deutsch-österreichischen Vereinigungsplan. Jean Longuet verurteilte mit scharfen Worten die italienischen und tschechischen Ansprüche auf von Deutschen bewohnte Gebiete, bezeichnete diese als Äußerung eines zynischen Imperialismus und erklärte es für die Pflicht der Internationale, das im Anschluß zum Ausdruck kommende Prinzip der nationalen Selbstbestimmung zu unterstützen[17].

---

[16] HHStA. NPA. K. 261, S. 91–93.

[17] Otto Leichter, Otto Bauer, Tragödie oder Triumph, Wien 1970, S. 107–110.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die angeführten Äußerungen zeigen, daß Otto Bauers Anschlußpolitik Anfang 1919 auf die Unterstützung einflußreicher sozialistischer und sozialdemokratischer Kreise in den Ententeländern rechnen konnte.

Die einzelnen politischen Kreise Deutschlands, des an der Vereinigung unmittelbar interessierten Partners, knüpften unterschiedliche Vorstellungen an den Anschluß, aber sie waren sich alle darin einig, daß bei der Realisierung des Plans – mit Rücksicht auf die bevorstehenden Friedensverhandlungen – nur vorsichtig und stufenweise vorgegangen werden dürfe. Die Ansicht der deutschen imperialistischen Kreise hatte der frühere Kanzler Bülow im Jahre 1916 folgendermaßen formuliert: „Selbst wenn wir diesen Krieg verlieren sollten, werden wir das Spiel doch gewinnen, wenn wir Österreich annektieren."[18] Nach der totalen militärischen Niederlage wurde aber klar, daß Frankreich die Annexion Österreichs nicht dulden würde. Die französische Regierung war der Meinung, daß „... wenn die Folge des Krieges der Anschluß Österreichs wäre, Deutschland nicht der Besiegte, sondern der Sieger wäre"[19]. Nach der vorübergehenden Erschütterung ihrer Macht strichen die deutschen imperialistischen Kreise die offene Forderung nach der Annexion Österreichs gezwungenermaßen von der Tagesordnung; einige Vertreter des deutschen Großkapitals aber bemühten sich im geheimen, die österreichischen Anschlußbestrebungen mit allen möglichen Mitteln zu stärken. Aus privaten deutschen Quellen flossen reichlich Subventionen über die österreichische Grenze, um die Anschlußstimmung zu fördern. So wurde z.B. in Innsbruck mit deutschen Geldmitteln die Tageszeitung „Alpenland" gegründet, die zu einem bedeutenden Sprachrohr der Anschlußpropaganda in Tirol wurde[20]. Mehr oder weniger offen agierten auf der deutschen wie auch auf der österreichischen Seite die Sozialdemokraten, wobei die Initiative fast vollständig den Österreichern überlassen wurde, um damit der französischen Gegenpropaganda das wirksamste Argument zu nehmen, daß nämlich der Anschlußplan eine Wiederbelebung der deutschen Großmachtbestrebungen sei[21]. Der österreichische Generalkonsul in München schrieb dazu: „Die bayerische sozialdemokratische Partei ist ebenfalls für den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland, doch hat der Minister des Innern Auer den dringendsten Wunsch ausgesprochen, daß darüber möglichst wenig gesprochen wird, da dies nur schaden würde. Denn die Aufrollung dieser Frage bringt die Gefahr, daß die Entente ihren Wunsch nach Angliederung des linken Rheinufers an Frankreich zum Ausdruck bringt bzw. daß Amerika und die Entente dahingehenden Wünschen Frankreichs nicht den Widerstand wird entgegenbringen können, den man von der Politik Wilsons und etwa auch Lloyd Georges erwarten darf. Am besten wäre es, diese Frage erst dann nachdrücklichst

[18] Schuschnigg, a.a.O., S. 43.

[19] Ludo Moritz Hartmann, Großdeutsch oder Kleindeutsch, Wien 1921, S. 25.

[20] Schuschnigg, a.a.O., S. 50–51.

[21] Zum Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie in der Anschlußfrage, siehe: Susanne Miller, Das Ringen um „die einzige großdeutsche Republik", in: Archiv für Sozialgeschichte 11 (1971), S. 1–67.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu erörtern, wenn die Grenzen Deutschlands im Friedensvertrag klar festgestellt sind."[22] In seiner Botschaft an den bayerischen Innenminister betonte Otto Bauer, daß es naiv wäre, anzunehmen, der Anschluß würde – wenn man ihn wirklich wolle – der Aufmerksamkeit Frankreichs entgehen, indem man nicht von ihm redete. Die Realisierung des Anschlusses sei nur vor der Unterzeichnung der Friedensverträge denkbar, denn es sei kaum anzunehmen, daß Frankreich irgendeiner Veränderung auf der Landkarte Europas zustimmen würde, die erst kurz zuvor auf dem Friedenskongreß gezeichnet worden sei. „Bringen wir jetzt mit einstimmiger Stellungnahme unseren Willen zum Ausdruck", schrieb Bauer, „so könnte die Entente seine Durchführung kaum hindern."[23] Unter diesen Voraussetzungen begann Bauer als Leiter der österreichischen Außenpolitik im Spätherbst 1918 mit der diplomatischen Vorbereitung des Anschlusses.

Auf den für die deutsch-österreichischen Entwicklungen entscheidenden Posten des Berliner Gesandten berief Otto Bauer Ludo Moritz Hartmann[24], dessen großdeutsche Empfindungen und unbezähmbarer Tatendrang allerdings nur mit einer sehr geringen Fähigkeit zur realen Beurteilung der objektiven gesellschaftlichen und internationalen Gegebenheiten gepaart waren. Auf deutscher Seite befaßte sich der deutsche Außenminister Baron Brockdorff-Rantzau intensiv mit der Vorbereitung des Anschlusses. Er war jedenfalls bestrebt, den Vereinigungsplan in den Beziehungen zu Österreich in Evidenz zu halten, hütete sich aber – im Gegensatz zu Hartmann – wegen der Interessen Deutschlands im Westen, den Plan eines fait accompli zu fördern.

Ende Dezember 1918 waren bereits Anzeichen zu bemerken, daß Frankreich versuchen würde, den Anschluß zu verhindern[25]. Am 3. Januar 1919 richtete Otto Bauer einen Brief an Ludo Hartmann, in dem er im Hinblick auf den französischen Widerstand und die vermutlichen Gegenaktionen seinen Standpunkt für die in der österreichischen Außenpolitik zu befolgenden Grundsätze festlegte[26]. Die Anschlußfrage, schrieb er, sei in Österreich zum Gegenstand stürmischer Diskussionen geworden. Daran könne man erkennen, daß der Großteil der Bürgerlichen anschlußfeindlich gesinnt sei. Die französische Diplomatie arbeite an der Verhinderung des Anschlusses oder wenn ihr das nicht gelinge, benütze sie ihn zum Vorwand, Deutschland im Westen schwere Friedensbedingungen aufzuzwingen. Deshalb könne man den Anschluß durchaus nicht als erledigte Angelegenheit

[22] HHStA. NPA. K. 261, S. 139.

[23] Ebenda, S. 141.

[24] Ludo Moritz Hartmann (1856–1924), österreichischer Historiker, Schüler von Theodor Mommsen, politischer Vorkämpfer des großdeutschen Gedankens. Sein Vater, der Dichter Moritz Hartmann, war Mitglied des Frankfurter Parlaments im Jahre 1848. Nach dem Badener Aufstand mußte er aus Deutschland fliehen. Ludo Hartmann lebte in Wien, studierte aber in Berlin. Er schrieb zahlreiche Bücher über die Geschichte Roms und Italiens im Mittelalter. Er war als Sozialdemokrat einer der Gründer des Wiener Volksbildungswerks.

[25] Im Dezember 1918 legte der französische Außenminister Stéphan Pichon unmißverständlich Frankreichs Standpunkt gegen den Anschluß fest.

[26] HHStA. NPA. K. 261, S. 102–105.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

betrachten, sondern müsse auch mit anderen Möglichkeiten rechnen, z. B. mit dem Plan der Donaukonföderation. Das einzig Richtige sei daher, zu erklären: „Wir sind jederzeit bereit, über eine Donau-Föderation zu verhandeln; wir würden die Verhandlungen loyal führen. Nur für den Fall, daß sie ergebnislos bleiben, behalten wir den Anschluß vor, der dann unvermeidlich ist. Diese Stellungnahme hat folgende Vorteile: 1. Sie entwaffnet die Feinde des Anschlusses in Österreich selbst. 2. Sie stimmt Frankreich günstiger für uns, veranlaßt die Franzosen zu Bemühungen, uns durch Zugeständnisse, durch Druck auf Tschechen, Südslawen usw. zu gewinnen, was gerade im Augenblick aus wirtschaftlichen Gründen unbedingt notwendig ist. 3. Sie erschwert es Frankreich, den Anschluß zum Vorwand von Annexionen am linken Rheinufer zu nehmen und erleichtert unsere Stellung bei Verhandlungen über Deutsch-Südtirol und Deutschböhmen." Die Donaukonföderation hielt er im Grunde für undurchführbar und verband auch keinerlei Hoffnungen mit den Verhandlungen, er erwartete gerade die entgegengesetzte Wirkung. „Meine Politik ist daher, den Gedanken der Donau-Föderation nicht a limine abzulehnen, sondern ihn durch Verhandlungen selbst ad absurdum zu führen und dadurch die dann einzig noch mögliche Alternative, nämlich den Anschluß unter geringeren Opfern als dies auf andere Weise möglich wäre, zu erlangen." Auf diese Weise bliebe allerdings lange Zeit unentschieden, führte er weiter aus, ob es zum Anschluß käme oder nicht, aber die Zeit arbeite für den Anschluß. Es könne auch geschehen, daß der latente Gegensatz zwischen Tschechen und Slowaken den augenblicklichen Frieden über den Haufen werfe. Das Beharren auf dem sofortigen Anschluß könnte den endgültigen Verlust Südtirols und des Sudetenlandes zur Folge haben und die schwarzgelbe Reaktion stärken. „Ich bitte daher auch Sie", schrieb er, „sich bei Ihrer Tätigkeit in Berlin, die im allgemeinen meinen Intentionen vollkommen entspricht, etwas mehr Zurückhaltung aufzuerlegen. Dem Grafen Rantzau bitte ich diese Erwägungen in großen Zügen mitzuteilen und ihm zu sagen, daß ich selbstverständlich an dem Ziel des Anschlusses unverrückbar festhalte und die deutsche Regierung sich durch die taktische Notwendigkeit, die andere Alternative immerhin noch als offen erscheinen zu lassen, nicht beirren lassen soll." Schließlich teilte er Hartmann noch mit, daß aus den angeführten Gründen die Ausschreibung der für den 16. Februar geplanten gesamtdeutschen Wahlen auf deutsch-österreichischem Gebiet nicht vorgenommen werden könne[27]. Otto Bauers Brief zeigt, daß er, im Gegensatz zu seiner optimistischen Beurteilung der Situation im November, die inneren und äußeren Schwierigkeiten des Anschlusses zu erkennen begann, wenn sich auch seine Ansicht über das Endziel nicht geändert hatte.

In seinem Antwortbrief vom 7. Januar[28] drückte Ludo Hartmann seine Ent-

---

[27] Der Plan, auch Österreich solle an den großdeutschen Wahlen teilnehmen, war schon früher von Ludo M. Hartmann propagiert worden, mußte aber wegen des Protests der Entente fallengelassen werden.

[28] HHStA. NPA. K. 261, S. 106–109.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

täuschung über die Verschiebung der gesamtdeutschen Wahlen aus und äußerte seinen Zweifel an der Richtigkeit der Alternative von Anschlußpolitik oder Donaukonföderation. „Ich glaube nicht", schrieb er, „daß dadurch die Feinde des Anschlusses in Österreich selbst entwaffnet werden können. Wenn Sie überhaupt unterhandeln, gilt dies als ein Einverständnis der Möglichkeit und zugleich – ob Sie nun wollen oder nicht – als ein Eingeständnis: daß der Anschluß an Deutschland nicht durchführbar ist." Seiner Ansicht nach war sehr wohl zu überlegen, ob die Schicksalsfrage des Staates, die Forderung nach dem Anschluß, wegen augenblicklicher wirtschaftlicher Vorteile in den Hintergrund gedrängt werden dürfe. „Ich würde es als die richtige Politik betrachten", meinte er, „wenn man, wie ich immer geschrieben habe, möglichst viele faits accomplis schafft und wenn wir in dieser Beziehung endlich etwas von den Tschechen und Polen und Italienern und Südslawen lernen würden." Eine Politik, die die Realisierung des Anschlusses auf lange Sicht plane, nannte er angesichts der bevorstehenden Friedensverhandlungen gefährlich, da seiner Meinung nach die Zeit nicht für diese Konzeption arbeite. Er faßte seine Ausführungen folgendermaßen zusammen: „Wenn Sie es aber für praktisch halten, den Kurs unserer bisherigen Politik zu verschieben, so will ich dem natürlich mit meiner Person nicht im Wege stehen; und wenn Sie glauben, was durchaus möglich ist: daß meine Person, die ich nicht ohne Absicht sehr stark für die Anschlußsache eingesetzt habe, ein Hindernis für Ihre Politik ist; und wenn wirklich, wie mir berichtet wird, in der Schweiz von der Entente aus gegen mich persönlich gehetzt wird und dies Ihnen Schwierigkeiten bereiten könnte, so bin ich natürlich gern bereit, einem anderen Platz zu machen."

Otto Bauer antwortete am 13. Januar auf Hartmanns Brief[29]. Er führte mit aller Klarheit aus, daß er die Donaukonföderation und den Anschluß nicht für wahre Alternativen halte. Während die Regierung aus taktischen Überlegungen die Möglichkeit der Donaukonföderation offenzuhalten gezwungen sei, wolle sie die Parteien und die Presse dazu bringen, den Anschluß zu fordern und die Föderationspläne vorbehaltlos abzulehnen. „Die Regierung ist einfach gezwungen, sich auf Verhandlungen über eine Donau-Föderation einzulassen, wenn solche Verhandlungen von der Entente gewünscht werden. Ein anderes Verhalten wäre erstens innenpolitisch nicht möglich und würde zweitens alle Bemühungen, Deutschböhmen und Südtirol zu retten, ganz aussichtslos machen." Über die vermutliche internationale Entwicklung schrieb er: „Zunächst wird Deutschösterreich selbständig den Frieden schließen und dabei möglichst viel von den bedrohten Gebieten zu retten suchen. Dabei wird die Anschlußfrage vorerst wahrscheinlich offen bleiben, und es wird wahrscheinlich auch Deutschböhmen zuerst kaum zu retten sein." Dagegen sei es nicht ausgeschlossen, formulierte er eine der fundamentalen Annahmen seiner außenpolitischen Konzeption, die sich später als Illusion erwies, daß es gelingen werde, mit den Italienern zu einer Verständigung zu

[29] Ebenda, S. 111–114.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gelangen und dadurch Deutsch-Südtirol für Österreich zu retten. Der provisorische Zustand werde aber auf die Dauer unhaltbar sein. Die Verhandlungen über die Donaukonföderation würden parallel zur Vertiefung in konkrete Einzelheiten immer mehr auf einen toten Punkt gelangen. Über Europa würden die Wogen sozialer Bewegungen branden, die die Machtverhältnisse wesentlich umgestalten. In der Tschechoslowakei sei eine Zuspitzung der tschechisch-slowakischen Gegensätze zu erwarten, die für die Sudetendeutschen den Anschluß an Deutschland in Aussicht stellen oder wenigstens die Erhaltung der vollständigen Autonomie ermöglichen würden. Durch dies alles könne Österreich den Anschluß ohne einen hohen Preis erreichen, was augenblicklich unvermeidlich wäre. „Ich halte es daher für das einzig Richtige, den Willen zum Anschluß hüben wie drüben möglichst zu stärken, offiziell aber dilatorisch vorzugehen und den günstigen Augenblick abzuwarten." In seinem Brief versuchte er, Hartmann von seiner Abdankungsabsicht abzubringen, indem er ausführte: „Meine Instruktion hatte überhaupt nur den Zweck, durch Sie der deutschen Reichsregierung klar zu machen, daß ich, wenn ich Verhandlungen über die Donau-Föderation immer als möglich hinstelle und eventuell auch auf solche Verhandlungen einginge, falls sie uns von der Entente auferlegt würden, damit durchaus nicht den Gedanken des Anschlusses aufgeben will, sondern nur die für ihn erforderlichen objektiven Voraussetzungen sowohl in der Psychologie unserer Bevölkerung hier als auch in der Einsicht der Ententeländer zu schaffen suche."

Am 25. Januar 1919 gab Otto Bauer den österreichischen Gesandten in Haag und in Bern, Dr. Medinger und Baron Haupt (mit den Ententeländern waren die diplomatischen Beziehungen noch nicht wieder aufgenommen worden), beachtenswerte Informationen über die innere Lage Österreichs, die Pläne und Aussichten einer Donaukonföderation, das österreichisch-italienische Verhältnis und über die in der Anschlußpolitik zu befolgende Richtlinie[30]. Zur inneren Lage in Österreich stellte er fest – zugleich mit dem Ersuchen, dies in den Ententeländern zu betonen –, daß die verfassungsmäßig gewählte Regierung Österreichs dem immer mehr um sich greifenden Bolschewisierungsprozeß nur dann erfolgreich Widerstand zu leisten vermöge, wenn die Ententemächte und Amerika für die Befriedigung des Bedarfs an Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen in Österreich sorgen würden, wodurch die bedrohlich steigende Arbeitslosigkeit eingedämmt werden könnte. Deshalb müßten dringend die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu den Nachbarländern geregelt werden, die Verteilung der Staatsschulden und die Bedingungen für den Übergang zu einer eigenen Währung. „Das sei das Erste, was Deutschösterreich von den alliierten Mächten verlangen müßte . . ." Dabei sei „nachdrücklich hervorzuheben, daß Deutschösterreich bisher von allen bolschewistischen Tendenzen verschont geblieben ist, daß die bolschewikischen Tendenzen hier trotz weit größerer wirtschaftlicher Notlage bei weitem schwächer sind als in Deutschland, Ungarn, Polen und Böhmen und daß

[30] Ebenda, S. 124–128.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

alle Hoffnung besteht, auch weiterhin Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, wenn nur eine wirtschaftliche Katastrophe verhütet werden kann". Er wies die Gesandten an, eine energische Propaganda für die Erhaltung des Sudetengebietes, Südtirols und der bedrohten Grenzgebiete in Kärnten und Steiermark zu betreiben. Besonders sei hervorzuheben, daß die Autonomie oder eine bloß formal zugesicherte Gleichberechtigung innerhalb des tschechoslowakischen Staates die Sudetendeutschen niemals zufriedenstellen werde. Deshalb müsse auf Grund des Wilsonschen nationalen Selbstbestimmungsrechts eine unter neutraler Kontrolle durchgeführte Volksabstimmung gefordert werden.

In der Frage Anschluß oder Donaukonföderation legte er folgende Richtlinie fest: Deutschösterreichs industrielle Basis reiche nicht aus, seinen Importbedarf (in erster Linie Getreide und Kohle) mit Industrieerzeugnissen zu bezahlen. Es blieben also nur zwei Möglichkeiten übrig: Donaukonföderation oder Anschluß. Der Donaukonföderation stünden aber ungeheuere Hindernisse im Weg. Die Italiener, Polen und Südslawen wollten von ihr nichts wissen; daß die Tschechen sich mit ihren beiden historischen Gegnern, den Österreichern und Ungarn zu föderieren wünschten, entbehre jeder realen Grundlage. Eine derartige Föderation wäre aber auch für Österreich unannehmbar, denn, sollten die Tschechen mit dieser Kombination einverstanden sein, so würden sie es nur tun, damit die Föderation für sie ein Bollwerk gegen Deutschland bilde. Österreich aber, als ein deutschsprachiges Land, könne nicht zugemutet werden, sich an einer antideutschen Kombination zu beteiligen. Eine aus vollkommen souveränen Staaten zusammengesetzte Variante der Donauföderation könnte ohne Bundesregierung, ohne Bundesparlament niemals eine wirtschaftlich lebensfähige Einheit bilden, denn jedes Wirtschaftsgesetz müßte von einem Dutzend Regierungen angenommen und vereinbart werden. Jegliche Schmälerung ihrer Souveränität würden aber die über ihre junge Unabhängigkeit eifersüchtig wachenden Nationalstaaten entschieden abweisen. Es bleibe deshalb für Österreich kein anderer Ausweg, so folgerte Bauer, als der Anschluß an Deutschland. „Bei allen diesen Auseinandersetzungen ist jedoch immer hervorzuheben, daß wir, wenn die Entente das wünscht, zu Verhandlungen über eine Donauföderation bereit sind und solche Verhandlungen loyal führen würden. Was wir verlangen, sei nichts anderes, als das Recht für unsere Konstituante, selbst über die Frage des Anschlusses zu entscheiden." Die Besorgnisse Frankreichs, ein Gebietszuwachs Deutschlands würde seine Sicherheit gefährden, zeugten von einer überholten Denkweise der Machtpolitik, die in einer Zeit der Zusammenarbeit der Nationen im Völkerbund ihren Sinn verloren habe.

Bezüglich des Verhältnisses Österreich–Italien wies Bauer die Gesandten nachdrücklich an, die Beziehungen zu italienischen Diplomaten auszubauen, da er aus Bern bereits Informationen über innere Gegensätze bei den Ententemächten erhalten habe. Man müsse, schrieb er, die Italiener auf Grund dieser Gegensätze von den Vorteilen einer österreichisch-italienischen Annäherung überzeugen, denn dadurch würden die Italiener gegenüber Deutschland, aber auch gegenüber Frankreich und Jugoslawien freie Hand behalten. Die Voraussetzung dafür aber sei der

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verzicht Italiens auf Südtirol, wofür die österreichische Regierung zu bedeutenden Opfern bereit sei. So etwa zum Verzicht auf verschiedene Interessen auf dem Balkan (Ostbahnen, Zuckerfabriken, Banken usw.) zugunsten Italiens. Damit könnte Italien das Erbe der Monarchie auf dem Balkan übernehmen, was Frankreich als Schutzherr Jugoslawiens ebenfalls anstrebe. Auch eine gewisse Kooperation bei der Festlegung der Grenzen in Kärnten wäre denkbar, denn das gemeinsame Interesse verlange, daß zwischen beide Länder keine jugoslawischen Territorien geschoben würden.

Bei der Beurteilung dieser Argumente Otto Bauers muß man beachten, daß er sie den führenden Kreisen der Entente zugedacht hatte, durch Vermittlung österreichischer Diplomaten alten Schlags, die der sozialdemokratischen politischen Konzeption im Zusammenhang mit den Anschlußabsichten eher feindlich gegenüberstanden. Aus ihren Vorbehalten machten sie auch kein Hehl. Baron Haupt, der österreichische Gesandte in Bern, nannte in seinem Bericht[31] vom 6. Februar 1919 – sich auf die Auffassung der englischen und amerikanischen diplomatischen Kreise berufend – den Beschluß der deutschen Nationalversammlung, wonach sie Österreich schon als Mitgliedstaat der deutschen Republik betrachtete und einer entsprechenden Entscheidung des österreichischen Parlaments mit Freuden entgegensah, für verfrüht[32]. Amerika und England, schreibt der Gesandte, würden wegen der erregten öffentlichen Meinung in Frankreich erst dann bereit sein, den Anschluß zu akzeptieren, wenn sich alle anderen Wege zur Lösung des österreichischen Problems bereits jeden Zweifel ausschließend als ungangbar erwiesen hätten. Bis jetzt aber sei zwischen Österreich und den Nachfolgestaaten nicht einmal der Versuch einer Vorbereitung der Donaukonföderation unternommen worden. Die Politik der österreichischen Regierung, jederzeit zu solchen Verhandlungen bereit zu sein, auch wenn sie diese von vornherein für aussichtslos und deshalb für überflüssige Zeitvergeudung halte, sei eine ausgesprochen ungeschickte Politik, weil sie der Tschechoslowakei und Jugoslawien die Möglichkeit biete, das Odium des Mißerfolgs auf Österreich abzuwälzen. Sie könnten nämlich behaupten, die österreichische Regierung verhalte sich gegenüber jeder den Anschluß ausschließenden Lösung skeptisch, ja sogar abweisend. Der Gesandte schlug Bauer vor, das österreichische Parlament solle noch vor seiner Entscheidung über den Anschluß ernsthafte Verhandlungen mit den Regierungen der Nachfolgestaaten anbahnen, vielleicht unter dem Vorsitz der Vertreter der Entente. „Es ist leicht vorauszusehen, daß bei dem imperialistischen Taumel, in welchem die Tschechen und Südslawen sich gegenwärtig befinden, die Forderungen, welche sie sowohl in *territorialer*

[31] Ebenda, S. 148–149.

[32] In der Weimarer Sitzung der deutschen konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 erklärte Kanzler Philip Scheidemann unter einstimmigem Beifall der Abgeordneten: „Wir hoffen, daß die Stunde naht, da unsere österreichischen Brüder ihren Platz in der großen deutschen Gemeinschaft einnehmen können." Die Weimarer Nationalversammlung schlug vor, in der provisorischen Verfassung Österreich zum Bestandteil des Reichs zu erklären.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hinsicht als hinsichtlich der *Stellung*, die sie in einer Donaukonföderation einnehmen wollen, erheben, derartig übertriebene sein werden, daß sich daraus die Unmöglichkeit der Bildung dieser Konföderation ergeben wird." Erst nach solchen Voraussetzungen könnte man real auf die Unterstützung Englands und Amerikas für den sich als einzige Lösung bietenden Anschluß rechnen.

Die Besorgnisse der Gesandten waren wohl begründet. Am 11. Februar erschien in der Agence Centrale eine Erklärung von Masaryk, dem Präsidenten der Tschechoslowakei, zum Plan der Donaukonföderation: „Voraussetzung einer Donaukonföderation ist die gerechte Liquidierung des alten Österreichs. Bei dieser Liquidierung wird es sich zeigen, wieviel Vertrauen man dem guten Willen der einzelnen Gruppen entgegenbringen kann. Eine gerechte Lösung aller Fragen, die die Liquidierung des alten Österreichs in sich schließt, würde eine konkrete Basis für Verhandlungen über Bildung einer solchen Konföderation abgeben." Die Presseagentur erklärte in ihrem Kommentar, die deutschen Behauptungen, die slawischen Völker der früheren Monarchie wollten von der Schaffung einer Donaukonföderation nichts wissen, entbehrten jeder Grundlage.

Am 13. Februar antwortete Otto Bauer auf den Bericht des österreichischen Gesandten in Bern[33] und wies ihn an, er solle im Verlaufe der Verhandlungen mit den Vertretern der Entente damit argumentieren, die Regierung Deutschösterreichs habe – durch Mittelsmänner – schon wiederholt Schritte zu einer wirtschaftlichen Annäherung in Prag unternommen. Solche Annäherungsversuche seien aber jedesmal schroff abgelehnt worden[34], zuletzt auch im Zusammenhang mit der Schaffung einer selbständigen Währung. Österreich habe die Ententemächte bei jeder Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht, daß die einseitige Währungsumstellung der Tschechoslowaken und Jugoslawen auch Österreich zwingen könne, zur Markwährung überzugehen. Inzwischen hätten die Tschechoslowakei und Jugoslawien ihre selbständige Währung eingeführt und dadurch, schrieb Bauer, einer Donaukonföderation die Basis entzogen. Eine Konferenz wäre also in der gegenwärtigen Lage, selbst unter dem Vorsitz der Entente, zwecklos, denn sie könnte die Nachfolgestaaten nicht mehr zwingen, die getroffenen Maßnahmen rückgängig zu machen; sie wäre sogar mit der Gefahr verbunden, die notwendigen wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen hinauszuzögern. Sie standen nämlich zum Zeitpunkt der Absendung des Telegramms schon unmittelbar bevor.

Am 27. Februar 1919 fuhr Otto Bauer nach Berlin und unterzeichnete am 2. März mit dem deutschen Außenminister Brockdorff-Rantzau ein Protokoll, in

---

[33] HHStA. NPA. K. 261, S. 144.

[34] Der deutsche Gesandte, Saenger, berichtete aus Prag, daß „. . . gleich nach dem Zusammenbruch der Monarchie der Sozialdemokrat Ellenbogen und der Christlichsoziale Leopold Steiner sich aus Wien nach Prag begaben, um hier dem ersten Finanzminister der eben gegründeten Republik, Dr. Raschin, den Vorschlag eines Wirtschaftszusammenschlusses aller Nachfolgestaaten zu machen. Dieser Vorschlag wurde a limine abgewiesen: man lebte ja damals in den Vorstellungen einer wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit." Auswärtiges Amt, Bonn, Politisches Archiv, Po. 4, Preßburger Wirtschaftskonferenz. Bd. 1. Nr. 337.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem beide ihren Standpunkt zu den wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Voraussetzungen des Anschlusses festlegten[35]. Auf ausdrücklichen Wunsch des deutschen Außenministers sollte die Vereinbarung geheimgehalten werden, doch kamen einzelne Teile nach kurzer Zeit zur Kenntnis der Entente. Es lohnt sich, den komprimierten Inhalt des Protokolls kennenzulernen, denn er gibt ein Bild, wie sich beide Außenminister den Ablauf der Vereinigung vorstellten.

Artikel I enthielt die „staatsrechtlich-politischen Vereinbarungen". Er legte fest, daß beide Regierungen bestrebt sein werden, erhöhte Kraftanstrengungen für die Vereinigung zu unternehmen, die beide Länder in Form eines Staatsvertrages gutheißen werden; an der Ausarbeitung der Gesetze für die rechtlichen Voraussetzungen der Vereinigung werden auch bereits Vertreter des deutsch-österreichischen Parlaments mitwirken; Deutschösterreich wird als selbständiger Mitgliedstaat in das Reich eintreten, sich das Recht vorbehaltend, mit dem Päpstlichen Stuhl und – für die Dauer der wirtschaftlichen und politischen Übergangszeit – mit den Nachfolgestaaten der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie selbständige diplomatische Beziehungen zu pflegen; die Gesetze zur Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und zwischen Schule und Kirche wird Deutschösterreich selbst erlassen; Österreich stimmt im Prinzip einem Reichsheer und einer Reichsbahn zu, möchte jedoch die Lage des österreichischen Eisenbahnpersonals und des Offizierskorps des österreichischen Heereskontingents durch gesonderte Gesetze regeln; eine ähnliche Sonderregelung verlangten die österreichische Post- und Telegraphenverwaltung und die Rechtslage der Zollbehörden; zu regeln wäre schließlich das zahlenmäßige Verhältnis der österreichischen Beamten in der Verwaltung und der Offiziere im eventuellen Kolonialdienst.

Artikel II faßte die abzuschließenden „handelspolitischen Vereinbarungen" zusammen: der Anschluß Deutschösterreichs wird auf Grund der bestehenden deutschen Zollgesetze vollzogen, doch müssen die eventuell notwendigen Zolltarifänderungen durch besondere Vereinbarungen geregelt werden; zum Schutze gewisser österreichischer – hauptsächlich industrieller – Fertigfabrikate müssen vorübergehend Zwischenzölle erhoben werden; Österreich bleibt für die Dauer der Übergangszeit das Recht vorbehalten, mit den Nachfolgestaaten der Monarchie selbständige Handelsverträge abzuschließen; Deutschösterreich wird nach seinem Eintritt in das Deutsche Reich in bezug auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen ebenso behandelt wie die übrigen Gliedstaaten des Reiches.

Artikel III regelte die „Verkehrsfragen": beide Regierungen sind sich darüber einig, daß die Strecke der oberen Donau von Regensburg bis Wien zu einem Großschiffahrtsweg ausgebaut und durch Kanäle mit dem Rhein verbunden wird; sollte der Donau-Oder-Kanal gebaut werden, so wird auch eine Verbindung mit Wien hergestellt; die beiden Regierungen treffen einheitliche Maßnahmen zur Regelung der Schiffahrtsverhältnisse auf Rhein und Elbe; sie werden bestrebt

[35] HHStA. NPA. K. 261, S. 253–258; abgedruckt im Anhang zu Susanne Miller, a.a.O. (vgl. Anm. 21), S. 54ff.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sein, das Zusammenwirken der Binnenschiffahrtsgesellschaften zu intensivieren; Fachkommissionen werden die zur Vereinheitlichung des Tarifs und der technischen Einrichtungen der Eisenbahnen notwendigen Maßnahmen prüfen.

Im Artikel IV wurden die „Währungsfragen" behandelt: im Augenblick des Zusammenschlusses wird die volle Währungsgemeinschaft hergestellt; um bis zum Übergang zur Markwährung die österreichische Krone zu stützen, wird das Reich Deutschösterreich einen Kredit gewähren, dessen Höhe und Bedingungen in einer besonderen Vereinbarung bestimmt werden.

Artikel V behandelte die „Staatsfinanziellen Fragen". Hier wurde die Notwendigkeit der gemeinsamen Regelung von Steuern, Staatsmonopolen, Staatsschulden und Kriegsentschädigungen festgelegt. In der Frage der Kriegsentschädigungen schlägt der Artikel vor, daß beide Teile die Lasten gesondert tragen.

Artikel VI des Protokolls regelte die „Stellung der Stadt Wien": die Parteien sind sich darüber einig, daß der Stadt Wien die Rolle einer zweiten Reichshauptstadt zuerkannt werde. So hätte z.B. der Reichspräsident einen bestimmten Teil des Jahres seinen Sitz in Wien zu nehmen; der deutsche Reichstag hätte alljährlich eine Tagung in Wien abzuhalten; eine Reihe von obersten Reichsämtern, öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, Interessenvertretungen, Kulturinstituten wäre nach Wien zu verlegen.

Schließlich legte das Protokoll fest, daß für den Zusammenschluß Fachkommissionen ins Leben gerufen werden, die ihre Tätigkeit unverzüglich aufnehmen sollen.

Diese deutsch-österreichische geheime Vereinbarung kam auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse der verhandelnden Parteien zustande. Zur Beruhigung des österreichischen Industriekapitals, das ungünstige wirtschaftliche Folgen durch den Anschluß befürchtete, bestand Otto Bauer auf den Schutz österreichischer Industrieprodukte durch Zwischenzölle; das Bestreben, Österreich die traditionellen Märkte im Osten weiterhin zu sichern, veranlaßte ihn, Österreichs Recht auf Handelsverträge mit den Nachfolgestaaten aufrechtzuerhalten. Um den katholisch-konservativen Schichten die Angst vor einem Übergewicht der Protestanten zu nehmen, sicherte er Österreich freie Hand in der gesetzlichen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und in der Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan. Es gelang ihm dagegen nicht, die Währungsunion zu erreichen, die er schon vor dem staatsrechtlichen Zusammenschluß hatte durchführen wollen. Bei den Verhandlungen argumentierte er, die Vereinheitlichung der Zahlungsmittel wäre der wirksamste Schlag gegen den Donaukonföderationsplan. Ein Zurück gäbe es dann nicht mehr. „Ich habe ein Bedürfnis, die Entente vor vollzogene Tatsachen zu stellen. Wenn ich heute mich staatsrechtlich mit Deutschland vereinigen würde, wäre die Entente beleidigt und Deutschösterreich ihrer Rache ausgesetzt. Deswegen kann sie in staatsrechtlicher Frage nicht vor vollzogene Tatsachen gestellt werden. Ganz anders die Währungsfrage. Da kann die Entente nichts machen, weil sie zugegeben hat, daß die anderen Gliedstaaten dasselbe tun. Währungspolitische Maßregeln mit politischen Strafen beant-

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

worten, ist schwer. Es wäre [eine] wirtschaftliche Tatsache geschaffen, deren politische Konsequenz der Anschluß wäre." Das deutsche Großkapital aber war für politische Aktionen, deren Ausgang nicht abzuschätzen war, nicht zu dem Opfer bereit, Österreich mit deutschen Mitteln über die Wirtschaftskrise zu helfen. Havenstein, Präsident der Reichsbank, stellte in den Gesprächen kategorisch fest, er könne sich eine Währungsgemeinschaft nur auf Grund einer vollständigen wirtschaftlichen Gemeinschaft vorstellen. Otto Bauers Gegenargumentation lautete: „Der Gedanke, daß Deutschland Opfer für uns bringt, stammt aus der alten Zeit. Wenn Sie sich auf den Standpunkt stellen, daß wir ein Teil Deutschlands sind, so sind Opfer für uns auch solche, die Sie sich selber bringen". Solche Argumente hatten keinen Erfolg. Die Ansicht der deutschen großkapitalistisch-konservativen Kreise drückte der deutsche Gesandte in Wien, Baron Wedel aus, als er schrieb: „Wir müssen natürlich anschlußtreu bleiben, weil wir die große nationale Bedeutung und die Verbindung mit dem Orient im Auge behalten müssen, aber wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben . . ." Im Falle des Anschlusses, den er für sehr zweifelhaft hielt, bekäme man ein „bankrottes, ausgesogenes Land mit chaotischen Zuständen"[36]. Es ist verständlich, daß das deutsche Großkapital, nach größtmöglichster Sicherheit strebend, zuerst die internationalen Garantien der staatsrechtlichen und vollkommenen wirtschaftlichen Vereinigung schaffen wollte und erst danach bereit gewesen wäre, über die Währungsgemeinschaft zu verhandeln.

Die in dem Protokoll von Bauer und Brockdorff festgelegte Verhandlungslinie unterzog Ludo M. Hartmann einer scharfen Kritik[37]. Die Forderung nach der Währungseinheit, schrieb er, scheiterte an „Ressortbefürchtungen" der deutschen Finanzfachleute. Es wäre richtiger gewesen, die vollkommene staatsrechtliche Einheit zu proklamieren, in deren Rahmen sich die Währungsprobleme automatisch gelöst hätten. Die Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen der Entente – nach Hartmanns Meinung stärker auf Seite Österreichs als auf Seite der Deutschen – hätte zu dem abwartenden Standpunkt geführt, die Deklaration der politischen Vereinigung auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben. Doch könne das Warten, meinte Hartmann, den Interessen des Anschlusses mehr schaden als die Schaffung eines schnellen fait accompli, denn es lasse Frankreich Zeit für eine Reihe von Gegenaktionen.

In seiner Antwort an Hartmann vom 21. März 1919[38] stellte Otto Bauer fest, daß in seiner Anschlußpolitik keinerlei Änderung eintreten werde. Die Forderung nach dem Anschluß, dessen Grundlagen das Aktionsprogramm der Partei und der Beschluß der Koalitionsparteien bildeten, werde auch weiterhin die Achse der Regierungspolitik bleiben. Die Regierung sei jedoch gezwungen, ihre Abhängigkeit von den Ententemächten in Rechnung zu stellen. Ohne deren Lebensmittellieferungen wäre Deutschösterreich nach wenigen Tagen zum Hungern verurteilt.

[36] Otto Leichter, a.a.O., S. 117.
[37] HHStA. NPA. K. 261–263.
[38] HHStA. NPA. K. 261, S. 335–336.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deshalb könne er die Entente nicht vor vollendete Tatsachen stellen. Es könne nichts anderes tun, als auf der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht beharren, in der Hoffnung, daß England und Amerika nicht den Grundsätzen zuwiderhandeln würden, die sie selbst proklamiert hätten.

Währenddessen wurde im österreichischen und im deutschen Außenministerium täglich über die Vorbereitung der rechtlichen, verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen des Anschlusses verhandelt.

In der Sitzung des österreichischen Parlaments am 12. März wurden zwar die Berliner Vereinbarungen mit nur wenigen Gegenstimmen gebilligt und Österreichs Anschlußabsicht aufs neue bekräftigt, dennoch mehrten sich in der deutschen wie in der österreichischen Öffentlichkeit die Vorbehalte gegen die Vereinigung, sowohl bei den Bürgerlichen wie bei den Arbeitern. Über den Stimmungswechsel der österreichischen Arbeiterschaft stellte Otto Bauer selbst fest: „Im Anfang war es die Bourgeoisie, die eingeschüchtert war und nicht zu einem Deutschland Liebknechts kommen wollte, jetzt aber sind viele Arbeiter der Ansicht ‚wir wollen uns nicht mit [dem] Deutschland von Noske vereinen'." Indem Otto Bauer sich mit dieser Ansicht auseinandersetzte, sprach er den Grundsatz aus, der uns den Schlüssel zu dem tragischen Irrtum seiner Außenpolitik in die Hand gibt: „Die Staatsangehörigkeit ist eine Sache für Jahrzehnte und Jahrhunderte, die kann nicht von einer politischen Augenblickssituation abhängig gemacht werden."[39] Diese Feststellung, die Otto Bauer auf seiner ganzen späteren Laufbahn begleitete, stand in diametralem Gegensatz zu seiner Auffassung im Oktober 1918, als er die Voraussetzung für den Anschluß gerade in der sozialistischen Umwandlung Deutschlands erblickte. Von ihm stammte die Parole, die die fortschrittlichste Schicht der Arbeiterschaft für den Anschluß begeistert hatte: „Anschluß an Deutschland ist Anschluß an den Sozialismus!" Obwohl der Wandel der inneren Kräfteverhältnisse der deutschen Demokratie im Frühjahr 1919, nach der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, diese Parole illusorisch machte, vermochte Otto Bauer nicht aus der neuen Lage eine Lehre für seine Anschlußpolitik zu ziehen. Drei Hauptgründe sprachen dagegen: Einmal glaubte er unverändert daran, daß die deutsche Sozialdemokratie imstande sein würde, Deutschlands Entwicklung in die Richtung einer konsequenten Demokratie zu lenken und den Einfluß des Monopolkapitals und des Militarismus zurückzudrängen; weiter empfand er eine leidenschaftliche Abneigung gegen die mitteleuropäischen Pläne der konservativ-gegenrevolutionären französischen und der auf Kolonialherrschaft aufgebauten englischen Politik; schließlich befürchtete er, daß mit der Aufgabe des Anschlußgedankens in der österreichischen Innenpolitik die monarchistisch-konservativen Kreise aufs neue an die Oberfläche gelangen und dann mit ihren Donaukonföderationsplänen die Habsburger-Dynastie oder zumindest ihren kapitalistischen Einfluß in Mitteleuropa wiederzuerrichten versuchen würden[40].

---

[39] Otto Bauer, Die österreichische Revolution, S. 6.

[40] Otto Leichter, a.a.O., S. 139–140.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts wird man nicht sagen können, daß diese Befürchtungen unbegründet gewesen wären; im Frühjahr 1919 jedenfalls waren die Fronten so abgesteckt, daß die Sozialdemokratie auf der Seite des Anschlusses stand und die konservative-christlichsoziale Richtung sich dagegen stemmte – und zwar nicht wegen irgendeines „österreichischen Nationalbewußtseins", sondern auf Grund wohlerwogener Klassen- und Wirtschaftsinteressen. Die christlichsoziale Presse, mit der „Reichspost" an der Spitze, warnte das durch den Vorstoß der Linken eingeschüchterte österreichische Bürgertum vor einem Deutschland voller revolutionärer Gefahren. Die aus der Schweiz nach Wien einströmende monarchistisch eingestellte Emigrantenpropaganda bezeichnete den Anschluß – freilich in verhüllter Form – als einen Schritt, der die erhoffte Restauration der Habsburger endgültig vereiteln könnte. Dazu kamen noch die kapitalistischen Wirtschaftsinteressen: man befürchtete, der Anschluß würde zur sofortigen Beschlagnahme des in den Nachfolgestaaten angelegten Bank- und Industriekapitals führen, außerdem hätte der deutsch-österreichische Zusammenschluß ungünstigere Friedensbedingungen, wirtschaftliche Sanktionen usw. nach sich ziehen können. Die Folge davon war, daß die Anschlußfeindlichkeit der bürgerlichen Kreise in dem Maße zunahm und immer offener hervortrat, in dem das innenpolitische Gewicht der österreichischen Sozialdemokratie abzunehmen begann und es immer offenkundiger wurde, daß nur eine Anti-Anschlußpolitik auf die Unterstützung der Siegermächte rechnen konnte.

Was die internationalen Voraussetzungen des Anschlusses betraf, so zeigten sich bei den Verhandlungen unter den Siegermächten zunächst deutliche Meinungsverschiedenheiten darüber, ob das Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechts auch für den deutsch-österreichischen Zusammenschluß gelten sollte. Während die englischen und amerikanischen Delegationen – hauptsächlich aus wirtschaftlichen Überlegungen – eher zur Annahme des Anschlusses geneigt waren, war Frankreich auf das entschiedenste dagegen. Schon am 27. März 1919 erklärte Clemenceau zur Österreich-Frage: „Wir verlangen von euch nur, daß ihr unabhängig bleibt, macht mit euerer Unabhängigkeit was ihr wollt: aber ihr dürft keinem deutschen Block beitreten oder an einem deutschen Revanchekrieg teilnehmen."[41] Die französische Propaganda versuchte zielbewußt in Wien den Eindruck zu erwecken, daß Österreich, falls es auf den Anschluß verzichte, auf den ungeschmälerten Besitz Südtirols, Südkärntens und der Untersteiermark, ferner des Sudetenlandes und außerdem auch auf wirtschaftlich günstigere Friedensbedingungen hoffen könne[42].

Auf der Pariser Konferenz trug dann das anschlußfeindliche Interesse Italiens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens wesentlich dazu bei, daß der französische Standpunkt die Oberhand gewinnen konnte. Was die künftigen Beziehungen zwischen Italien und Österreich betraf, so glaubte Otto Bauer ernsthaft an die Bereitschaft der Italiener, auf die Annexion Südtirols mit seiner bedeutenden deutschen

[41] Stadler, a. a. O., S. 88.

[42] Otto Bauer, Die österreichische Revolution, S. 162.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Minderheit zu verzichten, denn mit dem Sturz der Monarchie hatte sich auch die strategische Bedeutung der Brenner-Grenze verändert[43]. Italien bestand jedoch unbedingt auf der Erfüllung der im Jahre 1915 von seinen Verbündeten gemachten Versprechungen. Da Italien dabei nur auf die Unterstützung Frankreichs rechnen konnte, mußte es – trotz der scharfen Gegensätze zwischen ihm und Frankreich bei der Festlegung der jugoslawischen Grenzen und in Mitteleuropa – an Frankreichs Seite gegen England und Amerika für das Anschlußverbot eintreten. Außerdem wäre es gegen Italiens Interesse gewesen, Südtirol ungestört in seinem Besitz halten zu können, wenn ihm im Norden statt des schwachen Restes des Habsburger Reiches ein großdeutsches Reich gegenüberstehen würde.

Die Tschechoslowakei und Jugoslawien unterstützten Frankreichs Stellung gegen den Anschluß eindeutig und vorbehaltlos. Als die Friedenskonferenz auf Lloyd Georges Antrag um die Meinung der Regierungen dieser Länder zur Benennung „Deutsch-Österreich" ansuchte, waren es „die Jugoslawen wie auch die Tschechoslowaken [die] diese Bezeichnung auf das schärfste ablehnten; die ersteren, weil es so klang, als ob es außerhalb des Herzogtums Österreich noch ein anderes Österreich gäbe; die letzteren fürchteten, daß jede Betonung der Gemeinsamkeit zwischen Österreich und Deutschland es schwierig machen würde, mit dem deutschen Element in ihrem Lande auszukommen"[44].

Immerhin zeigte sich zwischen Wilson und Clemenceau auf der Pariser Friedenskonferenz in der Beurteilung des Anschlusses ein ziemlich großer Meinungsunterschied. Wilson erklärte: „Was Österreich betrifft, so habe ich Bedenken, das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzuschränken. Dabei denke ich gar nicht an die Deutschen, sondern an die Österreicher. Wir können eine Annexion verbieten, aber wir können einem Land nicht das Recht verweigern, sich mit einem anderen zu vereinen, wenn es dies wünscht . . . Ich bin geneigt, den Österreichern gegenüber eine freundliche Haltung einzunehmen."[45] Nach langwierigen Debatten kam schließlich eine Kompromißlösung zustande, die formell zwar den Ansichten Wilsons in der Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts Genüge tat, zugleich aber – Clemenceaus Wünschen entsprechend – die Möglichkeit des Anschlusses praktisch ausschloß. Der gemeinsame Vorschlag für den Artikel 80 des deutschen Friedensvertrags lautete nämlich: „Deutschland erkennt Österreichs Unabhängigkeit und deren Unveränderbarkeit an, abgesehen von dem Fall, daß der Völkerbundsrat ihrer Abänderung zustimmt." Auf diese Weise wurden die gegensätzlichen Ansichten glänzend überbrückt: ein eindeutiges Verbot des Anschlusses

---

[43] Der geheime Londoner Pakt vom Jahre 1915 stellte unter anderem die Brennergrenze als Belohnung für den Kriegseintritt Italiens in Aussicht. Die Italiener argumentierten damals: „Venedig ist nur am Brenner gegen die Monarchie zu verteidigen." Bei den Pariser Friedensverhandlungen wollten die Engländer und Amerikaner die italienischen Ansprüche in Südtirol mäßigen, doch gaben sie schließlich, als Italien – als Tauschobjekt – Zugeständnisse an Jugoslawien anbot, den italienischen Forderungen statt.

[44] Stadler, a.a.O., S. 71.

[45] Stadler, a.a.O., S. 91.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde nicht erklärt, zugleich aber das Entscheidungsrecht dem einstimmigen Beschluß einer Körperschaft übertragen, in der Frankreich über entscheidenden Einfluß verfügte. Unter Berufung auf die Rede, die der Präsident der Gebietskommission der Friedenskonferenz, Tardieu, am 25. Juli 1920 im französischen Parlament gehalten hatte, behauptete Julius Braunthal, Clemenceau habe Englands Einverständnis zu dieser Form des Vorschlags nur dadurch erhalten können, daß von Frankreich ausgebeutete persische Ölquellen England übertragen wurden[46].

Der deutschen Friedensdelegation wurde der vorläufige Text des Friedensvertrags, der das Anschlußverbot enthielt, am 2. Mai 1919 ausgehändigt. Und jetzt begann hinter den Kulissen das Tauziehen der Siegermächte über Österreichs Zukunft. Das am 19. Mai aus Saint Germain aufgegebene Telegramm Staatskanzler Renners, des Leiters der österreichischen Friedensdelegation, lautete: „Anschluß an Deutschland wird uns verboten. Gegen Donaukonföderation, zu der Tschechen bereit sind, kämpft Italien heftig an. Man wünscht von mir Plan für den Fall, daß weder Anschluß noch Donaukonföderation. Italien ist zu engerem wirtschaftlichem Verhältnis mit uns bereit. Ich antwortete, dieses sei mit Annexion Südtirols nicht vereinbar und ermögliche unsere Existenz nicht."[47]

Nach dieser Entwicklung der Kräfteverhältnisse auf der Friedenskonferenz gingen die anschlußfeindlichen Kräfte in Österreich zum Frontalangriff gegen Otto Bauers Außenpolitik über. Am 24. Mai schickte Bauer folgende Information an Hartmann: „Die Reichspost und andere anschlußfeindliche Blätter haben gestern großen Lärm geschlagen, weil deutschösterreichische Beamte in Berlin verhandeln. Die Fortsetzung der Anschlußverhandlungen im gegenwärtigen Augenblick sei eine Provokation der Entente und Schädigung der Aussichten unserer Friedensverhandlungen." Als eigene Meinung fügte er noch hinzu, daß auch er selbst die Entsendung einer österreichischen Delegation zur Sitzung der Weimarer Kommission zur Vorbereitung der Verfassung für nutzlos halte, „. . . da der sofortige Anschluß unerreichbar ist und die ganzen Anstrengungen darauf konzentriert werden müssen, uns nicht in eine Donauföderation hineinzwingen zu lassen und möglichst freie Entscheidungen einem späteren Zeitpunkt offen zu halten"[48].

Die Ausrufung der ungarischen Räterepublik und ihre bedeutenden militärischen Erfolge blieben auch für die Beurteilung der Lage Österreichs nicht ohne Wirkung. In den tonangebenden Ententekreisen wurde die Überzeugung immer stärker, daß man einer Linksverschiebung in Österreich vorbeugen und die ursprünglichen Vorstellungen sowohl wirtschaftlich wie auch hinsichtlich der Friedensbedingungen lindern müsse. Der Vertreter der militärischen Ententekommission in Wien, Oberst Thomas Cuninghame, sagte am 27. Mai zu Otto Bauer, daß der Sieg der Ungarn über die Tschechen bei Miskolcz eine sehr empfindliche Schlappe für die Entente sei und sie zu militärischen Gegenmaßregeln zwingen werde. Man habe bisher die Aktion in der Hoffnung verzögert, daß die Räteregie-

[46] Julius Braunthal, The Tragedy of Austria, London 1948, S. 39.
[47] HHStA. NPA. K. 261, S. 509.
[48] Ebenda, S. 384.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung von selbst zusammenbrechen werde. Geschehe das nicht, so müsse die Entente gewaltsam eingreifen, da sie mit der Räteregierung nicht Friedensverhandlungen führen wolle. Doch werde die Aktion nicht über unser Gebiet erfolgen. Er halte es aber für möglich, daß die Entente uns „ein Mandat zur Besetzung Westungarns gibt"[49]. Diese Mitteilung ist interessant für den geschichtlichen Ursprung des Burgenlandproblems. Sie wird bestätigt durch die Tatsache, daß, obwohl im ersten, der österreichischen Delegation am 2. Juni übergebenen Textentwurf zum Friedensvertrag noch kein Wort von der Übergabe des Burgenlandes stand, in den folgenden Wochen ein auffallend rascher Umschwung eintrat. Im zweiten, am 20. Juni überreichten Textvorschlag wird Westungarn bereits Österreich zugesprochen. Otto Bauer stellt zu diesem unerwarteten Geschenk fest: „Sie [die Entente] wollte unsere Stellung gegen den Bolschewismus befestigen, indem sie uns für die großen Verluste in Nord und Süd im Osten eine Entschädigung auf Kosten des bolschewistischen Ungarn in Aussicht stellte."[50] Aber nicht nur in dieser Richtung. Der neue Textvorschlag stimmte – im Gegensatz zum ersten – der Forderung nach einer Volksabstimmung in den umstrittenen Gebieten Südkärntens zu und stellte Österreich auch bedeutende wirtschaftliche und finanzielle Erleichterungen in Aussicht. Diese Zugeständnisse dienten zweifellos dem Zweck, in Österreich die franzosenfreundlichen und anschlußfeindlichen politischen Richtungen zu stärken.

Im Juni–Juli 1919 ergab sich in Otto Bauers eigenen Vorstellungen eine wesentliche Änderung. Er plante vor dem staatsrechtlichen Zusammenschluß eine Volksabstimmung, deren Ergebnis er vom Völkerbund sanktionieren lassen wollte; grundsätzlich aber bekannte er sich jetzt zu der Überzeugung, daß der Anschluß für Österreich der alleinmögliche Weg sei. Ludo Moritz Hartmann berichtete ihm über die Ergebnisse einer Besprechung, die er am 5. Juli 1919 mit dem deutschen Kanzler Gustav Bauer, mit Außenminister Hermann Müller, Innenminister Dr. Eduard David, dem Reichstagspräsidenten Fehrenbach, dem preußischen Minister Schiffer und Finanzminister Matthias Erzberger gehabt hatte. Alle Beteiligten seien sich darin einig gewesen, daß man die Kräfte auf die Volksabstimmung konzentrieren müsse. Gleichzeitig sollten die Verhandlungen der Kommission zur Schaffung der Voraussetzungen für die finanzielle und wirtschaftliche Vereinigung fortgesetzt werden. Dazu habe Erzberger bemerkt, „daß es hierbei dem Deutschen Reiche auf ein paar hundert Millionen nicht ankommen könne". Die Durchführung des Planes müsse beschleunigt werden, bevor die Entente wirtschaftlich gefestigt sei, bzw. bevor Österreich in eine andere Verbindung hineingedrängt werde[51].

In seiner Antwort an Hartmann umriß Otto Bauer am 8. Juli 1919 das Programm seiner langfristig gedachten Anschlußpolitik: „Bis zum Friedensschluß in St. Germain ist über den Anschluß offiziell womöglich gar nicht zu reden. Ich

[49] Ebenda, S. 533–534.
[50] Otto Bauer, Die österreichische Revolution, S. 168.
[51] HHStA. NPA. K. 261, S. 390–392.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werde sehr glücklich sein, wenn mich die Entente nicht zum Reden zwingt, denn das könnte heute nur schaden. Wie sich die Sache nach Friedensschluß gestalten wird, hängt natürlich von der politischen Situation und von den wirtschaftlichen Bedingungen ab, doch hoffe ich, daß wir sehr bald nach Friedensschluß die Verhandlungen wieder aufnehmen können." Sollte der Anschluß formell zunächst nicht möglich sein, schrieb Bauer, so müßte man einen Übergangszustand in der Weise schaffen, daß das Deutsche Reich und Deutschösterreich einen „Deutschen Bund" gründen, der so viel an Gemeinschaft herstellt, wie eben die internationale Lage erlaube. Man könnte die von der Entente gerade noch geduldeten Beziehungen derart vertiefen, daß die volle staatsrechtliche Einheit in wenigen Jahren realisiert werden könnte. Dies würde jedoch voraussetzen, daß Deutschland für Österreichs Lebensmittel- und Rohstoffbedarf sowie für die zur Schaffung einer festen Währung notwendigen Kredite sorge[52].

Ludo Hartmann und die deutschen Regierungskreise (vor allem Erzberger und Fehrenbach) wollten in starker Verkennung der internationalen Lage und der innenpolitischen Gegebenheiten ein viel schnelleres Tempo einschlagen, als es Otto Bauer vorsah. Bei der Wahl der Vorbereitungskommission für die Vereinigung äußerte Fehrenbach, der Zeitpunkt für die baldige Durchführung des Anschlusses sei gekommen. Der Friedensvertrag stelle kein absolutes Hindernis dar, da die österreichischen Parteien auf der Forderung nach dem Anschluß beharrten. Gesandter Hartmann bestärkte die Deutschen in diesem Irrglauben. Er erklärte, die Basis der Politik Deutschösterreichs sei unverändert der Anschlußgedanke, und wenn es auch in den kommenden Wochen wegen der Friedensverhandlungen nicht ratsam sei, darüber zu sprechen, so werde in etwa sechs Wochen der günstige psychologische Moment für den Beginn der Aktion gekommen sein. Die drei wichtigsten Parteien Österreichs seien sich in der Forderung nach dem Anschluß vollkommen einig, sie seien sich der wirtschaftlichen Lebensunfähigkeit Deutschösterreichs bewußt und wüßten genau, daß eine Donaukonföderation auch in Zukunft keine Lösung bringen könne. Nach Ansicht des Gesandten könnte gleich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Volksabstimmung durchgeführt werden, an deren Ausgang kein Zweifel bestehe, denn 90 % der Bevölkerung sei schon jetzt für den Anschluß[53].

In seinem Brief vom 15. Juli bezeichnete Otto Bauer die optimistische Beurteilung der Lage durch Hartmann als Selbstverblendung und Irreführung der deutschen Politiker. Wer die österreichischen Verhältnisse richtig kenne, stellte Bauer fest, könne niemals behaupten, daß die drei Parteien des deutschösterreichischen Parlaments in der Anschlußfrage einig oder gar 90 % der Bevölkerung für den Anschluß wären. Auch die Annahme, daß in sechs Wochen die Aktion beginnen könne, hielt er für ganz verfehlt. „Wir werden in sechs Wochen wahrscheinlich mit der Entente über Lebensmittel- und Rohstoffkredite unterhandeln müssen,

[52] Ebenda, S. 394.
[53] Ebenda, S. 399–402.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gleichzeitig vermutlich die entscheidenden Verhandlungen über das Vermögen des alten Staates zu führen haben. Ich bezweifle sehr, ob dies der geeignete Zeitpunkt für die ‚Aktion' sein wird. Ich glaube, daß eine entscheidende Aktion erst dann möglich sein wird, wenn die Entente gesprengt, ihre Armeen demobilisiert, der wirtschaftliche Verkehr vollkommen wiederhergestellt sein wird . . . Das wird viel länger dauern als sechs Wochen." In einem einzigen Fall könnte vielleicht der Anschluß früher vollzogen werden, schrieb er, wenn nämlich in Deutschland und in den Ententeländern eine revolutionäre Entwicklung einsetzte. Aber dafür gebe es vorläufig keine ermutigenden Zeichen, und darüber sollte man auch nicht mit Erzberger verhandeln. Es komme jetzt ein Zeitabschnitt, in dem sich nach und nach Österreichs ökonomische Lebensunfähigkeit herausstellen werde. Das könne die Ententemächte zwingen, die Lasten der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Österreichs auf Deutschland abzuwälzen. Der ganze Vorgang werde aber eine wesentlich längere Zeit beanspruchen als sechs Wochen. „Auch auf die Form des Plebiszits möchte ich mich nicht festlegen. Die Christlich-Sozialen machen ständig gegen den Anschluß Stimmung. Die Bourgeoisie setzt ihre ganze Hoffnung auf die Entente, vor allem auf Frankreich, und auch innerhalb der Arbeiterschaft ist die Begeisterung für den Anschluß unleugbar schwächer geworden, da die kommunistische Agitation gegen den Anschluß an Noske nicht ohne Wirkung ist. Wenn also nicht etwa eine Entwicklung die ganze Sachlage plötzlich verändert, werden wir noch viel Geduld brauchen. Ich halte es nicht für zweckmäßig, daß wir uns selbst und unsere deutschen Freunde darüber täuschen und uns und ihnen nur Enttäuschungen bereiten."[54]

Die Entwicklung der allgemeinen Lage in Europa im Juli 1919 machte die Anschlußaussichten immer hoffnungsloser. Die Mitteilung des italienischen Gesandten in Wien, Borghese, Anfang Juli 1919, wonach Italien nicht geneigt sei, mit Österreich über Südtirol direkt zu verhandeln, zerstörte Otto Bauers Hoffnungen, durch Ausnützung innerer Gegensätze der Siegermächte die Gebiete Südtirols mit deutscher Mehrheit für Österreich retten zu können. Auch der Sturz der ungarischen Räterepublik schien vor der Tür zu stehen, was die Gefahr einer unbeschränkten Hegemonie der Entente im Donautal bedeutete. Der Republik Österreich drohte die totale politische Isolierung. Es gab nur zwei Möglichkeiten: entweder durch die jeder realen Voraussetzung entbehrende intransigente Anschlußpolitik Frankreichs Rache heraufzubeschwören oder gemäß der internationalen Zwangslage unter Aufgabe der Anschlußparole, im Zeichen der „Erfüllungspolitik", die Annäherung an Frankreich zu suchen. An der Unmöglichkeit des ersten Weges, seinen internationalen Gefahren, bestanden Ende Juli 1919 auch für Otto Bauer keine Zweifel. Mehr aber als die internationalen Aspekte fielen für ihn die innenpolitischen Interessen der Sozialdemokratie ins Gewicht. Das Festhalten an der Anschlußpolitik konnte in der gegebenen Situation die Gefahr heraufbeschwören, daß die bürgerlich-konservativen Kräfte, die die Priorität der

[54] Ebenda, S. 423–424.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„nationalen Interessen" betonten, mit Frankreichs Unterstützung die Macht an sich rissen und dadurch die Möglichkeit der Entwicklung einer bürgerlich-demokratischen Republik für lange Zeit vereitelten. Die Interessen der österreichischen Sozialdemokratie verlangten eindeutig, daß die im November 1918 erworbene Machtstellung selbst um den Preis prinzipienloser Unterhandlungen und Kompromisse mit den die Friedensbedingungen diktierenden Siegern gehalten werde.

Es spricht für Otto Bauers politischen Scharfblick, daß er sich, als er die Aussichtslosigkeit der enormen geistigen und politischen Anstrengungen für den Anschluß erkannte, den gebieterischen Forderungen der neuen Situation unterzuordnen vermochte. Am 13. Juli 1919 richtete er einen Brief an den in Paris verhandelnden Karl Renner und setzte darin die unvermeidliche Notwendigkeit seiner eigenen Abdankung auseinander. Otto Leichter bezeichnet diesen Brief nicht nur als wichtiges historisches Dokument, sondern auch als erschütterndes Beispiel menschlich-moralischer Größe[55]. Auf die ziellos gewordene italienische Orientierung hinweisend, stellte Otto Bauer in seinem Brief fest, daß ein totaler außenpolitischer Richtungswechsel durchgeführt werden müsse. „Annäherung an Frankreich setzt aber meine Demission voraus. Ich bin den Franzosen als exponierter Großdeutscher und als vermeintlicher Bolschewik verdächtig, überdies auf die italienische Orientierung festgelegt . . . Ich persönlich habe die Sache reiflich erwogen und bin überzeugt, daß meine Demission unsere Stellung der Entente, vor allem Frankreich, aber auch England gegenüber erleichtern, Mißtrauen gegen uns beseitigen und dadurch der Sache nützen würde." Nach der Übernahme des zweiten, nunmehr wesentlich günstigeren Textes des Friedensvertrages am 20. Juli 1919 traf sich Karl Renner in Feldkirchen in Vorarlberg mit Otto Bauer, und sie beschlossen in vollem Einvernehmen, die Anschlußforderung im Interesse der Orientierung nach Frankreich hin von der Tagesordnung zu nehmen. Am 26. Juli legte Otto Bauer das Ministerportefeuille der äußeren Angelegenheiten nieder, das die österreichische Nationalversammlung dann dem Staatskanzler Karl Renner übertrug.

Die Alternative Anschluß oder Donaukonföderation geriet aber auch nach Unterzeichnung der Friedensverträge und Otto Bauers Rückzug aus der großen Politik nicht in Vergessenheit. Beide Probleme begleiteten – bei mancher Änderung ihres Charakters und Klasseninhalts – die Geschichte Europas zwischen den zwei Weltkriegen. Im Hintergrund der immer wieder auftauchenden Alternative stand nämlich die bedeutungsvolle Frage, wieweit es dem Pariser Friedensvertragssystem gelungen war, eine Basis für das friedliche und dauerhafte Zusammenleben der Völker Mitteleuropas zu schaffen. Otto Bauers auf den erwarteten Sieg des deutschen Sozialismus aufgebaute Anschlußpolitik war die Suche nach einer Antwort auf diese Frage. Das negative Ergebnis dieses Versuches hat er selbst – wenn auch widerstrebend – erkannt, darum wäre es ungerecht und unwürdig, Otto Bauers Anschlußpolitik mit den bürgerlichen „großdeutschen" und „deutschnationalen"

[55] Otto Leichter, a. a. O., S. 130.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konzeptionen, besonders aber mit der zur Annexion führenden Anschlußpolitik des Dritten Reiches gleichzusetzen und damit jenen die Anerkennung der Nachwelt zukommen zu lassen, die mit reaktionär-konservativen Hintergedanken Clemenceaus Urteil zur Kenntnis nahmen: „L'Autriche, c'est le reste!"

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KARLHEINZ NICLAUSS

DIE ENTSTEHUNG DER BUNDESREPUBLIK ALS DEMOKRATIEGRÜNDUNG*

1. Zur inneren Entwicklung Westdeutschlands nach 1945

Die zeitgeschichtliche und politikwissenschaftliche Forschung zur Entstehung der Bundesrepublik ist bisher vor allem zwei Fragestellungen gefolgt: Auf der einen Seite standen die Vorgänge der internationalen Politik im Mittelpunkt des Interesses, denn Deutschland war nach bedingungsloser Kapitulation und vollständiger Besetzung zum Objekt der Weltpolitik geworden. Die Deutschlandpolitik der Großmächte mit ihren Komplikationen sowie die sich abzeichnende Blockbildung hat man daher mit Recht als Weichenstellung für die Gründung eines westdeutschen Staates bezeichnet. Die Konstituierung der Bundesrepublik wird hiermit auf den Zerfall der Anti-Hitler-Koalition und auf den Ost-West-Konflikt zurückgeführt, welcher die gesellschaftliche und politische Teilung Deutschlands bereits zur Tatsache werden ließ, bevor man schließlich auf beiden Seiten die institutionellen Konsequenzen zog. Unter den deutschsprachigen Publikationen können die frühen Arbeiten von Cornides und Thilenius – beide 1957 erschienen – stellvertretend für diese Sicht der Nachkriegsgeschichte genannt werden[1]. Mit der für den heutigen Stand der Forschung grundlegenden Studie von Hans-Peter Schwarz erfuhr dieser methodische Ansatz eine wesentliche Ergänzung: Schwarz behandelt in seiner ausführlichen Darstellung nicht nur die Konzeptionen der Alliierten, sondern analysiert gleichzeitig auch die bereits 1945 greifbaren Vorstellungen deutscher Politiker und Publizisten über die zukünftige Stellung Deutschlands im internationalen System der Nachkriegszeit. Die Frage nach der Teilung Deutschlands steht auch hier im Vordergrund; sie wird jedoch vertieft durch die Einbeziehung der innerdeutschen Diskussion in der Übergangsphase 1945-1948. Auf diese Weise zeigt Schwarz, daß sich gleichzeitig mit dem Entschluß der Westmächte, die Initiative zur Gründung eines westdeutschen Teilstaates zu ergreifen, auch bei den maßgebenden politischen Gruppierungen in Westdeutschland die Westintegration als die allein realisierbare Lösung gegenüber dem Gedanken der Blockfreiheit durchgesetzt hat[2].

Auf der anderen Seite galt das Forschungsinteresse den verfassungsgeschichtlichen Grundlagen der Bundesrepublik im engeren Sinne, d.h. den Arbeiten des

---

* Dieser Beitrag ist als Ergänzung meines Vortrages auf dem 29. Historikertag 1972 gedacht, der in dieser Zeitschrift 21 (1973), S. 189-191 veröffentlicht wurde.

[1] Wilhelm Cornides, Die Weltmächte und Deutschland, Tübingen 1957; Richard Thilenius, Die Teilung Deutschlands, Eine zeitgeschichtliche Analyse, Hamburg 1957.

[2] Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied-Berlin 1966.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Parlamentarischen Rates und den deutsch-alliierten Verhandlungen über Inhalt und Charakter des Grundgesetzes. Hierfür war nicht zuletzt die relativ günstige Quellenlage ausschlaggebend. Die wichtigsten Protokolle über die Beratungen im Parlamentarischen Rat wurden veröffentlicht, und bereits 1951 folgte eine ausführliche Dokumentation zur Entstehungsgeschichte der einzelnen Artikel des Grundgesetzes. Die gleichzeitig erscheinenden Kommentare beschäftigen sich ebenfalls eingehend mit dem Zustandekommen der Verfassung[3]. Unter den Arbeiten, die von dieser Fragestellung ausgehen, ist an erster Stelle die amerikanische Studie „The Founding of the Federal Republic of Germany" von John Ford Golay zu nennen[4]. Sie kann als die bisher zuverlässigste Gesamtdarstellung und Interpretation der Beratungen des Parlamentarischen Rates bezeichnet werden. Mit der Arbeit von Friedrich Karl Fromme wurde auch dieser Forschungsansatz erweitert. Seine Fragestellung gilt nicht mehr den Beratungen zum Bonner Grundgesetz „an sich", sondern den Konsequenzen, welche die im Parlamentarischen Rat versammelten Politiker aus den Erfahrungen der Weimarer Periode und aus der nationalsozialistischen Diktatur ableiten zu können glaubten. Wie alle Untersuchungen mit dezidierter Fragestellung kommt Fromme dabei zu einer Eingrenzung des Betrachtungsbereichs: Gegenstand seines fruchtbaren Vergleichs sind die „gemeinsamen Konsequenzen" des Parlamentarischen Rates aus der Vergangenheit, während eine Reihe kontroverser Fragen (etwa die Föderalismus-Problematik oder die Stellung der Judikative im Verfassungssystem) als „individuelle Konsequenzen" nur am Rande Erwähnung finden[5]. Auch die Untersuchung von Werner Sörgel ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, weil sie den Einfluß der Interessengruppen auf den Parlamentarischen Rat zum Gegenstand hat und damit die Beratungen des Grundgesetzes ebenfalls unter einem bestimmten Gesichtspunkt behandelt[6]. Die Studie von Volker Otto bezieht sich vom Titel her ebenfalls auf einen Teilaspekt der Grundgesetzberatungen. Da aber die Fragestellung nicht ausreichend begrenzt wurde, läuft sie auf den Versuch einer Gesamtdarstellung hinaus. Die Beratungen zur Notstandsproblematik seit Herrenchiemsee werden allerdings in diesem Zusammenhang kaum berücksichtigt, obwohl gerade ihnen eine Schlüsselfunktion für das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates zukommt[7]. Die beiden hier skizzierten Forschungsansätze – einmal auf die Vorgänge der internationalen Politik, zum anderen auf die Entstehung der Verfassung gerichtet –

[3] Vgl. Klaus-Berto v. Doemming, R. W. Füßlein, W. Matz, Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes, Tübingen 1951 (Jahrbuch des öffentlichen Rechts N. F., Bd. 1), sowie den „Kommentar zum Bonner Grundgesetz (Bonner Kommentar)", Hamburg 1950ff.

[4] Chicago 1958.

[5] F. K. Fromme, Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz, Tübingen 1962 (2. Aufl.), S. 15ff.

[6] Werner Sörgel, Konsensus und Interessen, Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1969.

[7] Volker Otto, Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates, Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn-Bad Godesberg 1971.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dürfen allerdings nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Sie stehen vielmehr in einem unmittelbaren Zusammenhang, welcher durch die Ereignisse des Jahres 1948 gegeben ist. Die Londoner Sechsmächtekonferenz, deren Beschlüsse den westdeutschen Ministerpräsidenten am 1. Juli 1948 in Form der „Frankfurter Dokumente" überreicht wurden, stellt eine Brücke dar zwischen den Vorgängen auf internationaler Ebene und den Beratungen zum Grundgesetz. Man hat diese entscheidende Konferenz daher auch als den Zeugungsakt des Grundgesetzes bezeichnet[8].

In dem vorliegenden Beitrag wird eine neue Fragestellung zur Entstehung der Bundesrepublik entwickelt, die sich von den bisherigen Ansätzen in wesentlichen Punkten unterscheidet und das Verständnis der zeitgeschichtlichen Grundlagen unseres Gemeinwesens erweitern kann. Diese Betrachtungsweise zeichnet sich zunächst dadurch aus, daß sie nicht mit dem Auftrag der Alliierten im Juni/Juli 1948 einsetzt, sondern die gesamte Entwicklung der drei westlichen Besatzungszonen seit 1945 in die Vorgeschichte der Bundesrepublik einbezieht. Die erweiterte Entstehungsperiode wird außerdem unter dem Gesichtspunkt der „Demokratiegründung" untersucht. Hieraus ergibt sich, daß die Teilungsproblematik nicht mehr das beherrschende Thema unserer Überlegungen sein kann. Die Entscheidung zur Gründung eines Teilstaates auf dem Territorium der drei Westzonen ist vielmehr der Ausgangspunkt für die Frage nach der inhaltlichen Gestaltung dieses Gemeinwesens, für den Versuch, aus seiner Entstehungsgeschichte Kriterien für seine Einordnung als Demokratie zu gewinnen. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen daher Konzeptionen und Zielsetzungen zum demokratischen Wiederaufbau, welche damals zunächst für eine gesamtdeutsche Lösung und später in zunehmendem Maße für die „Weststaatslösung" entwickelt wurden. Unsere Fragestellung geht also von einer rückschauenden Betrachtungsweise aus: Mit der Entscheidung der Westmächte für die Gründung eines Staatswesens auf dem Gebiet ihrer Besatzungszonen und der grundsätzlichen Zustimmung von deutscher Seite wird die vorausgehende Entwicklung in Westdeutschland zur Vorgeschichte der Bundesrepublik. Dies trifft in besonderem Maße zu, wenn man die Konstituierung des westdeutschen Staates als Demokratiegründungsprozeß betrachtet. In der bisherigen Literatur wurde die rückschauende Betrachtungsweise schon verschiedentlich befolgt, ohne allerdings methodische Beachtung zu finden. Das gilt etwa für Peter H. Merkl, dessen Arbeit über die Entstehung der Bundesrepublik im engeren Sinne hinausgeht und im zweiten Kapitel die deutschen Neuordnungsvorstellungen seit 1945 berücksichtigt. Bei Werner Sörgel finden sich ähnliche Ansätze. Er behandelt z. B. die Verfassungsvorstellungen der deutschen Parteien und weist darauf hin, daß die sozialdemokratischen „Richtlinien für den Aufbau der Deutschen Republik" aus dem Jahre 1947, welche ursprünglich einer gesamtdeutschen Verfas-

[8] So Fritz René Allemann, Bonn ist nicht Weimar, Köln 1956, S. 60. Vgl. auch Siegmar Rothstein, Die Londoner Sechsmächtekonferenz 1948 und ihre Bedeutung für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, jur. Diss. Freiburg 1968.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sung galten, die Verfassungsvorstellungen der SPD bis in die Arbeit des Parlamentarischen Rates hinein bestimmten[9].

Das Ziel dieses Forschungsansatzes, aus der Analyse des Demokratiegründungsprozesses der Nachkriegsjahre Kriterien zur Einordnung der Bundesrepublik zu gewinnen, scheint allerdings durch die Tatsache des Besatzungsregimes in Frage gestellt. Die Übernahme der obersten Gewalt durch die Alliierten gibt zu dem naheliegenden Einwand Anlaß, mit der Souveränität habe auf deutscher Seite nach 1945 gleichzeitig auch die Voraussetzung für einen demokratischen Wiederaufbau gefehlt. Besatzungsherrschaft und Demokratiegründung – so könnte man hieraus folgern – seien im Grunde unvereinbar, und eine Darstellung der Nachkriegsperiode unter dem Aspekt der Demokratiegründung erscheine daher wenig sinnvoll. Gegen diese Argumentation spricht jedoch nicht nur die innere Problematik des Souveränitätsbegriffs, der aus einer bestimmten historischen Situation (nämlich aus der Frontstellung des entstehenden modernen Staates gegen den mittelalterlichen Feudalismus) entstand und dessen sinnvolle Anwendung auf die Problematik moderner Demokratien grundsätzlich bezweifelt wird[10]. Das Fehlen der inneren Souveränität, die wir als eigenständige Gesetzgebungsbefugnis verstehen, trifft vielmehr über den Gründungsvorgang der Bundesrepublik hinausgehend für den gesamten Zeitraum von 1945 bis zur Aufhebung des Besatzungsstatuts im Mai 1955 zu. Der Souveränitätsgesichtspunkt verführt damit zur statischen Betrachtungsweise einer politischen Entwicklung, in deren Verlauf sich die Beziehungen zwischen den Besatzungsmächten und den Besetzten mehrfach grundlegend veränderten. Die Tatsache des Souveränitätsmangels kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß in diesem Zeitraum auf dem Gebiet der Westzonen eine Emanzipation von der Besatzungsherrschaft stattfand, die sich anhand der Wahl- und Parteienentwicklung nachzeichnen läßt. Die Zulassung politischer Parteien ist als erster Schritt dieses Demokratiegründungsprozesses anzusehen, obwohl sie unter der Kontrolle und unter Auflagen der Besatzungsmacht erfolgte. Die Lizenzierungspraxis in den westlichen Besatzungszonen hatte zur Folge, daß ihr organisatorischer Aufbau von unten, d.h. von der Gemeinde- und Kreisebene ausging, und erst um die Jahreswende 1945/46 zonale Parteiorganisationen gebildet wurden. Die Militärregierungen waren dabei offensichtlich bestrebt, die Zahl der zugelassenen Parteien zu begrenzen und das Wiederaufleben rechtsextremer Parteien sowie die Gründung einer Flüchtlingspartei zu verhindern. Lange Zeit wurde auch die überzonale Zusammenarbeit (vor allem von französischer Seite) beeinträchtigt – was aber ebenfalls nicht ausreicht, dem Parteiensystem in den Westzonen den demokratischen Charakter abzusprechen.

Am Beispiel der Parteien tritt die unterschiedliche Entwicklung der sowjetischen Zone besonders deutlich hervor: Nach dem entsprechenden Befehl des sowjetischen Oberbefehlshabers vom 10. Juni konnten sich hier die politischen

[9] Peter H. Merkl, Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1965, S. 29 ff. sowie Werner Sörgel, Konsensus und Interessen, a.a.O., S. 64.

[10] Hierzu Carl J. Friedrich, Der Verfassungsstaat der Neuzeit, Berlin 1953, S. 17 ff.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Parteien zwar bereits vor der Potsdamer Konferenz als Zonenparteien konstituieren. Sie schlossen sich jedoch gleichzeitig zu einem „antifaschistischen Block" zusammen und vereinbarten die Einrichtung eines Verbindungsausschusses sowie die Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms. Neben der Kampagne für die Vereinigung von SPD und KPD, die schließlich unter dem Druck der Besatzungsmacht im April 1946 zustandekam, machten die Eingriffe in die Personalia der Parteien deutlich, daß die Interventionen der Besatzungsmacht hier einen grundsätzlich anderen Charakter hatten und die Entwicklung eines demokratischen Parteiensystems nicht gestatteten[11]. In diesem Zusammenhang sei an die Ablösung der CDU-Führung Hermes/Schreiber im Dezember 1945 und Kaiser/Lemmer im Dezember 1947 erinnert. Unter dem Aspekt der Demokratiegründung gewinnt damit wieder Leonard Kriegers 1949 geäußerte These an Bedeutung, daß sich in den Monaten zwischen dem militärischen Einmarsch und der Potsdamer Konferenz bereits auf beiden Seiten des späteren „eisernen Vorhangs" eine ungleiche politische Weichenstellung vollzogen habe. Die Viermächteverwaltung fand nach Krieger schon nicht mehr die tabula rasa vor, für welche sie ihrem Grundgedanken nach eigentlich gedacht war, sondern statt dessen „a situation already consolidated along certain lines"[12].

Trotz des scheinbaren Widerspruchs zwischen Besatzungsherrschaft und Demokratie wurde die spezifische Form der Besatzung in den drei westlichen Zonen von der Zielsetzung bestimmt, demokratische Verhältnisse im Sinne der westlichen Demokratietradition wiederherzustellen. Carl J. Friedrich hat die Militärregierungen in Italien, Österreich, Westdeutschland und Japan aus diesem Grunde als konstitutionelle Diktaturen bezeichnet und hierunter Besatzungsregime verstanden, die mit diktatorischen Mitteln die Errichtung einer als Konstitutionalismus verstandenen Demokratie anstrebten[13]. Besatzung und Demokratiegründung schließen sich nach diesen Überlegungen nicht gegenseitig aus. Die Verbindung zwischen beiden besteht allerdings nicht darin, daß die Besatzungsherrschaft selbst in irgendeiner Form als „demokratisch" anzusehen ist, sondern in der Tatsache, daß die Okkupation von seiten der westlichen Demokratien nur in Verbindung mit einem Demokratiegründungsprozeß zu rechtfertigen war und nur mit der erfolgreichen Institutionalisierung demokratischer Einrichtungen sinnvoll abgeschlossen werden konnte. Damit ist bereits angedeutet, daß die demokratische Komponente der Besatzung keineswegs als altruistisches Motiv oder als pflichtgemäße Ausführung der einmal in Potsdam niedergelegten Grundsätze betrachtet wird, die sich

[11] Zur Vereinigung von KPD und SPD vgl. Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit – Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964. Eine aufschlußreiche Dokumentation zur SPD in der sowjetischen Zone bieten die Aktenbestände „Büro Dr. Schumacher" und „Büro der Westzonen" im Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Zusammenfassend und mit Literaturübersicht jetzt: Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek, Die DDR – Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hamburg 1972, S. 38ff.

[12] Leonard Krieger, The Inter-Regnum in Germany: March–August 1945, in: Political Science Quarterly 64 (1949), S. 507ff.

[13] Carl J. Friedrich, Der Verfassungsstaat der Neuzeit, a.a.O., S. 694ff.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur allzuschnell als unverbindliche Formelkompromisse erwiesen. Am Beispiel der amerikanischen Besatzungspolitik, deren zeitgeschichtliche Erforschung am weitesten fortgeschritten ist, wird deutlich, daß in diesem Zusammenhang nicht nur die internationale Politik und wirtschaftliche Probleme ausschlaggebend waren. Die erste Phase des Demokratisierungsprogramms in der amerikanischen Zone ist vielmehr – wie John Gimbel in seiner Studie nachgewiesen hat – auf die Personalsorgen der Militärregierung zurückzuführen: General Clay, der damalige stellvertretende Militärgouverneur, befürchtete schon 1945, das für eine effektive Verwaltung notwendige Personal könne nur kurze Zeit in Europa gehalten werden. Er forcierte aus diesem Grunde zunächst die administrative und dann auch die politische Beteiligung der Besetzten durch Wahlen auf lokaler Ebene, obwohl er hierbei auf die Bedenken deutscher Politiker und seines Beraters James K. Pollock stieß. Er schrieb damals zu dieser Frage an McCloy nach Washington: „We can hardly withraw the local detachments until the officials appointed by us have been replaced by others selected by the Germans."[14]

Diese Überlegungen zur Demokratiegründungsproblematik beziehen sich auf die konkrete Situation in Deutschland nach dem von außen herbeigeführten Zusammenbruch des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Was jedoch noch aussteht ist die Beantwortung der Frage, unter welchen systematischen Gesichtspunkten eine Demokratiegründung mit der Besatzungsherrschaft vereinbar ist. Demokratie wird hierbei im Sinne der historisch-empirischen Theorie verstanden und vom rationalistischen Demokratieverständnis bewußt abgegrenzt. Ihre Entstehung und ihre Funktionsfähigkeit sind nicht das Ergebnis folgerichtiger Deduktion aus philosophischen oder verfassungsrechtlichen Prinzipien, sondern auf bestimmte soziale und geistesgeschichtliche Entwicklungen zurückzuführen. Die Grundprinzipien dieser politischen Herrschafts- und Lebensform – wie Volkssouveränität, Freiheit, Gleichheit – bleiben deshalb an die konkreten Lebensbedingungen im betreffenden Gemeinwesen gebunden. Die „Deontologie" der Demokratie kann zwar unter Berücksichtigung der geschichtlichen Voraussetzungen in ihrer Verwirklichung modifiziert oder auch „maximiert" werden, sie darf jedoch der gesellschaftlichen Situation nicht zusammenhanglos als Postulat gegenübertreten, weil sie sich dann zur demokratischen Mythologie entwickelt und der vulgärwissenschaftlichen Demokratiekritik Vorschub leistet [15]. Der demokratische Staat bleibt seiner Natur nach der „unvollkommene Staat", weil er auf die Durchsetzung sozialer Idealkonstruktionen verzichtet [16].

Die Geschichtsbedingtheit demokratischer Prinzipien kommt etwa darin zum Ausdruck, daß nicht alle Regierten an der demokratischen Willensbildung beteiligt sind. In der athenischen Demokratie war z. B. nur eine kleine Minderheit zur poli-

[14] John Gimbel, The American Occupation of Germany, Politics and the Military 1945–1949, Stanford 1968, S. 47 ff., wo auch das Schreiben Clays zitiert wird.

[15] Giovanni Sartori, Democratic Theory, Detroit 1962, S, 51 ff. und 228 ff.

[16] Eleonore Sterling, Der unvollkommene Staat, Studien über Diktatur und Demokratie, Frankfurt 1965.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tischen Mitwirkung berechtigt, während in modernen Demokratien zunächst bestimmte soziale Gruppen, die Frauen, die Nicht-Erwachsenen und die Nicht-Wähler außerhalb standen oder noch außerhalb stehen. Hinzu kommt, daß die Bevölkerung moderner Großflächenstaaten an der Einsetzung und Abberufung der Regierenden sowie an der Entwicklung politischer Programme lediglich mittelbar beteiligt ist. An dritter Stelle muß schließlich die Möglichkeit genannt werden, daß das Volk nicht die alleinige Legitimationsgrundlage der Herrschaft bildet, sondern diese Funktion mit einer anderen Instanz teilen muß. Ein politisches Gemeinwesen dieser Art zeichnet sich durch eine fundamentale Teilung der Herrschaftsgrundlage aus, die nicht zu verwechseln ist mit der verfassungsmäßigen Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung. Diese Konstellation ist in der geschichtlichen Entwicklung überall dort anzutreffen, wo sich der demokratische Gedanke innerhalb der Monarchie durchsetzen mußte – was bei den europäischen Demokratien in der Regel der Fall war.

Der zuletzt genannte Gesichtspunkt gilt auch für diese Phase der Besatzungszeit nach 1945: Eine Demokratieform die in der Zustimmung der Bevölkerung ihre alleinige Herrschaftsgrundlage sieht, ist mit dem Wesen der Besatzungsherrschaft zwar unvereinbar, da diese ihre Legitimationsgrundlage außerhalb des Landes hat. Die Besatzungsmacht kann jedoch eine zweite, ihr zunächst untergeordnete und auf der Willensäußerung der Besetzten aufbauende Herrschaftsgrundlage zulassen oder sogar fördern[17]. Dieses Muster trifft auch für den politischen Wiederaufbau Westdeutschlands zu und kam schließlich in der Verabschiedung des Grundgesetzes und dem gleichzeitigen Erlaß des Besatzungsstatuts noch einmal deutlich zum Ausdruck. Das Grundgesetz entstand nicht nur auf Initiative der Alliierten, sondern blieb auch unter dem Vorbehalt der Besatzungsmächte, die volle Regierungsgewalt gegebenenfalls wieder zu übernehmen. Zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung stellte es lediglich das Organisationsstatut für eine der beiden Herrschaftsgrundlagen in Westdeutschland dar und war gleichzeitig dem Besatzungsstatut untergeordnet. Diese Gewichtsverteilung wird allerdings durch die tatsächliche politische Entwicklung mehr als ausgeglichen: Das Besatzungsstatut stand von vornherein unter dem Vorzeichen der Abschwächung und Selbstaufhebung, während das Grundgesetz und die mit ihm kodifizierte demokratische Legitimationsform die Tendenz hatten, zur alleinigen Machtgrundlage des westdeutschen Staatswesens zu werden. Der scheinbare Widerspruch zwischen Besatzungsherrschaft und Demokratiegründung findet somit seine Auflösung in der Einsicht, daß die entstehende Demokratie durch eine besondere Form der Unvollkommenheit gekennzeichnet war, welche jedoch im Vergleich zur allgemeinen Entstehungsgeschichte moderner Demokratien keineswegs ungewöhnlich ist.

---

[17] Dieser für das Verständnis der Nachkriegsdiskussion grundlegende Gedankengang bei Hermann Jahrreiß, Demokratie, Selbstbewußtsein – Selbstgefährdung – Selbstkritik, Zur deutschen Verfassungsproblematik seit 1945, in: Festschrift für Richard Thoma, Tübingen 1950, S. 81.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Anschluß an diese systematischen Überlegungen stellt sich die methodische Frage, ob die dominierende Rolle der Besatzungsmacht weiterhin als Ausgangspunkt für eine zeitgeschichtliche Analyse der ersten Nachkriegsjahre angesehen werden kann. Die rückschauende Betrachtungsweise gibt den politischen Vorstellungen auf deutscher Seite erhöhtes Gewicht, und der Gesichtspunkt des decision-making (d.h. also der potentiellen und tatsächlichen Befugnisse der Militärbehörden) wird unzureichend, sobald der Zeitraum 1945 bis 1949 als eine Periode der Demokratiegründung betrachtet wird. Sinnvoller erscheint es daher, aus der innerdeutschen Auseinandersetzung Kriterien für die Beurteilung der Besatzungspolitik zu entwickeln, weil deren Auswirkung nur durch einen Vergleich mit den Plänen und Intentionen der politischen Gruppierungen auf deutscher Seite greifbar wird. Der Anteil der Besatzungsmächte am politischen Geschehen in Westdeutschland wird durch diese Überlegung keineswegs vernachlässigt, sondern nur unter einem anderen Gesichtspunkt betrachtet und in erster Linie als „Einwirkung" verstanden. Damit gewinnt die Konvergenz deutscher und alliierter Tendenzen, welche Hans-Peter Schwarz in den Mittelpunkt seiner Untersuchung über die außenpolitische Option Westdeutschlands gestellt hat[18], auch für die Frage nach dem innenpolitischen Wiederaufbau an Bedeutung; jede Entscheidung der Militärregierung war in der Regel gleichzeitig eine Option für bestimmte Auffassungen und Interessen auf deutscher Seite.

2. *Zwei Demokratiekonzeptionen in der politischen Auseinandersetzung nach 1945*

Die Klärung des Verhältnisses zwischen Besatzung und Demokratiegründungsvorgang erlaubt die Rückkehr zum eigentlichen Gegenstand dieser Überlegungen, zur innerdeutschen Diskussion nach 1945. Den Beratungen der Landesverfassungen in der amerikanischen und französischen Zone kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu, weil sie als erster Kristallisationspunkt für die politische Grundsatzdiskussion auf dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen anzusehen sind. Hier wurden die unterschiedlichen Vorstellungen zum demokratischen Wiederaufbau repräsentiert und anhand einer festumrissenen Aufgabenstellung konkretisiert. Gleichzeitig versuchte man, die Folgerungen aus dem Scheitern der Weimarer Demokratie und aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus zu ziehen[19]. Man kam dabei zu Ergebnissen, welche auch für die Beratungen des Parlamentarischen Rates Bedeutung haben sollten, wie etwa die Neufassung des Mißtrauensvotums zeigt. Fromme betonte daher mit Recht, für den Parlamentari-

[18] H.-P. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, a.a.O., S. 6–17.

[19] Vgl. hierzu Rudolf Billerbeck, Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946–1951) und der Nationalsozialismus, Düsseldorf 1971.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Rat seien die Erfahrungen der Jahre 1919 bis 1945 „durch das Filter der Länderverfassungen gegangen"[20]. Der hohe Quellenwert dieser Verfassungsberatungen liegt in der Tatsache begründet, daß sich hier die Ziele und Vorstellungen der Nachkriegspolitiker weitaus besser rekonstruieren lassen als etwa anhand von Parteiprogrammen, deren Kompromißcharakter unter oft unverbindlichen Formulierungen kaum verborgen bleibt. Die Verfassungsberatungen hatten außerdem paradigmatische Bedeutung: Da eine gesamtdeutsche Verfassung in absehbarer Zeit noch nicht zu erwarten war, wollte man in den Ländern Musterbeispiele schaffen, auf welche dann später der Reichsverfassungsgeber würde zurückgreifen können. Der ausführliche Grundrechtsteil und die eingehende Behandlung der Sozial- und Wirtschaftsordnung im Verfassungstext deuten an, daß sie als Vorläufer einer zukünftigen gesamtdeutschen Verfassung angesehen wurden. Hinzu kam eine pädagogische Zielsetzung: die neuen Verfassungen sollten gleichzeitig zur staastbürgerlichen Bildung beitragen, was allerdings von einem reinen Organisationsstatut nicht zu erwarten war. Carlo Schmid begründete diese Absicht vor der Vorläufigen Volksvertretung von Württemberg-Baden mit den Worten: „Demokratie ohne eine bestimmte konkrete Vorstellung von einem bestimmten Staat mit bestimmten Organen, mit einem bestimmten Zusammenwirken dieser Organe, wird ein leeres Wort bleiben, unter dem sich jeder etwas anderes denken kann."[21] Für die Entscheidung zugunsten einer Vollverfassung in den Ländern war damit auch das Bewußtsein maßgebend, am Beginn eines Demokratiegründungsprozesses zu stehen.

Eine genauere Analyse der Verfassungsberatungen von 1946/47 sowie der zeitgenössischen Publizistik kommt zu dem Ergebnis, daß die politische Grundsatzdiskussion damals von zwei sich gegenüberstehenden Demokratiekonzeptionen bestimmt wurde, welche im folgenden als „soziale Mehrheitsdemokratie" und „konstitutionelle Demokratie" bezeichnet werden. Die beiden Konzeptionen sind auf der einen Seite als politische Zielsetzungen anzusehen. Sie wurden in dieser Eigenschaft durch die interessenpolitisch und ideologisch bedingten Wertvorstellungen der Nachkriegssituation geprägt und sind damit zeitgebunden. Andererseits müssen sie jedoch auch als typische Formen der modernen Demokratie betrachtet werden. Sie ergänzen das Gesamtbild dieser Herrschaftsform und erhalten eine generelle, über die besondere Situation der Nachkriegszeit hinausgehende Bedeutung. Die *soziale Mehrheitsdemokratie* kommt den Bedürfnissen des modernen Sozial- und Verteilungsstaates in besonderer Weise entgegen – allerdings unter der Voraussetzung, daß die entsprechenden Lenkungsmaßnahmen vom Parlament ausgehen. In verfassungspolitischer Hinsicht ist sie daher durch das Bestreben gekennzeichnet, dem unmittelbar gewählten Parlament und seiner Mehrheit einen möglichst breiten Spielraum im Verfassungssystem zu sichern. Im Verlauf der Landesverfassungs-

[20] Friedrich K. Fromme, Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz, a.a.O., S. 22.

[21] Vorläufige Volksvertretung Württemberg-Baden, 8. Sitzung vom 28. Mai 1946.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beratungen von 1946/47 kommt dieser Grundgedanke bei den Diskussionen über die Institutionalisierung einer zweiten Kammer und eines Staatspräsidenten besonders deutlich zum Ausdruck. Diese beiden Einrichtungen haben sich zwar in der Endfassung bis auf die Ausnahme des bayerischen Senats nicht durchsetzen können und sind insofern Episode geblieben. Bei den Beratungen selbst standen sie jedoch im Mittelpunkt der Auseinandersetzung über den Staatsaufbau, weil sie von den Vertretern der mehrheitsdemokratischen Konzeption als Begrenzung des parlamentarischen Mehrheitswillens aufgefaßt und von ihren Befürwortern auch in diesem Sinne verstanden wurden. Die Volksvertretung, äußerte in Bayern ein Gegner des Senats, brauche keine „Gouvernante", die wirtschaftliche Not mache vielmehr „ein rasches und exaktes Wirken der Gesetze zum zwingenden Gebot"[22]. In Württemberg-Baden erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Veit, unter den 40 Mitgliedern des vorgesehenen Senats finde man zwar sechs Kirchenvertreter, aber nur vier Vertreter der Arbeitnehmerschaft. Der Senat schien ihm daher die Aufgabe zu haben, „ein retardierendes Moment der Gesetzgebung zu bilden und einer unerwünschten fortschrittlichen Entwicklung den Riegel vorzuschieben"[23]. Als im weiteren Verlauf der Beratungen in Hessen und Württemberg-Baden der Vorschlag gemacht wurde, den Senat als Vertretung der regionalen Interessen zu konstituieren (d. h. seine Mitglieder durch die Kreistage und Stadtparlamente wählen zu lassen), befürchteten die Anhänger der sozialen Mehrheitsdemokratie eine Unterrepräsentation der städtischen Gebiete und damit der sie unterstützenden Bevölkerungsschichten[24]. Auch interessenpolitische Erwägungen veranlaßten sie zur Ablehnung dieses „Nebenparlaments", vor allem wenn dessen Einrichtung offen mit dem Bestreben begründet wurde, „Fehler zu vermeiden, die tief in die Struktur unserer Wirtschaft eingreifen"[25]. Für den Verzicht auf Wirtschaftskammern und ähnliche Einrichtungen waren die gleichen Gesichtspunkte ausschlaggebend: Sie widersprachen dem mehrheitsdemokratischen Konzept, weil die Position des aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlaments hierdurch geschwächt wurde und seine soziale Gestaltungskompetenz in die freie Selbstverwaltung der Kammern übergehen konnte. Damit wäre ein Grundgedanke der sozialen Mehrheitsdemokratie, nämlich die bewußte Ausweitung des demokratischen Willensbildungsprozesses auf den wirtschaftlichen Bereich, in Frage gestellt worden[26]. In der neu zu gründenden Demokratie sollte nach mehrheitsdemokratischer Auffassung die Verantwortlichkeit eindeutig geklärt werden – und zwar durch die „Herausarbeitung der universalen Zuständig-

---

[22] Abg. Seifried (SPD) in der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung, 4. Sitzung vom 11. 9. 1946.

[23] Verfassunggebende Landesversammlung für Württemberg-Baden, 2. Sitzung vom 18. Juli 1946.

[24] Bericht des Verfassungsausschusses von Württemberg-Baden, S. 53.

[25] Abg. Euler (LDP) in der Verfassungsberatenden Landesversammlung Hessen, 2. Sitzung am 5. 8. 1946.

[26] Hierzu Friedrich H. Caspary, Vom Werden der Verfassung in Hessen, Offenbach 1946, S. 9.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keit des Parlaments als des einzig legitimen Vertretungs- und Vollstreckungsorgans des Willens der Gesamtheit"[27].

Neben der Zweikammerproblematik, welche bei den Beratungen zum Grundgesetz erneut politische Aktualität erlangte, gab bei den Länderverfassungsberatungen auch der Vorschlag eines neben dem Ministerpräsidenten stehenden Staatspräsidenten Anlaß zur Kontroverse. Föderalistische Motive, die verfassungsmäßige Bewältigung von Notstandssituationen und der allgemeine Wunsch nach „Stabilität" waren ausschlaggebend für diese Bestrebungen[28]. Wie weit jedoch der Staatspräsident gegebenenfalls auch in den Gesetzgebungsprozeß eingreifen und die Mehrheitsentscheidungen des unmittelbar gewählten Parlaments beeinträchtigen konnte, zeigt das Beispiel des Entwurfs für Württemberg-Baden: Bei Nichtübereinstimmung zwischen Landtag und Senat hinsichtlich einer Gesetzesvorlage sollte sich der Präsident entweder über die Einwände des Senats hinwegsetzen und das Gesetz verkünden oder einen Volksentscheid veranlassen. Die parlamentarische Mehrheit wäre im letzten Falle durch das Zusammenspiel von zweiter Kammer, Staatspräsident und Plebiszit umgangen worden. Eine ähnliche Desavouierung der Parlamentsmehrheit drohte, wenn der Staatspräsident von seinem Recht Gebrauch machte, auf Antrag eines Drittels der Landtagsabgeordneten ein beschlossenes Gesetz zum Volksentscheid zu stellen[29]. Als legitimes Korrektiv des Parlaments wurde nach den Verfassungsvorstellungen der sozialen Mehrheitsdemokratie lediglich das Verfassungsgericht anerkannt, über dessen Errichtung und Kompetenzen nach 1945 weitgehende Übereinstimmung bestand. Der Abgeordnete Kuhn (SPD) konnte daher in der Schlußphase der rheinland-pfälzischen Beratungen erleichtert feststellen: „Der Landtag hat . . . die beiden Umklammerungen, den Staatspräsidenten und den Staatsrat, von sich genommen bekommen. Die Vetos gegen die Gesetzgebung des Landtags können von dieser Seite nicht mehr eingelegt werden . . . Lediglich der Staatsgerichtshof soll über die verfassungsmäßige Festlegung von Gesetzen wachen."[30]

Die Vertreter der sozialen Mehrheitsdemokratie übernahmen zwar das konventionelle Gewaltenteilungsschema ohne kritische Prüfung und betrachteten die Dreiteilung in Legislative, Exekutive und Judikative als Grundriß für den Aufbau der Staatsorganisation. Gleichzeitig strebten sie jedoch eine Form der Gewaltenverschränkung an, welche dem Parlament eine Schlüsselposition einräumte. Der Parlamentseinfluß sollte im Rahmen des Verfassungssystems vor allem auf politisch-personellem Wege zur Geltung kommen. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzung über die Mitwirkung des Landtages bei der Besetzung der Verfassungsgerichtshöfe in Hessen und Bayern. Auf mehrheitsdemokratischer

[27] So der Abg. Hoffmann (SPD) in der Beratenden Landesversammlung von Rheinland-Pfalz, 3. Sitzung vom 6. 12. 1946.

[28] Adolf Süsterhenn, Der Staatspräsident, in: Rheinischer Merkur, 22. Oktober 1946.

[29] Vgl. den Bericht Carlo Schmids über den Stand der Verfassungsberatungen, Vorläufige Volksvertretung für Württemberg-Baden, 8. Sitzung vom 28. Mai 1946.

[30] Beratende Landesversammlung von Rheinland-Pfalz, 8. Sitzung vom 25. 4. 1947.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Seite war man bestrebt, die politische Bedeutung der Verfassungsgerichtsbarkeit durch eine entsprechende personelle Besetzung der Gerichte zu unterstreichen. Das Laienelement hatte gegenüber den Berufsrichtern ausschlaggebend zu sein, und eine möglichst große Zahl der Verfassungsrichter sollte vom Landtag bestimmt werden. Stellenweise schlug man sogar vor, Landtagsabgeordnete ohne Aufgabe ihres Mandats als Verfassungsrichter zu berufen. Bei diesen Überlegungen spielten die Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus eine große Rolle, weil sie nach 1945 viele Politiker zur Skepsis gegenüber dem Berufsrichtertum veranlaßten. Die gleiche Motivation bestimmte später die Beratungen des Parlamentarischen Rates über die personelle Besetzung des Bundesverfassungsgerichts, über die Richterwahl und die Richteranklage. Ein weiteres Beispiel für die pragmatische Handhabung der Gewaltenverschränkung durch die Vertreter der mehrheitsdemokratischen Konzeption bietet die Diskussion über Art. 108 der bremischen Verfassung, welcher vorschreibt, daß Mitglieder der Regierung (Senatsmitglieder) nicht gleichzeitig Mitglieder der Bürgerschaft (des Landtages) sein können. Hinter diesem Artikel stand ursprünglich die Vorstellung vom fraktionsmäßig nicht gebundenen Senator, der das Recht haben müsse, „sich gegebenenfalls auch von den Auffassungen seiner Partei zu entfernen"[31]. Durch einen zweiten Absatz wurde im weiteren Verlauf der Beratungen der Wiedereintritt ausscheidender Regierungsmitglieder in den Landtag geregelt und damit die personelle Beteiligung der Parlamentarier an der Regierungsbildung gesichert.

Als Grundprinzip der *konstitutionellen Demokratie* ist die Aufteilung und Ausbalancierung der politischen Machtausübung anzusehen. Der Begriff des Konstitutionalismus umfaßt hierbei im Sinne Franz Neumanns „Doktrinen und Praktiken, denen mehr daran liegt, die Macht zu beschränken, als daran, ihr eine bestimmte Richtung zu geben und sie für besondere soziale Zwecke zu verwenden"[32]. Dem Gedanken der Machtbegrenzung, welcher in der einen oder anderen Form Bestandteil jeder Demokratiekonzeption ist, wird aus konstitutionell-demokratischer Sicht Vorrang eingeräumt. Die neu zu gründende Demokratie sollte sich – wie mit Adolf Süsterhenn ein maßgebender Vertreter dieser Richtung formulierte – durch eine pluralistische Staatsgestaltung auszeichnen[33]. Die Vertreter der konstitutionellen Demokratieauffassung übernahmen zwar ebenfalls das konventionelle Gewaltenteilungsschema, interpretierten es aber in erster Linie als Gleichgewichtssystem und weniger als ein Muster zur Aufteilung der Staatsfunktionen. Die Lehre von der „balance of powers" betrachteten sie nicht nur als einen Bestandteil der demokratisch-rechtsstaatlichen Tradition, sondern auch als einen naturrechtlichen Grundsatz, dessen „apriorische Geltung" unabhängig von der Verschiedenartigkeit der

[31] Abg. Degener (CDU), Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, Sitzung vom 1. 8. 1947.

[32] Franz Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt–Wien 1967, S. 183.

[33] Adolf Süsterhenn, Ein- oder Zweikammersystem, in: Rheinischer Merkur, 15. Oktober 1946, und später im Parl. Rat – Hauptausschuß, 11. Sitzung vom 30. 11. 1948.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Staatsformen und institutionellen Einrichtungen sei[34]. Die traditionelle Dreiteilung wurde bei den Verfassungsberatungen in den Ländern sogar durch die Forderung nach einer erneuten Aufteilung von Exekutive und Legislative ergänzt. Heinrich Köhler erklärte bei den hessischen Beratungen, die konstitutionelle Demokratie sei in verfassungspolitischer Hinsicht folgendermaßen zu definieren: „Die gesetzgebende Gewalt muß auf eine erste und zweite Kammer und die vollziehende Gewalt auf den Ministerpräsidenten und auf den Staatspräsidenten verteilt werden."[35]

Die Gegensätzlichkeit der beiden Demokratiekonzeptionen kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß sich dieses differenzierte System von „checks and balances" gegen den Einfluß des Parlaments und seine Mehrheitsentscheidungen richtete. Das gilt einmal für den Staatspräsidenten als einer Institution, „die über den Dingen sich halten kann" und „aus der Sphäre des rein politischen Parlaments herausgehoben ist"[36], in erhöhtem Maße jedoch für die zweite Kammer. Diese Einrichtung sollte als „Stabilisierungsfaktor" dienen und vermeiden, daß „Zufallsmajoritäten" übereilte Beschlüsse fassen[37]. Das Mehrheitsprinzip, so wurde argumentiert, sei nur *eine* Komponente der westlichen Demokratie und habe mit den Prinzipien des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung weder logisch noch seiner Herkunft nach etwas zu tun[38]. Als der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Menzel den Entwurf einer Landesverfassung mit Einkammersystem vorlegte, stieß er in der Öffentlichkeit auf Kritik, die deutlich zeigt, in welchem Maße die Vorschläge zum Zweikammersystem in der Furcht vor der Majorität begründet waren. Ernst v. Hippel sprach von einer „im Prinzip schrankenlosen Tyrannis", die sich vom Dritten Reich lediglich dadurch unterscheide, daß an die Stelle des Führers die Mehrheit getreten sei. Nur durch die Einrichtung eines Senats könne der drohenden Gefahr einer „Barbarisierung der Gesetzgebung begegnet und der Kulturstaat gerettet werden"[39]. Neben der zweiten Kammer sollte nach konstitutionelldemokratischer Auffassung vor allem der Verfassungsgerichtshof die gesetzgebende Gewalt kontrollieren und gegebenenfalls hemmen. Konrad Adenauer brachte diese Absicht bei den Verfassungsdiskussionen des Zonenbeirats in der britischen Besatzungszone deutlich zum Ausdruck, als er erklärte: „Es gibt nicht nur eine Diktatur eines einzelnen, es kann auch eine Diktatur einer parlamentarischen Mehrheit geben, und davor wollen wir einen Schutz haben in der Form des Staatsgerichtshofes. Auch darin wollen wir aus den Erfahrungen lernen, die wir 1933

---

[34] Georg Laforet, Föderalismus und Gesellschaftsordnung, Augsburg 1947, S. 82/83.

[35] Köhler (CDU) in der Verfassungsberatenden Landesversammlung Hessen, 2. Sitzung vom 5. 8. 1946.

[36] Abg. Köhler im hessischen Verfassungsausschuß, 3. Sitzung vom 14. 8. 1946, sowie Adolf Süsterhenn, Der Staatspräsident, in: Rheinischer Merkur, 22. Oktober 1946.

[37] So Ehard (CSU), Verfassungsausschuß Bayern, 22. Sitzung vom 26. August 1946.

[38] Winfried Martini, Die Lehre von Weimar – Zur Problematik des Mehrheitsprinzips, in: Die Neue Zeitung, 5. September 1947.

[39] Ernst v. Hippel, Gewaltenteilung heute, in: Rheinischer Merkur, 22. 11. 1947.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gemacht haben."[40] Mit dieser Bemerkung ist gleichzeitig angedeutet, daß die Vertreter der konstitutionellen Demokratie auch die nationalsozialistische Machtergreifung als Mehrheitsentscheidung des Parlaments auffaßten und auf das Fehlen institutioneller Gegengewichte zurückführten. Ihre Argumentation stützte sich allerdings ausschließlich auf das Ermächtigungsgesetz und ließ die vorausgegangenen Verfassungsdurchbrechungen außer acht. Bereits 1946 gab Adolf Süsterhenn den Ereignissen des Jahres 1933 folgende Interpretation: „Der Nationalsozialismus hatte in dieser staatsrechtlichen Möglichkeit des Parlamentsabsolutismus, auf dem die Weimarer Verfassung letztlich beruhte, den archimedischen Punkt erkannt, von dem aus sich die deutsche Demokratie in scheinbar legaler Form aus den Angeln heben ließ. Es gelang dem Nationalsozialismus durch Stimmenfang, durch betrügerische Versprechungen und durch gewaltsame Ausschaltung eines Teils der Parlamentsmitglieder, die Mehrheit im Parlament zu erobern und damit die Macht in der Zentralinstanz an sich zu reißen."[41]

Die hier skizzierte Form der Machtaufteilung kann als horizontale Aufgliederung bezeichnet werden, weil sie von der konventionellen Dreiteilung ausgeht und mit einem auf einer Ebene angeordneten Gleichgewichtssystem vergleichbar ist. Sie wurde in der Nachkriegsdiskussion durch die Forderung nach einer vertikalen Aufgliederung ergänzt, der sich allerdings nicht alle Anhänger konstitutionell-demokratischer Auffassungen anschlossen[42]. Diese vertikale Gewaltenteilung sollte in der politischen Praxis durch weitgehende Autonomie der Gebietskörperschaften und gegebenenfalls auch der Berufsverbände verwirklicht werden. Sie entsprach damit einer umfassenden Föderalismusvorstellung, die den Föderalismus verstand als „das System der festen Stützpunkte, auf welche die Macht in der Demokratie verteilt ist"[43]. Für die Beratung der Länderverfassungen hatte die vertikale Form der Machtaufteilung kaum mehr als theoretische Bedeutung. Sie beeinflußte jedoch die Verfassungsdiskussion, sobald sich mit der staatlichen Zusammenfassung der drei Westzonen die Frage nach der föderalistischen Gliederung konkretisierte. Ein Bundesstaat konstitutionell-demokratischer Vorstellung beruht demnach auf einem doppelten Balancesystem: einmal auf der traditionellen Gewaltenteilung, die man auf Montesquieu zurückführen zu können glaubte, zum zweiten auf der „föderativen Balance", auf dem Gleichgewichtssystem zwischen Bund und Ländern[44].

Die Darstellung der beiden Demokratiekonzeptionen in der Nachkriegsdiskussion bezieht sich bisher vorwiegend auf verfassungspolitische Vorstellungen, weil in diesem Bereich die unterschiedliche Zielsetzung besonders deutlich zum Ausdruck

[40] Zonenbeirat, 17. Plenarsitzung vom 24. 11. 1947 (Bibliothek des Dt. Bundestages).

[41] Adolf Süsterhenn, Freiheit und Recht, in: Rheinischer Merkur vom 12. 4. 1946.

[42] Zur Unterscheidung zwischen horizontaler und vertikaler Gewaltenteilung vgl. Adolf Süsterhenn, Das Subsidiaritätsprinzip als Grundlage der vertikalen Gewaltenteilung, in: Vom Bonner Grundgesetz zur gesamtdeutschen Verfassung, Festschrift für Hans Nawiasky, München 1956, S. 141–155.

[43] Eugen Kogon, Demokratie und Föderalismus, in: Frankfurter Hefte 1, September 1946, S. 75.

[44] Abg. Dr. Schwalber (CSU), Parl. Rat–Plenum, 3. Sitzung vom 9. 9. 1948.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommt. Für das weitergehende Verständnis der sozialen Mehrheitsdemokratie und der konstitutionellen Demokratie müssen jedoch auch die jeweiligen Motivationsbereiche berücksichtigt werden. Hierunter verstehen wir soziale Ordnungsvorstellungen und Zielsetzungen, welche in der Nachkriegszeit den geistesgeschichtlichen und interessenpolitischen Hintergrund der Demokratiediskussion bilden. Zum Motivationsbereich der *sozialen Mehrheitsdemokratie* gehören ein bestimmtes Geschichtsbild und eine bestimmte Wirtschaftskonzeption: Im Mittelpunkt der Zeitgeschichtsinterpretation stand die Beurteilung der Weimarer Demokratie. Als ihren entscheidenden Strukturfehler bezeichneten die Vertreter der sozialen Mehrheitsdemokratie den Widerspruch zwischen der demokratischen Verfassung und dem Einfluß wirtschaftlicher Machtgruppen. Die „revolutionäre Kraft" von 1918/19 habe zwar ausgereicht, Deutschland zur Republik umzugestalten und den Gedanken der „politischen" Demokratie zu verwirklichen. Sie habe sich aber als unzureichend erwiesen, auch die „wirtschaftlichen Kräfte" in diese Ordnung einzubeziehen[45]. Die Konsequenz dieser Betrachtungsweise konnte nur sein, das 1918 Versäumte nachzuholen und nach 1945 nicht nur die politische, sondern auch die „wirtschaftliche" oder „soziale" Demokratie zu verwirklichen[46]. Bei der Beantwortung der Frage, wie diese Erweiterung der Demokratie konkret zu verstehen sei, zeigen sich jedoch deutliche Differenzierungen, welche sich bis in die Weimarer Diskussion hinein zurückverfolgen lassen. Damals hatte man die Forderung nach „Wirtschaftsdemokratie" in einem doppelten Sinne verstanden: Sie richtete sich einmal gegen die private Entscheidungsgewalt in Fragen von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung und strebte daher einen wachsenden Einfluß des demokratischen Staates auf das Wirtschaftsleben an. Die „Wirtschaft" sollte grundsätzlich als öffentlicher Bereich anerkannt werden, während das Privatinteresse als Maxime des wirtschaftlichen Handelns nach und nach zurückzutreten hatte. Diese Grundsätze wurden dabei nicht als Antithese zur „politischen" und „bürgerlichen" Demokratie, sondern als deren Weiterentwicklung betrachtet. Die Idee der Wirtschaftsdemokratie könne nur lebendig werden, heißt es in der gleichnamigen, von Fritz Naphtali herausgegebenen Schrift, wenn die Arbeiterschaft des betreffenden Landes bereits über Erfahrungen in der politischen Demokratie verfüge. Auf der anderen Seite wurde Wirtschaftsdemokratie im Gegensatz zur „wirtschaftlichen Autokratie" verstanden und zielte damit auf eine Neuordnung der Binnenstruktur in Betrieben und größeren Wirtschaftseinheiten. Diesem Aspekt der Wirtschaftsdemokratie lag der von Naphtali und seinen Mitarbeitern formulierte Demokratiebegriff zugrunde: Sie bezeichneten Demokratie als „Selbstregierung des Volkes", deren Wesen die Aufhebung der Teilung zwischen Herrschenden und Beherrschten sei[47].

---

[45] Abg. Gnoß (SPD) im nordrhein-westfälischen Landtag, 1. Wahlperiode, 20. Sitzung am 27. 11. 1947.

[46] Abg. Lausen (SPD) in der Diskussion zu Art. 22 der württemberg-badischen Verfassung, Verfassunggebende Landesversammlung, 4. Sitzung vom 16. September 1946.

[47] Fritz Naphtali (Hrsg.), Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel (1928), Neuausgabe: Frankfurt 1966, S. 13, 21, 137, 155 und 182.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In den politischen Erklärungen zur Demokratisierung der Wirtschaft nach 1954 kehrt dieser doppelte Aspekt wieder, ohne daß sich die beteiligten Politiker des grundlegenden Unterschiedes bewußt waren. So äußerte etwa Karl Arnold vor dem Landtag von Nordrhein-Westfalen: „Bei einer Formaldemokratie in der Politik und beim Vorhandensein eines Absolutismus in der Wirtschaft kann niemals eine Grundlage für eine sinnvolle Neuordnung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens gefunden werden."[48] Der Zentrumsabgeordnete Dr. Spiecker erhob vor dem gleichen Parlament die doppeldeutige Forderung, auch Wirtschaft und Gesellschaft müßten jetzt mit „echter Demokratie" erfüllt werden und fügte hinzu: „Wir können nicht noch einmal Gefahr laufen, die Lehren sammeln zu müssen, die uns in den Jahren von 1919 bis 1933 und erst recht von 1933 bis 1945 schon erteilt worden sind."[49] Seine Partei hatte sich schon 1945 mit dem Soester-Programm für eine „Durchdringung des ganzen öffentlichen Lebens und der Wirtschaft mit wahrhaft demokratischem und sozialem Geist" ausgesprochen[50]. Auf der anderen Seite wurden in der politischen Auseinandersetzung aber auch Erklärungen zur sozialen Demokratie abgegeben, aus denen hervorgeht, daß man hierunter lediglich die Ausweitung der demokratischen Entscheidungen auf den wirtschaftlichen Bereich verstand. In diesem Sinne äußerte der Abgeordnete Knothe bei den hessischen Verfassungsberatungen: „Die politische Demokratie muß in stärkerem Ausmaß, als solches während der Zeit von Weimar der Fall gewesen ist, der Wirtschaft gegenüber wirksam werden ... Es müssen deshalb nach unserer Auffassung in der neuen Verfassung alle Voraussetzungen geschaffen werden, daß sich die Wirtschaftsmächte nicht mehr reaktionär entfalten können gegen die politische Demokratie und gegen den demokratischen Staat."[51] Diese Auffassung von sozialer Demokratie wurde im weiteren Verlauf der Diskussion für die mehrheitsdemokratische Konzeption maßgebend. Soziale Demokratie, wie sie in der politischen Auseinandersetzung der Nachkriegsjahre verstanden wurde, ist damit vom Grundgedanken her gleichbedeutend mit Hermann Hellers Konzeption des sozialen Rechtsstaates: Beide verlangen die „Ausdehnung des materiellen Rechtsstaatsgedankens auf die Arbeits- und Güterordnung"[52].

Die Forderung nach Aufhebung der „wirtschaftlichen Autokratie" blieb außerhalb des Demokratiebegriffs als ein Programmpunkt des mit der sozialen Mehrheitsdemokratie verbundenen Wirtschaftsprogramms bestehen. Dieses Programm wurde bereits damals als „Gemeinwirtschaft" bezeichnet und ist durch die drei Forderungen nach planmäßiger Wirtschaftslenkung, Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft sowie Überführung bestimmter Betriebe in Gemeineigentum (Sozialisierung) gekennzeichnet. Eine isolierende Betrachtungsweise von Einzelmaßnahmen wird

[48] Ernannter Landtag von Nordrhein-Westfalen, 5. Sitzung am 4. 3. 1947.

[49] Landtag von Nordrhein-Westfalen, 1. Wahlp., 7. Sitzung vom 18. 6. 1947.

[50] Text bei Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. II, Berlin 1963, S. 244ff.

[51] Verfassungsberatende Landesversammlung Hessen, 2. Sitzung am 5. 8. 1946.

[52] Hermann Heller, Rechtsstaat oder Diktatur? Tübingen 1930 (Recht und Staat 68), S. 11.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aber diesem wirtschaftspolitischem Reformprogramm nicht gerecht und reicht vor allen Dingen nicht aus, seine Bedeutung für die Demokratiediskussion darzustellen. Der Sinn der Einzelforderungen ergibt sich vielmehr erst aus der übergreifenden Forderung nach einer neuen Zielsetzung der Gesamtwirtschaft. Während man das marktwirtschaftliche System als ein „Wirkungsgefüge" einzelner, auf Erwerb ausgerichteter Wirtschaftseinheiten betrachtete, wurde dieses Wirtschaftsmodell als ein „Zweckgebilde" zur unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse und zur Erreichung der Vollbeschäftigung verstanden[53]. Die Wirtschaftsplanung war hierbei als Rahmenplanung gedacht. Sie sollte sich nur auf die „entscheidenden Wirtschaftsvorgänge" beziehen und z. B. festlegen, wieviel Kohle gefördert, wieviel Wohnungen gebaut und wieviel Maschinen hergestellt werden. Mit den Methoden der modernen Marktanalyse glaubte man die Entscheidungsfreiheit des Konsumenten auch in dieser grundsätzlich geplanten Wirtschaft sicherstellen zu können[54]. Der Leistungswettbewerb sollte auf sogenannten Teilmärkten stattfinden, deren Radius jeweils durch die Daten des Gesamtplans festgelegt werde[55]. Diese Verbindung von Planung und Freiheit kam auch den Intentionen des „christlichen Sozialismus" entgegen, denn hier strebte man ebenfalls eine Synthese der „geplanten Volkswirtschaft mit dem alten abendländischen Gedanken der freien, aber verantwortlichen Persönlichkeit" an[56]. Kennzeichnend für das gemeinwirtschaftliche Programm ist weiterhin die bewußte Abgrenzung gegenüber der durchgängigen Verwaltungswirtschaft moderner Diktaturen. Die Kriegsplanung des Nationalsozialismus und das sowjetische Planungsbeispiel betrachtete man als Wirtschaftsformen, in denen eine unkontrollierte Bürokratie die Entscheidungsbefugnis über den Produktionsapparat ausübt. Gleichzeitig fand die Wirtschaftsorganisation der sowjetisch besetzten Zone in Westdeutschland eine zunehmend kritische Beachtung. Am Beispiel Sachsen-Anhalts zeigte sich, daß die in einer als „Industriewerke" bezeichneten Körperschaft zusammengefaßten landeseigenen Betriebe keinerlei Autonomie oder Selbstverwaltung besaßen, sondern vielmehr vom Wirtschaftsministerium ausgehend eine durchgängige Befehlsgewalt von oben nach unten bestand[57]. Hiermit wird auch die Parallele zwischen der Volksabstimmung in Sachsen über die Enteignung von etwa 4000 Betrieben und der Volksabstimmung in Hessen über den Sozialisierungsartikel der Landesverfassung fragwürdig. Die vergleichbare

---

[53] Zur Begriffsbildung mit ausführlicher Literaturübersicht Hans Ritschl, „Gemeinwirtschaft", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 4, Göttingen 1965, S. 331ff., sowie Herbert Krüger, „Sozialisierung", in: Die Grundrechte, Handbuch der Theorie und Praxis der Grundrechte, Bd. III/1, Berlin 1958, S. 286ff.

[54] Gert v. Eynern, Freiheit in der Planwirtschaft, in: Das sozialistische Jahrhundert, Februar 1947, S. 99–101.

[55] Paul Sering, Jenseits des Kapitalismus, Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung, Lauf b. Nürnberg 1946, S. 93–95 und 174–175.

[56] Karl Heinz Knappstein, Die Stunde der Sozialreform, in: Frankfurter Hefte 1, Juni 1946, S. 2.

[57] Vgl. Adolf Arndt, Landeseigene Betriebe und Gemeineigentum, in: Süddeutsche Juristenzeitung, August 1947, S. 415–424.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mehrheit der Ja-Stimmen (78 bzw. 72 %) kann nicht über den grundsätzlichen Unterschied der zur Abstimmung stehenden Sachverhalte hinwegtäuschen[58].

Die Frage der Besitzverhältnisse hatte gegenüber dem Planungsgedanken untergeordnete Bedeutung. Veränderungen der Eigentumsstruktur wurden weniger mit der gemeinwirtschaftlichen Zielsetzung als vielmehr mit den vermeintlichen Erfahrungen der Weimarer Republik begründet. Viele Autoren betrachteten den „immer wieder erwiesenen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht" als ausreichenden Sozialisierungsgrund[59]. Im Gegensatz zu den Plänen von 1918/19 strebte man eine Vielzahl von miteinander konkurrierenden Unternehmenstypen an. Der Hamburger Sozialisierungsplan nannte acht Betriebsformen für gemeinwirtschaftliche Betriebe, darunter genossenschaftliche Organisationsformen, Stiftungen, Körperschaften des öffentlichen Rechts, Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung im gewerkschaftlichen sowie im öffentlichen Besitz[60]. Auch in den Überlegungen zur Unternehmensstruktur kommt damit der experimentell-pragmatische Charakter zum Ausdruck, welcher das gemeinwirtschaftliche Programm insgesamt bestimmte: Die angestrebte Verbindung zwischen Planung und Freiheit schloß die einfache Lösung der Zentralverwaltungswirtschaft von vornherein aus und konnte auch auf dem Wege theoretischer Modellbildung nicht „hergestellt" werden. Dieses Ziel war allenfalls aufgrund praktischer Erfahrungen und eines entsprechenden Lernprozesses zu erreichen. Heinrich Troeger vertrat damals die Ansicht, eine ausgeglichene Friedenswirtschaft werde sich durch die Auflockerung der planwirtschaftlichen Organisation auszeichnen, und fügte hinzu: „Erst die Praxis wird lehren, welche Stellen beispielsweise für die Planung, welche für die Produktion, welche für die Verteilung am besten arbeiten, wo die Planung aufhören muß, wo der freie Marktverkehr bestehen bleibt, wie Unternehmerinitiative und Planungsvorschriften aufeinander abgestimmt werden können."[61] Dieser Pragmatismus ist für die enge Verbindung zwischen Gemeinwirtschaft und sozialer Mehrheitsdemokratie ausschlaggebend gewesen: Die praktischen Erfahrungen zu den Fragen der Wirtschaftsstruktur konnten nämlich nur auf dem Gesetzgebungswege für den weiteren wirtschaftlichen und sozialen Aufbau nutzbar gemacht werden. Von der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Motivation her gesehen war es daher wichtig, den Spielraum des unmittelbar gewählten Parlaments zu erweitern und ein weitgehend reibungsloses Gesetzgebungsverfahren festzulegen.

---

[58] Dieser Vergleich etwa bei Reinhard Kühnl, Konstituierung und Regierungssystem der Bundesrepublik, in: Pol. Vierteljahresschrift 8 (1967), S. 323–352.

[59] So Knappstein, a.a.O.; Sering, Jenseits des Kapitalismus, a.a.O., S. 170/171 und Erik Nölting, Protokoll Parteitag SPD 1947, S. 160.

[60] Sozialisierung in Hamburg – Kommissionsgutachten für den Senat vom 5. 2. 1947, abgedruckt in: Das sozialistische Jahrhundert, März 1947, S. 159.

[61] Heinrich Troeger, Gemeinwirtschaft, nicht Planwirtschaft, in: Das sozialistische Jahrhundert, Mai 1947, S. 211–212.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als Motivationsbereich der *konstitutionellen Demokratie* sind gesellschafts- und kulturkritische Überlegungen anzusehen, die sich mit den Erscheinungsformen der modernen Massengesellschaft auseinandersetzen. Diese Kritik findet sich einerseits bei den Autoren des Neoliberalismus, auf der anderen Seite aber auch in der breitgestreuten Publizistik, welche von der katholischen Soziallehre beeinflußt war. Ungeachtet des grundsätzlichen Unterschiedes zwischen diesen beiden Ideenkreisen, den Egon Edgar Nawroth aus katholischer Sicht herausgearbeitet hat[62], kann man in der Nachkriegssituation im politisch-gesellschaftlichen Bereich von einer Parallelität der Argumentation sprechen. Diese Übereinstimmung hängt nicht zuletzt mit der neuen Einstellung liberaler Kreise zur Religion und zum Irrationalen zusammen, die von Max Gustav Lange als Reaktion auf den erschütterten Fortschrittsglauben gewertet wird[63]. Im Gegensatz zum optimistischen Menschenbild des „Altliberalismus" vertraten die Neuliberalen eine wesentlich skeptischere, zum Teil sogar pessimistische Auffassung vom modernen Menschen und näherten sich damit den Vorstellungen der beiden Konfessionen[64]. Die Kritik am „Kollektivismus" beruhte auf einem allgemeinen Krisenbewußtsein, welches nach Auffassung der einschlägigen Autoren mit der zeitgeschichtlichen Situation, nämlich mit dem Entstehen der neuen Diktaturen und dem daraus resultierenden Weltkrieg, gegeben war und deswegen keiner weitergehenden Begründung bedurfte[65]. Der Nationalsozialismus wurde aus dieser Sicht ebenfalls als „Massenphänomen" verstanden, während er aus mehrheitsdemokratischer Perspektive vorwiegend „Klassenphänomen", d. h. eine von bestimmten sozialen Gruppen getragene Herrschaftsform zu sein schien. Man sprach von einer tiefgreifenden Auflösung der Gesellschaft und bezeichnete diese Entwicklung in Anlehnung an organische Sozialvorstellungen als „pathologische Entartung" (Röpke) oder als „schwere Erkrankung des sozialen Organismus"[66]. Die hierbei verwandte Terminologie trug nicht immer zur begrifflichen Klarheit bei. Trotzdem lassen sich zwei Aspekte der Krise deutlich unterscheiden, denn neben politisch-sozialen Krisensymptomen im engeren Sinne glaubte man eine umfassende „geistig-moralische" Erschütterung feststellen zu können[67]. Für die vermeintlichen Auflösungstendenzen wurde damals in der politischen und publizistischen Diskussion häufig der Ausdruck „Vermassung" benutzt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Veröffentlichungen aus der Schweiz auf die westdeutsche Diskus-

---

[62] Egon Edgar Nawroth, Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus, Heidelberg 1962 (2. Auflage).

[63] M. G. Lange, Die FDP – Versuch einer Erneuerung des Liberalismus, in: Parteien in der Bundesrepublik, Stuttgart–Düsseldorf 1955, S. 356.

[64] Friedrich W. Dörge, Menschenbild und Institution in der Idee des Wirtschaftsliberalismus, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 4, Tübingen 1959, S. 82–89.

[65] Vgl. etwa Alfred Müller-Armack, Diagnose unserer Gegenwart, Zur Bestimmung unseres geistesgeschichtlichen Standorts, Gütersloh 1949, S. 254–255.

[66] Paul Jostock, Grundzüge der Soziallehre und der Sozialreform, Freiburg 1946, S. 172.

[67] Wilhelm Röpke, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach-Zürich 1942, S. 16 und 23.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sion einen großen Einfluß hatten. Sie trugen maßgebend dazu bei, den Bezeichnungen „Masse" und „Vermassung" in der politischen Auseinandersetzung nach 1945 schlagwortartige Bedeutung zu verleihen.

Den Vermassungserscheinungen konnte nach Auffassung der Kritiker nur durch eine Neu- und Aufgliederung der Gesellschaft wirksam begegnet werden. Die Vertreter des Ordo-Liberalismus betonten in diesem Zusammenhang die „Interdependenz der Ordnungen". Mit der Rückkehr zur Konkurrenzwirtschaft sollte nach ihrer Auffassung gleichzeitig ein „neuer gesellschaftlicher Organismus" und eine „wirklich gegliederte Struktur der Gesellschaft" entstehen[68]. Soziale Dezentralisierung bedeutete im neoliberalen Sinne, die Tendenz zur Verstädterung, zum Großbetrieb, zur Massenorganisation sowie zu Konzernen und Monopolen rückgängig zu machen. Auf katholischer Seite wurde die allgemeine Forderung nach gesellschaftlicher Aufgliederung mit dem Subsidiaritätsprinzip begründet. Dieses Prinzip geht davon aus, daß der einzelne und die gesellschaftlichen Gruppen als vorstaatliche, mit eigenen Rechten ausgestattete Einheiten anzusehen sind. Den umfassenderen Gesellschaftsgebilden sowie dem Staat steht daher nur ein begrenztes Eingriffsrecht zu, welches erst dann wirksam werden darf, wenn das untergeordnete Gesellschaftsglied die betreffende Aufgabe trotz vorausgegangener Hilfeleistung nicht bewältigen kann[69]. Das Subsidiaritätsprinzip hat damit formalen Charakter und läßt bei seiner Anwendung einen breiten Auslegungsspielraum. Es wurde aber in der publizistischen Diskussion der Nachkriegsjahre vorwiegend negativ, d. h. als abwehrender Schutz für den einzelnen und die kleineren Lebenskreise interpretiert. Unter dem Eindruck des Nationalsozialismus sah man seinen Sinn darin, daß „diese Idee dem brandenden Meer der kollektivistischen Strömungen entgegengestellt werden sollte als ein Fels, an dem sich die Wogen brechen"[70]. Neoliberale Autoren glaubten sich daher zu der Feststellung berechtigt, das Subsidiaritätsprinzip – verstanden als ein Prinzip der gesellschaftlichen Dezentralisation – verkörpere gleichzeitig das Programm des Liberalismus in „seinem weiten und allgemeinen Sinne"[71]. Diese Parallelität der Argumentation zwischen neuliberalen, katholischen und protestantischen Autoren darf allerdings nicht überzeichnet werden. Unterschiedliche Auffassungen bestanden zum Beispiel in der Frage der berufsständischen Ordnung: Von katholischer und auch von protestantischer Seite wurde dieser Gedanke als erfolgversprechende Alternative zu den Vermassungs- und Proletarisierungstendenzen der modernen Gesellschaft angesehen[72]. Die Ver-

[68] Walter Eucken, Das ordnungspolitische Problem, in: Ordo – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Bd. 1, Opladen 1946, S. 71ff.

[69] Vgl. zur damaligen Interpretation Josef Piper, Thesen zur sozialen Politik, Die Grundgedanken des Rundschreibens Quadragesimo anno, Frankfurt 1947, S. 46ff.

[70] Paul Jostock, Grundzüge der Soziallehre, a.a.O., S. 73, sowie die Warnung vor dem „Etatismus" bei Oswald v. Nell-Breuning, Kapitalismus und Sozialismus in katholischer Sicht, in: Frankfurter Hefte 2, 1947, S. 665–681.

[71] Wilhelm Röpke, Civitas humana, Erlenbach-Zürich 1944, S. 179.

[72] Otto H. v. d. Gablentz, Über Marx hinaus, Berlin 1946, S. 30, sowie Josef Piper, Thesen zur sozialen Politik, S. 40–58.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

treter des Neoliberalismus sprachen sich jedoch gegen eine berufsständische Autonomie und Selbstverwaltung aus, weil der damit verbundene Gruppenegoismus ihrer Auffassung nach die Wettbewerbsordnung der Marktwirtschaft beeinträchtigt[73]. Die politische Konsequenz dieser beiden Gesellschaftsvorstellungen lief jedoch gleichermaßen auf das Prinzip der Machtaufteilung und Machtkontrolle hinaus.

Zusammenfassend ergibt sich daher folgendes Bild: Die politische Grundsatzdiskussion der ersten Nachkriegsjahre war von den Zielsetzungen des demokratischen Sozialismus, der katholischen Soziallehre und des Neoliberalismus bestimmt. Die beiden zuletzt genannten Ideenkreise bilden gemeinsam das Vorfeld der konstitutionellen Demokratie, obwohl in den philosophisch-weltanschaulichen Positionen sicher grundsätzliche Unterschiede bestanden. Andererseits kann der demokratische Sozialismus mit seinem Geschichtsbild und seiner Forderung nach „Gemeinwirtschaft" uneingeschränkt zum Motivationsbereich der sozialen Mehrheitsdemokratie gezählt werden. Eine genaue Abgrenzung der beiden Demokratieauffassungen ist allerdings in der tagespolitischen Wirklichkeit nicht immer möglich. Vor allem was den Standort der Parteien betrifft, ergeben sich für die Jahre 1946 bis 1948 Überschneidungen und regionale Unterschiede, so daß dieser Fragenkomplex einer ausführlichen Darstellung vorbehalten bleiben muß. Für die Untersuchung der Grundgesetzberatungen kann man jedoch von folgenden Positionen ausgehen: Das mehrheitsdemokratische Konzept wurde vom Beginn des politischen Wiederaufbaus bis in die Beratungen des Parlamentarischen Rates hinein von der Sozialdemokratischen Partei vertreten. Bei den CDU/CSU-Gruppierungen ist gerade in den ersten Nachkriegsjahren die Situation wesentlich unübersichtlicher. Besondere Schwierigkeit bereitet die Einordnung des sogenannten „christlichen Sozialismus". Zum Teil wurden unter diesem Sammelbegriff Zielvorstellungen vertreten, die eine Anerkennung der staatlichen Gestaltungsaufgaben beinhalten und aus diesem Grunde dem mehrheitsdemokratischen Programm nahestehen. Auf der anderen Seite befürworten seine politischen und publizistischen Vertreter häufig eine in eigenverantwortliche Bereiche gegliederte Gesellschaft. Da die staatlichen Instanzen hierin nach Möglichkeit nur wenige Aufgaben übernehmen sollten, entsprechen diese Überlegungen dem konstitutionell-demokratischen Konzept. Ihre Uneinheitlichkeit hat sicher viel dazu beigetragen, daß die Zielsetzungen des christlichen Sozialismus in der politischen Praxis kaum zur Geltung kamen. Bezeichnend ist auch das Fehlen eigener verfassungspolitischer Vorstellungen oder Verfassungskonzeptionen in den Jahren 1946/47, obwohl damals seine Vertreter an den Länderberatungen beteiligt waren. In den Jahren 1948/49 kann die CDU/CSU als Repräsentant der konstitutionellen Demokratieauffassung gelten. Die föderalistische Variante dieser Demokratiekonzeption (vertikale Gewaltenteilung) fand jedoch nur

[73] Vgl. Wilhelm Röpke, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, a.a.O., S. 146ff., sowie die Übersicht bei Nawroth, Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus, a.a.O., S. 238ff.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei einem Teil ihrer Gruppierungen Unterstützung. Die Fraktion der FDP hat zu Beginn der Beratungen im Parlamentarischen Rat ebenfalls die Position der konstitutionellen Demokratie vertreten. Hier bevorzugte man allerdings eindeutig die „zentralistische" Variante und lehnte eine vertikale Gewaltenteilung durch eine entsprechende Gestaltung des Bund–Länder–Verhältnisses allgemein ab.

3. Die Weiterführung der Demokratiediskussion bei den Beratungen zum Grundgesetz

Die beiden Konzeptionen der konstitutionellen und der sozialen Mehrheitsdemokratie sind auch für den weiteren Verlauf der politischen Auseinandersetzung in Westdeutschland bestimmend gewesen. Sie haben nicht nur für die Verfassungsberatungen in den Ländern Bedeutung gehabt, sondern auch die Überlegungen des Parlamentarischen Rates sowie des vorbereitenden Herrenchiemsee-Konvents maßgebend beeinflußt. Die Beratungen zum Grundgesetz zeichnen sich auf den ersten Blick durch einen sachlich-nüchternen, oft sogar unpolitischen Charakter aus. Dies hatte zur Folge, daß die Resonanz des Parlamentarischen Rates in der Öffentlichkeit hinter den Erwartungen der Politiker zurückblieb. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Katz hat vor dem Plenum versucht, hierfür den Ausschluß der Öffentlichkeit von den Ausschußberatungen verantwortlich zu machen[74]. Zum Teil ist dieser Mangel aber auch auf die personelle Zusammensetzung des Rates zurückzuführen. Der hohe Juristenanteil trug sicher mit dazu bei, daß die Beratungen stellenweise den Eindruck eines verfassungsrechtlichen Colloquiums hervorrufen. Schließlich sollte man in diesem Zusammenhang den Einfluß der Alliierten nicht unterschätzen: Die Rücksichtnahme auf ihre Interventionsmöglichkeiten veranlaßte offenbar den Parlamentarischen Rat, in bestimmten Fragen statt der politischen Differenzen die Sachargumente in den Vordergrund zu stellen. Der Verlauf der Beratungen zur Finanzverfassung kann hierfür als Beispiel dienen.

Wenn man die 1946/47 entwickelten Positionen weiterverfolgt, eröffnen sich allerdings neue Interpretationsmöglichkeiten der Grundgesetzberatungen. Ihr juristisch-nüchterner Eindruck wird teilweise rückgängig gemacht und ihr politischer Charakter tritt deutlicher hervor. Eine ausführliche Darstellung der Beratungen des Parlamentarischen Rates unter dem Gesichtspunkt der Demokratiediskussion würde jedoch den Rahmen dieses Beitrages überschreiten. Statt dessen soll anhand ausgewählter Verfassungsprobleme demonstriert werden, in welcher Form die politische Grundsatzdiskussion der ersten Nachkriegsjahre bei den Grundgesetzberatungen ihre Fortsetzung fand. Hierzu bietet sich zunächst die Zweikammerproblematik an, weil in diesem Punkte deutliche Parallelen zur Beratung der Länderverfassungen von 1946/47 bestehen. Bisher hat man die Diskussion des Parlamentarischen Rates über die Länderkammer immer als Teilaspekt der umfassenderen Föderalis-

[74] Parl. Rat – Plenum, 7. Sitzung vom 21. Oktober 1948.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

musproblematik dargestellt[75]. Die Vielschichtigkeit des Bicameralismus und seine Bedeutung für das Demokratieverständnis wurden dabei nicht immer ausreichend berücksichtigt. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates selbst haben damals offenbar die Problematik der zweiten Kammer differenzierter gesehen. So erklärte zum Beispiel der CDU-Abgeordnete Dr. Lehr vor dem Plenum, Zweikammersystem und Föderalismus dürfe man nicht als „identische Begriffe" betrachten, denn eine zweite Kammer sei sowohl in einem Bundesstaat als auch in einem Einheitsstaat denkbar[76]. Bereits zu Beginn der Grundgesetzberatungen bestand zwar zwischen den Parteien Übereinstimmung, daß neben dem unmittelbar gewählten Parlament eine weitere Kammer als Vertretung der Länder eingerichtet werden sollte; umstritten war jedoch nicht nur ihre Zusammensetzung (Bundesrats- oder Senatsprinzip), sondern auch ihr Mitwirkungsrecht im Gesetzgebungsverfahren (Gleichberechtigung oder Vetorecht). Für die Gleichberechtigung sprach sich im Plenum vor allem der Abgeordnete Dr. Dehler (FDP) aus: Aus der geschichtlichen Erfahrung glaubte er den Beweis antreten zu können, daß nur diejenigen Demokratien Bestand hatten, welche sich durch „eine gewisse Vielfältigkeit" und durch „ausgleichende Einrichtungen" auszeichnen. Die „stilgerechten" Demokratien aus der Zeit zwischen den Weltkriegen, zu denen er auch die Weimarer Republik zählte, seien demgegenüber wesentlich anfälliger für die Gefahren der Diktatur gewesen. Man dürfe daher nicht dem „Gesetz der Ästhetik" folgen, sondern müsse Gegengewichte schaffen. Er vertrat die Auffassung, mit einer gleichberechtigten Länderkammer finde eine „fruchtbare Spannung" Eingang in das Verfassungssystem. Auf diese Weise werde das Gesetz der Polarität verwirklicht und ein Gegengewicht gegen den „von uns nicht für glücklich gehaltenen übermächtigen Parlamentarismus" geschaffen. Dehlers Argumente sind typisch für die konstitutionell-demokratische Position und fanden in dieser Form bereits bei den Beratungen der Länderverfassungen Verwendung. Mit der Tendenz zum Sozial- und Verteilungsstaat, die aus mehrheitsdemokratischer Sicht uneingeschränkt akzeptiert wurde, setzte er sich ebenfalls kritisch auseinander: Gleichberechtigte Kammern waren in seinen Augen ein Regulativ gegen „überstürzte und nicht überdachte Gesetzgebung". Sie sollten als Bremse wirken gegen die „Krankheit unserer Zeit", nämlich gegen die „Hypertrophie" der Gesetzgebung, welche letztlich auf dem Wahnglauben beruhe, daß man das Leben normieren könne. Dr. Lehr befürwortete gleichfalls den Grundgedanken der Polarität, weil damit eine „Ausbalancierung der Kräfte" im Verfassungssystem verbunden sei. Der „Parlamentsabsolutismus" war nach seinen Worten zu vermeiden, wenn neben das vorwärtsdrängende Element des unmittelbar gewählten Parlaments („bewegt von seinen Parteien, die wetteifernd um die Probleme des Tages ringen") die zweite Kammer als Element der Kontinuität, der Stabilität und des „ruhigen Abwägens" trete. Bezeichnend für den konstitutionell-demokratischen Charakter seiner Überlegung

[75] Vgl. Peter H. Merkl, Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, a. a. O., S. 78ff., sowie Volker Otto, Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates, a. a. O., S. 109ff.

[76] Parl. Rat – Plenum, 7. Sitzung vom 21. 10. 1948.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist außerdem seine Frage nach dem Verlauf der Entwicklung im Jahre 1933, wenn zum Ermächtigungsgesetz die Zustimmung einer voll gleichberechtigten zweiten Kammer notwendig gewesen wäre[77]. Auch Adolf Süsterhenn (CDU) setzte sich zu Beginn der Grundgesetzberatungen für die Gleichberechtigung beider Kammern im Gesetzgebungsverfahren ein, weil die politische Willensbildung „grundsätzlich zweigleisig" erfolgen müsse. Süsterhenn und Dehler griffen bei ihren Ausführungen zum Zweikammersystem auf Montesquieu zurück, der seinerzeit den Grundsatz ausgesprochen habe, daß jede Macht der Gefahr des Mißbrauchs ausgesetzt und jeder Mensch geneigt sei, „die Gewalt, die er hat, zu mißbrauchen, bis er Schranken findet"[78].

Der Verlauf der Beratungen zur Zweikammerfrage soll hier nicht im einzelnen verfolgt werden. Bemerkenswert ist jedoch, daß der überraschende Wechsel der sozialdemokratischen Fraktion vom Senats- zum Bundesratsprinzip auf das Bestreben zurückzuführen ist, die Gleichberechtigung der zweiten Kammer zu verhindern. Als eine Einigung zwischen CDU und FDP über eine gleichberechtigte, aus Senatoren und Regierungsvertretern gemischt zusammengesetzte Kammer bevorstand, kam es zu Kontakten zwischen führenden Sozialdemokraten und Vertretern der süddeutschen Länder innerhalb der CDU/CSU, weil dieser „Halbsenat" den Länderinteressen nur zum Teil gerecht wurde. Bekannt geworden ist das Gespräch zwischen Walter Menzel und dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard, von dem Theodor Heuss später sagte, es sei die Geburtsstunde des Bundesrates gewesen[79]. Wie aus einem Bericht Menzels hervorgeht, waren die sozialdemokratischen Politiker über die Differenzen in der christlich-demokratischen Fraktion informiert. Sie wußten, daß die Initiatoren der gemischten Kammer aus der britischen Zone kamen und gegenüber den Abgeordneten der französischen und amerikanischen Zone in der Minderheit waren[80]. Die Einigung der beiden großen Fraktionen auf das reine Bundesratsprinzip veranlaßte wiederum die FDP, von ihrer ursprünglichen Forderung nach Gleichberechtigung abzugehen. Im Hauptausschuß wurde daraufhin der CDU/CSU-Antrag: „Ein Bundesgesetz kommt durch übereinstimmenden Mehrheitsbeschluß beider Häuser zustande" mit den Stimmen von SPD, FDP, KPD und Zentrum abgelehnt[81].

Neben den Beratungen über die Zusammensetzung und die Kompetenzen der Länderkammer geben vor allem die Grundrechtsproblematik sowie die damit zusammenhängende Frage der Gesetzgebungskompetenzen des Bundes Aufschluß über die Demokratiediskussion im Parlamentarischen Rat. Mit Beginn der Gespräche auf Herrenchiemsee bestand zwischen den maßgebenden politischen Kräften in Westdeutschland bereits grundsätzliche Übereinstimmung, die Grundrechte

[77] Ebenda

[78] Parl. Rat – Plenum, 2. Sitzung vom 8. 9. 1948.

[79] Parl. Rat – Plenum, 10. Sitzung vom 8. 5. 1949.

[80] „Bericht des Genossen Walter Menzel" vom 15. Oktober 1948, Nachlaß Menzel R 1 (Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn).

[81] Parl. Rat – Hauptausschuß, 12. Sitzung vom 1. 12. 1948.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in die zukünftige Verfassung als Rechtssätze aufzunehmen, welche für den Gesetzgeber, die Verwaltung und die Rechtssprechung gleichermaßen verbindlich sind. Umstritten blieb dagegen im weiteren Verlauf der Beratungen der Umfang des Grundrechtskatalogs. Im einzelnen ging es hierbei um die Frage, ob neben den individuellen Freiheits-, Gleichheits- und Eigentumsrechten auch Bestimmungen über die Wirtschaftsstruktur, die Sozialordnung sowie über kulturelle Fragen in die Verfassung aufgenommen werden sollten. In den ersten Sitzungen des Grundsatzausschusses erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Zinn als Berichterstatter, jeder Versuch, über die klassischen Grundrechte hinauszugehen, werde ähnlich wie 1918/19 zur Folge haben, daß der Grundrechtsteil schließlich zu einem „höchst heterogenen Niederschlag verschiedener Parteiprogramme" werde. Er fand hierin die Zustimmung der CDU- und FDP-Sprecher Dr. v. Mangoldt und Dr. Heuss[82]. Dieses Einverständnis über die Begrenzung des Grundrechtsteils blieb allerdings im weiteren Verlauf der Beratungen nicht bestehen. Während sich bei anderen Verfassungsfragen die unterschiedlichen Auffassungen der Fraktionen schließlich zu einem Kompromiß verbanden, verlief die Grundrechtsdiskussion in umgekehrter Richtung: Der ursprüngliche Konsensus über den Umfang der Grundrechte war zeitweise ernsthaft in Frage gestellt und wurde in der Schlußphase nur mit Mühe aufrechterhalten. Die vorliegenden Untersuchungen haben hierzu die Frage aufgeworfen, weshalb die sozialdemokratische Fraktion keinen ernsthaften Versuch unternahm, auf die Vorschläge der CDU/CSU, des Zentrums und der DP zur Erweiterung des Grundrechtsteils mit entsprechenden eigenen Forderungen zu antworten. Die SPD – so hat man in der Literatur kritisiert – hätte allen Grund gehabt, in dieser Situation die sozial- und wirtschaftspolitischen Ziele der ihr nahestehenden Interessenorganisationen als „Gegenforderung" zu präsentieren. Sörgel spricht in diesem Zusammenhang sogar von einer „Nicht-Verfassungskonzeption" der Sozialdemokratie[83]. Für die Zurückhaltung der SPD-Fraktion war sicher zum Teil die Erinnerung an die Weimarer Republik maßgebend. Als sich damals das ursprünglich nicht vorgesehene richterliche Prüfungsrecht in der Rechtspraxis durchsetzte, trat die Ambivalenz eines erweiterten Grundrechtsteils deutlich hervor: Die vielfältigen Interpretationsmöglichkeiten derartiger Programmsätze konnten nämlich zur Folge haben, daß zahlreiche Gesetze der richterlichen Nachprüfung nicht standhielten, weil sie mit dieser oder jener Bestimmung des Katalogs nicht übereinstimmten. Die Ausweitung des Grundrechtsteils hätte in diesem Fall nur dazu beigetragen, den Spielraum der Legislative einzuschränken, und widersprach damit den mehrheitsdemokratischen Intentionen[84]. Im Parlamentarischen Rat ist die Diskussion über die Aufnahme des Streikrechts in den Grundrechtsteil als Bei-

[82] Parl. Rat – Grundsatzausschuß, 2. und 3. Sitzung vom 8. und 21. 9. 1948 (Stenoprotokoll S. 12/13 bzw. 16 und 33; Bibliothek des Dt. Bundestages).

[83] Hans-Hermann Hartwich, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Opladen 1970, S. 37/38, sowie Sörgel, Konsensus und Interessen, a. a. O., S. 206.

[84] Zu entsprechenden Ansätzen in der Weimarer Republik: Willibald Apelt, Geschichte der Weimarer Verfassung, München 1946, S. 343.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

spiel für diese Konsequenz anzusehen: Nachdem man die ursprüngliche Fassung des betreffenden Artikels durch Ergänzungen mehr und mehr differenziert hatte, beantragte die sozialdemokratische Fraktion im Hauptausschuß überraschend seine Streichung aus dem Entwurf. Der Abgeordnete Dr. Eberhard erklärte hierzu, die vorausgehende Beratung habe gezeigt, daß man in eine „große Kasuistik" hineinkomme, wenn man in die Bestimmung über das Streikrecht „eine Reihe von Beschränkungen" aufnehme[85].

Ein weiteres Motiv für den sozialdemokratischen Verzicht auf die Erweiterung des Grundrechtskatalogs bilden taktisch-zeitliche Gesichtspunkte. Die SPD war an einem frühen Wahltermin zur ersten Bundestagswahl und damit am baldigen Abschluß der Grundgesetzberatungen interessiert. Außerdem befürchtete man, durch eine ausführliche Diskussion der Sozial- und Wirtschaftsordnung die Unterstützung der FDP in wichtigen Fragen des Staatsaufbaus zu verlieren, welche sich bereits auch in der Zweikammerfrage als nützlich erwiesen hatte. Hinzu kommt eine grundsätzliche Überlegung, die gleichzeitig eine Weiterentwicklung der mehrheitsdemokratischen Konzeption gegenüber den Länderverfassungsberatungen beinhaltet: Inzwischen hatte sich nämlich die Einsicht durchgesetzt, daß Verfassungsbestimmungen über die Gestaltung der „Lebensordnungen" – auch wenn man sie noch so „zwingend" formulierte – in den seltensten Fällen unmittelbar politisch wirksam wurden. In der Regel war hierzu der Gesetzgebungsweg unerläßlich. Nach der Diskussion um die hessische Sozialisierung zu urteilen, galt dies insbesondere für den Bereich der Wirtschaftsstruktur. Auch nach der Aufnahme entsprechender Artikel mußten eine Reihe komplizierter Gesetzesvorlagen erarbeitet und verabschiedet werden, um z.B. die Einrichtung neuer Lenkungsorgane und die Veränderung der Eigentumsverhältnisse durchzuführen. Als Alternative boten sich allenfalls die Praktiken der Zentralverwaltungswirtschaft an: Man hätte etwa bestimmte Industriezweige in Staatseigentum überführen und sie durch die Exekutive in Gestalt des Wirtschaftsministeriums verwalten können. Dieser Weg widersprach jedoch dem Konzept der „Gemeinschaft" und wurde daher von den Vertretern der sozialen Mehrheitsdemokratie grundsätzlich abgelehnt. Die Reformkonzeption mußte also nicht allein bei der Verfassungsberatung, sondern auch im Parlament (oder in den vorangehenden Wahlen) ein zweites Mal politisch durchgesetzt werden. Was lag daher näher, als von vornherein auf die programmatische Festlegung in der Verfassung zu verzichten und sich statt dessen auf die zukünftigen Entscheidungen der gesetzgebenden Versammlung zu konzentrieren? Eine derartige „Taktik" setzt allerdings voraus, daß die entsprechenden Gesetzgebungszuständigkeiten vorhanden sind, und die Mehrheit des unmittelbar gewählten Parlaments nicht über das für eine demokratische Verfassung notwendige Maß hinaus durch „checks and balances" an ihrer Entfaltung gehindert wird. Diese Überlegung erklärt die enge Verbindung zwischen Grundrechts- und Zuständigkeitsfragen im Parlamentarischen Rat. Bei den Beratungen zum Grund-

[85] Parl. Rat – Hauptausschuß, 18. Sitzung vom 4. 12. 1948.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gesetz richteten sich alle Erwartungen, welche man nach dem Weimarer Vorbild und nach dem Modell der Länderverfassungen in die „sozialen Grundrechte" gesetzt hatte, allein auf die Gesetzgebungszuständigkeit der Legislative. Der gesellschaftspolitische Gehalt der Verfassung verlagerte sich hiermit vom Grundrechts- in den Gesetzgebungsteil, wo er naturgemäß nur potentiell vorhanden sein kann und der Aktivierung durch die Mehrheitsentscheidungen des Parlaments bedarf.

Eine genauere Untersuchung der Beratungen auf Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat kommt zu dem zunächst überraschenden Ergebnis, daß der Umfang der Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes zwischen den Parteien und Fraktionen bis auf wenige Ausnahmen unumstritten war. Die Übereinstimmung wurde auch durch das alliierte Memorandum vom 2. März 1949 nicht in Frage gestellt, in dem die Militärgouverneure eine neue Begriffsbestimmung der damals noch als „Vorranggesetzgebung" bezeichneten konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes vorschlugen[86]. Diesem Konsensus liegt ein gewisser Auffassungswandel derjenigen Gruppen im Parlamentarischen Rat zugrunde, welche das konstitutionell demokratische Modell vertraten. Unter dem Eindruck der vielfältigen Aufgaben für den Gesetzgeber in der Nachkriegssituation gewannen die staatlichen Lenkungs- und Gestaltungsfunktionen auch für die Vertreter ursprünglich entgegengesetzter Vorstellungen an Bedeutung. Die Überlegungen in der CDU/CSU-Fraktion zur Frage der Gesetzgebungskompetenzen lassen sich anhand der Ausführungen des Abg. Dr. Walter Strauss bei den Ausschußberatungen nachzeichnen: Strauss äußerte bereits in der dritten Sitzung des Zuständigkeitsausschusses, in seiner Fraktion bestehe die Auffassung, die „moderne Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens" mache es erforderlich, dem Bund eine „weite Spanne von Gesetzgebungszuständigkeiten zu geben"[87]. Im Hauptausschuß wies er erneut auf diesen Zusammenhang hin und erklärte, man habe bei der vorbereitenden Arbeit in den Fachausschüssen die Bundeszentrale hinsichtlich der Kompetenzaufteilung bewußt „sehr stark gemacht". Ausschlaggebend sei der Gesichtspunkt gewesen, daß die Verfassung „unter modernen Verhältnissen, insbesondere unter den Notverhältnissen unseres Landes . . . keine Möglichkeit verbauen" dürfe, indem sie dem Bund ein zu geringes Maß an Kompetenzen zuweise. Auch Mitglieder des Parlamentarischen Rates, die ursprünglich anderer Auffassung gewesen seien, hätten sich dieser Einsicht nicht verschließen können. Dieses Zugeständnis der CDU/CSU-Fraktion wurde jedoch mit der Bedingung verknüpft, daß die Länder über den Bundesrat an der Willensbildung des Bundes entsprechend stärker beteiligt werden[88]. Die tagespolitischen Aufgaben der Nachkriegszeit haben auf diesem Wege zur Wiederaufnahme des traditionellen deutschen Föderalismuskonzepts beigetragen, das sich durch die Mitwirkung der Länder an den Entscheidungen des Bundes auszeichnet

[86] Hier muß auf die ausführlichere Darstellung im Jahrbuch des öffentlichen Rechts N.F. Bd. 1, S. 465/466 und 496ff. (vgl. Anm. 3), sowie bei John Ford Golay, The Founding of the Federal Republic of Germany, Chicago 1958, S. 100ff., verwiesen werden.

[87] Parl. Rat – Zuständigkeitsausschuß, 3. Sitzung vom 23. 9. 1948 (Stenoprotokoll S. 3/4).

[88] Parl. Rat – Hauptausschuß, 11. Sitzung vom 30. 11. 1948.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und von Golay im Unterschied zum amerikanischen Modell als funktionaler Föderalismus bezeichnet wird[89].

Die Zustimmung der FDP-Fraktion zu den weitgehenden Gesetzgebungskompetenzen des Bundes kommt weniger überraschend, weil in ihrer verfassungspolitischen Zielsetzung die vertikale Machtaufteilung zwischen Bund und Ländern keine vergleichbare Rolle spielte. Sie hätte allerdings die Möglichkeit gehabt, eine verstärkte Kontrolle der Bundesgesetzgebung durch das Verfassungsgericht anzustreben und etwa die Bedürfnisfrage in der konkurrierenden Gesetzgebung zur justitiablen Frage zu erklären. Trotz der anderslautenden Ausführungen Dehlers vor dem Plenum des Parlamentarischen Rates wurden in den Reihen der FDP jedoch die Gestaltungsfunktionen des modernen Staates zunehmend anerkannt. Diese Tendenz kam schließlich im Sozialprogramm der Partei aus dem Jahre 1952 deutlich zum Ausdruck[90]. Die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Menzel zu Beginn der Grundgesetzberatungen zeigen, daß die sozialdemokratische Fraktion des Parlamentarischen Rates den Einfluß der Zeitumstände auf die Haltung der anderen Fraktionen in ihr taktisches Kalkül einbezog. Menzel sagte, die Verfassungsdiskussion im Zonenbeirat der britischen Zone habe erwiesen, daß man sich über die Zuständigkeitsverteilung auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung sehr schnell einigen könne, wenn man erst einmal an die konkrete Beratung der einzelnen Punkte herangehe und dabei „von allem Theoretisch-Politischem, von allen Ismen" absehe. Im Zonenbeirat sei man damals nach Abschluß der Debatte erstaunt gewesen, mit welcher Einmütigkeit eine „Fülle von Sachgebieten" dem Reich zugestanden und den Ländern entzogen wurden. Die Ergebnisse von Herrenchiemsee bestätigten seiner Ansicht nach diese Erfahrungen, denn auch dort habe man für nicht weniger als 44 „zum Teil recht umfangreiche Gebiete" die Zuständigkeit des Bundes ausgesprochen[91].

Die vorangehenden Bemerkungen zum Verlauf der Grundgesetzberatungen haben naturgemäß fragmentarischen Charakter. Sie sollen im Rahmen dieses Beitrages nur zeigen, daß sich die Gegenüberstellung der beiden Demokratievorstellungen auch für die Entstehung der Bundesrepublik im engeren Sinne als ein brauchbarer Forschungsansatz erweist. Die Akzentverlagerung vom Grundrechts- zum Zuständigkeitsteil wurde jedoch mit Absicht etwas ausführlicher dargestellt. Hieraus ergeben sich nämlich Ansatzpunkte für ein Gesamtbild der mit dem Grundgesetz kodifizierten Demokratieform, welches sich auch bei einer Ausweitung der Analyse nur unwesentlich verändern wird. Der oben erläuterte Auffassungswandel auf Seiten der CDU/CSU und FDP zum Umfang der Staatstätigkeit hatte zur Folge, daß der Parlamentarische Rat die Verteilungs- und Gestaltungsfunktionen des modernen Staates mit überwiegender Mehrheit akzeptierte. Die Anerkennung des Sozialstaatsgedankens kommt dementsprechend in erster Linie in

[89] J. F. Golay, The Founding of the Federal Republic of Germany, a.a.O., S. 27–28.

[90] Hierzu M. G. Lange, Die FDP – Versuch einer Erneuerung des Liberalismus, a.a.O., S. 317ff.

[91] Parl. Rat – Plenum, 3. Sitzung vom 9. 9. 1948.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Zuständigkeitsbestimmungen der Verfassung zum Ausdruck. Die inhaltliche Bestimmung des Sozialen sollte allerdings dem politischen Willensbildungsprozeß vorbehalten bleiben. Diese Beurteilung wird durch die Beratungen zur Steuergesetzgebung noch einmal bestätigt: Der FDP-Abgeordnete Dr. Höpker-Aschoff befürwortete in seinem Bericht über das Finanzwesen eine einheitliche Steuergesetzgebung durch den Bund, weil Finanzpolitik gleichzeitig als Sozial-, Wirtschafts- und Währungspolitik anzusehen sei. Der Staat habe die Möglichkeit, durch Kredite den „Ablauf der Konjunkturen" zu bestimmen und könne auch mit entsprechenden Mitteln die Kaufkraft des Geldes beeinflussen. Alle diese Aufgaben seien jedoch für ein einheitliches Wirtschaftsgebiet nur vom „zentralen Gesetzgeber" wahrzunehmen. Höpker-Aschoff bezog sich bei seinen Ausführungen ausdrücklich auf die Arbeiten des englischen Wirtschaftswissenschaftlers John M. Keynes[92]. Während der Herrenchiemsee-Entwurf mit seinen Alternativvorschlägen eine Aufteilung der Steuergesetzgebung zwischen Bund und Ländern anstrebte, setzte sich im Parlamentarischen Rat die Auffassung durch, daß der Bund in diesem Bereich bis auf die Steuern von ausgesprochen lokaler Bedeutung über eine ausschließliche oder konkurrierende Gesetzgebung verfügen müsse. Diese Konzeption wurde in der Schlußphase der Beratungen trotz des alliierten Einspruchs aufrechterhalten. Insgesamt ist die im Grundgesetz enthaltene Demokratievorstellung daher als soziale Demokratie zu bezeichnen, wenn hierunter die bewußte Ausdehnung der politischen Entscheidungsgewalt auf den Bereich der Sozial- und Wirtschaftsordnung verstanden wird. Die allgemeine Anerkennung der staatlichen Gestaltungsaufgaben beinhaltet im Grunde eine Kritik am Konstitutionalismus, welcher sich nach der eingangs zitierten Definition Franz Neumanns durch Doktrinen und Praktiken auszeichnet, denen mehr daran liegt, die Macht zu beschränken, als sie für soziale Zwecke zu verwenden. Der konstitutionellen Demokratie entsprach offensichtlich das Bild eines begrenzten Staates, dem eine sich weitgehend selbst regelnde Gesellschaft gegenüberstand. Diese Disposition wird auch vom Motivationsbereich dieser Demokratievariante her bestätigt, wo die Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen der modernen Massengesellschaft breiten Raum einnahm. Die Kritik der einschlägigen Publizistik richtete sich vor allem gegen die Auflösung traditioneller Gemeinschaften und gegen die wachsende gesellschaftliche Interdependenz. Sie bezieht sich damit auf zwei soziale Grundprozesse, die nach Karl Mannheim ausschlaggebend für die Herausbildung der modernen Gesellschaft sind[93]. Man kann daher die konstitutionelle Demokratie unter den Bedingungen der Nachkriegssituation als konservative Demokratieform bezeichnen, deren Unzulänglichkeit im weiteren Verlauf der Diskussion zum Teil von ihren Anhängern selbst erkannt wurde.

Aus der Akzentverlagerung vom Grundrechts- zum Zuständigkeitsteil läßt sich neben dem Gedanken der Sozialstaatlichkeit eine zweite Demokratieeigenschaft

[92] Vgl. Parl. Rat – Schriftlicher Bericht zum Entwurf des Grundgesetzes, Bonn 1948/49, S. 55.

[93] Karl Mannheim, Freedom, Power and Democratic Planning, London 1950, S. 11ff..

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ableiten: Die Grundgesetzberatungen zeichnen sich, wie wir gesehen haben, durch den bewußten Verzicht auf Programmsätze zur Sozial- und Wirtschaftsordnung aus und heben sich damit vom Vorbild der Weimarer Reichsverfassung sowie der Länderverfassungen ab. Nach vorherrschender Auffassung des Parlamentarischen Rates soll der Bereich des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens grundsätzlich vom Gesetzgeber gestaltet werden. Der Verfassungsgeber hat sich auf diese Weise, wie Hartwich mit Recht betont, für das Prinzip der „unaufhebbaren Offenheit" entschieden[94]. Unter den Bedingungen der organisierten Massengesellschaft kann dies aber nur bedeuten, daß der Konsensus der konkurrierenden Gruppen über die Sozialordnung entscheidet. Die Verlagerung des sozialen Gehalts der Verfassung vom Grundrechtsteil in den Zuständigkeitskatalog ist damit als Nachweis für die Tatsache anzusehen, daß die im Parlamentarischen Rat repräsentierten politischen Gruppierungen mit überwiegender Mehrheit ein Gemeinwesen anstrebten, welches den Grundsätzen der pluralistischen Demokratie entspricht. Für die mit dem Grundgesetz festgelegte Demokratieform bietet sich daher zusammenfassend die Bezeichnung des pluralistischen Sozialstaats an, oder – wenn man den problematischen Staatsbegriff vermeiden will – der Begriff der pluralistischen und sozialen Demokratie. In dieser Begriffsbestimmung kommt die enge Verbindung von Staat und Gesellschaft zum Ausdruck, welche durch kein vorgegebenes oder postuliertes Staatsziel beeinträchtigt wird.

[94] H. -H. Hartwich, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, a. a. O., S. 50.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERMANN GRAML

PROBLEME EINER HITLER-BIOGRAPHIE
Kritische Bemerkungen zu Joachim C. Fest

Joachim C. Fest hat die Arbeit an einer Biographie[1] Adolf Hitlers, des führenden Repräsentanten der deutschen Spielart des Faschismus, geplant und begonnen, als noch nirgends Anzeichen der sogenannten Hitler-Welle zu bemerken waren. Indes ist sein Buch mittlerweile doch – und offenbar nicht allein in der Bundesrepublik – sowohl zum Höhepunkt wie zum eigentlichen Nutznießer jener schwer deutbaren Wiederkehr eines allgemeineren Interesses an Hitler geworden, zumal die große westdeutsche Presse das Erscheinen des Werks mit Rezensionen begleitete, in denen führende Historiker und Politologen die Leistung des Forschers wie des Schriftstellers Fest mit großem Respekt und sogar mit Bewunderung behandelten. Allerdings finden sich in den Rezensionen Karl Dietrich Brachers[2] oder Theodor Schieders[3] etliche Sätze, die bei aller Zurückhaltung sehr wohl erkennen lassen, daß ihre Autoren in Fests Buch auch erhebliche Mängel entdeckt zu haben glauben, und Golo Manns Stellungnahme[4] läuft auf eine höflich und behutsam formulierte, in der Sache jedoch eindeutige Ablehnung der wichtigsten Interpretationen Fests hinaus und erhebt überdies den Vorwurf der Vernachlässigung vieler interpretationsbedürftiger Vorgänge. Rudolf Augstein, ohne die Scheu, die in diesem Falle ausgerechnet Historiker befallen zu haben scheint, wies in einem ausführlichen Kommentar[5] außerdem darauf hin, daß er beträchtliche Diskrepanzen zwischen Fests Präsentation bestimmter Fakten oder Zusammenhänge und der von den Quellen jeweils zwingend nahegelegten Präsentation zu sehen meine.

Die folgenden Bemerkungen beschränken sich zwar nach Möglichkeit auf Aspekte des Festschen Werks, mit denen sich die erwähnten Besprechungen weniger eingehend beschäftigt haben, machen aber im übrigen keine Ausnahme von der bislang offensichtlich wirksamen Regel, d. h. sie müssen sich ebenfalls in einem Spannungsfeld zwischen häufigen Anlässen zur Bewunderung und dem Zwang zur Kritik bewegen. Nun ist die Zwiespältigkeit der Eindrücke und des Urteils ein Effekt, den ein Biograph nur schwer vermeiden kann, zumindest dann, wenn die gewählte Aufgabe darin besteht, die Persönlichkeit und das Leben eines Menschen darzustellen, der bedeutenden Einfluß auf den historischen Prozeß ausgeübt hat oder doch als Exponent geschichtsmächtiger Kräfte und Bewegungen im Zentrum historischer Ereignisse und Entscheidungen stand. Eine in solchem Sinne politische Biographie trifft ja auf mehrere und sehr verschiedenartige Erwartungen. Die er-

---

[1] Joachim C. Fest, Hitler, Eine Biographie, Berlin (Propyläen-V.) 1973, 1190 S.

[2] Karl Dietrich Bracher, Hitler – die deutsche Revolution, in: Die Zeit, 12. Oktober 1973.

[3] Theodor Schieder, Hitler vor dem Gericht der Weltgeschichte, in: FAZ, 27. 10. 1973.

[4] Golo Mann, Hitler – zum letzten Mal? in: Süddeutsche Zeitung, 13./14. Oktober 1973.

[5] Rudolf Augstein, Hitler oder die Sucht nach Vernichtung der Welt, in: Der Spiegel, 17. September 1973.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zählende, analysierende und deutende Erfassung des im Mittelpunkt stehenden Individuums wird als Selbstverständlichkeit verlangt. Da jedoch das Interesse, das jenes Individuum beim Biographen wie bei den Lesern der Biographie findet, sich überwiegend aus seiner Teilnahme und seinem Anteil an überindividuellen Geschehnissen erklärt, also aus seiner historischen Relevanz, besteht zugleich die legitime Forderung nach einer adäquaten Erfassung aller zur Bestimmung der historischen Relevanz notwendigen Faktoren. Beides vereinigt sich zum eigentlichen Anspruch an den Biographen, aus der Verschränkung des individuellen Wegs mit der allgemeinen Entwicklung die historische Figur entstehen zu lassen. Angesichts der Komplexität der Umstände und Tendenzen, die das politisch handelnde Individuum formen, fördern, treiben, die umgekehrt ihm eine verändernde oder sogar prägende Einwirkung auf ihre Gruppierung und auf die Richtung wie das Tempo ihrer Entwicklung verdanken, – angesichts der Heterogenität der Kräfte, die der zentralen Gestalt günstig oder feindlich begegnen, scheint aber dem Biographen eine gleichmäßige Befriedigung sämtlicher Erwartungen in der Tat unmöglich zu sein.

Zwar gibt es genügend Beispiele, die beweisen, daß die Enttäuschung der einen oder anderen Erwartung in erträglichen Grenzen gehalten werden kann, und es gibt sogar Beispiele für eine – trotz unvermeidlicher Detailfehler und trotz möglicher Einwände gegen das Gesamtbild – nahezu vollkommene Erfüllung aller Ansprüche. Carl Burckhardt ist es in seinem „Richelieu" gelungen, mit weiten Überblicken über das politische Panorama und mit einer gleichsam geologisch arbeitenden Erschließung der tieferen politischen Formationen des damaligen Europas die ganze Fülle und die ganze Kraft der Tendenzen verständlich zu machen, die im Frankreich des 16. und 17. Jahrhunderts auf die Überwindung der feudalen Strukturen und auf die Grundlegung des modernen französischen Staates hindrängten, und es ist ihm ferner gelungen, die Gründe, die Art und die Wirkung der Verbindung Richelieus mit der großen Zeittendenz plausibel zu erklären und scharf konturiert darzustellen. Wie exakt und plastisch zeichnet Golo Mann die Kräfte- und Interessenkonstellation, die gerade eine Persönlichkeit wie Wallenstein auf den Weg zum Gipfel der Macht schob, und der zähe Morast der Verhältnisse, der Wallenstein wie jedes Macht ausübende Individuum stets festhielt, der ihn an der freien Verfolgung seiner politischen Pläne hinderte und der ihn schließlich fallen und wieder versinken ließ, dieser Morast wird so anschaulich geschildert, daß ihn der Leser förmlich greifen und riechen zu können meint.

Ein Biograph Hitlers steht aber zweifellos vor einer besonders schwierigen Aufgabe. Hitler war Führer und Repräsentant einer für Deutschland wie auch – zusammen mit den anderen spezifischen Erscheinungen des Gesamtphänomens Faschismus – für Europa neuartigen Bewegung, deren Ursprung sicherlich nicht monokausal erklärt werden kann, die in ihrem Lauf sehr unterschiedliche Zuflüsse aufnahm und die außerdem ihr Bett unter der Einwirkung vielfältiger Ereignisse ständig veränderte. Sie hatte ihre eigenen Entwicklungsgesetze, die ihr überdies vorschrieben, sich der deutschen Gesellschaft zu bemächtigen, sie zu verwandeln

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und in bestimmte Bahnen zu zwingen, was wiederum während der Realisierung notwendigerweise den anfänglichen Charakter der Bewegung verformte und ihre Entwicklungsgesetze modifizierte. Dabei war die nationalsozialistische Bewegung nicht zuletzt auch dem prägenden Einfluß der ausgefochtenen politischen Konflikte wie der gesuchten und gefundenen politischen Freundschaften ausgesetzt. Ihr Erfolg schließlich ist ohne die Entwicklung der deutschen Gesamtgesellschaft – die im übrigen ebenfalls fortwährend auf Gestalt und Wesen der Bewegung wirkte – nicht zu verstehen. Ähnlich komplex stellt sich das Regime dar, das Führer und Bewegung nach dem 30. Januar 1933 in Deutschland geschaffen haben; hier fordern auch noch die mannigfachen Bereiche staatlicher Politik unmittelbare Aufmerksamkeit, in erster Linie die nationalsozialistische Außenpolitik bis zum Kriegsausbruch, natürlich mit der Reaktion der anderen Mächte in Europa und Übersee, dann die politische und militärische Aktivität des Regimes im Kriege selbst. Der Biograph, der ja Hitler in seiner historischen Relevanz und als historische Figur weder zu beschreiben noch zu deuten vermag, ohne zugleich die nationalsozialistische Bewegung in ihrer Epoche zu beschreiben und zu deuten, sieht sich mithin vor dem Problem, die Ergebnisse einer wahrlich einschüchternden Zahl spezieller Forschungen aus den verschiedensten Wissenschaftsbereichen kennenlernen, verarbeiten und an der rechten Stelle seines Buches für die Darstellung nutzbar machen zu müssen. Er kommt nicht ohne Beachtung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturfragen aus, nicht ohne eingehende Beschäftigung mit den großen gesellschafts- und verfassungspolitischen Auseinandersetzungen, die in neuerer Zeit die Geschichte Deutschlands und Europas maßgeblich bestimmt haben, er braucht Kenntnisse auf so weit voneinander entfernten Gebieten wie Philosophie, Kunst, Literatur, Außenpolitik, Kriegführung und Wirtschaftsgeschichte. Die Massen der Quellen und die Reihen der Sekundärliteratur sind aber schon für die jeweiligen Spezialgebiete so gewaltig, daß die vollständige und souveräne Beherrschung der Gesamtmasse einem einzelnen Autor nicht mehr recht zugemutet werden kann, zumal er es ja bereits mit einem stattlichen Material zur Person Hitlers zu tun hat.

Auf der anderen Seite muß gerade im Falle Hitlers eine wenigstens annähernde Bewältigung dieses Problems als besonders notwendig gelten. Wer sich mit Hitler befaßt, stellt bald fest, daß die Person nicht allein abstoßend, sondern auch wenig interessant ist und in fast jeder Hinsicht nur geringes Format zeigt. Der Schluß liegt nahe, daß mindestens für den Aufstieg Hitlers Umstände und Verhältnisse ungewöhnlich wichtig waren, und daraus folgt wohl der zweite Schluß, daß ein Biograph Hitlers seine Aufmerksamkeit jedenfalls in gleichem Maße auf die Epoche wie auf Hitler selbst richten sollte. So unvermeidlich Detailfehler sind, so unvermeidlich es ist, daß etliche Ereignisfelder weniger tief beackert werden – ohne den Versuch, die bestimmenden Faktoren wie die hauptsächlichen Entwicklungslinien der Epoche zu erkennen und als Basis wie als permanentes Gestaltungselement der Darstellung zu benutzen, ist auch und erst recht eine sogenannte konventionelle Biographie Hitlers zum Scheitern verurteilt. Die Schwierigkeit der

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufgabe nimmt ihr nicht die Unabweisbarkeit. Was Joachim Fests Hitler-Biographie angeht, so hängt aber die Zwiespältigkeit der Eindrücke und des Urteils wohl gerade mit der Frage zusammen, ob er diese Aufgabe in vollem Umfange akzeptiert hat.

Die Sprache ist, zumindest bei ihren Meistern, zu denen Fest seit langen Jahren gezählt werden darf, ein verräterisches Mittel. In Fests Buch gibt es Kapitel, in denen die Sprache zur Quelle genießerischer Freude wird: glänzend geschriebene Passagen bieten geistvolle Formulierungen, plausible Definitionen und Klarheit schaffende Analysen. Fast stets handelt es sich um Kapitel, in denen Fest sich auf Hitler konzentriert und die Persönlichkeit Hitlers zu fassen sucht. Hier ruht die Darstellung auf einer ebenso sicheren wie gescheiten Quellenbehandlung, auf einer profunden Kenntnis der relevanten Literatur und auf einer solchermaßen fundierten Herrschaft über alle Details. Gerade diese Herrschaft verhindert, obgleich dem Leser wohl erstmals fast sämtliche gesicherten Einzelheiten zur Person Hitlers vorgestellt werden, das Anrühren eines Detailsalats, der es dem Autor, etwa nach der Art der Bücher Werner Masers, verwehren würde, die unterschiedliche Bedeutung der Einzelheiten wahrzunehmen und zur Ordnung wie zur Analyse der Fakten vorzudringen. Da Fest außerdem großes Einfühlungsvermögen und eine souveräne Handhabung des Instrumentariums der Psychologie beweist, übertrifft er mit seiner Schilderung der äußeren wie mit seiner Deutung der psychischen und geistigen Entwicklung Hitlers sämtliche bisherigen biographischen Versuche. Das gilt vornehmlich für die frühen Jahre Hitlers, bei denen es sein Biograph überwiegend mit Person, Familie und jenen allgemeinen Einflüssen zu tun hat, die sich noch ohne weiteres in die Geschichte des Individuums integrieren lassen; so wird z.B. der Einfluß Richard Wagners auf die politischen Grundkategorien des jungen Hitler nicht allein geistreich, sondern vor allem überzeugend analysiert. Aber auch für die späteren Jahre gelingen Fest, wenn er sich auf den unmittelbaren Umkreis Hitlers beschränken kann, hervorragende Partien: So ist die Darstellung der zweimaligen Unterwerfung der NS-Bewegung durch Hitler, vor 1923 und wieder nach der Entlassung aus Landsberg, ein historiographisches Kabinettstück.

Jedoch finden sich auch immer wieder Abschnitte, in denen eine Beschreibungs- und Definitionssucht triumphiert, die zur Charakterisierung eines einzelnen Vorgangs oder Sachverhalts solche Wortfluten über die Seiten schießen läßt, daß der rote Darstellungsfaden weggeschwemmt und selbst die Bestimmung der Details konturenlos wird. Statt eine präzise Aussage und eine übersichtliche Schilderung zu erhalten, muß sich der Leser mit dem Gegenteil von Präzision und Übersichtlichkeit auseinandersetzen. Bezeichnenderweise ist das stets nur in Kapiteln der Fall, in denen Dinge behandelt werden, die nicht mehr allein zur Geschichte der Person Hitlers gehören. Der Verdacht stellt sich ein, daß hier Unsicherheit im Spiele ist.

In diesen Wortfluten tauchen außerdem häufig Begriffe auf, die irritieren, weil sie ihrem Gegenstand unangemessen sind. So bezeichnet Fest z.B. Hitlers Flotten-

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

abkommen mit England als „Bündnis" (S. 679), obwohl der Vertrag das gerade nicht war und obwohl der Außenpolitiker Hitler auch daran scheiterte, daß er eine Allianz mit Großbritannien eben nicht erreichte. Fest spricht von einem „Primat der Innenpolitik" (S. 239), weil der Führer der NSDAP dem Weimarer Staat, etwa als 1923 der passive Widerstand gegen die französische Ruhrbesetzung proklamiert wurde, selbst eine im nationalen Interesse geforderte zeitweilige Loyalität verweigerte und weil später der Reichskanzler Hitler erst nach einer ausreichenden Aufrüstung zu expansionistischer Außenpolitik übergehen wollte. Aber Priorität ist etwas anderes als Primat. Daß Hitler zwischen 1924 und 1933 den gewaltsamen Staatsstreich als Mittel der Machteroberung ablehnte, verleitet Fest zu dem Satz, Hitler sei nach der „Klärung seines Verhältnisses zur Staatsmacht" – womit lediglich ein methodisch verbessertes und geduldigeres Werben um konservative Gruppen der deutschen Gesellschaft gemeint ist – zu einem „Mann der strikten Ordnung" geworden (S. 279f.). Das ist eine seltsame Bezeichnung für den Chef einer terroristischen Straßenkampfarmee; nicht weniger seltsam ist freilich Fests einleitender Kommentar zur Schilderung der Liquidierung politischer Freiheit und der Unterdrückung aller liberalen, demokratischen und sozialistischen Kräfte im nationalsozialistischen Deutschland: das neue Regime habe nach „strengen Ordnungsvorstellungen" gehandelt (S. 598). Den Begriff „modern" gebraucht Fest besonders gern und besonders sorglos. So heißt es etwa, Hitlers Erfolg zwischen 1930 und 1933 müsse auch damit erklärt werden, daß er, mit Veränderungswillen und Zielvorstellungen begabt, „moderner" gewesen sei als das „politische Personal der Weimarer Zeit" (S. 1036), und unter dem weniger modernen Personal werden neben Papen und Hugenberg auch Führer der Linksparteien benannt. Nun war aber Hitler, politisch gesehen, nicht moderner als etwa Breitscheid, sondern stärker, und seine Überlegenheit beruhte gerade auf seiner geringeren Modernität, die dem politischen Entwicklungsstand ausschlaggebender Schichten der deutschen Gesellschaft besser entsprach. Ähnlich verhält es sich, wenn Fest die pseudo-legale Form der nationalsozialistischen Machtübernahme und Machtbefestigung zum Anlaß nimmt, Hitler als den Entdecker und Vollstrecker eines absolut gültigen Gesetzes moderner Geschichte vorzustellen: Hitler habe erkannt, daß in unserem Jahrhundert „Revolutionen in insurrektioneller Gestalt" aussichtslos seien, und mit seiner Machteroberung die „Revolution auf ihren modernen Begriff gebracht" (S. 656). Angesichts der gelungenen „insurrektionellen" Revolutionen und Konterrevolutionen, die allein Europa während der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts erlebt hat, man braucht nur an Lenin und Franco zu denken, könnte indes allenfalls die These aufgestellt werden, Hitler habe die Revolution auf ihren – damaligen – deutschen Begriff gebracht.

Derartige Mißgriffe wirken einige Zeit noch als Nebenprodukte eines gelegentlich etwas unbedacht formulierenden publizistischen Temperaments, die zu kritisieren pure Beckmesserei wäre. Bald machen sie aber den Eindruck durchaus erwähnenswerter Indizien, die ebenfalls darauf hindeuten, daß das Buch eine ernste Grundschwäche aufweist, nämlich in der Tat eine erstaunliche Unsicherheit

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Urteils über alle Zusammenhänge, Faktoren und Personen, die nicht in den engeren Existenz- und Aktionsraum Hitlers gehören. Der Eindruck verstärkt sich, wenn neben den Begriffen, die verharmlosen oder zu hoch greifen, Irrtümer und verzerrende Wiedergaben von Fakten begegnen, die überraschen und nicht mehr zur Kategorie der läßlichen Detailsünden gezählt werden können. Um nur einige Beispiele aus Fests Darstellung der außenpolitischen Entwicklung nach dem 30. Januar 1933 zu nennen, die gerade wegen ihrer Banalität – gewichtigere folgen in einem anderen Zusammenhang – aufschlußreich sind: Die Schilderung jener Vorgänge auf der Genfer Abrüstungskonferenz, die Hitler im Herbst 1933 zum Verlassen der Konferenz und zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund benützte, erweckt den Anschein, als habe nicht allein Frankreich, sondern die Gesamtheit der Konferenzteilnehmer Deutschland den Widerruf der 1932 prinzipiell bereits zugestandenen militärischen Gleichberechtigung aufzwingen wollen (S. 601); doch hat es sich bei dem entsprechenden französischen Plan in Wirklichkeit lediglich um einen plumpen Versuch gehandelt, den ein verständigungsbereites Deutschland auf der Konferenz mühelos hätte abwehren können, zumal Frankreich nach der in London und Washington erwarteten deutschen Ablehnung des französischen Plans bald wieder ohne die zunächst widerwillig gewährte britische und amerikanische Unterstützung gewesen wäre. Wenig später (S. 607f.) behauptet Fest andererseits, Hitlers Nichtangriffspakt mit Polen vom Januar 1934 habe den Völkerbund diskreditiert und dem System der kollektiven Friedenssicherung irreparablen Schaden zugefügt, doch war der Völkerbund im Januar 1934 durch seine Tolerierung der japanischen Expansion in der Mandschurei und durch die Austritte Japans wie Deutschlands bereits so diskreditiert und in seinem Bestand erschüttert, daß der deutsch-polnische Vertrag selbst dann bedeutungslos gewesen wäre, wenn er – was überdies gar nicht der Fall war – der Völkerbundssatzung tatsächlich widersprochen hätte; der Pakt traf gewiß das französische Bündnissystem, aber dieses System hatte wiederum, entgegen der Annahme Fests, nichts mit kollektiver Friedenssicherung im damaligen Sinne des Begriffs zu tun. Fest bescheinigt Hitler, mit der erfolgreichen Saarabstimmung ein Unrecht von Versailles beseitigt zu haben (S. 669), ohne zu berücksichtigen, daß die Abstimmung ja gerade im Vollzug einer Bestimmung des Versailler Vertrags stattfand, daß es Hitler also nicht verschmähte, auch einmal von der Erfüllung des „Schanddiktats" zu profitieren. Einigen unglücklichen Sätzen des Buches könnten wenig informierte Leser entnehmen, der nationalsozialistisch regierte Freistaat Danzig sei in den dreißiger Jahren polnisch gewesen (S. 789: „auf Dauer war die Stadt von Polen kaum zu halten"). An anderer Stelle (S. 676) konstruiert Fest einen unmittelbaren und entscheidenden Zusammenhang zwischen dem deutsch-britischen Flottenvertrag und Mussolinis Überfall auf Äthiopien, obwohl die militärischen Vorbereitungen Italiens fast abgeschlossen und die diplomatischen Absprachen mit Frankreich längst getroffen waren, als das Flottenabkommen Europa überraschte und Mussolini eher störte, der für sein Abenteuer eine gewisse Spannung zwischen Deutschland und beiden Westmächten brauchte.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Eindruck, Fests Buch leide an einer tiefen Unsicherheit des Urteils über die Epoche, wird schließlich bestätigt, wenn sich Widersprüche zeigen, die nicht mehr mit der Widersprüchlichkeit der Realität zu erklären sind. Daß die Zeit des Anfangs der politischen Laufbahn Hitlers im Zeichen des Liberalismus stand, daß damals „Demokratie und Parteienstaat, Gewerkschaften, internationale Arbeitersolidarität, das europäische Bündnissystem und der Völkerbund" „Dauer und Unangefochtenheit" beanspruchten, wie Fest sagt (S. 18f.), trifft erstens für Deutschland nicht zu und kontrastiert zweitens mit Fests eigener These, der liberale Gedanke habe kaum Anwälte gehabt (S. 151). Die NSDAP charakterisiert Fest einmal als eine Bewegung, die alle Klassenschranken gesprengt und Grenzen überschritten habe, an denen bis dahin jede Partei gescheitert sei, ein anderes Mal als eine Partei, die bis 1933 im wesentlichen nur bestimmte bäuerliche und bürgerliche Schichten erreicht habe (S. 381ff.). Fest löst dem Leser diesen Widerspruch nicht auf und verzichtet auf die Gelegenheit, den Gegensatz zwischen einem nicht ganz erfolglosen propagandistischen Anspruch und der Wirklichkeit für die Frage nach der tatsächlichen politischen Funktion und Stoßrichtung des Nationalsozialismus zu nutzen. Das rasche Anwachsen der NSDAP nach 1929 erklärt Fest einerseits vornehmlich mit unpolitischen Elementen des Faschismus, der eigentlich eine kulturrevolutionäre Bewegung gewesen sei und ein entsprechendes Epochengefühl namentlich des unpolitischen deutschen Bürgertums artikuliert habe (S. 148f., 522ff.), an anderer Stelle aber fast ausschließlich mit einer doch ausgesprochen politischen Hoffnung des deutschen Bürgertums, der Nationalsozialismus werde die verharschten obrigkeitsstaatlichen Strukturen in Deutschland aufbrechen und die 1918 gescheiterte Revolution nachholen (S. 656). So wechseln sich denn auch fortwährend zwei grundverschiedene Interpretationen Hitlers ab: in manchen Kapiteln erscheint Hitler als Mann der Epoche, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, andere Kapitel präsentieren ihn als Mann gegen die Epoche, nicht nur im übrigen Europa, sondern auch in Deutschland.

Daß Fest solche Unsicherheiten und Widersprüche nicht zu bemerken scheint oder jedenfalls nicht als störend empfindet, kann im Grunde nur daran liegen, daß er die Zusammenhänge, Faktoren und Personen außerhalb des engeren Existenz- und Aktionsraums Hitlers als unwichtig betrachtet und aus Mangel an Interesse vernachlässigt oder wie Banalitäten behandelt hat. Es ist überaus bezeichnend, daß er sein Buch zwar mit einer allgemeinen Betrachtung eröffnet, darin aber weder die Verhältnisse in Deutschland und Europa vor dem Ersten Weltkrieg, während des Krieges und zu Beginn der Nachkriegszeit analysierend beschreibt noch Überlegungen zum Einfluß des bedeutenden Individuums auf die Entwicklung einer Gesellschaft anstellt, sondern über die irrelevante, nur nach ungewöhnlich subjektiven Maßstäben beantwortbare und ganz auf Hitler zugespitzte Frage meditiert, ob dem Führer der NSDAP historische Größe zuzubilligen sei; eben so bezeichnend ist, daß er selbst auf diese Frage, die er nur scheinbar dem Urteil des Lesers überläßt, im Laufe seiner Darstellung sowohl mit „ja" wie mit „nein" antwortet. Die Hauptstränge der politischen Entwicklung im wilhelminischen

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland, in der Weimarer Republik und sogar – was die inneren Zustände nach 1934 angeht – im Dritten Reich werden indes weder in zusammenfassenden Übersichten und Interpretationen noch in kleineren Einblenden freigelegt und daher auch nicht mit der Biographie Hitlers verbunden. Die eingeschobenen „Zwischenbetrachtungen" helfen dem Mangel nicht ab, da sie oft nur willkürlich ausgewählte und nicht immer sonderlich relevante Teilaspekte des historischen Prozesses behandeln, so die „Ästhetisierung der Politik", die Fest mit Walter Benjamin im Faschismus erkennen zu dürfen glaubt, oder die „nie verwundene Greuelerfahrung des Dreißigjährigen Krieges" (S. 519ff.), die Fest – in scharfem Gegensatz zu seiner Behauptung von der Revolutionshoffnung des deutschen Bürgertums – anscheinend deshalb für wichtig hält, weil er Religions- und sonstige Bürgerkriege, erst recht bei Einmischung fremder Mächte, als spezifisch deutsche Erfahrung ansieht.

Die Subjektivität und die Verengung der Konzeption führen aber unweigerlich dazu, daß Fest der einen eingangs skizzierten Forderung an die politische Biographie, der Forderung nach angemessener Erfassung aller zur Bestimmung der historischen Relevanz notwendigen Faktoren, bestenfalls mit flüchtigen Pflichtübungen genügt; gelegentlich geht er an ihr achtlos vorüber. Die Art der politischen Konstellationen, die dem Nationalsozialismus und seinem Führer eine Chance in Deutschland gaben, dann die Natur und die Stärke der politischen Bewegungen und Kräfte, die aus der Chance die reale Möglichkeit des Sieges machten, und schließlich die Interessengruppen, die Hitler die Tür zur Macht endgültig öffneten, läßt Fest in einem Zwielicht, in dem alle Konturen verschwimmen. Ein klassisches Beispiel ist Fests Schilderung der Vorgeschichte des 30. Januar 1933. Wohl wird das Intrigenspiel in der Umgebung Hindenburgs, das der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler unmittelbar voranging, spannend erzählt, doch bleibt, neben der Frage, welche Interessen denn der Reichspräsident und seine Freunde repräsentierten, völlig dunkel, wie eine Situation entstehen konnte, in der allein die Umgebung Hindenburgs darüber entschied, ob der Führer der NSDAP Reichskanzler werden solle. Die ersten Jahre der Präsidialkabinette werden mit allzu flüchtigen und obendrein falschen oder allenfalls halbrichtigen Bemerkungen abgefertigt: zu Beginn der Wirtschaftskrise seien die Parteien aus der Verantwortung geflohen und Brüning habe sich endlich, obwohl er den deutschen Parlamentarismus doch auf den britischen Stand bringen wollte, genötigt gesehen, halbdiktatorisch zu regieren, weil die „Wege normaler parlamentarischer Mehrheitsbildung blockiert" gewesen seien; freilich habe auch Brünings „Politik der strengsten Sparsamkeit" weder die Absatzkrise beseitigt noch das Heer der Arbeitslosen verringert, und da dem Kanzler zudem Erfolge in der Reparations- und Abrüstungsfrage versagt geblieben seien, habe die Verschärfung der Krise einen allgemeinen Überdruß am Parteienstaat bewirkt; angesichts der „wachsenden Ermüdung der Demokratie" seien jetzt – 1931/32 – in der Umgebung Hindenburgs autoritär-restaurative Verfassungskonzepte „erörtert" worden, und die Überlegung, „daß endlich nach rechts regiert" werden müsse, habe dann Hindenburg zur Entlassung Brünings und über

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Papen und Schleicher bis zur Ernennung Hitlers geführt (S. 380ff.). Das große restaurative Experiment, mit dem, seit der Berufung Brünings zum Reichskanzler, konservative Gruppen in Industrie, Großlandwirtschaft, Armee und Bürokratie Deutschland sowohl in die sozial-, gesellschafts- und verfassungspolitischen Zustände wie auch in die außenpolitische Lage des Kaiserreichs zurückzwingen wollten, ein Experiment, dem die Wirtschaftskrise zwar als auslösendes Moment diente, das im Motiv aber von ihr unabhängig war und bei einem milderen Frieden, größerer außenpolitischer Bewegungsfreiheit und geringerer Kapitalabhängigkeit vom westlichen Ausland vermutlich schon früher gewagt worden wäre, ein Experiment, das dann allerdings gerade unter Brüning die Krise bewußt benutzte und verschärfte und damit Hitlers Massenanhang ständig wachsen ließ, ein Experiment, das wiederum gerade unter Brüning den Reichstag bewußt ausschaltete und die Entscheidung über die Regierungsbildung sehenden Auges zum Reichspräsidenten und seiner Umgebung verschob, ein Experiment also, das Hitler die Möglichkeit verschaffte und bestimmte konservative Gruppen in die Zwangslage versetzte, eine faschistisch-konservative Allianz einzugehen, das außerdem unmittelbar für eine Verfassungswirklichkeit verantwortlich zeichnete, die den Partnern jener Allianz eine ungestörte Übernahme der Regierungsgewalt erlaubte – dieses Experiment kommt in Fests Buch nicht vor. Statt aus den Konflikten der Weimarer Gesellschaft und schließlich aus der Zerstörung des Weimarer Staates den Triumph Hitlers zu erklären, konzentriert sich Fest darauf, den triumphierenden Hitler zu beschreiben.

So wird die eigentliche Aufgabe einer Hitler-Biographie unlösbar: die Erfassung der historischen Figur. Die Gründe für Hitlers Erfolg bleiben undeutlich, genaue Fragen nach seiner Funktion im Rahmen der deutschen Gesellschaft können nicht gestellt werden, eine befriedigende Analyse seiner Wirkung auf die deutsche politische Entwicklung wird ebenso unmöglich wie seine Einordnung in die europäische Geschichte. Golo Mann scheint Fest u.a. vorzuwerfen, daß er Hitler im Grunde bewundere. Daran ist zwar etwas Wahres; der zunehmende Erfolg und die wachsende Macht Hitlers heben ihn für den Autor in der Tat auf eine Ebene der Bedeutung, die ihm gelegentlich ein der Bewunderung ähnliches Gefühl abnötigt. Aber jemand, der die menschliche Armseligkeit, die öde Gewissenlosigkeit und die intellektuelle Dürftigkeit Hitlers so gnadenlos seziert, wie Fest das – bei aller Respektierung der Energie und des politisch-taktischen Geschicks – tut, kann kaum noch zu wirklicher Bewunderung fähig sein. Jedoch hat Fests eingeengtes Blickfeld zur Folge, daß er zu einer erheblichen Überschätzung Hitlers, seiner Wirkungsmöglichkeiten und seiner historischen Rolle verführt wird. Weil Fest das wilhelminische Deutschland, die Weimarer Republik und selbst das Dritte Reich nicht einer gleich eingehenden Betrachtung würdigt wie etwa den Tag von Potsdam, einen gewiß eindrucksvollen Propagandacoup des Regimes, rückt Hitler nicht nur in den Mittelpunkt der Darstellung, was bei einer Biographie natürlich und legitim ist, sondern in den Mittelpunkt der Welt und wird zum freien Herrn über sein Schicksal. Die politische Landschaft schrumpft zur sparsamsten Andeutung eines Bühnen-

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bilds, vor dem der große Star des Säkulums, dem irgendwelche Statisten ab und zu Stichworte geben dürfen, seinen selbstbewirkten Aufstieg und seinen selbstbewirkten Untergang agiert. Da verdankt Hitler die Eroberung der Macht einem „untrüglichen Tempobewußtsein" (S. 788), da erringt er seine außenpolitischen Erfolge auf Grund seiner „außergewöhnlichen Kraft und Überlegenheit" (S. 697), da schlittert er in den Krieg, weil ihm das Tempobewußtsein abhanden kommt, da scheitert die Sicherung der 1940 trotzdem noch erreichten Herrschaft über Europa vor allem an „Hitlers unterdessen angenommener Geringschätzung politischen Handelns" (S. 873, 899). Die Konflikte zwischen Klassen, Ideen, Nationen und Staaten, von der Persönlichkeit ihrer Repräsentanten gewiß mitbestimmt, in Verlauf und Ausgang aber mehr noch vom beschleunigenden Druck oder von der bremsenden Wirkung komplexer Interessenkonstellationen und natürlich von den verfügbaren Mitteln abhängend, werden bei Fest allzu häufig personalisiert und gleichsam als Degengefechte gezeigt, in denen der Held die Oberhand behält, solange er sich seiner ganzen Kunst bedient, in denen er unterliegt, als er von einem Teil seiner Fertigkeiten plötzlich keinen Gebrauch mehr macht.

Fest würde aber den Hinweis wohl nicht akzeptieren, daß z. B. das von Hitler nach dem militärischen Sieg in Frankreich verfolgte Projekt eines Kontinentalblocks nicht etwa an Hitlers Verzicht auf Politik, vielmehr an den von Hitlers Erfolgen geschaffenen Verhältnissen und an den widerstrebenden Interessen der potentiellen Partner gescheitert ist. Sagt er doch ausdrücklich, daß Hitler – also ein Politiker, der ohne den Appell auch an die Interessen großer Bevölkerungsschichten keine Massen mobilisiert hätte, der ohne die sorgsame Anpassung seiner Bewegung an die Interessen konservativer Gruppen wohl kaum Reichskanzler geworden wäre, der nicht zuletzt durch seinen Mangel an Verständnis für die Interessen anderer Staaten in einen aussichtslosen Krieg gegen eine übermächtige Koalition verwickelt wurde – daß Hitler vielleicht der letzte Politiker gewesen sei, „der das Gewicht der Verhältnisse und Interessen ... weitgehend ignorieren konnte" (S. 23). In der Tat führt die Verzerrung der Maßstäbe, die von der Hitler-Zentrik der Konzeption erzwungen wird, gelegentlich zu Übersteigerungen, die in die Nähe der Absurdität geraten. Niemand habe, schreibt Fest, soviel Heilserwartung geweckt wie Hitler, niemand soviel Haß, kein anderer dem Zeitlauf so unglaubliche Beschleunigungen gegeben und den Weltzustand so verändert (S. 17). Fest bezieht das tatsächlich auf die ganze „bekannte Geschichte", doch selbst dem nur auf unser Jahrhundert gerichteten Blick hätten Gestalten wie Wilson, Roosevelt und Kennedy, Lenin, Stalin und Mao auffallen müssen, die nicht weniger Heilserwartung und Haß weckten, die vor allem aber auf den Weltzustand stärker und tiefer einwirkten. Hitler habe, meint Fest, die über Kriege hinweg verfestigte Landkarte Europas verändert, Reiche zerstört und das Kolonialzeitalter beendet (S. 1029). Der von Hitler faszinierte Biograph nimmt nicht mehr wahr, daß die europäischen Kriege der 150 Jahre vor Hitler die Grenzen auf dem Kontinent wesentlich stärker verändert haben als der Zweite Weltkrieg, daß Hitler kein

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reich außer dem deutschen zerstörte und daß Hitlers Krieg das Ende des Kolonialismus allenfalls beschleunigt hat.

Bedauerlicher ist jedoch, daß es die Fixierung auf Hitler Fest auch unmöglich macht, die engeren Fragen zu beantworten, die heute an den Hitler-Biographen zu stellen sind. Die Entwicklungsgesetze faschistischer Bewegungen werden kaum erörtert, die Strukturen und Mechanismen eines faschistischen Regimes bleiben nahezu ausgeklammert, und eben deshalb kann das wichtige Problem der Rolle des Führers – nicht einfach Hitlers – in Bewegung und Regime nur gestreift werden. Das hängt freilich auch damit zusammen, daß sich Fest nicht genügend Rechenschaft über die Herkunft und die Funktion der historischen Erscheinung „Faschismus" gibt. Er bietet gewiß eine immer wieder eindrucksvolle Beschreibung der faschistischen Emotionskomplexe und handelt ausführlich von der Angst nicht ganz exakt bestimmter Bevölkerungsschichten vor der sozialistischen Revolution und vor der Moderne schlechthin. Doch macht er sich nicht klar, daß die beiden Ängste, die in der Tat große Bedeutung hatten, als Nährboden faschistischer Bewegungen und gar als Ursachen der Machteroberung einer faschistischen Bewegung nur regionale Phänomene in Europa waren; gerade in den gesellschaftspolitisch modernsten Staaten zeigten sie sich am schwächsten. Sie müssen also an bestimmte Zustände gebunden und mithin selbst schon Sekundärphänomene gewesen sein. Fest bringt sich hier um genauere Fragen, indem er den Faschismus unbesehen als gesamteuropäische Erscheinung nimmt und auf einen erhellenden Vergleich Englands und Skandinaviens mit Mittel- und Südeuropa verzichtet. Was die Funktion und die Wirkung des faschistischen Regimes in Deutschland angeht, so ist die These Fests, in Deutschland habe der Faschismus – wiewohl vor allem mit konterrevolutionären und antimodernistischen Parolen an die Macht gekommen – revolutionierende und modernisierende Arbeit geleistet, keineswegs falsch; er kann sich dabei auf die Ergebnisse einer bahnbrechenden Forschungsrichtung stützen, die durch Namen wie Ralf Dahrendorf, David Schoenbaum und Martin Broszat bezeichnet wird. Doch abgesehen davon, daß er den modernisierenden Effekt faschistischer und speziell nationalsozialistischer Herrschaft in einer Weise übertreibt, die der These die Vertretbarkeit wieder nimmt, schreibt er zuviel an Veränderung einem bewußten Willen zur Revolutionierung zu; die sozusagen beiläufige Wirkung von Ereignissen und Entwicklungen, die Folgen einer gar nicht auf Veränderung gerichteten Politik waren, wird unterschätzt. In dem verzeichneten Bild von der nationalsozialistischen Entwicklungsdiktatur bleibt vollends unsichtbar, daß das NS-Regime, obwohl es einen Prozeß auslöste, den man vielleicht vorsichtiger als schleichende Revolutionierung kennzeichnen sollte, im Hinblick auf Wirtschafts- und Sozialordnung vor allem auch stabilisierend und in mancher Hinsicht sogar retardierend wirkte.

Einige Gründe für solche Schwächen werden in dem Buche selbst evident. Fest sieht politische Geschichte als individual- und massenpsychologischen Wirkungszusammenhang und als Abfolge theatralischer Auftritte, beides allein gesteuert von Impulsen, die sich aus der Entwicklung von Ideen ergeben. Für Wirtschafts-

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geschichte bringt er kein Interesse auf. Wo er nicht umhin kann, sich wenigstens mit den großen wirtschaftlichen Katastrophen unseres Jahrhunderts, der Inflation, der Weltwirtschaftskrise oder dem Bankenkrach in Deutschland, zu beschäftigen, da ist seine Erzählung mit Klischees bestückt, die noch aus der beschriebenen Zeit stammen und damals von sehr interessierter Seite lanciert wurden. So macht er für die Inflation vornehmlich die Reparationen und sonstige Nachkriegsbelastungen verantwortlich, ferner den „Eindruck", den die französische Ruhrbesetzung hervorgerufen habe (S. 233f.), während die Haushalts- und Finanzpolitik der deutschen Kabinette von 1914 bis 1923 ebenso außer Betracht bleibt wie die Kreditpolitik der Reichsbank oder die brutale Interessenpolitik großer Unternehmer. Die Wirtschaftskrise in Deutschland wird im wesentlichen schlicht als Folge des amerikanischen Börsenkrachs vom Oktober 1929 erklärt, der „augenblicklich" zum Abzug der in Deutschland investierten amerikanischen Gelder geführt habe (S. 377). Nun ist aber die Version vom „augenblicklichen" Abzug einfach eine Legende; der erste größere Abfluß ausländischen Kapitals war die Folge des nationalsozialistischen Erfolgs bei den Septemberwahlen 1930, der zweite Abfluß die Folge der Brüningschen Reparationspolitik. Vor allem ist jedoch bei Fest keine Rede von den einheimischen Ursachen der Krise: den Konzentrations- und Rationalisierungsprozessen in der deutschen Industrie bei stagnierenden und zum Teil sogar schrumpfenden Märkten, dem Rückgang der privaten und öffentlichen Investitionen, den strukturellen Schwächen der deutschen Landwirtschaft usw. Den Bankenkrach vom Sommer 1931 stellt Fest als unmittelbares Resultat der Finanzmanöver hin, mit denen das hysterische Frankreich auf das vom Kabinett Brüning doch ganz unpolitisch gemeinte und nur zur Förderung der europäischen Wohlfahrt erfundene Projekt einer Zollunion mit Österreich geantwortet habe (S. 413). Es ist nicht zu bestreiten, daß Frankreich damals auf Österreich finanziellen Druck ausübte, im Mai 1931 den Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt mitverursachte und das europäische Bankensystem gefährdete; trotzdem hatte die im Juli 1931 eingetretene Zahlungsunfähigkeit der „Danat" nur wenig mit den französischen Machenschaften zu tun, sehr viel aber mit der Kreditpolitik dieser Großbank, die beim Bankrott der Norddeutschen Wollkämmerei in Bremen mehr als ihr Eigenkapital verloren hatte.

Gesellschafts- und Verfassungspolitik finden nicht mehr Aufmerksamkeit. Es ist charakteristisch, daß Fest, nachdem er die gesellschafts- und verfassungspolitischen Zustände des Kaiserreichs mit der Bemerkung erledigt hat, die „illiberalen Einsprengsel" und die „feudalen Strukturen" seien für die politische Rückständigkeit Deutschlands ohne größere Bedeutung gewesen, sich offensichtlich aufatmend der liebevollen Beschäftigung mit der romantischen Vorstellungswelt des deutschen Bürgertums zuwendet, dem „romantischen Himmel" über den rauchenden Fabrikschloten (S. 137ff.). Die Frage, ob die Romantik – als Fluchtbewegung – und vor allem die politische Steuerungskraft dieser Romantik – als Pervertierung emanzipatorischer Tendenzen – nicht doch etwas mit den anachronistischen Gesellschafts- und Verfassungsstrukturen zu tun hatten, erspart er sich. Dadurch ent-

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gehen ihm freilich auch die Vorformen faschistischer Organisation in Deutschland und die Vorformen der faschistisch-konservativen Allianz, etwa das vielfältige Interessengeflecht zwischen dem „Kartell der schaffenden Stände" (Schwerindustrie und Großgrundbesitz) und nationalistischen Massenorganisationen wie dem Flottenverein, oder die durchaus schon faschistische Elemente enthaltende Ludendorff-Diktatur während des Ersten Weltkriegs. Ein Blick auf diese Phänomene wäre aber angebracht gewesen, da er die Perspektive bei der Untersuchung der Ursprünge des deutschen Faschismus verändert und wohl auch die Bedeutung der Person Hitler für die Entwicklung des deutschen Faschismus relativiert hätte. Ebenso charakteristisch ist es, daß Fest das Problem des Verhältnisses zwischen Faschismus und Wirtschaft bzw. Wirtschaftssystem mit dem auf Henry Turners Forschungen gestützten Hinweis abtun zu können meint, Industrielle und Bankiers hätten die NSDAP erst spät und auch dann nur in relativ bescheidenem Maße zu finanzieren begonnen. Das ist zwar eine richtige und zur Korrektur kurzschlüssiger Komintern-Formeln nützliche Feststellung. Aber nach ihr setzen die Fragen zum Zusammenhang zwischen Faschismus und Wirtschafts- und Gesellschaftssystem erst eigentlich ein, und ganz unverzeihlich ist es, daß Fest mit seiner Methode verdrängt, welch großen Anteil bestimmte Wirtschaftskreise – und andere konservative Gruppen wie Armee und Kirchen – am Scheitern der Weimarer Republik und damit zumindest indirekt am Aufstieg des Nationalsozialismus hatten.

Auch leidet Fests Darstellung unter einer nationalen Blickverengung, die es ihm verwehrt, die Verhältnisse in anderen Staaten und die Interessen dieser Staaten deutlicher wahrzunehmen. Das zeigt sich nicht allein daran, daß er den Faschismus mit allen seinen Erscheinungen – vom Antisemitismus bis zur Kriegsverherrlichung – als ein in nahezu gleichmäßiger Stärke auftretendes gesamteuropäisches Phänomen behandelt, sondern vor allem auch in wunderlichen Urteilen selbst über solche außenpolitischen Vorgänge, die eine bedeutende Rolle im Leben Hitlers gespielt haben. Hitlers außenpolitische Erfolge von 1933 bis 1938 beruhten wesentlich auf der britischen Appeasement-Politik. Daß aber britische Kabinette diese Politik verfolgten, erklärt Fest – wenn man von der persönlichen Überlegenheit Hitlers einmal absieht – ausschließlich mit der antikommunistischen Kumpanei, die Hitler mit den „Appeasern" verbunden habe. Baldwin und Chamberlain werden als die „Hugenberge" der internationalen Szenerie bezeichnet, die Hitler als europäischen Markgrafen gegen den Bolschewismus gesehen und deshalb toleriert hätten (S. 665). Der Vergleich mit deutschen Konservativen ist sicherlich eine hübsche Kunstfigur, die einen Aspekt der Wirklichkeit auch durchaus trifft. Jedoch haben sich schon die antisozialistischen Ängste britischer Konservativer in anderer Gestalt in die Motive der Appeasement-Politik eingereiht, als von Fest angenommen wird: Sie verstärkten die Furcht vor einem Krieg, der vermutlich gesellschaftspolitische Umwälzungen bringen würde, und sie nährten ein Mißtrauen gegen die Sowjetunion, das eine rechtzeitige Kooperation mit Moskau und damit den rechtzeitigen Aufbau eines wirksamen diplomatischen Containment-Blocks gegen Deutschland verhinderte. Die wichtigeren Motive der Londoner Politik tauchen

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aber bei Fest überhaupt nicht auf: Die Abneigung einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gegen einen neuen europäischen Krieg, eine Abneigung, die in der britischen Gesellschaft voll durchschlagen konnte und die Regierung selbst dann auf einen Ausgleichskurs gezwungen hätte, wenn ihr Chef nicht ohnehin zu einem Frieden um fast jeden Preis entschlossen gewesen wäre; der wachsende und angesichts des amerikanischen Isolationismus besonders stark empfundene japanische Druck auf die britische Position in Fernost; der mit der Furcht vor Japan zusammenhängende Widerspruch der Dominien gegen ein britisches Engagement auf dem europäischen Kontinent; die militärische Schwäche Großbritanniens; die zunehmende Stärke nicht Hitlers, sondern Deutschlands, die in Verbindung mit den bisher genannten Faktoren gesehen wurde; das traditionelle Desinteresse Londons am Grenzverlauf zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn; last not least die wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens, die ein beruhigtes und stabiles Europa erforderten. Am Ende gerät Fests Schilderung ganz neben die Realität, wenn er behauptet, England sei 1939 nicht trotz, sondern wegen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts in den Krieg gegen Deutschland eingetreten, weil Hitler mit dem Pakt seine Markgrafenrolle aufgegeben habe (S. 814). In Wahrheit hat der Vertrag die Haltung Englands – das ja selbst gerade mit Moskau ein Bündnis aushandeln und daher in Warschau die polnische Zustimmung zum Durchmarschrecht für sowjetische Truppen erreichen wollte – überhaupt nicht beeinflußt, er hätte, da er die militärische Ausgangslage für die Westmächte wesentlich verschlechterte, allenfalls vom Kriegseintritt abhalten können.

Es fällt auf, daß viele der bislang kritisierten Elemente des Buches einen unverkennbar probürgerlichen und damit einen im Hinblick auf das Verhältnis Bürgertum–Hitler/Nationalsozialismus unverkennbar apologetischen Effekt haben. In der Tat schränkt Fest sein Blickfeld nicht zuletzt dadurch ein, daß er eine nur noch als bürgerliches Klassenbewußtsein zu charakterisierende Erkenntnisbasis benutzt, von der aus zahlreiche Probleme nicht zu sehen sind. So zeichnet er das kaiserliche Deutschland als einen Staat, der „korrekt und sparsam verwaltet" worden sei, der ein „beträchtliches Maß an innerer Freiheit" genossen, „Verwaltungsgerechtigkeit" gekannt und sich „sozialer Sicherheit" erfreut habe (S. 137). Der verklärenden Erinnerung privilegierter Schichten hat sich das Kaiserreich tatsächlich so dargestellt, und der wahre Kern, der in solchen Erinnerungsbildern steckt, soll gar nicht bestritten werden. Indes ist diese Idylle denn doch eine grobe Verzeichnung der damaligen politischen und sozialen Realität, und zwar eine Verzeichnung, die jeden Zugang zu den Wurzeln des deutschen Faschismus verbirgt. Es liegt in der Konsequenz des Festschen Klassenbewußtseins, daß auch in den Kapiteln über die Zeit nach 1918 die liberaldemokratischen und sozialistischen Kräfte der deutschen Gesellschaft nie konkret in Erscheinung treten; die reformerischen und die revolutionären Kräfte z.B., die seit dem Herbst 1918 Bayern umgestalten wollten, werden in Fests Buch mit dem Satz abgetan, damals habe der „Weltverbesserungswille einiger linksgerichteter Außenseiter" unter der Führung des „bärtigen

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bohémiens und Theaterkritikers" Kurt Eisner die Entwicklung in eine volksfremde Richtung zu drängen versucht (S. 156), und für die späteren Jahre der Weimarer Republik beschränkt Fest das Auftreten und die Rolle der Linken darauf, irrige Prognosen über die Zukunft des Faschismus in Deutschland zu verkünden. Fest geht sogar so weit, daß er stets impliziert oder ausdrücklich sagt, er spreche von den Anschauungen und Haltungen aller Deutschen oder der gesamten deutschen Gesellschaft, wenn er in Wahrheit lediglich von den Haltungen und Anschauungen der nationalen Rechten handelt. Die Aussperrung der Linken – selbst wenn sie auf den parlamentarischen Weg setzte – aus der Gesellschaft und die Identifizierung des nationalistischen Bürgertums mit der Nation ist aber die politische Hauptsünde des deutschen Bürgertums und das Schlüsselproblem der deutschen Entwicklung in den letzten hundert Jahren gewesen. Fest bemerkt dieses Problem gar nicht, stellt sich vielmehr selbst in die ebenso üble wie gefährliche Tradition jener Sünde und versperrt sich damit zugleich die Einsicht in die Natur und den Verlauf der Konflikte in der deutschen Gesellschaft, aus denen der Nationalsozialismus entstand und seine Durchsetzungskraft gewann. Allerdings hat seine Optik auch noch eine andere Folge. So sehr Fest die weltanschaulichen und politischen Verirrungen „der" deutschen Gesellschaft beklagt – indem er jeden Kontrast zu den Ansichten der Rechten aus seinem Buche eliminiert, zaubert er auch jede politische Alternative zum Weg des nationalen Bürgertums fort, und die beklagten Verirrungen werden nicht nur plausibler, sondern auch verzeihlicher.

An manchen Stellen zeigen sich freilich auch offen apologetische Tendenzen. Wenn Fest pauschal behauptet, Hitlers außenpolitisches Programm habe nichts mit den außenpolitischen Traditionen der national-konservativen Führungsschichten gemein gehabt, er sei nicht „Wilhelm III." gewesen und habe seine Eroberungskriege nicht als Fortsetzung des Ersten Weltkriegs geführt, vielmehr nur versucht, sich in die Traditionen der alten Führungsschichten „einzuschleichen" (S. 847), so ist das doch eine allzu glatte Erledigung des Kontinuitätsproblems. Fest ignoriert einfach die Ergebnisse der Forschung zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg und vergißt, daß für das wilhelminische Deutschland zuletzt Ludendorff repräsentativer war als Wilhelm II. selbst. Nebenbei sei angemerkt, daß Fest aus einer 1926 entstandenen Denkschrift der Reichswehrführung für das Auswärtige Amt, mit der er beweisen will, daß die konservativen Militärs nur an die Revision des Versailler Vertrags, nicht aber an imperialistische Politik dachten, einige Sätze des späteren Generals v. Stülpnagel nicht zitierte, weil sie nämlich gerade die ungebrochene Kraft des wilhelminischen Imperialismus und dessen immerhin enge Verbindung mit dem nationalsozialistischen Expansionismus bewiesen hätten (S. 846).

Erstaunlich oft fühlt sich Fest so tief in die Vorstellungswelt nicht Hitlers, wohl aber der Anhänger und Wegbereiter ein, daß er jede Distanz zur Argumentation der damaligen nationalen Rechten in Deutschland verliert. Nicht im Hinblick auf die „Weltanschauung", sondern im Hinblick auf das Urteil über konkrete politische Vorgänge und Zustände. Die Pariser Friedenskonferenz von 1919, die französische

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschlandpolitik der Zwischenkriegszeit, selbst Hitlers Bruch von Locarno im März 1936 und die Haltung Polens in der Krise, die zum Ausbruch des Krieges führte, werden ausschließlich durch die Brille des deutschen Nationalismus gesehen, ebenso die graue, glanzlose, schwache und unentschiedene Weimarer Republik. Gelegentlich begnügt sich Fest jedoch nicht mit der Verwendung solcher Klischees, die sowohl ihren Benutzer wie vor allem ihre Empfänger unmerklich auf die konventionellen Wege deutschnationaler Selbstabsolution drängen. Gelegentlich läßt er Bemerkungen von mehr grundsätzlicher Natur fallen, die eine Annäherung an das Denken und den Stil der Gegner Weimars aus dem Lager der konservativen Revolution verraten. Gewiß fallen diese Bemerkungen meist dann, wenn Fest von den Anschauungen der Personen, Gruppen oder Generationen redet, mit denen er es als Historiker zu tun hat, aber ein Meister der Sprache wie Fest kennt die sprachlichen Mittel, mit denen ein Autor Ansichten lediglich vorstellt, ohne sich mit ihnen zu identifizieren, und er weiß sich der Mittel auch durchaus zu bedienen. Verzichtet er auf sie, gebraucht er sogar Wendungen, die dem Autor nur erlaubt sind, wenn er Zustimmung ausdrücken will, so ist mithin der Schluß zulässig, daß Fest selbst Stellung bezieht. Der Krieg, so sagt also nicht etwa der frühe Ernst Jünger oder einer seiner Gesinnungsfreunde, sondern Joachim Fest, schenke Möglichkeiten „unerhörter Selbststeigerung" (S. 140) und lehre den „Sinn und Vorzug . . . absoluten Gehorsams" (S. 141). Sozialstaatliche Tendenzen sind für ihn „platter Materialismus" (S. 386). Er spricht vom „hemmenden demokratischen Instanzenzug" (S. 597), von „demokratischer Schönrednerei" (S. 378) und mit spürbarer Verachtung von „nichtigen parlamentarischen Streitigkeiten" oder den „Spielen und ohnmächtigen Lüsten des Parteienregiments" (S. 150). Emanzipatorischen Bewegungen bringt er keine Sympathie entgegen, ist in ihnen doch die „egalitäre Ermutigung für das Plebejische" am Werk (S. 1030), und die charakteristische Geringschätzung schwächerer Völker und Staaten kommt zum Vorschein, wenn er Österreich einen „funktionslosen Rumpfstaat" nennt (S. 748) oder die polnischen Politiker rügt, weil sie 1939 gegenüber Berlin den „eisigen Ton einer indignierten Großmacht" angeschlagen hätten (S. 803). Hitler attestiert er ein „empfindliches Gefühl" für den Auflösungsdruck, dem Europa von außen ausgesetzt gewesen sei, und für die „Gefährdung seines Wesens . . . von innen", nämlich durch die „Europas Tradition, seine Geschichte und seine Größe verleugnenden demokratischen Ideologien" (S. 1030). Die Stilisierung Hitlers zum „letzten übersteigerten Ausdruck des europäischen Anspruchs" auf die eigene Geschichte ist weniger interessant. Daß Fest aber die Demokratie mit solcher Selbstverständlichkeit aus Europa verbannt und Versuche zur – damals ja noch enger als heute verstandenen – Demokratisierung gewissermaßen mit uneuropäischen Umtrieben gleichsetzt, ist denn doch bemerkenswert.

Es läßt sich gewiß darüber streiten, ob eine adäquate Darstellung und Deutung des Nationalsozialismus und nationalsozialistischer Herrschaft im Rahmen einer Biographie Hitlers überhaupt geleistet werden kann. Es gibt gute Argumente pro und contra. Eine große Biographie des nationalsozialistischen Führers wäre ein

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reizvoller Anlaß gewesen, die Streitfrage am konkreten Anschauungsobjekt zu prüfen. Das Buch Fests aber scheint nur diejenigen zu bestätigen, die für eine verneinende Antwort plädieren. Tatsächlich gestattet Fests Werk gar keine Prüfung, weil die vermeidbaren Mängel zu zahlreich sind und weil sowohl die Konzeption wie der Standort des Autors auf ebenfalls vermeidbare Abwege geführt haben.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

HEINRICH BRÜNING IM EXIL

Briefe an Wilhelm Sollmann 1940–1946

Vom Ende seiner Kanzlerschaft bis heute ist Heinrich Brüning wohl eine der umstrittensten Persönlichkeiten der neuesten deutschen Geschichte geblieben. Dazu hat sein eigenes Schweigen – von gelegentlichen knappen und manchmal etwas sonderbaren Äußerungen abgesehen[1] – nicht wenig beigetragen. Aber auch nach seinem Tode in den Vereinigten Staaten – auf den Tag genau 40 Jahre nach seiner schicksalsschweren Übernahme der Kanzlerschaft – und nach dem Erscheinen seiner langerwarteten Memoiren[2] blieben die Urteile über seine Person und sein Wirken sehr unterschiedlich[3]. Es ist zwar schon sehr viel über Brüning und seine Regierungszeit geschrieben worden, eine gute Biographie des ehemaligen Kanzlers gibt es aber leider noch nicht. Vor allem über den Abschnitt seines Lebens, der in seinen Memoiren nicht behandelt wird, die Zeit des Exils in den Vereinigten Staaten in den dreißiger und vierziger Jahren, wurde bisher nur wenig berichtet[4]. Die hier vorgelegten Briefe Brünings geben einen gewissen Einblick in sein Wirken und seine Gedanken während dieser Exilperiode. Zugleich bilden sie einen kleinen Beitrag zur Geschichte der deutschen Emigration nach 1933.

Es handelt sich um eine Auswahl aus den Briefen, die Brüning zwischen 1939 und 1946 an das ehemalige Vorstandsmitglied der SPD, Wilhelm Sollmann, gerichtet hat. Sie stammen aus dem Nachlaß Sollmanns, der sich in der Peace Collection des Swarthmore College befindet[5]. Ausgewählt wurden besonders die Briefe, die am

---

[1] Heinrich Brüning, Ein Brief, in: Deutsche Rundschau 70 (1947), Heft 7, S. 1–22; Heinrich Brüning, Die Vereinigten Staaten und Europa, Ein Vortrag, Stuttgart 1954.

[2] Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970.

[3] Dies kommt in den Besprechungen der Memoiren sehr deutlich zum Ausdruck; vgl. insbes. Karl Dietrich Bracher, Brünings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik, in dieser Zeitschrift 19 (1971), S. 113–123; Arnold Brecht, Gedanken über Brünings Memoiren, in: Politische Vierteljahresschrift 12 (1972), S. 607–640; Werner Conze, Brüning als Reichskanzler, Eine Zwischenbilanz, in: Histor. Zeitschrift 214 (1972), S. 310–334.

[4] Siehe George N. Shuster, Dr. Brüning's Sojourn in the United States (1935–1945), in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, Festschrift für Heinrich Brüning, hrsg. von F. A. Hermens u. Th. Schieder, Berlin 1967, S. 449–466; Joachim Radkau, Die deutsche Emigration in den USA, Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945, Düsseldorf 1971, bes. S. 184–195; dazu die krit. Besprechung dieses Buches von Fritz T. Epstein im Jahrbuch für Amerikastudien 18 (1973), S. 275–283 (über Brüning S. 281).

[5] Korrespondenz Heinrich Brüning–Wilhelm Sollmann (1939–1946) im Wilhelm Sollmann Nachlaß, Swarthmore College Peace Collection, Swarthmore, Pennsylvania, USA, DG 45, Box 1. Den Kuratoren der Peace Collection möchte ich für ihre freundliche Unterstützung danken. Photokopien der Korrespondenz hat der Autor im Institut für Zeitgeschichte, München, hinterlegt.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

besten Brünings Anliegen während der Kriegsjahre erkennen lassen und so zu seinem Persönlichkeitsbild beitragen. Brüning äußert sich darin vor allem zum politischen Geschehen in Deutschland und Preußen in den Jahren seiner Kanzlerschaft, das ihn offensichtlich auch später noch stark beschäftigte; außerdem werden seine Bemühungen um andere Emigranten, die nicht aus seinem politischen Lager kamen, deutlich, und im Zusammenhang damit seine Haltung gegenüber den verschiedenen deutschen Exilgruppen in den Vereinigten Staaten und in England. Schließlich zeigen sie auch Brünings wachsende Sorge um das Schicksal Nachkriegsdeutschlands. Zu diesen angeschnittenen Komplexen scheinen uns einige Erläuterungen notwendig zu sein, ebenso zu den Umständen seiner Flucht aus Deutschland 1934 und zu seinen Beziehungen zu Sollmann.

Brüning stand auf der „schwarzen Liste" der Nationalsozialisten und wäre wohl wie sein früherer Gönner Kurt von Schleicher bei der blutigen Abrechnung vom 30. Juni 1934 ums Leben gekommen, wenn ihn nicht seine nationalsozialistischen Kontaktleute vor der drohenden Gefahr gewarnt hätten. So gelang es ihm mit Unterstützung von Freunden, nach Holland zu entkommen und von dort nach England weiterzureisen[6]. 1935 ging Brüning in die Vereinigten Staaten, kam aber in den Jahren vor Kriegsausbruch noch mehrmals nach Europa zurück und besuchte England, Holland, Frankreich und die Schweiz. In den USA machte er mehrere Vortragsreisen durch die Universitäten, bis er 1939 als Professor of

---

Wilhelm Sollmann (1881–1951) war Reichstagsabgeordneter der SPD von 1919–1933, August–November 1923 Innenminister, 1920–1933 Chefredakteur der Rheinischen Zeitung. Am 9. März 1933 wurde Sollmann von SA- und SS-Leuten in Köln brutal zusammengeschlagen. Nach der Entlassung aus dem Krankenhaus emigrierte er in das Saargebiet (1933–35) und schließlich in die USA. Er lehrte am Quaker College, Pendle Hill/Philadelphia, und wurde 1943 amerikanischer Staatsbürger. Über Sollmanns Lebensweg und seine politischen Vorstellungen vgl. Eugene Harold Kist, Wilhelm Sollmann, The Emergence of a Social Democratic Leader, Ph. D. Diss. (ungedruckt), University of Pennsylvania 1969 (bes. seine polit. Laufbahn vor 1920); ders., William Sollmann, A Teacher, in: Quaker History 60 (1971), S. 88–119; Felix E. Hirsch, William Sollmann, Wanderer between Two Worlds, in: The South Atlantic Quarterly 52 (1953), S. 207–227; ders., Memories of William Sollmann, in: The American-German Review 19 (1953), April-Heft, S. 14–16.

Sollmann machte von seinen Briefen keine Kopien, so daß sein Nachlaß nur die Briefe *von* Brüning enthält. Sollmanns Briefe *an* Brüning sind im Nachlaß Heinrich Brünings, der sich nun unter der Obhut von Miss Claire Nix, Norwich/Vermont, USA, befindet. Der Autor möchte hier Miss Nix seinen Dank ausdrücken für ihre freundliche und sehr wertvolle Hilfe, für die Erlaubnis zum Abdruck der Brüning-Briefe und für die gewährte Einsichtnahme in die Briefe Sollmanns.

[6] Über Brünings Flucht aus Deutschland siehe Shuster, a.a.O., S. 450f. u. 458; Gottfried Reinhold Treviranus, Das Ende von Weimar, Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968, S. 397f. Über seine Kontakte zu Nationalsozialisten schrieb Brüning später in einem Brief an Sollmann v. 16. Dez. 1946 (vgl. Anm. 32). Brüning wurde bei seiner Flucht auch von dem damaligen amerikanischen Generalkonsul in Berlin, George Messersmith, unterstützt; vgl. die undat. (nach 1955 geschr.) Aufzeichnungen aus der Erinnerung „Dr. Brüning" in den George Messersmith Papers, University of Delaware Library, Newark/Delaware, USA.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Government an die Harvard-Universität berufen wurde[7]. In seinen Reden und öffentlichen Auftritten in den USA vertrat Brüning eine dezidierte politische Haltung, die er die ganzen Jahre des Exils über beibehielt; ja, während des Krieges verstärkte sich seine Überzeugung eher noch, den für ihn einzig richtigen politischen Standpunkt innezuhaben: Er stand in absoluter Opposition zum NS-Regime, zog aber einen scharfen Trennungsstrich zwischen diesem Regime und dem deutschen Volk und Staat, dem er sich weiterhin verpflichtet fühlte. Er lehnte es daher ab, sich im Ausland öffentlich über innenpolitische Angelegenheiten Deutschlands oder gar über die Ereignisse während seiner eigenen Kanzlerschaft zu äußern, um ja seinem Vaterland keinen Schaden zuzufügen[8]. Ebenso weigerte sich Brüning in den späteren Jahren, seinen Namen für irgendeine selbsternannte Exilregierung oder auch nur für eine Exilgruppe, die das Wohlwollen amerikanischer Regierungskreise genoß, herzugeben[9].

Zur politischen und militärischen Opposition in Deutschland hielt Brüning aber bis 1939 Verbindungen aufrecht. Im Juni und Juli 1939 hatte er mit dem britischen Außenminister Lord Halifax mehrere Unterredungen, in denen er – nach seinen eigenen späteren Angaben – versuchte, die Politiker des Westens davon zu

---

[7] Während seiner Europa-Aufenthalte wurde Brüning ständig durch deutsche Agenten beschattet, und es wurde zumindest einmal ein fast erfolgreicher Attentatsversuch auf ihn gemacht; vgl. Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter, Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959, S. 158; Brief Brünings an Henry Stimson v. 8. April 1937, in: Henry L. Stimson Papers, Yale University Library, New Haven/Conn., USA; Brief von „Dr. Anderson" (d. i. Brüning) an George Shuster v. 23. Juli 1936, Kopie im Besitz des Autors. Der Autor ist Dr. George Shuster, South Bend/Indiana, USA, dankbar für die Erlaubnis der Kopierung der Brüningschen Briefe an ihn.

Brünings Tätigkeit in den USA wurde ebenfalls von den deutschen Dienststellen ständig beobachtet; vgl. das Telegramm des Auswärtigen Amtes an die Deutsche Botschaft Washington, D.C., vom 24. Febr. 1936 mit diesbezügl. Auftrag; Ausw. Amt, Abt. Inl. II AB, Bd. 1, Reichskanzler a.D. Brüning (Pol. Archiv AA, Bonn, u. U.S. National Archives Microfilm T-120, reel 3132/E 510588). Während dieser Zeit wurde auch die Frage einer Ausbürgerung Brünings erörtert; vgl. Gestapo Schnellbrief v. 14. Mai 1936 (unterzeichn. von Heydrich) an Reichsminister des Innern (ebenda, T-120, reel 3132/E 510616–18). Die Deutsche Botschaft in Washington wandte dagegen ein, ein solcher Schritt würde in den USA nicht verstanden werden und Deutschland schaden; Bericht v. 15. Juli 1936 (ebenda, 3132/E 510630–32).

[8] Vor einer Versammlung in Boston erklärte Brüning im Februar 1936: „Doch ziehe ich es vor, mißverstanden zu werden, als Tatsachen und Wahrheiten auszusprechen, die, mögen sie für die historische Erkenntnis der Ergebnisse auch noch so wichtig sein, meinem Lande, dem ich mit kindlichster Liebe ergeben bin, Schaden zufügen könnten. Von dieser Haltung werde ich unter keinen Umständen abgehen." Bericht des Deutschen Konsulats in Boston v. 3. März 1936, in: AA, Abt. Inl. II AB, Bd. 1, Reichskanzler a.D. Brüning (ebenda, 3132/E 510595–99).

[9] Vgl. hierzu die Dokumente 6 und 7. Über sozialdemokratische Versuche in den Jahren 1939 und 1941, Brünings Unterstützung zu gewinnen, siehe: Mit dem Gesicht nach Deutschland, Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, Aus dem Nachlaß Friedrich Stampfers, hrsg. von Erich Matthias, bearb. von Werner Link, Düsseldorf 1968, S. 421 u. 509.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

überzeugen, daß „es immer möglich sei, mit der militärischen Opposition zu einer Verständigung zu kommen". Er bemühte sich auch um ein Zusammentreffen zwischen Lord Halifax und Goerdeler, allerdings erfolglos[10]. Brüning blieb bis zur letzten Minute vor dem Krieg in Europa – immer in der Hoffnung auf eine Wende, die den Krieg verhindern könnte, und daß er selbst dazu etwas beitragen könne[11].

Ebenso unterhielt Brüning gewisse Verbindungen zur Roosevelt-Regierung, besonders nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten im September 1939. Er unterstützte zum Beispiel Adam von Trott zu Solz in dessen Verhandlungen mit amerikanischen Regierungsbeamten im Herbst 1939[12] und hatte im September 1939 selbst einige Unterredungen mit Präsident Roosevelt. Zu Brünings Enttäuschung verliefen diese aber nicht in seinem Sinne, und er schloß daraus, daß ihm feindlich gesinnte Kreise eher das Ohr des Präsidenten hatten. Er glaubte vor allem, daß die Frau des Präsidenten, Eleanor Roosevelt, schlecht auf ihn zu sprechen sei. In den darauffolgenden Jahren war seine Haltung gegenüber Washington deshalb von einem wachsenden, wenn auch sorgsam gehüteten Mißtrauen und Ressentiment getragen[13]. Wenn Brüning manchmal zu hohe Erwartungen in die Rolle der deutschen Wehrmacht gegenüber dem nationalsozialistischen Regime setzte, so war seine Beurteilung der europäischen Krise nach 1936 doch sehr viel einsichtiger als die der meisten seiner Zeitgenossen[14]. Gelegentlich überkamen ihn aber auch Fatalismus und Resignation im Hinblick auf die Möglichkeit, Hitler zu stürzen[15]. Dieser Skepsis und Bitterkeit Brünings entsprach seine anhaltend

---

[10] Brief Brünings an Hermann Pünder vom Juni 1947, in: Bundesarchiv Koblenz, Hermann Pünder Papiere 613. Herrn Oberdirektor a.D. Hermann Pünder, Köln, danke ich für die Erlaubnis, seine Papiere zu benützen, und den Mitarbeitern des Bundesarchivs für ihre freundliche Unterstützung.

[11] "I shall stay here [in London] perhaps even after the mobilization has started as I have still some hope that in the last moment the reactions in Germany will be such that it might be possible to stop the war even if it has officially begun. I have been asked to do so very urgently by some people of great influence here. I am not too optimistic about such a chance but I do not want to have it on my conscience later to have missed the last opportunity to give all the help I can." Brüning an Stimson, 21. April 1939, Stimson Papers, a.a.O.

[12] Brüning empfahl Trott dem Assistant Secretary of State George S. Messersmith, den er seit dessen Zeit als Generalkonsul in Berlin kannte (vgl. Anm. 6). Siehe auch die Dokumentation Adam von Trott und das State Department, hrsg. von Hans Rothfels, in dieser Zeitschrift 7 (1959), S. 318–332, bes. S. 329; Christopher Sykes, Adam von Trott, Eine deutsche Tragödie, Düsseldorf 1969, S. 232 u. 245; Harold C. Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg, Der Widerstand in den Jahren 1939–1940, München 1969, S. 162.

[13] Brief Brünings an Sollmann v. 16. Dez. 1946; Brüning an Pünder, Juni 1947, in Pünder-Papiere, a.a.O., 613; Aufzeichnung George Messersmith, Messersmith Papers, a.a.O.

[14] Brünings Briefe an Stimson vom 23. Dez. 1937 u. 2. Febr. 1938, in: Stimson Papers, a.a.O.; U.S. State Department memo of conversation between Brüning and Messersmith, Jan. 31, 1938, Messersmith Papers, a.a.O.

[15] Nach einem Bericht des Deutschen Konsulats in Lugano, Schweiz, vom 5. Aug. 1936 soll Brüning in einem engeren Freundeskreis gesagt haben: „Das Experiment des Dritten Reiches [werde] nunmehr bis zu Ende durchgeführt werden müssen. Jeder gute Patriot könne bei dem furchtbaren Unglück, das ein Zusammenbruch, der wohl nur durch äußere

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scharfe Kritik der für ihn eklatant opportunistischen Politik der deutschen katholischen Hierarchie und des Vatikans gegenüber dem nationalsozialistischen Regime[16].

Brünings Emigrations-Beziehungen zu Wilhelm Sollmann begannen Ende 1937[17]. Trotz seiner betonten Zurückhaltung und trotz der Parteigegensätze der Weimarer Jahre war Brüning durchaus imstande, bis zu einem gewissen Grade mit einzelnen Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten. Es fiel ihm daher nicht schwer, mit einem so gemäßigten Mann wie Sollmann Beziehungen anzuknüpfen, der einen entideologisierten „Volkssozialismus" vertrat[18]. Die Beziehungen kamen natürlich unter außergewöhnlichen Umständen zustande, und aus Brünings Sicht mag dazu beigetragen haben, daß Sollmann nie zur eigentlichen Exil-SPD gehörte. Jedenfalls verdanken wir der Tatsache, daß Brüning überhaupt so offen mit einem gemäßigten Sozialdemokraten korrespondierte und dabei eigene Betrachtungen über den Sozialismus, die Arbeiterbewegung (vgl. Dokument 9) und die politischen Ereignisse der frühen 30er Jahre anstellte, die er öffentlich so ungern kommentierte, einen interessanten Einblick in sein Wesen und seine politischen Wertvorstellungen. In seinen Memoiren hat er sich selten so deutlich geäußert.

Brünings beständige Weigerung, sich öffentlich festzulegen oder Partei zu ergreifen, brachte ihm beträchtliche Kritik von anderen Emigranten ein, vor allem auch von der katholischen Seite[19]. Es blieb jedoch nicht bei solcher eher freund-

---

Vorgänge denkbar sei, für das deutsche Volk bedeute, nur wünschen, daß demselben so Furchtbares erspart bleibe." AA Abt. Inl. II AB, Bd. 1, Reichskanzler a. D. Brüning, a. a. O. (reel 3132/E 510636–38); dieselben Gedanken Brünings werden bei Shuster, a. a. O., S. 459f., angedeutet.

[16] Am 23. Juli 1936 schrieb Brüning an George Shuster: „Die Einzigen, die fest und klar bleiben, sind die Pfarrer der Bekenntniskirche und das brave katholische Volk." Am 1. Sept. 1936 schrieb er sogar noch deutlicher an Shuster: „Der Katholizismus, in seinen Spitzen einer völligen Opportunitätspolitik verfallen, fängt an, selbst darüber die letzten Grundsätze einer natürlichen Moral preiszugeben, nicht prinzipiell, aber de facto. So treibt man willenlos in dem Strudel der Schlagworte ‚Bolschewismus' und ‚Antibolschewismus' und vergißt die ureigenste Mission auf dieser Erde. Das wird sich bitter rächen." Kopien der Briefe im Besitz des Autors. Vgl. auch Brünings bitteren Kommentar über die undankbare Haltung der katholischen Hierarchie nach dem Zusammenbruch des Zentrums 1933 in den Memoiren, a. a. O., S. 673.

[17] Brief Sollmanns an Brüning vom 13. Nov. 1937.

[18] Zu Sollmanns politischer Auffassung und seinem demokratischen Sozialismus vgl. seinen Brief an Brüning v. 21. Febr. 1939: „... Ich habe gerade wieder eine Antwort an einen Offenen Brief an mich in der ‚Sozialistischen Warte' in Paris geschrieben. Darin nehme ich auf das Stärkste gegen die marxistische Klassenkampfideologie Stellung, die nach meiner Überzeugung und langen Erfahrung mit demokratischer Politik und Entwicklung unvereinbar ist. Konsequente Marxisten sind nur die Bolschewiken, die auf geradem und raschem Wege zur totalen Diktatur gingen." Im Sollmann-Nachlaß, a. a. O., Box 15, befindet sich ein undatiertes maschinenschriftl. Manuskript „Die Staatsidee der Sozialdemokratie" (9 S., möglicherweise Auszug einer Rede aus den späten 30er Jahren). Siehe auch: Mit dem Gesicht nach Deutschland, hrsg. v. E. Matthias, a. a. O., S. 367–371, und die in Anm. 5 genannte Literatur über S.

[19] Siehe Deutsche Briefe 1934–1938, Ein Blatt der katholischen Emigration, hrsg. von Heinz Hürten, Mainz 1969, Bd. II, S. 969–974; Shuster, a. a. O., S. 459.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftlicher Kritik in guter Absicht; wegen seiner politischen Rolle 1930–32 wurde er von linken Emigrantenkreisen heftig angegriffen. Einige seiner Freunde drängten Brüning deshalb, diesen Angriffen mit der Veröffentlichung seiner Memoiren zu entgegnen, aber er lehnte das beharrlich ab[20]. In zwei relativ ausführlichen Briefen an Sollmann vom 20. und 29. September 1940 legte Brüning die Gründe für seine Zurückhaltung dar und gab seiner wachsenden Verärgerung über falsche und seiner Meinung nach unfaire Äußerungen anderer Emigranten Ausdruck. Der zweite dieser Briefe ist hier als Dokument 3 abgedruckt.

In ihm werden verschiedene Probleme der preußischen Politik während der Kanzlerschaft Brünings berührt. Die Aussagen in diesem Brief laufen parallel zu der Darstellung in den Memoiren. Deshalb ist ein Vergleich naheliegend und aufschlußreich. Die Verärgerung und Feindseligkeit des ehemaligen Kanzlers gegenüber einigen SPD-Mitgliedern des preußischen Staatsministeriums spricht sehr deutlich aus seinen Bemerkungen zu Sollmann, die überhaupt viel offener sind als die Memoiren. In diesen ist nirgends die Rede von einer „zionistischen Clique" (Herbert Weichmann, Hermann Badt, Hans Goslar und Staatssekretär Robert Weismann), der Brüning in seinem Brief dauerndes Intrigieren vorwirft. Badt, Goslar und Weichmann werden in den Memoiren nicht erwähnt, Weismann zwar siebenmal, aber nur zweimal wird angedeutet, er könnte in etwas verwickelt gewesen sein, das Brünings Mißtrauen hervorrief[21]. Brünings Urteil über den sozialdemokratischen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun in den Memoiren ist insgesamt relativ positiv, im Brief an Sollmann aber sehr viel schärfer. Ebenso kann man Brünings recht kritische Äußerungen über seine eigenen Parteifreunde in Preußen, etwa Wohlfahrtminister Heinrich Hirtsiefer und Landwirtschaftsminister Heinrich Steiger, der Darstellung in den Memoiren gegenüberstellen[22]. Neben den Unterschieden in der Beurteilung einzelner Personen kommt in dem Brief auch sehr viel stärker Brünings große Furcht vor öffentlichen Skandalen, besonders Finanz- und Bankskandalen, zum Ausdruck. Im allgemeinen ergänzen sich die Aussagen der Memoiren und des Briefes an Sollmann (wie etwa im Falle der Finanzierung der Kölnischen Volkszeitung mit Staatsgeldern). Oft wird der Vergleich jedoch erschwert, weil Brüning in den Briefen nur vage und unpräzise

---

[20] Siehe Brief an Sollmann v. 29. Sept. 1940, hier Dokument 3. Laut Shuster, a.a.O., S.456, war eine frühe Fassung der Memoiren in der Columbia University Library, New York, deponiert, wurde aber später von Brüning zurückgezogen. Vgl. Memoiren, a.a.O., S. 11-14.

[21] Brüning, Memoiren, a.a.O., S. 177 u. 592; in einer Fraktionsvorstandssitzung der Zentrumspartei am 12. Dez. 1930 erklärte Brüning aber: „Auch gegen die zionistischen Kulturreferenten in den preußischen Stellen, sie haben sich schon oft unmöglich bemerkbar gemacht. – Preußen schadet uns nicht wegen der Koalition mit der SPD, aber mit den kulturpolitischen Zugeständnissen. – Der protestantische Volksteil erträgt das nicht und auch nicht der katholische Teil." Vgl. Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, hrsg. von Rudolf Morsey, Mainz 1969, S. 502.

[22] Steiger, über den sich Brüning hier so offen äußert, wird in den Memoiren (a. a. O., S. 483) nur als „unmöglich" bezeichnet.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Andeutungen macht, die nicht recht deutlich werden lassen, um welche Angelegenheit es sich im einzelnen handelt. Aus den Briefen ist jedenfalls zu erkennen, welch starken Einfluß diese politischen Tagesprobleme auf Brüning hatten, die ihn noch acht und neun Jahre später sehr beschäftigten.

Auf einige Unterschiede in der Darstellung Brünings hinsichtlich der Lösung des Dualismus Preußen–Reich muß ebenfalls hingewiesen werden. Im Brief vom 29. September 1940 ist von zwei Gelegenheiten die Rede, bei denen Otto Braun Brüning die preußische Ministerpräsidentenschaft angetragen habe – in Personalunion mit dem Reichskanzleramt: im Winter 1930 und im Herbst 1931. In den Memoiren ist jedoch nur der zweite Fall (November 1931) erwähnt, obwohl andere Quellen belegen, daß tatsächlich sowohl im Spätsommer oder Frühherbst 1930 als auch Ende 1931 derartige Besprechungen stattgefunden haben[23]. Sollmann gegenüber betont Brüning, den Plan einer Personalunion Hindenburg mit „wiederholtem Drängen" vorgetragen zu haben. Dieser habe ihn jedoch verworfen, da er von Braun stamme und seine Präsidialmacht beschneiden würde; außerdem lehnte Hindenburg beharrlich jeden Plan ab, der auf eine „Mediatisierung" Preußens hinauslaufe. In den Memoiren heißt es, Hindenburg habe Brüning gegenüber seine Ablehnung mit dem Gesundheitszustand und der Arbeitsüberlastung des Kanzlers begründet. Brüning sei sich jedoch des wirklichen Grundes, der Sorge des Präsidenten um seine Machtfülle, bewußt gewesen. Er habe ihn aber von da an in Ruhe gelassen, um sich von seinen Feinden in der Camarilla des Präsidenten nicht „persönlichen Ehrgeiz" vorwerfen lassen zu müssen[24]. Die Pläne des Jahres 1930 unterschieden sich in Wirklichkeit wesentlich von denen im Herbst 1931. Sie sahen nämlich eine Personalunion des preußischen Ministerpräsidenten und des Reichs*vize*kanzlers in der Person von Braun vor. Noch wichtiger waren Brauns Absichten, damit die Autorität der Reichsregierung zu stärken, um so den Dualismus zwischen dem Reich und Preußen zu überwinden und auf Reichsebene zu einer wirklichen parlamentarischen Regierung, einschließlich der SPD, zurückzukehren[25]. Brüning wäre mit den beiden ersten Punkten einverstanden gewesen, nicht aber mit dem letzten. Wie er in seinen Memoiren offen zugibt, wollte er zu den „Grundlagen der Bismarckschen Verfassung" zurückkehren und letztlich die Monarchie wiederherstellen. Solche Fernziele waren kaum mit den Absichten Brauns und auch höchstens mit Teilen der eigenen Partei in Einklang zu bringen. Dies war neben der Haltung Hindenburgs wohl der Hauptgrund, warum solche Pläne nicht über ein Diskussionsstadium hinauskamen.

Brünings Weigerung, sich zu exponieren, entsprang nicht nur seiner Abneigung, Geschehnisse aus der Zeit vor 1933 zu enthüllen, die anderen schaden könnten.

---

[23] Vgl. Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von E. Matthias und R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 112–118. Die Darstellung von Matthias gründet sich teilweise auf Informationen von Herbert Weichmann, den Brüning in seinem Brief an Sollmann attackiert.

[24] Siehe Brüning, Memoiren, a.a.O., S. 247f.

[25] Matthias, a.a.O., S. 112ff.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sie war großenteils auch Folge seiner Verärgerung über andere Emigranten, die durch ihre öffentlichen Äußerungen negative Reaktionen in den USA und England hervorriefen. In seinen Briefen kommt immer wieder die Besorgnis über die seiner Meinung nach unverantwortliche Haltung mancher Emigranten zum Ausdruck und ein wachsendes Unbehagen über die Agitation und die Rivalitäten zwischen den verschiedenen Gruppen (vgl. Dokumente 3, 4, 6 und 9), die letztlich nur den Kommunisten nützen würden[26]. Diese Emigranten, schrieb Brüning nach Kriegsende, hätten vor nichts haltgemacht in ihrer doppelten Zielsetzung, „alle führenden intellektuellen Kreise und alle christliche Tradition in Deutschland zu beseitigen, um so einem dauernden russischen Einfluß auf dem Kontinent die Tür zu öffnen"[27].

Brünings Bemerkungen zeigen, daß er über die Atmosphäre der persönlichen Intrigen und des gegenseitigen Austricksens unter den politischen Emigranten Bescheid wußte (eine solche Atmosphäre war schließlich auch der deutschen Politik vor 1933 nicht fremd). Brüning hatte auch gute Kontakte zu offiziellen amerikanischen Kreisen. Aber sein Urteil über den Einfluß der Emigranten auf die amerikanische Politik war durch die Bitterkeit der eigenen Erfahrungen doch ziemlich getrübt. Der Trennungsstrich zwischen Patriotismus und Nationalismus war bei Brüning ungewöhnlich dünn, was sein Verständnis der vollen Konsequenzen des Nationalsozialismus wie des Krieges beeinträchtigte[28]. Es war Brüning zwar klar, daß man unmöglich zu den politischen Verhältnissen der Zeit vor 1933 in Deutschland oder Europa zurückkehren konnte. Aber die volle Bedeutung des totalen Krieges – und damit auch der totalen Niederlage – scheint ihm bis zuletzt entgangen zu sein. Diese Konsequenzen wurden zwar vielen Emigranten nur sehr langsam bewußt; aber es war doch Brünings Nationalismus, der seine eigene Position und seine zwiespältige Haltung gegenüber manchen anderen Emigrantengruppen bestimmte.

---

[26] Am 1. Dezember 1942 schrieb Brüning an Sollmann: "You are quite right that this would be the time for German emigrants to do something, but I don't see any more chance than before. In fact, the jealousies become increasingly dangerous. I am glad I have refrained from any contact. Neither have I contact with anybody in Washington, nor has it been asked... My nightmare of course is not that the different governments-in-exile will have any influence in Europe after the army of occupation or international police force is withdrawn, but that the accumulated hatred between the different groups in each country will explode, and that the harvest will be reaped by Bolshevism. As the Nazis have exhausted the possibility of impressing people with the danger of Communism in Europe, it will be very difficult to convince people here and in England later that now the danger may become a real one for the first time since 1923."

[27] Brüning an Hermann Pünder, Juni 1947, Pünder Papiere, a.a.O., 613; Original in englischer Sprache.

[28] Auch Shuster, a.a.O., S. 460, deutet dies an. Am 18. Nov. 1947 schrieb Brüning an Hermann Pünder: „Eine Nation, die versucht, nur vom Kritisieren und Verdammen ihrer Vergangenheit zu leben, wird der Prüfung nicht gewachsen sein, die ihr für wenigstens zwei Generationen bevorsteht. Keine dieser Verfahren wären [sic!] ohne das Zutun von einem gewissen Typ von Emigranten in Gang gebracht worden." Pünder Papiere, a.a.O., 613.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein Hauptthema des Briefwechsels Brünings mit Sollmann in den Jahren 1940 und 1941 war der Versuch, die beiden sozialdemokratischen Politiker Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding zu retten, die nach dem französischen Zusammenbruch im Juni 1940 von Paris nach Südfrankreich geflohen waren. Brüning hatte schon nach der nationalsozialistischen Machtergreifung mitgeholfen, die Flucht Breitscheids, Hilferdings und Otto Wels' aus Deutschland zu ermöglichen[29]. Nach seiner eigenen Flucht 1934 hielt Brüning die Verbindung zu Hilferding aufrecht. Im Schweizer Haus eines Freundes und Helfers Brünings, des ehemaligen Bankiers Dr. Erwin Brettauer (der erst in die Schweiz und später nach den USA auswanderte), fanden nach 1934 mehrere Gespräche zwischen Brüning, Hilferding, Brettauer und anderen statt. Brettauer stellte auch das Geld für die geplante Auswanderung Breitscheids und Hilferdings nach Amerika zur Verfügung (vgl. Dokument 1)[30]. Diese Versuche scheiterten bekanntlich aus verschiedenen Gründen, die teilweise Breitscheid und Hilferding selbst zuzuschreiben sind (Brüning weist in Dokument 5 darauf hin), andernteils jedoch ganz außerhalb ihrer Kontrolle lagen. Brüning empfand den Tod beider Männer als eine menschliche Tragödie und einen unersetzlichen Verlust für die deutsche Sozialdemokratie[31].

Bemerkenswert ist Brünings politische Motivierung solcher Hilfsbereitschaft bei der Rettung politischer Flüchtlinge in einem Brief an Sollmann[32] – obwohl er gerade gegen Breitscheid manches einzuwenden hatte[33]. Brünings Hilfeleistung kam Männern ganz verschiedener politischer Couleur zugute, unter anderem auch Otto Straßer (vgl. Dokumente 1, 2 und 4)[34]. Er stieß aber auch auf zunehmende Hindernisse und mangelnde Hilfsbereitschaft auf amerikanischer Seite. Von An-

---

[29] Brüning in seinem Brief an Sollmann vom 16. Dez. 1946.

[30] Siehe auch Hoegner, a.a.O., S. 158, 162f.; Brief Brünings an George Shuster v. 11. Sept. 1940 (Kopie im Besitz des Autors); Bericht des Deutschen Konsulats in Lugano, Schweiz, vom 5. Aug. 1936, in: AA Abt. Inl. II AB, Bd. 1, Reichskanzler a.D. Brüning, a.a.O. (und Microfilm T-120, reel 3132/E 510636–38), in dem mitgeteilt wird, daß nach Ansicht Brettauers in diesen Gesprächen „Dr. Brüning und Dr. Hilferding in ihren Ansichten nicht sehr harmoniert hätten".

[31] Über das schließliche Schicksal von Breitscheid und Hilferding siehe: Mit dem Gesicht nach Deutschland, hrsg. v. E. Matthias, a.a.O., S. 482–487 u. 493–502.

[32] Brief Brüning an Sollmann v. 16. Dez. 1946, darin heißt es: "It is really a pity that all your great old leaders have died; if they were alive things in Germany would already be very different. When I got word to Wels, Breitscheid and Hilferding that they were to have been arrested, as at that time the opposition in the Nazi Party still informed me when possible of such plans, I thought not only in personal friendship of their being saved from concentration camp[s], but of the preservation of their experience and judgement for a later time."

[33] "I am afraid it will be difficult to do anything for Breitscheid. He is one of the poor people who had no possibility of making personal friends in other parties, and his speeches wounded other people too severely. As you know, in Germany that is unfortunately never forgiven." Brüning an Sollmann, 17. März 1941.

[34] Sollmann bemühte sich nicht nur um die Rettung Otto Straßers, sondern auch um andere Mitglieder der „Schwarzen Front" sehr und mußte deshalb heftige Angriffe in der Emigrationspresse und seitens anderer Sozialdemokraten einstecken, wie aus seinen Briefen an Brüning vom 11. Sept., 5., 10., 12. u. 26. Okt. 1940 hervorgeht.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fang 1941 an lehnten die Unitarier (auf die sich Brüning bis dahin verlassen konnte) jegliche Unterstützung für deutsche Emigranten ab und beschränkten sich auf französische Flüchtlinge. Während Brüning als einer der prominentesten „katholischen" Emigranten galt, versagten ihm tatsächlich gerade die Hilfsorganisationen der amerikanischen katholischen Kirche ihre Unterstützung[35].

In der zweiten Hälfte des Krieges wandte sich Brünings Aufmerksamkeit mehr den Problemen Nachkriegsdeutschlands zu. In den Jahren 1943 und 1944 traten verschiedentlich Vertreter des amerikanischen Außenministeriums an ihn heran, um ihn zur Mitarbeit in einem „beratenden Komitee" zu gewinnen, das später an einer deutschen Nachkriegsregierung beteiligt werden solle (vgl. Dokumente 7 und 8). Brüning lehnte aber ab und gab Sollmann als Begründung an, er sei kein amerikanischer Staatsbürger und seine Beteiligung könne der amerikanischen Regierung Schwierigkeiten bereiten. In Wirklichkeit ist seine Ablehnung wohl eher auf den Morgenthau-Plan zurückzuführen, mit dem er nichts zu tun haben wollte[36]. Brüning kannte allerdings keine Einzelheiten, sondern nur die allgemeine Tendenz der Vorschläge – noch bevor der Plan tatsächlich vorgelegt wurde. In diesem Zusammenhang sind wohl auch Brünings Kontakte zu Außenminister Cordell Hull und Kriegsminister Henry L. Stimson zu sehen, die beide zu den Hauptgegnern des Planes gehörten. In einem Brief an Sollmann (vom 16. Dezember 1946) erwähnt Brüning nicht nur „die Intrigen vom Sommer 1944, sehr einflußreiche Leute davon abzuhalten, die Morgenthau-Vorschläge mit mir zu besprechen". Er behauptete auch, ihm feindlich gesinnte Kreise seien schuld an seinem Ausschluß von den Diskussionen über die Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland[37]. Diese Überzeugung und seine Kritik an manchen Erscheinungsformen der amerikanischen Kriegführung (z.B. an den massiven Bombenangriffen auf Deutschland) waren der Grund für seine Resignation, seinen Pessimismus gegenüber der alliierten Deutschlandpolitik und seine schließliche Feindschaft gegen die Roosevelt-Regierung[38].

---

[35] Brüning an Sollmann, 28. April 1941; Brüning an George Shuster, 25. Aug. 1939 (Kopie im Besitz des Autors).

[36] Wie aus Brünings Brief an Hermann Pünder vom Juni 1947 hervorgeht, in Pünder Papiere, a.a.O., 613.

[37] In seinen Briefen an Sollmann v. 16. Dez. 1946 und an Pünder v. Juni 1947, a.a.O.

[38] Laut Shuster wurde Brünings Kritik an den Washingtoner Entscheidungen im letzten Stadium des Krieges immer bitterer. Seine Feindschaft habe tatsächlich manchmal beinahe wie Besessenheit gewirkt. Vgl. Shusters Erinnerungen: The Ground I Walked On, New York 1961, S. 149. Shuster bezeugt auch Brünings große Empörung über das Bombardement auf Dresden im Februar 1945 (Brief Shusters an den Verf. v. 7. Juli 1970); auch George Messersmith fand Brüning in seinen Gesprächen gegen Ende des Krieges stark verbittert: "He was not quite the same Dr. Brüning that we had known before." Messersmith zog den Schluß: "The many years that Dr. Brüning had spent out of his country and his academic seclusion at Harvard had in many respects withdrawn him from the realities of life and of the times that we were living in." Erinnerungen an Brüning, Messersmith Papers, a.a.O.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Brünings reges Interesse an den politischen Verhältnissen im Nachkriegsdeutschland und am Wiederaufbau der Parteien wird durch seinen Brief an Sollmann vom 20. August 1946 (Dokument 9) ausführlich belegt. Seine Betonung der Wichtigkeit der Religion für Erziehung und Politik war kennzeichnend für den vormaligen Kanzler. Sie wurde seiner Meinung nach auch von einer wachsenden Zahl von Sozialdemokraten geteilt (was für Sollmann sicher weitgehend zutraf). Dennoch glaubte Brüning nicht an die Möglichkeit einer Versöhnung zwischen Sozialdemokratie und Kirchen. Er hätte es aber auch für sehr falsch gehalten, konfessionelle Parteien wie das Zentrum wieder aufzubauen, dessen verhängnisvolle Schwäche im Jahre 1933 seine Beschränkung auf ein katholisches Wählervolk gewesen war. Brünings Interesse an einer interkonfessionellen CDU resultierte nicht erst aus den Erfahrungen der dreißiger Jahre: Schon 1920 hatte er an Plänen für die Erweiterung des Zentrums zu einer wirklichen Partei der Mitte, einer interkonfessionellen „Christlichen Volkspartei", mitgewirkt[39]. Trotz seines regen Interesses war Brüning am Aufbau der CDU aber kaum beteiligt. Seine anfangs positive Haltung zu Konrad Adenauer verschlechterte sich zusehends. Zum Teil waren die Gründe dafür persönlicher Art (Brüning hatte gehofft, in der deutschen Politik nach 1945 eine größere Rolle spielen zu können), teils beruhten sie auf der unterschiedlichen außenpolitischen Konzeption. Brünings kaum verhüllte Feindseligkeit gegen Frankreich ließ sich nicht mit Adenauers Zielen vereinbaren[40]. Wie der Brief vom August 1946 (Dokument 9) zeigt, war Brüning ein schlechter Prophet; sein politischer Horizont hatte ganz offensichtliche Grenzen.

Die hier veröffentlichten Briefe[41] Brünings an Wilhelm Sollmann spiegeln die persönlichen Reaktionen des ehemaligen Reichskanzlers auf die Belastungen der Kriegsjahre wieder und werfen einiges Licht auf seine Tätigkeit im Exil. Die gelegentlichen Ungereimtheiten und Unterschiede (zumindest in der Betonung) zwischen den Memoiren und den mehr privaten Aussagen in den Briefen sollten nicht überraschen. Von Gedächtnislücken abgesehen, sind sie wohl auch auf die Unterschiedlichkeit der Personen zurückzuführen, an die sich Brüning jeweils wandte. Beide, die hauptsächlich am Anfang des Exils enstandenen Memoiren wie

[39] Briefe Brünings an Johannes Maier-Hultschin vom Nov. 1945 und 1. Januar 1946 (Kopien in den Pünder Papieren, a.a.O., 613); über Brünings Beteiligung an den Projekten nach 1918 siehe Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 369–378; jetzt auch Brünings eigener Bericht in den Memoiren, a.a.O., S. 68–77.

[40] Siehe dazu Rudolf Morsey, Brüning und Adenauer, Zwei deutsche Staatsmänner, Düsseldorf 1972, bes. S. 38ff.; Briefe Brünings an Pünder vom Juni 1947 und an Maier-Hultschin vom November 1945, beide in den Pünder Papieren, a.a.O.; an Maier-Hultschin schrieb Brüning u.a.: „Ich kann nicht begreifen, daß Adenauer mit de Gaulle eine Unterredung hatte." Ähnliche Bemerkungen über das gespannte Verhältnis zwischen beiden auch in den Messersmith-Aufzeichnungen, a.a.O. Daß auch in der Weimarer Zeit nicht alles glatt lief, bezeugen Brünings Memoiren (bes. S. 214 u. 445).

[41] Die Briefe werden hier im Original-Wortlaut veröffentlicht, lediglich die zahlreichen offensichtlichen Tippfehler in den ersten Briefen wurden korrigiert. Die deutschsprachigen Briefe scheint Brüning selbst geschrieben zu haben, die englischen hat er einer Sekretärin diktiert.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die später geschriebenen Briefe, zeigen den ehemaligen Reichskanzler in ständiger Konfrontation mit seiner eigenen Geschichte. Daß er aus seinen Erfahrungen zu lernen versuchte, zeigt gerade dieser Briefwechsel mit einem Sozialdemokraten. Aber in seinem Wesen blieb er doch der deutschnational gesinnte westfälische Katholik mit dem preußischen Beamtenethos, der dem bedrückenden Schatten seiner eigenen Niederlage und des zusammengebrochenen Reiches nicht entrinnen konnte.

Thomas A. Knapp

Dokument 1

Cambridge, Mass.
15. August 1940.

Lieber Herr Sollmann!

Herzlichen Dank fuer Ihre freundlichen Zeilen und fuer die Ruecksendung der Aufzeichnungen ueber den Tod von Frau Joos. Ich hoffe, dass Sie sich in N. H. gut erholen. Leider bin ich noch immer gezwungen, hier in den heissen Raeumen zu leben, da der Zahnarzt noch mit mir zu tuen hat.

Sie schrieben, dass Sie deprimierende Briefe von Ihren alten Freunden aus Sued-Frankreich bekommen. Ich moechte ihnen gern helfen und sehe jetzt eine Moeglichkeit mit Hilfe der Unitarier, die denselben Herrn jetzt drueben haben, der mehrere Hundert Sudetendeutsche und Tschechen aus Prag nach der Besetzung gerettet hat. Ich habe ihnen den Namen von Hilferding gegeben und einigen anderen. Dr. Brettauer und ich stehen mit Hoegner in Verbindung. Wenn Hoegner uns die Adresse von Hilferding telegraphisch angeben kann, werden die Unitarier ihn herausbringen. Wie das kann ich nicht beschreiben in einem Brief und die ganze Sache muss sehr vertraulich behandelt werden. Ich habe an Hull einen Brief geschrieben, der allerdings erst von den Unitariern abgeschickt wird, wenn wir Hilferdings Adresse haben. Dr. Brettauer hinterlegt die $ 5000, die jetzt zur Einwanderung noetig sind bei der Bank. Ich glaube, er wuerde es auch fuer Breitscheid und einige andere machen. Haben Sie zufaellig diese Adressen? Ferner koennen Sie mir Auskunft geben ueber Folgendes: Ich erhielt vor drei Tagen ein Telegramm von Rauschning, in dem er um Intervention beim State Department bittet fuer einen Herrn Otto Bostrum[42] mit einer schwedischen Passnummer. Die Vertreter der Unitarier in Europa sind instruiert. Aber bevor ich weiss, wer es ist, kann ich nicht an Hull schreiben. Aus dem Telegramm von R. geht hervor, dass es sich entweder um Hilferding oder um einen Ihrer Partei nicht angehoerigen bekannten Politiker handelt. Ich habe Rauschning telegraphisch gebeten, mir weitere Erläuterungen zu senden. Halten Sie es fuer moeglich, dass Hilferding einen schwedischen Pass auf diesen Namen besitzt? Ich muss versuchen, eine Doppelaktion fuer ihn zu vermeiden. Welche Adressen haben Sie sonst von Leuten Ihrer Partei in Suedfrankreich, denen man helfen sollte?

---

[42] Sollmann schreibt in seinem Brief an Brüning vom 17. Aug. 1940: „Wer Otto Bostrum sein könnte, weiß ich nicht", fügt dann aber am Rande handschriftlich hinzu: „Soeben fällt mir ein, das könnte ein schwedisches Pseudonym für Otto Strasser sein." Brüning bestätigt dies in seinem Brief v. 29. Aug. 1940 (Dokument 2).

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich sprach Ulichs gegenueber (Frau ist Ella Brandstroem)[43], dass Sie in Ihrer Naehe seien. Sie wuerden sich sehr freuen, wenn Sie sie aufsuchen wuerden. Die Anschrift ist: WAPACK LODGE, NEW IPSWICH, N.H.

Haben Sie noch etwas in Erfahrung bringen koennen, ob Scheidemann einen Sohn hatte? Ich habe hier meinen Bekannten versprochen, die Sache, wenn moeglich aufzuklaeren[44].

Mit freundlichen Gruessen
Ihr
H. Brüning

P.S.[45] Soeben erhalte ich durch Hoegner telegr. Adresse von Hilferding.

Dokument 2

Dublin, N.H.
29. August 1940

Lieber Herr Sollmann!

Vielen Dank fuer Ihren Brief vom 17. August. Die Angelegenheit Otto Bostrum hat inzwischen gute Fortschritte gemacht. Er ist aus Frankreich heraus, aber noch nicht definitiv sicher. Es dauert etwas laenger mit den Formalitaeten im State Department als die Herren vom Unitarian Service Committee erwarteten. Sie haben Recht mit der Vermutung, wer Otto Bostrum ist. Aber bevor er hier angelangt ist, muss man seinen wirklichen Namen unter allen Umstaenden verheimlichen. Das macht die Verhandlungen mit den hiesigen Ressorts so schwierig. Ich muss naechste Woche nach New York fahren, um Macdonald[46] zu sehen, ohne dessen placet das State Department nichts macht. Er ist der Vorsitzende des besonders vom Praesidenten ernannten Ausschusses fuer diese Fragen. Wenn ich ihn sehe, will ich die Frage Breitscheid mit ihm besprechen. Koennten Sie Seeger[47] schreiben, dass ich die Adresse Breitscheids gerne haben moechte (nach Lowell House).

Leider ist es sehr schwer gewesen, fuer Hilferding bislang etwas zu tuen. Die Unitarier sind bislang nicht in der Lage gewesen, mit ihm Fuehlung aufzunehmen, weil der von Hoegner telegraphisch angegebene Ort schwer festzustellen ist, da es eine Reihe von Orten mit gleichem Namen gibt. Das Suchen geht aber weiter.

---

[43] Robert Ulich (1890 in Dresden geb.), Schriftsteller und Erzieher, emigrierte 1934 nach den USA; seine Frau war Elsa Brandström, die bekannte schwedische Organisatorin der Kriegsgefangenenfürsorge.

[44] Sollmann antwortete darauf am 4. Sept. 1940: „Gestern war hier [in New York] eine Sitzung der German Labor Delegation. Ich fragte wegen des ‚Sohnes von Scheidemann'. Alle bestätigten, daß Scheidemann nie einen Sohn gehabt hat."

[45] Handschriftlich von Brüning hinzugefügt.

[46] James G. McDonald (1886–1964), Vorstandsvorsitzender der Foreign Policy Association (Chicago) 1919–1933, war in der Flüchtlingshilfe tätig, aktiver Zionist, Vorsitzender des President's Advisory Committee on Political Refugees.

[47] Gerhart Seger, sozialdemokratischer Publizist, emigrierte nach 1933 nach den USA, Redakteur der sozialdemokratischen New Yorker „Neue Volks-Zeitung".

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Den Fall Thalheimer[48] will ich gern ebenfalls besprechen. Aber ich muss unbedingt seinen Vornamen haben. Koennen Sie den Vornamen nicht von Herrn Kern[49] erfahren und mir telegraphisch mitteilen?

Rauschnings Familie ist nun auch sicher. Aber ich muss auch fuer sie erst das Visum haben, bevor man darueber sprechen kann.

Mit freundlichen Gruessen
Ihr sehr ergebener
H. Brüning

Dokument 3

Lowell House
Cambridge, Mass.
29. September 1940

Lieber Herr Sollmann!

Vielen Dank fuer Ihren Brief. Von Hilferding habe ich keine weiteren Nachrichten. Der neue Vertreter der Unitarier ist jetzt in Sued-Frankreich angekommen. Das hiesige Committee wartet auf den muendlichen Bericht des heimkehrenden frueheren Vertreters. In einem Brief an Herrn Warren[50] vom Presidential Committee habe ich Siegfried Thalheimer auf das angelegentlichste empfohlen. Ich fuerchte nur, dass Empfehlungen von mir keinen grossen Einfluss haben. Die Dinge in Washington haben sich geaendert gegenueber dem vergangenen Jahre.

Ich bin Ihnen sehr dankbar fuer Ihre Mitteilungen betr. die „Volkszeitung"[51]. Ich habe kein Bedenken, dass Sie den Inhalt meines Briefes an Sie Herrn Seeger mitteilen. Nur moechte ich nicht, dass irgend einer der wilden Leute davon Kenntnis erhaelt und das Andenken Hermann Mueller's und Stresemann's verunglimpft, wie es gewisse Emigranten in den vergangenen Jahren bereits in Paris und London getan haben.

---

[48] Sollmann hatte Brüning am 17. Aug. 1940 um Unterstützung gebeten, um Thalheimer in die Vereinigten Staaten zu bekommen. Er schrieb über ihn: „Er ist in seiner Art ein Mann wie Hilferding, weit über Durchschnitt und solche Leute pflegen sich selten sehr beliebt zu machen, wenn sie nicht mit dem Strome schwimmen." Am 4. Sept. sandte er ihm weitere Informationen: „Dr. Siegfried Thalheimer: Hochgebildeter Jude, Kunsthistoriker, Linguist, Schriftsteller, gab in Düsseldorf eine Lokalzeitung heraus mit konservativer Tendenz, floh in das Saargebiet, gründete und redigierte ‚Westland', bisher unerreicht in der Emigration. Floh nach Frankreich, gründete die jüdische Zeitschrift ‚Ordo' mit sehr hochstehenden Beiträgen zum jüdischen Problem. War Kriegsfreiwilliger in Deutschland, wurde in Frankreich als Armierungssoldat eingezogen, vor einigen Wochen entlassen, sitzt mit Frau und Kind in einem franz. Nest und ist in großer Gefahr. Auf derselben Liste mit [Georg] Beyer und mir ausgebürgert wegen unsrer Tätigkeit im Saarland."

[49] Richard Kern war ein Pseudonym von Hilferding, das Brüning offensichtlich nicht bekannt war.

[50] George L. Warren war Mitglied des President's Advisory Committee on Political Refugees.

[51] Brüning hatte Sollmann am 20. Sept. 1940 um Auskunft gebeten über die in der „Neuen Volkszeitung" (New York) gegen ihn gerichteten Angriffe.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das bringt mich zu Ihrer Anregung, meine Memoiren zu veroeffentlichen. Ich bin manchmal sehr dazu geneigt, so beispielsweise, nachdem Herr Weichmann Brauns Aufzeichnungen und Erinnerungen in einer Weise zurechtgestutzt hat, die allem widersprechen, was Braun mir selbst gesagt hat. Ebenso gelegentlich der Greczinskischen Veroeffentlichungen. Ich fuehle aber dann doch Hemmungen mit Ruecksicht auf Persoenlichkeiten, die noch in Deutschland leben oder die sich aus anderen Gruenden nicht leisten koennen, Ihrerseits mit Veroeffentlichungen herauszukommen.

Ich hatte meine Godkin Vorlesungen Ende 1937 druckfertig gemacht, in denen ich rein das Verfassungsproblem in der Krise behandelt habe Dieses Exemplar habe ich Herrn Shuster[52] in Europa als Material fuer sein Buch gegeben. Er musste bei der Besetzung Wiens fluechten und hat meine Vorlesungen der Gestapo zurueckgelassen. Bislang habe ich noch nicht Zeit gehabt, mich erneut an die Arbeit zu begeben.

Ich moechte Ihnen aber persoenlich gerne ueber zwei Punkte im Zusammenhange mit den oben erwaehnten Veroeffentlichungen einige Bemerkungen machen.

Ich habe seit 1935 Braun animiert, seine Memoiren zu schreiben und habe Leute zu ihm gebracht, die ihm das finanziell ermoeglichen sollten. Wir haben uns oft ueber fruehere gemeinsame Ueberlegungen und Schritte unterhalten. Dabei war voellige Uebereinstimmung. Auch ueber Inhalt und Form des Angebotes, das mir Braun im Winter 1930 und im Herbst 1931 machte, nachdem er zuruecktreten wolle und der preussische Landtag mich gleichzeitig zum Preuss. Ministerpraesidenten waehlen solle[53]. Ich habe diese Idee in den Godkin Lectures erwaehnt und Braun gepriesen fuer seine staatsmaennische Voraussicht. Herr Weichmann kommt in einer Pariser Zeitschrift[54] mit der falschen Darstellung heraus, dass Braun mir die Stelle des Vizepraesidenten im Preuss. Staatsministerium angeboten habe und dass ich der Welt Aufklaerung schuldig sei, weshalb ich dass. Angebot nie beantwortet habe.

Beide Male habe ich dem Reichspraesidenten Vortrag gehalten ueber diesen Vorschlag. Das erste Mal hat er erklaert, in sehr despektierlichen Aeusserungen, dass ein Vorschlag von Braun ihm immer verdaechtig vorkaeme und er es ablehne, ihm naeher zu treten, dass er Braun nicht verstehen koenne, da der Vorschlag doch eine Mediatisierung Preussens bedeute und Braun ihm immer gesagt habe, dass [das] fuer ihn unannehmbar sein wuerde. Soll ich etwa das veroeffentlichen? Das zweite Mal habe ich dem RP den Vorschlag als die einzige Loesung bezeichnet – und zwar mit groesstem und wiederholtem Draengen – fuer die Schwierigkeiten, die aus den im Fruehjahr 1932 faelligen preussischen Landtagswahlen erwachsen wuerden. Der RP bat um Bedenkzeit. Dann erklaerte er mir, dass er einem solchen Vorschlage nie zustimmen wuerde, weil das eine Herabsetzung seiner staatsrechtlichen Stellung bedeute, da ich als preussischer Ministerpraesident von ihm nicht abhaengig sei.

---

[52] George N. Shuster, prominenter amerikanischer Pädagoge und Publizist, der in zahlreichen öffentlichen Stellungen tätig war, 1945–1950 Leiter der Histor. Kommission für Deutschland im War Office, Washington, 1950/51 US-Landeskommissar für Bayern, 1940–1960 Präsident des Hunter College, New York, ab 1960 Assistent des Präsidenten der Notre Dame University, Soth Bend/Indiana.

[53] Vgl. Brünings Memoiren, a.a.O., S. 247f., wo er aber nur von einem Angebot im November 1931 schreibt; obwohl Brüning in den Memoiren mehrfach auf Reichsreformpläne zu sprechen kommt (S. 483, 568), wird die Idee einer Personalunion Reichskanzleramt/preuß. Ministerpräsidentschaft nicht weiter erwähnt. Vgl. Einleitung zu dieser Dokumentation, S. 99.

[54] Weichmann schrieb regelmäßig Beiträge für L'Europe Nouvelle (Paris). Die Godkin Lectures sind eine auf einer Stiftung beruhende Vorlesungsreihe der Havard-Universität.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Greczinskis [sic!] Idee, einen Strassenkampf zwischen den Kommunisten und den Nazis zu provozieren und anschliessend beide Parteien oder zum mindesten die Nazis aufzuloesen, waren mir und der Reichswehr *und* den Nazis wohlbekannt. Seine telephonische Unterhaltung mit Severing ueber diesen Plan war abgehoert. Bericht wurde dem RP und mir vorgelegt. Auch die Nazis hatten den Bericht. Abgehoert war die Unterhaltung im Reichstage, rein zufaellig von einem Mitglied der Deutschen Volkspartei. Die Nazis beschlossen sofort, ihre Kundgebung im Wedding abzusagen. Herr von Schleicher haette sie gerne gesehen und wollte dann eine Notverordnung durchsetzen, die Greczinski in Anklagezustand versetzen sollte und der preussischen Regierung die Polizei fortnehmen wuerde. Alle Einzelheiten des Planes waren der Reichswehr von ihren Spitzeln unter den hoeheren Polizeioffizieren verraten worden[55].

Die preuss. Polizei war eben nicht mehr sicher; wohl die Mannschaften und die unteren Chargen; auch die aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangenen Offiziere, aber nicht der Rest der Offiziere. Auch nicht die Mehrzahl der Beamten der politischen Polizei. Greczinski war wegen seiner zweiten Heirat verachtet. Weiss als Jude ebenso. Klaussner[56], der so ungluecklich ums Leben kam war voellig ungeeignet zur Bearbeitung der Personalien der Polizeioffiziere, ebenso sein Gehilfe, der juengere Bruder von Bracht. Klaussner kam auf das Schuldkonto meiner Partei, vor allem Hirtsiefers. Ich kannte seinen politischen Werdegang genau seit 1919. Er war leider Opportunist oder ich sage besser, weil es sich um einen Toten handelt, er war politisch naiv. Beweis, dass er vor seiner Ermordung sich von Papen die Zusicherung hatte geben lassen, dass er Polizeiminister nach der Niederwerfung der Nazis im Juni 1934 werden wuerde und mit dieser Zusicherung im Herrnklub hausieren ging, obwohl an jedem Tisch Nazispitzel sassen und Herr von Gleichen damals schon SS Mann war.

Es gab im preussischen Kabinett zu meiner Zeit nur drei wirklich politische sattelfeste Minister. Dass waren Braun, Severing und Grimme. Der erstere war muede und meistens nicht anwesend.

Waehrend seiner Abwesenheit regierten Staatssekretaer Weissmann und die zionistische Clique, Badt, Goslar und Weichmann. Ich habe nichts gegen Zionisten. Ich gehoerte zum „Pro Palestina" Comité. Aber selbst Joel[57], letzten Endes juedischer Abstammung, kam wiederholt zu mir und warnte mich ueber diese Nebenregierung und die wachsende Erbitterung in der gesamten hoeheren Beamtenschaft gegen diese Gruppe. Sie war verantwortlich fuer eine der uebelsten und folgenschwersten Intriguen im Sommer 1930, die letzten Endes zur Ablehnung der Maivorlagen fuehrte[58].

Ich habe jahrelang Hess und Hirtsiefer versucht, zu ueberzeugen, dass diese Gruppe beseitigt werden muesse. Hess sah es, war willens einen nach dem anderen in eine bessere, aber weniger einflussreiche Position zu „befoerdern"; starb aber darueber. Mit den Zentrumsministern war nach dem Tode Hess' nichts mehr anzufangen.

---

[55] Grzesinskis Plan und die im folgenden erörterten Personalprobleme der preußischen Polizei werden in Brünings Memoiren nicht erwähnt.

[56] Muß richtig heißen: Klausener. Min.Dir. Erich Klausener leitete 1926–1931 die Polizeiabteilung im Preußischen Innenministerium; als Leiter der Katholischen Aktion Gegner des NS-Regimes, wurde er am 30. Juni 1934 ermordet.

[57] Dr. Kurt Joël, 1922–1931 Staatssekretär im Reichsjustizministerium, 1931/32 Reichsjustizminister.

[58] Das wird in den Memoiren, a.a.O., S. 177, nur sehr schwach angedeutet.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hirtsiefer war zu gleichgueltig geworden, und auch leichtsinnig. Der Landwirtschaftsminister Steiger war politischer Opportunist, bot sich erst Herrn von Papen an und hoffte dann mit Hilfe des Generalsekretaers der preuss. Landtagsfraktion Minister in einem Nazikabinett zu bleiben. Acht Jahre lang habe ich in Sorge gesessen, dass der Tile-Winkler Skandal an die Oeffentlichkeit kommen wuerde. Tiele. W. hatte fuer die Herrschaft Malepartus vom preuss. Fiskus einen dreifachen Ueberpreis bekommen. Das Geld wurde alsbald im Auslande angelegt. Zu mir kam der Fuerst Hatzfeld 1931 und sagte mir, er werde im Namen der schlesischen Magnaten Protest gegen diesen Skandal einlegen. Ich habe ihn zu Braun geschickt und habe den Fall mit Steiger persoenlich aufgenommen. Der Fall kam vor den engeren Vorstand der Zentrumspartei und es wurde Steiger bedeutet, dass er bald unauffaellig zu verschwinden habe. Aber Braun tat nichts und so blieb Steiger. Wenn Steiger nicht den ausgezeichneten Staatssekretaer gehabt haette, der Ihrer Partei angehoerte, so waere noch manches andere passiert.

Der Justizminister war ebenfalls Opportunist. Bis 1932 hielt er gute Freundschaft mit der Linken. 1933 im Oktober lief er in SA Uniform durch die Strassen Berlins. Er vertat das grosse Erbe, das ihm Am Zehnhoff[59] hinterlassen hatte.

Hirtsiefers Leichtsinn liess ihn zu einem Werkzeug der Bürokraten werden. Als Vertreter des Ministerpraesidenten gab er aus einem Fonds des Staatsministeriums im Juni 1932 200000 Rm an die Koeln. Volkszeitung, was absolut unzulaessig war. Papens Leute spuerten nach dem Staatsstreich im Juli all diesen Sachen nach und fanden diesen und einen anderen Posten, der von Braun gegeben war in Hoehe von 60000 Rm. Beide Faelle waren sehr bedenklich. 1933 sandte mir Popitz einen gemeinsamen Bekannten und liess mir sagen, dass ich unter allen Umstaenden diese beide Posten bereinigen muesste, um einen riesigen Skandal zu vermeiden. Er koenne ihn noch fuer 14 Tage verhindern. Ich habe den Rest des Vermoegens der Zentrumspartei genommen und habe die beiden Summen zurueckbezahlt. Beide Summen figurieren nicht mehr in den Abrechnungen[60]. Hirtsiefer wollte trotz alledem mit den Nazis gemeinsam in das Kabinett[61]. Ich habe zusammen mit Joos nach unendlicher Muehe ihn ueberzeugt, dass fuer ihn das unmoeglich sei. Der preuss. Ministerpraesident erlaubte Hirtsiefer und Genossen sowie Weissmann, paepstliche Orden anzunehmen und zu tragen, was klar gegen die Verfassung war. Auch Herr Puender trug ihn. Ich habe ihn einige Wochen nach meinem Amtsantritt ersucht, nicht mehr mit dem Orden zu erscheinen. Aber in Preussen waren alle solche Dinge nach dem Tode des alten Porsch[62] erlaubt und der Ministerpraesident liess das alles geschehen. Man war muede, gleichgueltig und bequem geworden. Das ist die Folge, wenn man zulange im Amt ist. Alle solche Dinge und noch viel schwerwiegendere wurden laufend dem RP von preuss. hoeheren Beamten zugetragen. Ich brauchte Herrn Meissner immer wieder, um solche Dinge wieder in Vergessenheit zu bringen. Aber es war zuweilen zum Verzweifeln.

---

[59] Dr. Hugo am Zehnhoff, 1919–1927 preuß. Justizminister, Zentrumspolitiker.

[60] Vgl. die ausführlichere, aber anders lautende Darstellung in den Memoiren, S. 446f., wo nicht Hirtsiefer, sondern Kaas entsprechende Vorwürfe gemacht werden.

[61] Im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Zentrums mit den Nationalsozialisten äußert sich Brüning in den Memoiren positiver über Hirtsiefer: „Allen, mit Ausnahme von Hirtsiefer, fehlte politischer Instinkt und die politische Erfahrung." (a.a.O., S. 570). Im Juli 1932 warnte er ihn aber auch, sich auf Verhandlungen mit den Nazis einzulassen (Memoiren, S. 619).

[62] Dr. Felix Porsch, 1904–1929 Vorsitzender der Zentrumsfraktion im preußischen Landtag.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alles das wollte ich nie veroeffentlichen. Aber die Gesellschaft, die dauernd hetzt wird mich eines Tages dazu zwingen. Dann ist der Aufstieg der Nazis sehr viel leichter zu erklaeren. Ich habe Ihnen dieses alles geschrieben, um Ihnen zu zeigen, dass es sehr schwer fuer mich ist, mich in eine Diskussion einzulassen oder eine solche durch Veroeffentlichungen heraufzubeschwoeren. Was ich gesehen und erlebt habe in dieser Richtung in all diesen Jahren hat mich allein schwer bedrueckt, nicht der Kampf und die uebrigen Schwierigkeiten. Aber jeden Tag gewaertig zu sein, dass ein neuer Skandal hoch geht und damit die Grundlagen der Demokratie erschuettert wurde war manchmal zuviel. Die Geschaeftsgebahrung der Preussenkasse war darunter das Schlimmste. Als ich den Reichskommissar fuer das Bankenwesen, der zugleich Ministerialdirektor war, bat, zum preuss. Justizminister zu gehen, um die Verhaftung eines der uebelsten Schwindler im Genossenschaftswesen des Mittelstandes zu verhaften, bekam dieser, ein Mitglied der Dem. Partei, den Tip, ueber Nacht ueber die tschechische Grenze zu gehen. Der Bankenkommissar hatte vorschriftsmaessig seinem Minister vorher berichtet[63]. Ich habe nie erreichen koennen, dass Preussen einen ernsthaften Versuch gemacht hat, den Bankdirektor Schaeffer, den Leiter der Filiale Duesseldorf der Deutschen Bank zu verhaften[64]. Durch ihn war die ganze Finanzierung der Nazis seitens der Schwerindustrie zwischen 1928 und 1930 gegangen. Er hatte mit dem Gelde fuer die Nazis spekuliert und viel verloren. Um das wieder auszugleichen, entnahm er erhebliche Summen aus den Depositen seiner Filiale. Dabei war er gleichzeitig der Mann, der der Schwerindustrie dauernd geholfen hatte, ihr im Ausland angelegtes Geld der Steuerbehoerde zu entziehen. Aber Preussen trat auf der Stelle. Es war kein Muck mehr in der Gesellschaft an der Spitze.

Sie sollten doch versuchen, weiter in der „Volkszeitung" zu schreiben. Auf die Dauer geht dieses radikale Schreiben anderer Mitarbeiter in diesem Lande nicht gut aus. Noch besser waere es, wenn Sie in Period. Zeitschriften schreiben koennten, die nicht als „red" angesehen werden koennen.

Mit freundlichen Gruessen
Ihr
H. Brüning

Dokument 4

Lowell House
Cambridge, Mass.
5. Oktober 1940.

Lieber Herr Sollmann!

Gestern erhielt ich einen Luftpostbrief von Hilferding, datiert vom 16. September aus Arles (Hotel Forum) Departement Bouches du Rhone. Er hat vor laengerer Zeit bereits ein Visum erhalten und zwar durch Shephard Morgan der lange Jahre in der

---

[63] Vgl. Memoiren, a.a.O., S. 444.

[64] Der „Fall Schäfer" (so dort die Schreibweise) wird in den Memoiren nur kurz erwähnt (S. 523), obwohl dort sonst die Klagen über Bankskandale und ähnliche „Mißwirtschaft" breiten Raum einnehmen. Zu Schäfer vgl. Cuno Horkenbach (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Ausgabe 1932, Berlin 1933, S. 407.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reparationskommission in Berlin war und jetzt Vizepraesident der Chase-Bank ist[65]. Aber die franz. Behoerden haben sich bislang geweigert, ihm ein Ausreisevisum zu geben. Dasselbe trifft zu fuer Breitscheid und Frau sowie fuer die Tochter Hermann Mueller's[66]. Diese Gruppe war zusammen in Marseille. Ploetzlich erhielten sie die Aufforderung seitens der franz. Behoerden, sie haetten sich nach Arles zu begeben und dort auf weiteren Bescheid zu warten. Ich nehme vorlaeufig an, dass diese Nachricht die Grundlage war fuer das Kabel der Unitarier, dass Hilf. u. Breitsch. verhaftet waeren. Es ist aber auch moeglich, dass diese Ueberfuehrung nach Arles die Vorbereitung fuer die Auslieferung an die Nazis ist. Hilferding selbst ist der Ansicht, dass diese Verschickung auf eine Denunziation zurueckgeht, dass er und die anderen tschechische Paesse auf angenommene Namen lautend besaessen. Er schreibt, er habe diesen Paessen nie getraut und seinen verbrannt und habe sein Visum auf seinen richtigen Namen erhalten. Er habe aber wenig Hoffnung, noch ein Ausreisevisum zu erhalten. Ich habe – diese habe ich bewusst Herrn Dr. Katz[67] nicht mitgeteilt – die Unitarier gebeten, ihren Vertreter zu Laval[68] zu schicken und ihm die Sorge um Hilferding und seine Freunde als meine persoenliche Sorge und Angelegenheit nahezubringen und ihn zu bitten, sich der gemeinsamen Arbeit zu erinnern. Ich weiss nicht, ob es wirkt und ob die Unitarier in der Lage sind, in Washington die Nachricht per Code herueberzutelegraphieren.

H. schreibt, dass seine Frau, die zwei Tage nach ihm Paris verlassen sollte, seit Juli verschollen sei. Alles in allem ist es ein wehmuetiger aber wuerdiger Abschiedsbrief.

Heute morgen erhielt ich von dem Bruder von Strasser, Pater Strasser[69], die Nachricht, dass ihm Herr Warron mitgeteilt habe, Otto Strasser wuerde kein Visum erhalten. Warren habe ihm unter anderem als Grund angegeben, dass politischer Druck auf ihn ausgeuebt sei[70]. Pater Strasser schreibt, dass er auf Umwegen, aber zuverlaessig gehoert habe, dass deutsche Kreise gegen das Visum gearbeitet haetten. Obwohl, wie ich vertraulich erfahren hab, das State Department laengst entschieden hat, dass keine Bedenken bestehen, dass Treviranus ein Visitors visum erhaelt, bekommt er keines. Dieselben Kreise vermutlich, die es sabotieren. Das wird eines Tage boese Fruechte tragen. Mir selbst machen diese Kreise natuerlich es ungeheuerlich schwer noch irgend etwas fuer politische Fluechtlinge irgend welcher Richtung zu tuen.

Mit freundlichen Gruessen
Ihr
H. Brüning

---

[65] Vgl. Dokument 5.

[66] Die Tochter Hermann Müllers, Frau Erika Biermann, war Breitscheids Sekretärin.

[67] Rudolf Katz (1895–1961) war 1929–33 sozialdemokrat. Stadtverordneter in Hamburg-Altona, emigrierte nach 1933 nach den USA und wurde Redakteur der New Yorker „Neuen Volkszeitung" und Sekretär der German Labor Delegation.

[68] Pierre Laval war 1940 stellvertr. Ministerpräsident und Außenminister der Pétain-Regierung in Vichy.

[69] (Pater Bernhard) Paul Straßer, ein jüngerer Bruder von Otto Straßer, lebte als Benediktinermönch in Brasilien.

[70] Am 19. Okt. 1940 schrieb Brüning an George Shuster: "Otto Strasser has been saved by the British, which of course must be kept very secret. I will tell you about details. I have become more than doubtful about the attitude of Mr. Warren and Mr. McDonald. But it might be that he gets the [USA-]visa after all. Since Sollmann, the former Social Democratic leader, who is a very charming character, has taken up his case, in spite of being attacked

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 5

Lowell House F–11
Harvard University,
Cambridge, Massachusetts
November 26, 1940

Mr. Wilhelm Sollmann
Pendle Hill
Wallingford, Pennsylvania

Dear Mr. Sollmann:

I have had two letters from Mr. Shepard Morgan, who, as you remember, was one of the five reparations commissioners under the regime of the Dawes Plan. I talked with him on the phone when I was in New York a fortnight ago. He has sent money directly to Hilferding. I asked him to go personally to Washington and to talk with the State Department about the possibility of saving Hilferding.

The gentlemen in the State Department seemed to be very well informed. They told Shepard Morgan that if Hilferding and Mrs. Hilferding would make up their minds to travel with their American visas to Spain, they might have some inconvenience, but very likely would get through to Lisbon. I am sure that the State Department would be willing to instruct the American consuls to help him and his wife, but they say that Hilferding doesn't want to leave Breitscheid alone. Breitscheid does not dare to travel through Spain, as he says he will be easily recognized by the Gestapo on account of his conspicuous figure. I believe that Breitscheid is exaggerating the danger. I have been confounded by Gestapo people watching a former German cabinet minister while he was staying in Marienbad with Wells[71]. This gentleman was questioned by the Gestapo about meeting me in Marienbad. I also was confounded in London several times by the Gestapo with Treviranus. So that shows the fellows are not too clever. I believe that Breitscheid more or less has been forgotten by the Gestapo.

The Unitarian Service Committee got a cable from their representative in France, via Lisbon, saying that the money which I sent to Hilferding had reached him. Shepard Morgan has sent him some money directly. How he was able to do it under the present laws of this country I don't know, but he might have had a permit by the State Department. Shepard Morgan is also willing to pay for the passage of Hilferding and Mrs. Hilferding, and to contribute to their means of existence in this country once they arrive here. The Unitarian Service Committee has asked their representative in Lisbon by cable to urge their representative in France, who is arriving today in Lisbon, to report by air mail letter about Hilferding and the others.

As soon as I have seen this letter I will inform you. I think it might then be advisable that you or some of your friends would write directly to Hilferding, urging him to take the risk without waiting for Breitscheid[72].

---

by other Social Democrats, suddenly the attitude has changed." (Kopie des Briefes im Besitz des Herausgebers).

[71] Gemeint ist Otto Wels, 1933 1. Vorsitzender der SPD.

[72] Zu den Schwierigkeiten, Hilferding und Breitscheid aus Frankreich herauszubekommen, schrieb Sollmann am 23. Sept. 1940 an Brüning: „Aber weder Hilferding noch Breitscheid haben irgendwelche Erfahrung in illegalen Grenzübertritten und sicher auch wenig Neigung."

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

When I was in New York I saw Heimann[73] and Stampfer[74]. It gave me very great pleasure to see them again. I saw also Dr. Katz, who makes a very good impression.

I was very pleased by your article in the *Volkszeitung* about Lederer's book[75]. It was a very courageous article.

I had news indirectly about Joos. He had to go into a sanitorium, where he feels relatively well. He hopes he might be able to go home soon. The American lady who forwarded the letter to me says that when she last was in Germany, in 1938, the gentleman from whom she got the letter told her that whenever she would get information about some body mentioning the word sanitorium it would mean concentration camp. I am terribly sorry that poor Joos has to go through new suffering after all the sad experiences of the past years[76].

Very sincerely yours,
Heinrich Bruning

HB:CN

Dokument 6

Lowell House E–11
Harvard University
Cambridge, Massachusetts
February 4, 1941

Mr. Wilhelm Sollmann
Wallingford, Pennsylvania

Dear Mr. Sollmann:

Thank you very much for your letter of February 1st. I hope this letter reaches you on your lecturing tour through the Middle West and the South. I fully understand your reserve towards discussing the question of a collaboration of all the different emigrant groups with Professor Friedrich[77]. My only idea when I stated his wish to be introduced to you was to avoid the emergence here in the United States of a lot of different groups, each of them pretending to represent the real "Opposition" in Germany. I think that you could after all, in spite of your reserve and your scepticism, contribute somewhat, at least to the end that these groups refrain from irresponsible statements and actions. I do not expect anything more of them.

---

[73] Eduard Heimann, 1925–1933 Professor für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg, emigrierte 1933 nach den USA.

[74] Über Stampfers Emigrationszeit in den USA siehe den von E. Matthias hrsg. Nachlaß-Band: Mit dem Gesicht nach Deutschland, a. a. O. (Anm. 9).

[75] Sollmann hatte Brüning geschrieben (14. Sept. 1940): „Ich lese gerade ‚State of the Masses, The Threat of the Classless Society, by Emil Lederer, W. W. Norton & Co.'. Ich werde es in der Neuen Volkszeitung besprechen. Lederer geht sehr gründlich mit dem totalitären Marxismus ins Gericht und bringt gute Argumente für soziale und politische Differenzierung."

[76] Der Reichstagsabgeordnete des Zentrums und Führer der katholischen Arbeiterbewegung Josef Joos war 1940–1945 im Konzentrationslager Dachau; vgl. seine Erinnerungen: Am Räderwerk der Zeit, Augsburg 1950.

[77] Carl Joachim Friedrich, seit 1922 in den USA, seit 1938 amerikanischer Staatsbürger, war Professor of Government and History an der Harvard Universität.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I had consented, as you know, to see Dr. Katz and Stampfer and a few others of this whole group. I kept in touch with Dr. Katz mainly for the sake of collaborating with him and his group in saving Hilferding and his friends. I am sorry to say that I had warnings from English friends, and also from some Americans, that the group around Dr. Katz has abused the two conversations which I had with him. I have been advised that he gave my name to Sir Walter Citrine[78] with a list of people who were prepared to speak against the Nazis on records which should be reproduced by an English broadcasting station for radio propaganda in Germany.

The facts about my conversation with Dr. Katz are these. He asked me whether I thought it would be good for Braun to come to the United States. I told him that I wished nothing more than to have Braun here, even if it was only for his safety[79]. He might, together with you, become a representative figure for the former Social Democrats in this country. If he came here I would be quite willing to discuss the possibility of a collaboration between the two groups. If the situation were ripe, which only I could decide for myself, and which I certainly would not decide before I had had a conversation with Braun, I would be willing at a moment of extreme emergency to come out publicly and make a speech to the German people. I would do so only if, in case the military situation went definitely against Germany, I could in that way prevent the reproach on the part of public opinion in this country that I had remained silent. That of course, as you realize, has nothing to do with any propaganda, nor would I ever speak over the radio in favor of any punitive action or peace. I would do just the opposite.

I also said to Dr. Katz that I would be quite willing to see Sir Walter Citrine if Sir Walter asked me to do so. But to be quite sure I wrote him a letter afterwards making it clear to him that when he talked with Sir Walter Citrine he should explain to him very definitely that I had no influence at all in Germany left, and that if I came out with any statement, except when there were difficulties inside Germany resulting from an unfavorable military situation, I would even risk that the German Episcopate, under the pressure of the Nazis, would come out openly against me.

A fortnight afterwards already I heard rumors that certain Social Democratic exiles newly arrived from France were talking about forming a Government in Exile, and using Braun's name and my name. I will not go into the details of this plan. I hope to see you one day. It was a new proof of the correctness of my judgement about a certain gentleman of whom I wrote to you in a long letter some months ago.

I endorse your remark about the emotional intellectuals here fully. I am very much frightened about the consequences[80].

Wishing you success with your lectures, I am, with kind regards,

Very sincerely yours,
Heinrich Brüning

HB:CN

---

[78] Walter Citrine war Generalsekretär der Federation of Trade Unions of Great Britain and Ireland und Vorsitzender des Internationalen Gewerkschafts-Bundes.

[79] Dazu schrieb Sollmann am 3. Aug. 1941 an Brüning: „Dr. [Carl J.] Friedrich fragte mich wegen des Herüberkommens von Otto Braun. Ich äußerte Zweifel hinsichtlich der Zweckmäßigkeit. Braun ist im 70. Jahre, spricht kein Wort Englisch und war schon früher nicht gesundheitlich fest. Ich kann mir nicht denken, daß er hier viel helfen könnte. Ich kann mir ihn in New York nicht vorstellen und möchte nicht, daß sein Aufenthalt hier drüben eine Tragödie oder eine Farce wird."

[80] Sollmann hatte ihm geschrieben (1. Febr. 1941): „Da sich meine Arbeit fast ganz im amerikanischen Sektor abspielt, und zwar mit Amerikanern der verschiedensten sozialen

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 7

Personal and Confidential

Lowell House E–11
Harvard University
Cambridge, Massachusetts
March 19, 1943

Mr. W. F. Sollmann
Pendle Hill
Wallingford, Pennsylvania

Dear Mr. Sollmann:

Last week I had a private and personal visit from a member of the State Department[81]. One of his questions was of the possibility of German political refugees' playing a role in the occupation of Germany. I told him that I saw no possibility for most refugees, including myself, to return to office after the war, and that Otto Braun in Switzerland shared my views, at least when I saw him last three months before the outbreak of war. I suggested that he should on occasion talk with you about the same problem, so I want to advise you that some member of the State Department may get into touch with you sooner or later.

Please don't mention the fact that this conversation occurred to anybody else.

With every good wish,

Sincerely yours,
Heinrich Bruning

HB:CN

Dokument 8

Lowell House E–11
Harvard University
Cambridge, Massachusetts
November 7, 1944

Dear Mr. Sollmann:

More than a year ago I wrote to you that I had received a visit from a Washington official, and had strongly recommended to him that he get into touch with you. This was Mr. DeWitt Poole, General Donovan's[82] assistant in the O.S.S. He came to see me again about four weeks ago, and I repeated my advice. I found it strange that members of your party or somebody else had evidently dissuaded him from seeing you. Now, after having read your article in the Political Science Review, Mr. Poole has written that he would like to talk with you as soon as possible and asked me to put you in touch with him, so that he can get from you an elaboration of your published article.

Schichten, weiß ich, daß hier im Lande die Kluft zwischen dem nervösen Intellektuellentum und den ruhig arbeitenden Schichten womöglich noch größer ist, als sie in Deutschland war."

[81] Laut Auskunft von Miss Claire Nix (Brief v. 8. 12. 72 an den Herausgeber) war dies nicht der in Brünings Brief vom 7. Nov. 1944 (Dokument 8) genannte Dewitt Poole (der Brüning im Juni 1943 aufsuchte), sondern Ray Atherton, Mitglied des Advisory Committee on Post-War Foreign Policy.

[82] William J. Donovan, Assistent des Präsidenten F. D. Roosevelt, wurde 1942 Direktor des Office of Strategic Services (OSS).

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I think that it would be very wise if you could consent to his request, and would write to him at the Metropolitan Club in Washington, D.C., or at 399 Park Avenue, New York City. I don't know whether anything that is submitted to the authorities here can produce any practical results, as they are naturally exposed to all the conflicting views of German emigrants, etc., but I imagine that whatever your particular views are you may be able to exercise some constructive influence.

In my conversation with Mr. Poole I suggested that when a large part of Germany is occupied they should form a small advisory committee of emigrants who have become citizens of Allied or neutral countries. I of course mentioned, besides yourself, people like Stampfer, Brauer, and Seeger. As far as I can gather, something like this will actually be done. This is another reason I wish you would get into touch with Mr. Poole. I suppose that this committee will actually be confined to former members of the S.P.D. and Democratic Party, with perhaps a few members without definite party affiliation. I am not a citizen of this country and could not belong to such a committee, where my presence would anyway create difficulties for the government here.

I hope that you are well. I haven't been so for the past six weeks, and am much hampered by my old ailment. I would be very glad to talk certain matters over with you if you are ever in Boston. I doubt that I shall be able to travel before Christmas.

With every good wish,

Sincerely yours,
Heinrich Bruning

Mr. Wilhelm Sollmann
Pendle Hill
Wallingford,
Pennsylvania

Dokument 9

48 Morton Street
Andover, Massachusetts
August 20, 1946

My dear Mr. Sollmann:

I was delighted to hear from you after such a long time. I am so glad that you had an interesting time at Reed College and later in driving back through the Canadian Rockies. I know from other people how much they have enjoyed Oregon.

I was very much interested in the invitation you received to Woodbrooke. I think that if you could go there for half a year it would be a very good plan. It is absolutely necessary that the Labour Party should be stirred up about the present policy in regard to Germany. The effect of the emigrant agitation during the past thirteen years is disastrous, especially among Labour people. The only Labour member of the House of Commons who has spoken out about matters in the military administration in Germany is Mr. Stokes. But he, of course, has always had independent views, and is one of the few Catholic members of the Labour Party in the House of Commons. Otherwise, the interests of our poor people are more strongly championed by the Conservatives, whose courage and open-mindedness must be rated the more highly since the old, Conservative diplomats in the House of Lords are still swayed by the Vansittart clique. It is the old tragedy, about which I have written several times to Stampfer, that since 1919 the Labour Party has been less constructive in regard to Germany than the Conservatives, with the single exception that the Mac

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Donald Cabinet in 1924 carried through successfully the policy initiated by their predecessors. The trouble is that members of the Labour Party are not well enough informed and, to repeat my observations to Stampfer, still suffer from a kind of inferiority complex towards the German Social Democratic Party, because in social security etc. Germany was so far ahead of England. Another reason for it is that the English representatives in international labor conferences have been unable to keep pace with the theoretical and dialectical discussions, in which the Germans excelled.

If you could go to Germany for a time, that might be even better, but I have still doubts as to whether you will finally get a permit to go there. In subordinate positions here there are still people who are fellow-travellers in their hearts, and hate all the members of the so-called "Weimar Coalition" as much as the Nazis.

I expected that many people would ask you to come back. From my friends who came to visit me every year before the war in Holland and who have, alas, all been executed by the Nazis, I knew that your memory was very much alive among the Socialist workmen. Of course I understand your hesitation and the reasons for it, which are the same for me. I get innumerable letters asking me to come back, but they are all dictated more or less by a belief in my magic power to change the situation overnight. The disappointment after a few months would be very great, since for the time being nobody can change the situation, and certainly not from inside Germany.

I have not got any letters from prominent people, as you have. I have heard nothing from Adenauer[83]. My only letter from one of the former members of Parliament has been, through an American officer, from Schlange[84], who is now food commissioner in the British zone. Apparently letters written by such people are held up. I have just received an address by former members of the Center Party, which was delivered February 12 to members of the occupation administration in the British zone, and took six months to reach me.

I think you are right in saying that many of the older people of all parties seem to think that it is possible to restore without essential changes what existed before Hitler came into power. That is true of former members of my party. While in southern Germany they have succeeded, as I always wanted to, in eliminating the de facto Confessional restriction of the Center Party – which developed gradually against the wishes and the tradition of Windhorst [sic!] – that doesn't seem to be true to the same extent in northwestern Germany, where Spiecker[85] has made up the

---

[83] Sollmann hatte Brüning am 8. Aug. 1946 geschrieben: „Von Deutschland habe ich nun viele direkte Briefe: Schumacher, Löbe, Adenauer, Meerfeld, Rossmann und viele anderen. Die Enttäuschung über die Politik der Sieger ist natürlich allgemein, die Furcht vor Rußland auch."

[84] Hans Schlange-Schöningen, 1931/32 Reichsminister und Reichskommissar für die Osthilfe.

[85] Brünings Reserviertheit gegenüber Carl Spiecker geht in die 20er Jahre zurück, als dieser innerhalb des Zentrums der „Öffnung nach links"-Konzeption des ehemaligen Reichskanzlers Joseph Wirth nahestand. Im November 1945 schrieb Brüning an Johannes Maier-Hultschin: „Ich verstehe wohl, warum der Herr, der kürzlich von London nach Deutschland gegangen ist [d.h. Spiecker], sich der Mitgliedschaft früherer protestantischer Konservativer widersetzt. Ich würde es sehr bedauern, wenn eine Partei die Ziele verfolgte, die er der Zentrumspartei unter der ersten Kanzlerschaft von Marx gesteckt hat und die trotz Marx solch unglückliche Folgen hatten. Sie kennen mein altes Mißtrauen gegen diesen Herrn. Während er in Kanada war, reiste er überall hin und behauptete, daß ich versuche [sic!], die Nazis an die Macht zu bringen. Das mag Ihnen einen Begriff von seiner Haltung geben."

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

"New Old Center Party", and more or less rejected any religious conception as a basis for its political ideas. Apparently Spiecker's idea was to bring Center Party members to your party, and so to form a new party analogous to the Labour Party. If that were possible at all, it would have been done long ago.

I don't think that the bishops, so far as I can judge from here, are so narrow as your people report[86]. I think that they are locking far ahead, after the terrible experiences of the past thirteen years. The cultural programs of liberalism and socialism, I believe, have no longer great attraction. The lesson has been too bitter. That is demonstrated in practise by the fight over confessional schools. I am afraid that your people, and Spiecker, will stick to ideas that can never be acceptable to the Catholic or Protestant churches, and have a strong fight over them, but I don't think that there is any necessity now for the two parties to start a life and death struggle. I still remember Stampfer's article in the Vorwaerts after the Fourth Major Decree, saying that nobody could charge your party again with Utopianism, as I had now fulfilled most of their program. In economic and social questions I don't think there are really great differences. You will understand better than most others of your party what I discussed so often with Hilferding after 1927: my party would have had little difficulty in joining with yours at any time if it had not been for some of your people who were definitely anti-religious, and in economic and social questions agitated for the sake of theoretical consistency for legislation which in the view of their own great leaders could not be carried through anyway.

I have read with special interest the article you kindly sent. I gather from it more clearly than before how little the distance is between our conceptions of religion as the basis of education, also of education for politics. That is the trend all over Europe, whatever success Communists or others may have in the moment of confusion. The real difference, I believe, which is due to a long historical evolution, and which both of us could not change in one generation even if we were in Germany, is that you and other prominent members of your party whose attitude towards religion is more and more understanding, can never accept the form of a church. That might have been different, and the whole political and social evolution in Germany with it, if the Protestant churches had not been state churches for four hundred years, and too closely connected, especially in the East, with governmental views which could not be considered progressive in regard to social issues. The Church of England has made the same mistake. In both countries, of course, there have always been far-sighted clergymen who wanted to provide especially for the interests and needs of the rising workers' class.

The German Protestant churches have now undergone an astonishingly rapid process of evolution in this respect. I don't think that they will even again want to become state churches. When I got Braun's consent in 1931 to take over the negotiation of the Concordat between the Prussian state and the Protestant churches myself, I was very happy to find that the delegates of the Prussian Protestant churches

[86] Sollmann hatte Brüning geschrieben (8. Aug. 1946): „Auch meine eigenen Freunde klagen, z.B., daß viele unserer Parteigenossen vor 1933 stecken geblieben sind, behaupten allerdings dasselbe von christlichen Kreisen, namentlich Prälaten und Bischöfen. . . . Überraschenderweise hat auch eine führende deutschnationale Dame an mich geschrieben, und ich habe eine Korrespondenz mit einigen jungen Nazis in der Schweiz, Offiziere und Diplomaten, die einige meiner Briefe diskutieren und eigentlich vernünftige Ideen entwickeln. Ob ihre „Bekehrung" tiefer geht und anhalten wird, kann man natürlich nicht wissen. Jedenfalls lehne ich ab, junge Deutsche nur deshalb zu verdammen, weil sie als 12- bis 15jährige im Jahre 1933 oder später nicht klüger waren als die großen Staatsmänner der westlichen Demokratien."

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unanimously shared my opinion that they should become independent of the governmental machinery. This was not realized fully in the final text of the Concordat, because of the intrigues of bureaucrats in the Kultusministerium, who managed through middlemen to impress on Hindenburg the idea that I wanted the Protestant churches to be free of governmental interference only because I was a "Jesuit". Now real Jesuits and the leaders of the Protestant clergy have been in the same concentration camps, and they have learned to understand each other. That must, of course, find an expression in politics, but it must not go so far as to become the exclusive condition of party politics. I believe that everything should be done to bring your people to a right attitude towards religion as the background of all life and politics, and not to bring them into opposition, especially to the Protestant churches. That would be a disaster.

Individuals and groups on both sides have, of course, been doing that to some extent, and the whole situation has been somewhat confused. That could be expected. I believe it represents enormous progress for the Catholic episcopate to have stoutly opposed any purely Catholic party. On the other hand, it is their duty to prevent people from succumbing to an agitation that still carries the echoes of early Marxism. I am afraid that is not understood by your people, and that there are many people in both camps who are building new or rebuilding old slogans for the sake of a few more seats in the new parliaments. That must be in any country.

What we older ones can still do is to prevent this from becoming a life and death fight, especially as I have still grave doubts whether in the long run the prisoners of war and the younger generation will accept the present party constellation. I have very good reports from Bavaria, for instance, that younger people are refusing to take an active part in the organization of any of the four permitted parties. Furthermore, one must see clearly that parties which are authorized by an occupation administration (if I may add, of such a type as this one), and which will later be compelled to give their combined acceptance to the most injurious peace settlement in history, will all have great difficulty in surviving twenty years from now.

May I add one other word. You cannot imagine the treatment Catholic and Protestant clergymen have received from emigrants of the type we both despise, who thought, in the Mosse and Ullstein[87] tradition, that they should take over the administration of the Protestant and Catholic churches, though their only faith was irreligious. In one southern German diocese such a youngster in the occupation forces, born in Berlin, attempted to assume the whole administration of the diocese and threatened with arrest the bishop who refused to deliver the archives to him. There have been similar occurences in the British zone. In the U.S. zone the pastoral letter of the bishops could not be published as they wrote it, but only in the revision of a youngster from the Bronx.

The Catholic and Protestant clergymen found at Dachau, including Niemoeller, were treated abominably in the first four days after they were brought from Italy to Munich and then to Frankfurt for interrogation. They were kept behind barbed wire over the protests of the U.S. Lt.-Commander who was in charge of their transport, and who himself told me the story after he returned to this country in disgust. In the eyes of the advisers of the Allied commanders, the ministers of any Christian church were apparently suspect automatically of Fascism. In Germany there has

---

[87] Hinweis auf die beiden großen links-liberal eingestellten Berliner Verlagshäuser der Weimarer Zeit, den Mosse-Verlag, in dem das Berliner Tageblatt erschien, und den Ullstein-Verlag, dem die alte Vossische Zeitung gehörte.

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

been a violent reaction against that, which I am afraid your people don't understand.

I would like very much to talk these matters over with you. It has given me such satisfaction to come in these past years into closer contact with you and Stampfer. While none of us can prevent the forming of political fronts in Germany, which is a necessity of political life anyway, we should stand together to prevent the agitation of the fronts against one another from taking forms which may be disastrous for the future of our poor people.

Loebe's[88] speech, which I saw printed yesterday, warning the Germans not to hope for anything from a conflict between the Western and Eastern Powers, was very statesmanlike. He seems to have grown during the past thirteen years. I have no great hope that much can be changed in respect to the frontiers, which are already practically fixed. I have worked out several memoranda which I have sent to influential people. There was no attempt to refute my argument that the new frontiers would lead to the biological extermination of the German people, but people here are so ashamed by their belated recognition of this fact that they avoid any reference to it. I will tell you one day when I may see you in New York with what people I have had that experience. I gave a lecture at Chicago University in April, which will be printed with a series of other lectures, in which I spoke plainly about the consequences of the international agreements already made, but no American newspaper took any notice of it.

I shall be in New York at the end of the second or the beginning of the third week of September. If you could by any chance come there, I would be very pleased to see you. In the meanwhile, I send all my good wishes to you and your family.

Yours very sincerely,
Heinrich Bruning

Mr. William F. Sollmann
Pendle Hill
Wallingford, Pennsylvania

[88] Paul Löbe, SPD, Reichstagspräsident von 1924 bis 1932.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Hermann Graml, wiss. Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 19, Leonrodstraße 46b

Dr. Lajos Kerekes, Stellvertr. Direktor des Instituts für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest I, Postfach 9

Dr. Thomas A. Knapp, Associate Professor of History, Dept. of History, Loyola University of Chicago, 6525 North Sheridan Road, Chicago/Ill. 60626, USA

Dr. Wolfgang Mommsen, ordentl. Professor für neuere Geschichte an der Universität Düsseldorf; 4005 Meerbusch 1, Regerstraße 20

Dr. Karlheinz Niclauß, Privatdozent für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn, 53 Bonn, Am Hofgarten 15

Jahrgang 22 (1974), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte